Mittwoch, 7. März 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 57 - 10.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Skepsis in Brüssel: Als überwiegend propagandistisch wird in der NATO der neue Abrüstungsvorschlag des Warschauer Pakts eingeschätzt. Er sieht zunächst das Einfrieren der Militärausgaben beider Bündnisse vor. (S. 14)

El Salvador: Zum zweiten Mal innerhalb von vier Wochen haben die USA dem rechtsgerichteten Präsidentschaftskandidaten d'Aubuisson die Einreise verweigert. Er wird verdächtigt, einer der Kommandeure der Todesschwadronen zu sein. (S. 10)

Südliches Afrika: Die Organisation für Afrikanische Einheit hat eine Unterstützung der Verhandlungen zwischen Angola, Moçambique und Südafrika abgelehnt, jedoch „Verständnis" geäußert.

Attentat in Belfast: Bei einem Terroranschlag wurde der stellvertretende Direktor des Maze-Gefängnisses erschossen.

Frankreich: Expräsident Giscard d'Estaing hat seine Kandidatur für die Parlamentswahlen im Jahre 1986 angekündigt.

Vatikan: Der Papst will nach italienischen Presseberichten die Nuntiatur in Taiwan in eine Delegation ohne diplomatischen Status umwandeln. Damit solle die vom Papst angestrebte, von Peking bisher verweigerte Normalisierung der Beziehungen mit China gefördert werden. (S. 14)

Polen: Befriedigt über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche habe sich Partei- und Regierungschef Jaruzelski geäußert, meldet die Untergrundzeitung „Tygodnik Mazowsze". Besonderes Lob habe er gegenüber Journalisten Primas Glemp gezollt. (S. 10)

Geheimdienste: Verstärkte Auslandsaufklärung im Ostblock durch die Nachrichtendienste der Bundesrepublik fordert der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Verteidigungsausschuß, Wimmer.

Heute: Außenminister Genscher beim türkischen Staatschef Evren. – Strauß spricht zum Politischen Aschermittwoch in Passau. – Bulgariens Parteichef Schiwkoff in Libyen.

Farbreport Reisen '84

Wird das Jahr 1984 zu einem neuen Rekord-Reisejahr? Die Buchungen für die Oster-Urlaubszeit, die deutlich höher liegen als 1983, sprechen dafür. Die WELT gibt auf 72 Seiten Tips für Reiselustige: Touren in Deutschland, Urlaubsziele in vielen Ländern Europas, Fernreisen nach allen Kontinenten.

WIRTSCHAFT

Gulf Oil: Der Vorstand hat ein Übernahmeangebot der Standard Oil of California im Wert von 13,4 Milliarden Dollar angenommen. (S. 19)

Deutsche Industrie: Nach saisonaler Bereinigung ergab sich für Januar ein Produktionsanstieg von knapp ein Prozent. (S. 15)

US-Konjunktur: In Washington mehren sich Zweifel an der Dauerhaftigkeit des Aufschwungs. Der Chef des Federal Reserve Board sieht die Wirtschaft in einer gefährlichen Schieflage. (S. 16)

Preussag: Der Fremdumsatz stieg 1983 um 5,5 Prozent auf 4,26 Milliarden DM. Im Metallbereich stieg der Umsatz auf 1,24 (1982: 1,11) Milliarden DM. Noch keine Dividendenprognose. (S. 19)

Börse: Die Aktienmärkte schlossen am Dienstag bei uneinheitlicher Entwicklung überwiegend etwas leichter. Erwartungen auf sinkende Zinsen führten am Rentenmarkt zu einer Tendenzbesserung. WELT-Aktienindex 151,3 (151,5). Dollarmittelkurs 2,5589 (2,5709) Mark. Goldpreis je Feinunze 402,50 (405,85) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Ich kann mich nicht einmal mehr mit Vorstellungen aussöhnen, daß man die Investitionstätigkeit irgendwie zentral lenken sollte"

Ota Šik, ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident der Tschechoslowkei in einem WELT-Gespräch (S. 10)
FOTO: LAUTENSCHLAGER

KULTUR

Tito Gobbi: Oft schien es, als hätten Verdi und Puccini ihm ihre Bariton-Glanzpartien geradezu auf den Leib geschneidert. Tito Gobbi, der die Nachkriegsoper ebenso stark prägte wie die Callas, ist im Alter von 68 Jahren in Rom gestorben. (S. 27)

Festival in Tokio: Unter dem Motto „75 Jahre deutscher Film" zeigt das Goethe-Institut in Tokio die größte Gesamtretrospektive, die Japan je gesehen hat. 165 deutsche Filme, vom Kintopp bis zu neuesten Produktionen, sind im Angebot.

SPORT

Ski alpin: Der Schweizer Pirmin Zurbriggen gewann den Riesenslalom von Aspen (USA) und führt im Weltcup. Ingemar Stenmark (Schweden) werden kaum noch Chancen eingeräumt.

Tischtennis: Der schon 38jährige Wilfried Lieck soll für die Europameisterschaft nominiert werden, wenn er bei den deutschen Meisterschaften einen vorderen Platz belegt.

AUS ALLER WELT

Flugzeugmord: Der Luftfahrtunfall in Lübeck, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen, ist auf ein Verbrechen zurückzuführen. Einer der Passagiere stach den Piloten nieder und brachte so die Maschine zum Absturz. (S. 28)

Brassel-Prozeß: Im Entführungsfall des Bad Honneffer Fabrikanten erhielten zwei Türken, ein Kurde und ein Pakistani Haftstrafen zwischen 27 Monaten und acht Jahren. Der zuckerkranke Brassel (62) war kurz nach der Entführung im August 1982 an Herzversagen gestorben.

Wetter: Bewölkt, im Osten vereinzelt Schauer. 1 bis 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl warnt vor Gefahren aus Hochzins und Protektionismus

Der Bundeskanzler tritt in den USA mit großem Selbstbewußtsein auf

TH. KIELINGER, Washington

Bundeskanzler Kohl hat gestern in einer Rede vor dem „National Press Club" in Washington die USA aufgerufen, „ihre verantwortliche Führungsrolle im Westen, auch in den Wirtschaftsfragen, wahrzunehmen". Diese Anliegen stellte der Kanzler zum Abschluß seiner zweitägigen Washington-Gespräche gestern mehrfach in den Vordergrund, so auch in einem Frühstück mit Senatoren beider Parteien und während einer Begegnung mit Finanzminister Regan.

Auch wenn sich die deutsche Delegation und der Kanzler selbst über die Aussichten grundsätzlicher politischer Veränderungen in einem amerikanischen Wahljahr keine Illusion machen, nahm Kohl doch die Gelegenheit wahr, auf drei krisenhafte Zuspitzungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen immer wieder hinzuweisen:

- die Auswirkungen, die sich aus einem überstarken Dollar und dem US-Staatsdefizit – welches seinerseits die Zinsen hochhält – für Europa ergeben;
- die Verschuldung der Dritten Welt gegenüber den Industrieländern;
- die zunehmenden protektionistischen Tendenzen, die den freien Welthandel bedrohen.

Gerade zum letzten Aspekt scheute sich Kohl nicht, dem Kongreß klarzumachen, welche Sorgen man sich in Europa mache über „den wachsenden Trend zum Protektionismus in den USA" und über die Rolle, die die amerikanischen Gesetzgeber dabei spielten. Am späten Montagabend

SEITE 2:
Viele Gegenwünsche
SEITE 3:
Kohl setzt europäische Akzente

sagte der Kanzler dazu vor der Presse, der Ruf nach Bekämpfung des Protektionismus auf beiden Seiten des Atlantik dürfe „keine Einbahnstraße" werden – auf der die Europäer ermahnt würden, Subsidien und Tarifbarrieren abzubauen, die Amerikaner dann aber bei Importen aus Europa – Edelstahl, Schuhen, Wein, Luxusautomobilen etc. – protektionistische Wälle zu errichten begännen.

Hier wie auch im Themenumkreis der Sicherheitspolitik trat der Kanzler mit großem Selbstbewußtsein auf, dabei immer in einer persönlich sehr gewinnenden Art, wie mehrere der amerikanischen Teilnehmer beeindruckt hervorhoben. Kohl zehrte sichtlich von dem Erfolg seiner Regierung bei der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses. Dieser Beweis der Bündnisverläßlichkeit hat den deutschen Einfluß in Washington „gerettet", wie es aus Delegationskreisen hieß. „Wenn wir in dieser Frage nicht unseren Mann gestanden hätten, hätte unsere Stimme hier nichts mehr bedeutet, aber auch nichts mehr gegenüber dem Osten", hob ein deutscher Gesprächsteilnehmer hervor.

Gestärkt durch dieses politische Kapital, äußerte Kohl frei seine Hoffnungen und Erwartungen zur Frage der Entspannung und Abrüstung. Er habe in seinen Gesprächen, auch mit dem Präsidenten, „gedrängt", so meinte der Kanzler, etwa in der Frage der MBFR-Verhandlungen und einer baldigen gemeinsamen westlichen Position „überzukommen". Inzwischen gibt es Anzeichen, daß diese Einigung im westlichen Lager, im Vorfeld der am 16. März in Wien wiederbeginnenden Verhandlungen, nicht mehr fern ist.

Wie es heißt, soll die viele Jahre zwischen den Militärblöcken in Europa strittige Frage der genauen Trup-

● Fortsetzung Seite 14

Kanzler verteidigt Waffengeschäft

Gespräch mit amerikanischen Juden / Präsident des Jüdischen Weltkongresses nach Bonn

TH. KIELINGER, Washington

Fast zwei Stunden lang sprach Bundeskanzler Helmut Kohl in Washington mit namhaften Vertretern amerikanisch-jüdischer Organisationen und mit dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar M. Bronfman. Im Mittelpunkt des Gedankenaustauschs stand der geplante Bonner Waffenverkauf an Saudi-Arabien. Mit Bronfman hatte sich Kohl vorab getroffen. Der Kanzler lud seinen Gesprächspartner zu einem zweiten Treffen nach Bonn ein, Bronfman nahm spontan an und sagte seinen Besuch für Ende März zu.

Die Repräsentanten jüdischer Verbände traten Kohl zum Teil mit anklagenden Argumenten gegenüber. Die Beschwerden reichten von Hinweisen über eine deutsche „Kollektivschuld" bis zu Sorgen um eine Destabilisierung im Nahen Osten, die eintreten müsse, wenn Bonn den Waffenverkauf an Saudi-Arabien wahrmache. Vier Teilnehmer der dreizehnköpfigen Gesprächsgruppe waren Überlebende nationalsozialistischer Konzentrationslager.

Der Kanzler und seine Delegation hatten am Wochenende bereits einen Vorgeschmack des Protestes erlebt, beim Durchblättern solcher Zeitungen wie „The New York Times" und der „Washington Post". In zum Teil ganzseitigen Anzeigen warnten namhafte jüdische Bürger und Interessenverbände den deutschen Besucher vor den Folgen des Waffengeschäfts mit Saudi-Arabien und erinnerten unter Schlagzeilen wie „Wird das Töten von Juden wieder zu einem deutschen Geschäft?" an das deutsche historische Erbe und die deutsche „moralische Verpflichtung für die Juden der Welt".

Dem Anprall der Gefühle und Argumente hielt der Kanzler ruhig und mit großem Takt stand, wie zu hören war. Bronfman selber zeigte sich im Namen vieler Teilnehmer beeindruckt von der geraden und unverfälschten Art, in der Kohl auf alles antwortete. Am meisten schien er seine Zuhörer zu gewinnen, indem er immer wieder hervorhob, daß ihn alle bitteren Beschuldigungen, die er zu hören bekam, „nicht in seiner Liebe

■ Fortsetzung Seite 14

Moslems stellen weitere Forderungen

Washington und Bonn besorgt über Annullierung des israelisch-libanesischen Abkommens

DW. Beirut/Jerusalem

Der libanesische Staatspräsident Amin Gemayel hat gestern, einen Tag nach der Annullierung des israelisch-libanesischen Truppenabzugsabkommens, die Repräsentanten der politischen Kräfte seines Landes offiziell zur zweiten Runde der „Nationalen Versöhnungskonferenz" in die Schweiz eingeladen. Die von Syrien erzwungene Aufkündigung des Abkommens und die Einladung zur Versöhnungskonferenz haben allerdings vorläufig zu keiner Annäherung zwischen Gemayel und den oppositionellen moslemischen Milizen geführt.

In Beirut gingen auch gestern die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und schiitischen und drusischen Milizen weiter. Die christlichen Milizen, die bislang den Präsidenten unterstützt hatten, äußerten scharfe Kritik an der Annullierung des Abkommens.

Die in den „Libanesischen Kräften" vereinigten christlichen Milizen riefen die christliche Bevölkerung des Landes gestern zum „Widerstand gegen alle von Syrien diktierten Entscheidungen" auf. Die Führung der „Libanesischen Kräfte" gab bekannt, sie habe „praktische und organisatorische Maßnahmen" erörtert, die christlichen Regionen des Landes zu „schützen". Dies bedeutet nach Ansicht von Beobachtern, daß die christlichen Milizen entschlossen sind, notfalls auch gegen Präsident Gemayel die Sicherheit in den Gebieten der Christen zu verteidigen.

Die Aufkündigung des Vertrags mit Jerusalem wurde von der moslemischen Opposition kaum gewürdigt. Lediglich der Chef der schiitischen Amal-Milizen, Berri, begrüßte sie als „Sieg". Er schränkte jedoch ein, der Erfolg bleibe unvollständig, solange Israel den Süden besetzt hal-

SEITE 2:
Was der Mächtige will

te. In moslemischen Oppositionskreisen richteten sich die Erwartungen auf die zweite Runde der libanesischen „Versöhnungskonferenz", die am kommenden Montag in Lausanne beginnen soll. Die moslemische Opposition gibt sich mit der Aufkündigung nicht zufrieden und fordert nach Berris Worten eine „Abschaffung der falangistischen Vorherrschaft" und eine „Änderung der Innenpolitik, vor allem die Abschaffung der Oberherrschaft der Kataeb-Partei über den Staat".

Die amerikanische Regierung bedauert die Aufkündigung des Abkommens. In Washington äußerten sich US-Außenminister Shultz und Bundeskanzler Kohl „besorgt" über die Entwicklung in Libanon.

Die israelische Regierung weigert sich, die Kündigung des Abkommens durch Beirut zu akzeptieren. Die Annullierung der Übereinkunft wird allgemein als Rückschlag der Likud-Regierung angesehen. Dagegen zeigte sich ein Sprecher der israelischen Arbeiterpartei gegenüber der WELT wenig überrascht von der Annullierung. „Wir haben dieses Abkommen immer als wenig tragfähig angesehen und davor gewarnt, sich darauf zu verlassen", sagte er. Ein wesentliches Manko sei gewesen, „daß Syrien nicht ein Partner des Abkommens war". Israel müsse jetzt schleunigst seine Truppen aus Südlibanon zurückziehen und durch geeignete Maßnahmen, „wie eine Zusammenarbeit mit örtlichen libanesischen Verbänden und multinationalen Streitkräften sowie den Einsatz unserer Armee die Sicherheit Nordisraels gewährleisten", erklärte Parteisprecher Marian. Verteidigungsminister Arens dagegen lehnt einen Rückzug der israelischen Truppen aus Südlibanon ab.

Pentagon: Iran bereitet Großangriff vor

Stehen mehr als 400 000 persische Soldaten bereit? / Materielle Überlegenheit Iraks

DW. Washington

Die iranische Armee hat in den vergangenen Tagen nach amerikanischen Angaben zwischen 400 000 und 500 000 Mann im Kampfgebiet zu Irak zusammengezogen, um durch eine Großoffensive die militärische Entscheidung im Golf-Krieg zu erzwingen. Mit dem Beginn der Offensive wird für die nächsten Tage gerechnet. Aus logistischen und psychologischen Erwägungen, so hieß es, könnten derart große Verbände nicht untätig hinter der Front stationiert werden.

In Pentagon-Kreisen werden die jüngsten iranischen Angriffe als „Auftakt-Offensiven" beschrieben. Sie seien von Revolutionsgardisten vorgetragen worden, um das Verteidigungsgefüge der irakischen Armee zu erschüttern. Die nun erwartete Großoffensive werde vermutlich weitgehend von regulären Armeeeinheiten geführt werden.

„Das Ergebnis der bevorstehenden Schlacht wird wahrscheinlich entscheiden, ob der Krieg weitergeht und welche Seite – wenn überhaupt – den Sieg davonträgt", sagte ein hoher Pentagon-Beamter. Er spielte damit offenbar auf die auch in der iranischen Führung deutlich werdenden Tendenzen zu einer Beendigung des Krieges an (WELT vom 6. März).

Die irakische Armee, so die Beurteilung durch US-Experten, ist in ihrer Bewaffnung den Streitkräften Irans weit überlegen. Das amerikanische Militärmagazin „Armed Forces Journal" schätzt, daß Teherans Luftwaffe gegenwärtig über weniger als 100 einsatzfähige Düsenkampfflugzeuge (vor dem Krieg seien es mehr als 300 Maschinen gewesen) und eine Handvoll amerikanischer Kampfhubschrauber verfügt. Von diesen Maschinen sei jedoch kaum mehr als die Hälfte ständig einsatzbereit.

Demgegenüber kann die Luftwaffe Bagdads nach Meinung von „Armed Forces" nahezu 500 moderne sowjetische und französische Kampfflugzeuge sowie 320 Militärhubschrauber einsetzen. Die Schlagkraft der irakischen Luftwaffe wird nach Ansicht amerikanischer Fachleute jedoch durch die mangelnde Qualität der irakischen Piloten gemindert. Irans Heer verfüge nur noch über 700 bis 900 Panzer gegenüber etwa 2000 irakischen Kanpfwagen. Dagegen stünden den rund 600 000 iranischen Kämpfern lediglich etwa 400 000 Irakis gegenüber. Bei der Ausbildung der iranischen Soldaten und Revolutionsgardisten dominiere die ideologische Indoktrination gegenüber der militärischen Ausbildung.

Seite 10: Washington stützt Vorwurf

DER KOMMENTAR

Deutsches Wetter

HERBERT KREMP

Man kann den Besuch des FDP-Politikers Mischnick in Ost-Berlin eine Barometer-Exkursion nennen. Der FDP-Fraktionschef sollte im Auftrag des Kanzlers prüfen, ob das politische Wetter einigermaßen erträglich bleibt oder ob sich ein neues östliches Tief ankündigt. In Bonn herrscht Unsicherheit. Denn es gibt keine jedem Zweifel enthobene Erklärung dafür, warum das SED-Regime in den beiden ersten Monaten des neuen Jahres ungleich mehr Bürger weggehen ließ als in der Vergleichszeit 1983.

Auf „Tauwetter" zu schließen, wäre nicht weniger naiv, als es die Annahme einer „neuen Eiszeit" war, von der man im Zusammenhang mit der Nachrüstung fabulierte. Solche Begriffe dienen nur der Desinformation. Kommunistische Systeme machen seit jeher Wetter nach Bedarf. Honecker will die Beziehungen zur Bundesrepublik nicht „verbessern". Ihm geht es offensichtlich darum, Überdruck abzulassen, der durch anhaltende Versorgungsmängel, Friedensdiskussionen und wachsenden Unmut über Reisebeschränkungen in seinem Machtbereich entstanden ist. Er will stabilisieren und konsolidieren, was bei ihm und um ihn ins Rutschen geraten ist. Er denkt nicht an Deutschland, sondern natürlich an Lenin.

Nicht die Abwanderung Unzufriedener bereitet ihm Kopfzerbrechen, sondern der Weg über Botschaften in Ost-Berlin und in Nachbarländer, den die Flüchtlinge einschlagen. Niemand wirbt sie ab, und der Westen, in den sie ziehen, ist nicht mehr „golden". Das Risiko, das sie auf sich nehmen, zeigt an, daß sie Freiheit suchen, politische Freiheit – ein elementares Motiv. Um der alten Enge zu entkommen, um die restriktive Ausreise-Bürokratie zu umgehen, wählen sie Nebenwege, wie man hier sagt. Kann das lange gutgehen? Ändert Honecker das Wetter, um die Wege unpassierbar zu machen?

Die SED wirbt auf ihre Weise um die Bürger. Stoph und das Politbüromitglied Krenz, gelegentlich als „Kronprinz" vorgestellt, entdecken das private Gewerbe. Die Einheitspartei gibt sich „bürgernah". Es soll wieder Bürgermeister an Stelle von „Vorsitzenden" geben. Die bürgerlichen Parteien des demokratischen Blocks, Schein-Institutionen, wie der Kommunismus sie unterhält, dürfen mehr Mitglieder aufnehmen. Alles Ventile, in diesen Fällen Ventile nach innen. Man kann sie öffnen, man kann sie schließen.

Versprochen hat das System viel, die Zukunft bleibt ungewiß. Das zählt. Wer die Flucht wählt, handelt nicht „spektakulär", wie das Lieblingswort besorgter Bonner Politiker lautet. Das Motiv der Freiheit verdient solche Abwertung nicht.

Gesamtmetall: Warnstreik ist rechtswidrig

DW. Bonn

Die von der IG Metall für diese Woche angekündigten Warnstreiks zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche sind nach Auffassung der Arbeitgeber rechtswidrig.

In einer gestern veröffentlichten Erklärung begründete der Arbeitgeberverband Gesamtmetall diese Auffassung damit, daß die Tarifgespräche in der Metallindustrie noch andauerten. Nach Angaben der Arbeitgeber haben inzwischen fünf Landesarbeitsgerichte wegen dieses „Verstoßes gegen das Prinzip vom Arbeitskampf als dem letzten Mittel" frühere Streiks der IG Metall für rechtswidrig erklärt. Das Vorstandsmitglied der IG Metall Hans Janßen unterstrich erneut, aus Gewerkschaftssicht seien die Warnstreiks legal.

Gesamtmetall-Geschäftsführer Kirchner machte darauf aufmerksam, daß gut zwei Drittel der Beschäftigten in der Metallindustrie den Kurs der IG Metall ablehnten. Ein Probelauf-Warnstreik würde von den Arbeitgebern mit Gelassenheit hingenommen. Eine Aussperrung bezeichnete er als das „letzte Mittel".

Im Deutschlandfunk erklärte Kirchner, der Arbeitgeberverband erneuere das Angebot an die Gewerkschaften, über Vorruhestandsregelung, Teilzeitarbeit und eine angemessene inflationsgerechte Lohnerhöhung zu sprechen. Solange die Gewerkschaft auf einer 35-Stunden-Woche beharre, müßte sie zu einer sechsjährigen Lohnpause bereit sein, um die Finanzierung überhaupt zu ermöglichen.

Mehr Mitglieder für Blockparteien in der „DDR"

WERNER KAHL, Bonn

Die bürgerlichen (Schein-)Parteien in der „DDR" registrierten in den vergangenen Monaten kontinuierlichen Mitgliederzuwachs. Bei der „Christlich-Demokratischen Union" (CDU) wurden nach offiziellen Angaben rund zehntausend neue Mitglieder aufgenommen. Eine ähnliche Entwicklung melden die „Bauernpartei", die „Liberaldemokratische Partei" (LDPD) und die „National-Demokratische Partei" (NDPD).

Der Anstieg der Mitgliederzahlen entspricht der Linie des SED-Politbüros, die „befreundeten Parteien" des sogenannten Demokratischen Blocks, neben SED die CDU, LDPD, NDPD und Bauernpartei, verstärkt in die politische Arbeit einzubauen.

Stark beachtet wurde in Ost-Berlin das Gespräch zwischen dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick und dem Vorsitzenden der „Liberal-Demokratischen Partei" in Mitteldeutschland, Manfred Gerlach.

Die Zeitungen der „DDR" haben gestern durchwegs auf ihren Titelseiten ausführlich über das Treffen Honeckers mit Mischnick berichtet.

In den ersten beiden Monaten dieses Jahres sind erheblich mehr Deutsche aus der „DDR" in die Bundesrepublik gekommen als im Vorjahr, nach Angaben des Bundesinnenministeriums im Februar 2626 Personen, davon 2223 legale Übersiedler. Im Februar des Vorjahres seien es 652 Übersiedler und Flüchtlinge gewesen. Im Januar dieses Jahres seien 1545 „DDR"-Bewohner gekommen, darunter 1183 legale Übersiedler.

Seite 4: Die SED-Flucht nach vorn



Viele Gegenwünsche

Von Thomas Kielinger

Zwischen Ronald Reagan und Helmut Kohl geht es weiter im Stil von „lieber Freund". Das pflegen abgebrühte Zeitgenossen zu belächeln, wobei sie allemal vergessen, wie wichtig für strategischen Zusammenhalt das Band der menschlichen Beziehungen sein kann. Und Helmut Kohl steigt gern und tief in den Brunnen der Freundschaft mit dem amerikanischen Präsidenten. Er tut das auch mit schöner List.

Nachdem die Raketen-Prüfung 1983, wo Washington als Fordernder vor den Deutschen stand, hinter uns liegt, tritt Kohl als „Drängender" bei den C-Waffen auf. Und er bringt die MBFR zur Sprache, die zentraleuropäischen Kontakte, die amerikanischen Zinsen und den Dollar, die Verschuldung der Dritten Welt, den Kampf gegen den Protektionismus, die KVAE, die Möglichkeit eines Gipfels Reagan–Tschernenko. Und so fort. Eine veritable Registerarie.

Was man alles für die Stationierung von Mittelstreckenraketen, im Gegengeschäft, anpeilt! Wenn nur dieser amerikanische Wahlkampf nicht wäre. Und die undurchsichtigen Russen mit ihrer Alters-Introspektion, die noch mindestens bis zum Tag der Präsidentschaftswahl, 6. November, dauern kann.

Doch ist es legitim, daß Kohl all das, was ihn beschäftigt, auf den Tisch gelegt hat. Ihn leitet ein guter Instinkt. Er erinnert den Präsidenten vor dessen unaufhaltsam scheinender zweiter Amtszeit daran, was auf die Agenda gehört, wenn diese zweite Amtszeit anbricht. Schon zeigt sich, wie Reagan selber die Weichen in Richtung vieler der von Helmut Kohl angeregten Dinge zu stellen beginnt. Am auffallendsten zu verfolgen bei der Frage der Beziehungen in Europa.

In der Tat, der Kanzler sieht mit Recht „eine Menge Entwicklungen". Und er rennt heute in Washington allerlei offene Türen ein, wo noch vor einem halben Jahr deren viele verschlossen waren. Mit Freunden, die durch die Feuerprobe gegangen sind, läßt sich das alles machen.

Nun fehlen nur noch die Ergebnisse. Aber dieser deutsch-amerikanische Gipfel sollte Land vermessen. Das hat er, und zwar viel. Bebaut wird später.

Katastrophe in Sudan

Von Peter M. Ranke

Kritiker wie der SPD-Vorsitzende Willy Brandt können westliche Industriestaaten nicht genug anklagen, daß diese zu wenig für die Dritte Welt tun und somit schuldig an Hunger und Elend in Asien und Afrika seien. An die Reichen der Dritten Welt selber denken sie selten.

Saudi-Arabien, dessen Königshaus nicht nur Paläste am Genfer See baut, sondern auch für rund zehn Milliarden Dollar jährlich Waffen einkauft und noch mehr für hochverzinsliche US-Anleihen ausgibt, hat einen armen Nachbarn: Sudan. Dieses größte Land Afrikas mit achtzehn Millionen Menschen ist nicht zuletzt dadurch in den Ruin getrieben worden, daß es bis vor drei Jahren Erdöl zum Weltmarktpreis kaufen mußte.

Als der sudanesische Präsident Numeiri um weitere „Anleihen" bat, mußte er im vorigen September auf Wunsch der Saudis die islamische Scharia-Gesetzgebung einführen. Es kam, was jeder erwarten mußte: Im Süden Sudans rebellieren animistische und christliche Stämme, die sich der Islamisierung aus dem Norden schon seit Jahrzehnten widersetzen. Äthiopien und Libyen schalteten sich prompt ein.

Inzwischen mußten alle großen Entwicklungsprojekte in Südsudan aufgegeben werden. Aus der nächstes Jahr erhofften Ölförderung wird nichts mehr. Die letzte Chance schwindet, wenigstens den eigenen Energiebedarf decken und jährlich 300 Millionen Dollar sparen zu können. Das ist kaum mehr als eine Tageseinnahme der Ölscheichs.

Der Bankrott Sudans zeichnet sich ab. Ein hoffnungsvolles Entwicklungsland, das bei gemeinsamen Anstrengungen Europas und der Ölscheichs ganz Arabien und Nordafrika mit Fleisch und Getreide versorgen könnte, kann nicht mehr seine Devisenschulden zahlen. Der prowestliche Präsident Numeiri bekommt die Quittung dafür, daß er seinen ägyptischen Freund Sadat bei der Friedenssuche unterstützt und als einziger arabischer Staatschef an seinem Grab getrauert hatte.

Es ist die Rücksichtslosigkeit und der Eigennutz des reichen Nachbarn Saudi-Arabien, wenn Sudan in einen neuen Partisanenkrieg getrieben wird. Die Folgen für diese Politik können nicht ausbleiben.

Die Leute, wie sie sind

Von Joachim Neander

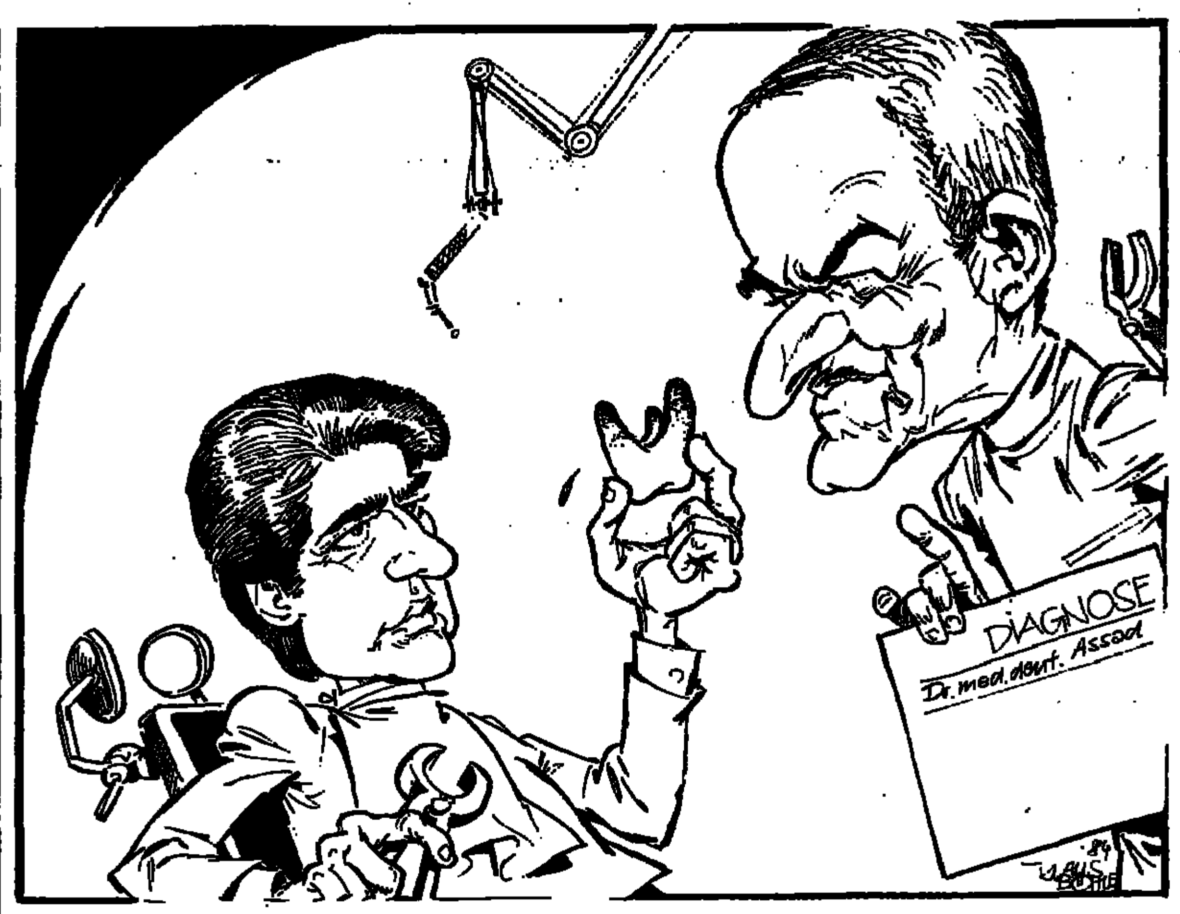
Gewiß, viele waren und sind gar nicht lustig dieser Tage. Der Postbote, der die Hälfte seiner Last wieder zurückschleppen mußte, weil die Behörden – obwohl offiziell gar kein Feiertag war – einfach dichtgemacht hatten. Die Müllmänner, die den Dreck und die Scherben der großen Narretei wegmachen müssen. Und viele einzelne, denen der Lärm zu laut, der Akohol zu bedrohlich, die Witze zu plump und überhaupt Zeit und Stimmung nicht nach Helau zu sein schienen.

Und doch prallt die herkömmliche, die allmählich fast ausgeleierte Kritik der kultur- und bewußtseinsbeflissenen Naserümpfer an dem, was in diesen Tagen auf den Straßen zu sehen war, fast ohne Wirkung ab. Das war nicht nur organisierte Pappnasenfröhlichkeit, das war nicht der kriegerische Aufmarsch des deutschen Spießbürgertums. Das waren „die Leute". So sind sie.

Mit Rückschlüssen muß man natürlich vorsichtig sein. Die politischen Bonmots der Fernsehfastnacht, die Pappmaché-Satire der Rosenmontagszüge, die Sprüche, Reime und Gesänge sind kein gesellschaftliches Dokument, keine Momentaufnahme der Zeitstimmung. Sie sind teilweise mühsam und schon vor Monaten gedrechselt und gebastelt, eingezwängt in organisatorische Riten und Abläufe. Wahlprognosen kann man daraus nicht ableiten.

Aber eine Grundstimmung ist deutlich zu spüren. „Die Leute", und zwar jung und alt, mögen keine großen Worte, keine bombastischen Versprechungen, keine Anbiederung und keine Gewalt. Sie glauben weder an die großen Wunder noch an die großen Katastrophen. Sie tanzen schon mal auf der Straße, aber nicht auf dem Vulkan. Sie sind vielleicht nicht so vernünftig, wie sie sein könnten, aber auch nicht so dumm, wie manche glauben, die sich nicht zu ihnen rechnen.

Die tanzenden und singenden Massen auf den Straßen sind vielleicht nicht jedermanns Sache. Aber Politiker, die da nur hämisch die Schultern zuckten und das TV-Gerät abschalteten, hätten ihren Beruf verfehlt. Wer „die Leute" nicht kennt, sich nicht auch mal zwischen sie mengt, wer sie nicht mag, kann keine Politik für sie machen.



„Ich gratuliere Ihnen, daß Sie sich den Zahn selber gezogen haben, Herr Gemayel!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Was der Mächtige will

Von Jürgen Liminski

Im fünften Buch seiner Geschichte des Peloponnesischen Krieges schildert Thukydides, wie der athenische Gesandte mit den Vertretern der Insel Melos sprach: „Die athenische Regierung hat nicht die Absicht, in eine Erörterung darüber einzutreten, ob sie ein historisches Recht hat, die Eingliederung der Insel Melos in ihren Lebensraum zu verlangen ... Es dürfte auch der Regierung von Melos nicht unbekannt sein, daß eine Diskussion über die Gerechtigkeit des einzuschlagenden Verfahrens nur dort sinnvoll ist, wo eine gleich große Macht dahintersteht, andere Ansprüche zu schützen." Und: „Der Mächtige tut, was er will, und der Schwache das, was er muß!"

Ähnliches mag der syrische Präsident Assad dem libanesischen Präsidenten Amin Gemayel gesagt haben. Andererseits jedoch: was sind Macht und Schwäche in Libanon? Der Bruder des jetzigen Präsidenten besaß noch weniger militärische Macht, als er den Kampf gegen die Besetzung seines Landes aufnahm. Dafür hatte er klare Vorstellungen von Freund und Feind und den festen Willen, diese Erkenntnisse in konkrete Politik umzusetzen. Das verlieh ihm Stärke; so konnte er Mitstreiter sammeln und Macht gewinnen.

Freund und Feind sind zudem unschwer erkennbar. Israel beispielsweise hat sich schriftlich im Abkommen vom 17. Mai 1983 zum Rückzug bereit erklärt. Syrien hat schriftlich in einem Weißbuch und in einer großen Rede Assads im Sommer 1976 den Willen der Führung in Damaskus kundgetan, für immer die beherrschende Rolle im Nachbarland Libanon zu spielen. Zur Vorbereitung und Abstützung dieser Politik hatte Assad bereits Ende Mai 1976 etwa sechstausend Soldaten in die libanesische Hochebene der Bekaa einmarschieren lassen. Niemand hatte die Syrier damals gerufen. Im Oktober erst holte sich Damaskus bei einem Gipfel in Riad ein arabisches „Mandat" zum Vormarsch auf Beirut. Der libanesische Präsident Sarkis beugte sich damals dem syrisch-saudischen Diktat, so, wie Amin Gemayel in diesen Tagen.

Inzwischen ist das „Mandat" abgelaufen und Syrien wiederholt offiziell zum Abzug seiner Truppen aufgefordert worden. Sie stehen immer noch im Land. Es handelt sich um eine Besetzung, so, wie Moskau Afghanistan besetzt hält und als Mächtiger tut, was es will. In solcher Situation gibt es nur Unterwerfung oder Widerstand.

Amin Gemayel hat sich unterworfen. Nun will er in Lausanne eine zweite Konferenz der libanesischen Versöhnung abhalten. Es ist ungewiß, ob die Konferenz überhaupt zustande kommt. Gewiß ist, daß sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sinnvoll wäre. Denn so lange das Land besetzt ist, verfügen die verfeindeten Gruppen nicht über die nötige Entscheidungsfreiheit. Jeder Versuch einer Neuordnung oder Lösung der internen Machtkämpfe liegt im Schatten syrischer Hegemoniepläne und israelischer Sicherheitsinteressen.

Damaskus will bis auf weiteres an der jetzigen Staatsform Libanons und an Amin Gemayel als neuem Statthalter syrischer Interessen festhalten. Eine Dezentralisierung, wie sie die Christen und bis zu einem gewissen Grad auch vorsichtig die Drusen und Sunniten anstreben, will Assad vermeiden. Denn das würde den Durchgriff auf die internen Entscheidungsprozesse verzögern; möglicherweise könnten sich manche Gruppen durch ein hohes Maß an Autonomie dem syrischen Befehl sogar entziehen und mit Israel zusammenarbeiten.



Libanon beherrschen: Assad, Gemayel empfangend FOTO: UPI

Die Christen dagegen reden mehrheitlich einer Bundesrepublik Libanon mit weitgehender Autonomie der einzelnen Bundesländer, etwa nach deutschen Vorbild, das Wort. Solch einer Lösung steht auch Israel wohlwollend gegenüber. Zwar lassen sich ohne größere demographische Verschiebungen noch keine religiös und ethnisch homogenen Bundesländer oder Kantone schaffen. Das unselige Proporzsystem nach religiösem und konfessionellem Schlüssel aber, das dem Nationalpakt von 1943 zugrunde liegt, ist für eine Koexistenz nicht mehr geeignet. Für die Christen ist die Koexistenz zum Existenzkampf geworden, seit das Land von panarabischen Fanatikern heimgesucht wird.

In einem Punkt dürften sich die christlichen Vorstellungen in Libanon mit denen des alawitischen Machthabers in Damaskus decken. Der Präsident Libanons muß ein Repräsentant der christlichen Minderheit sein. Das garantiert, ganz gleich unter welcher Staatsform, den notwendigen Schutz für die nichtmuslimischen Minderheiten gegen den Totalitarismus des Islam. Die libanesische Demokratie funktionierte ja nicht nach der Mechanik numerischer Mehrheiten wie in Europa, sondern nach dem Prinzip des Ausgleichs von Gemeinschaftsinteressen, ungeachtet der demographischen Stärke dieser Gemeinschaften.

Mit den Polit-Fossilien Libanons, den Clan- und Parteiführern Pierre Gemayel, Suleiman Frandschieh, Raschid Karame – auch Amin Gemayel gehört seiner Mentalität nach in diese Kategorie – mag Assad orientalische Ränkespiele betreiben. Die neue Generation, wie Beschir Gemayel sie vertrat und für die Politiker wie Dany Shamoun oder Fady Frem und in gewissem Sinn auch der Scheich Nabih Berri stehen, will eine politische Neuordnung, einen neuen nationalen Pakt, ohne die Fehler des alten. Für die Christen ist das eine Frage der Existenz in Freiheit. Aus dieser Gewißheit nährt sich ihr Widerstand.

IM GESPRÄCH Nikolaus Lobkowicz

Elite in der Praxis

Von Peter Schmalz

Wenn Nikolaus Lobkowicz im April feierlich in sein neues Amt als Präsident der Katholischen Universität Eichstätt eingeführt wird, dann wird an der kleinen Privathochschule einiges in Bewegung kommen. Als der Politologe und Marxismus-Experte vor dreizehn Jahren als erst Vierzigjähriger den Präsidentenstuhl der Münchner Julius-Maximilian-Universität erklomm, wurde damit auch ein Kapitel Münchner Polizeigeschichte geschrieben. Zweimal hatten linke Studentenhorden seine Wahl zu sprengen versucht; nur intensiver Polizeischutz konnte verhindern, daß zweitausend von ihnen die Münchner Residenz stürmten, die als Ausweichquartier gewählt war.



Gemütlich macht er's nicht: Lobkowicz FOTO: GERD BACHERT

Bravourös, wenn auch manchmal mit einer aristokratischen Distanziertheit, die der Sproß des berühmten böhmischen Fürstenhauses zum eigenen Nachteil nicht verbergen mag, brachte er den auf vierzigtausend Studenten angeschwollenen Münchner Mammutbetrieb erstaunlich sicher durch das gesellschaftspolitisch schwere Fahrwasser der siebziger Jahre. Lust und Leid vermischten sich für ihn in diesem Präsidentenamt. Die groben Klötze der „sich intellektuell gebärdenden Anarcho-Marxisten mit SA-Methoden" ärgerten ihn ebenso wie die überschwappende Vorstellung, „das letzte Wesen der Demokratie bestehe darin, daß jeder über alles mitbestimmen können soll".

Auf der anderen Seite aber schätzte er die durch das Gewicht der zeitweise größten deutschen Alma mater verstärkte Autorität, die ihm weltweit Kontakte ermöglichte und die ihn daheim den Politikern, die er in der Regel gering schätzt, die Leviten lesen ließ über eine Hochschulreform, die er „töricht" nennt. Schon lange vor Genscher schlug er eine „Eliteuniversität innerhalb der Massenausbildungsfabrik" vor.

Gegenströmungen im eigenen Haus mißachtend, ging Lobkowicz vor vierzehn Monaten siegessicher zur Wiederwahl. Er unterlag gegenüber dem unscheinbaren Physiker Steinmann. Nun aber bekommt er ein Instrument in die Hand, mit dem sich seine Vorstellung von der Eliteausbildung realisieren ließe: Eichstätt hat nur 2053 Studenten.

Gewählt wurde er, obwohl er bei seiner Vorstellung gewarnt hatte, er sei nicht der richtige Mann, falls man es gemütlich haben wolle. Ihm schwebe eine katholische Universität mit internationalem Flair vor: eine Hochschule, die besser sein müßte als eine säkulare.

Die Aufgabe, die sich Lobkowicz damit gestellt hat, muß als eine Herausforderung an sich, an die Lehranstalt wie an die Kirche gesehen werden: Der Vorgänger hatte den Präsidentenstuhl geräumt, weil er die Einmischung des von der Kirche beeinflußten Stiftungsrates nicht mehr ertragen wollte; die Studenten hat bisher wohl eher die idyllische Abseitslage als der Elitegedanke ins Altmühltal nach Eichstätt gelockt, und Theodor Berchem lästerte als Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz dieser Tage, Eichstätt spiele im deutschen Hochschulorchester die „letzte Geige". Man darf gespannt sein auf die neue Partitur von Lobkowicz.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Westfälische Nachrichten

Zur Arbeitszeitverkürzung heißt es in dem Münsteraner Blatt:

Geradezu widersinnig ist es, wenn es – wie gestern in Berlin – im Anschluß an ein Tarifgespräch heißt, die IG Metall wäre zu jeder Zeit kompromißfähig; ein Kompromiß komme aber ohne Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht in Frage. Das ist in der Substanz eher eine in Weihnachtspapier eingepackte Kompromißlosigkeit. Eine Streikrunde, die unstreitig in der beginnenden Aufschwungphase verheerende Folgen haben muß, kann nur noch vermieden werden, wenn über alle Formen der Arbeitszeitverkürzung geredet wird, die denkbar sind.

FINANCIAL TIMES

Zur Lage der Sowjetführung nach dem Tode Andropows schreibt die Londoner Wirtschaftszeitung:

Das politische Strickmuster, das langsam sichtbar wird, ist das einer kollektiven Führung, die von einer Gruppe sehr erfahrener Männer geleitet wird und die wiederum ihre Hauptaufgabe darin sieht, eine neue Generation künftiger Führer heranzuziehen. Gleichzeitig setzen sie eine Reihe begrenzter Reformen in die Tat um und warten ansonsten, ob westliche Führer ernsthaft genug an besseren Ost-West-Beziehungen interessiert sind, um greifbare Konzessionen in Fragen der Rüstungskontrolle ... zu machen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Annullierung des israelisch-libanesischen Vertrags durch die Regierung Gemayel kommentiert das Blatt:

Hafez El Assad, dem es offensichtlich weder an Zynismus noch an schwarzem Humor fehlt, hat Amin Gemayel telefonisch zur Annullierung des israelisch-libanesischen Abkommens „gratuliert". Die herablassende und höhnische Geste des Siegers über den Besiegten, des Herrschers über den neuen Vasallen. Aber auch eine politische Geste: Er wollte damit der Welt und vor allem den alten Verbündeten Syriens, das heißt den Drusen und Schiiten, zeigen, daß vorerst Damaskus seinen Willen durch den libanesischen Präsidenten ausführt.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Das Blatt setzt sich mit Mischnicks Reise auseinander:

Die Botschaft des Kanzlers, die er überbrachte, hatte vor allem zwei Ziele: Die „Koalition der Vernunft" zu bekräftigen und dem DDR-Staatsratsvorsitzenden den Weg nach Bonn zu ebnen. In beiden Punkten ist der FDP-Fraktionschef offensichtlich auf Zustimmung gestoßen. Wenn sich die Großwetterlage nicht überraschend verschlechtert, ist jetzt davon auszugehen, daß der Saarländer Honecker noch in diesem Jahr die Bundeshauptstadt und seine Heimat besucht.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Hier meint man zu Kohls USA-Reise:

Seine Aufforderung an Reagan, sich mit Tschernenko zu treffen, dürfte bei diesem grundsätzlich auf fruchtbaren Boden fallen. Indessen wird Reagan sich damit Zeit lassen ... Um einen für seine Wiederwahlaussichten schädlichen Mißerfolg auszuschließen, wird er Tschernenko kaum treffen wollen, bevor nicht auf diplomatischen Kanälen Vorarbeiten für Abrüstungserfolge geleistet worden sind.

Nicaragua: Der Wahlsieger steht schon längst fest

Die Opposition sagt: Wahlen, um die Welt an der Nase herumzuführen / Von Werner Thomas

Obgleich diese explosive Region als unberechenbar gilt, läßt sich eines mit Sicherheit sagen: Die „Sandinistische Front der Nationalen Befreiung" (FSLN) wird am 4. November einen überwältigenden Wahlsieg erringen. Vermutlich übernimmt dann Junta-Koordinator Daniel Ortega das Präsidentenamt. Ortega hatte bereits im November 1981 verkündet: „Wahlen in Nicaragua werden kein Machtkampf sein. Sie werden einer Festigung der Revolution dienen."

Ortegas Junta-Kollege Sergio Ramirez warnte einmal, man dürfe „keine Wahlen nach westlichem Muster" erwarten. Es kann sein, daß sie sogar ganz nach östlichem Muster verlaufen, weil die Opposition einen Boykott beschließt. Das hängt von dem neuen Wahlgesetz ab, das der von der FSLN kontrollierte Staatsrat nächste Woche verabschieden möchte. Die meisten Vertreter der oppositionellen Bewegungen äußern sich pessimistisch über die Aussichten eines einigermaßen freien Votums. Augustin Jarquin, der Chef der christlich-sozialen Partei: „Mal sehen, wie weit sie die Manipulation treiben wollen."

Einige Forderungen der Opposition sollen erfüllt werden, wie aus verschiedenen Erklärungen der Comandantes hervorgeht: Zugang zu den Medien beispielsweise und die Aufhebung des vor zwei Jahren verhängten Ausnahmezustandes. Das würde auch ein Ende der Pressezensur bedeuten, unter der „La Prensa" leidet, das einzige Sprachrohr der Gegner des Regimes. Das Blatt konnte in diesem Jahr bereits dreimal nicht erscheinen, weil die Rotstift-Strategen allzu tüchtig waren. Sie kippten sogar einen Agentur-Bericht, der über die mögliche Präsidentschaftskandidatur von Arturo Cruz informierte.

Arturo Cruz, der wohl angesehenste Mann der Opposition, hätte bei einer freien und fairen Wahl gute Chancen, Präsident zu werden. Er war der erste Zentralbankpräsident des sandinistischen Nicaragua, gehörte einmal der Junta an und amtierte schließlich als Botschafter in Washington. Der intime Comandantes-Kenner blickt jedoch diesem Urnengang so skeptisch entgegen wie Eden Pastora, Alfonso Robelo und Adolfo Calero, die nicht kandidieren dürfen, weil sie „konterrevolutionäre" Organisationen führen.

Cruz befürchtet eine „Wahlfarce", die dazu dienen soll, „einer De-facto-Regierung einen Anstrich der Legitimität zu geben". Er schrieb in der „New York Times": „Unsere ehemaligen Befreier sind machtsüchtig geworden." Und: „Wenn die Sandinisten nicht die Partei vom Staat trennen, können nur Narren und Opportunisten diese Wahlen ernst nehmen."

Die Comandantes haben bereits bei ihrer Machtübernahme am 19. Juli 1979 die Weichen gestellt, endgültig wahrscheinlich. Von einem weithin sichtbaren Hügel in Managua prangen meterhohe Buchstaben: FSLN. Die Armee, die Polizei, die Milizen, die Kinder-, Jugend- und Frauenbewegungen, die Nachbarschaftsorganisation, der einzige Fernsehsender, die größte Rundfunkanstalt und der internationale Flughafen tragen den Namen des Generals Sandino. Der Schulunterricht ist ideologisch gefärbt. Der Ostblock liefert die Waffen und stellt Militär und Sicherheitsberater. Das Nationale Direktorium der Befreiungsfront, das neun Mitglieder umfaßt, spielt die Rolle eines Politbüros. Selbst auf dem religiösen Bereich wollen die Comandantes Einfluß gewinnen, indem sie die linke „Volkskirche" unterstützen.

Enrique Bolanos, der Präsident des Verbandes der Privatwirtschaft, die einem Schrumpfprozeß unterliegt, sagt: „Laßt uns realistisch sein. Ändern wird sich hier überhaupt nichts. Sie veranstalten diese Wahlen doch nur, um der Welt was vorzumachen, um sie an der Nase herumzuführen." Ähnlich urteilt auch der Bischof Pablo Antonio Vega, der Vorsitzende der nationalen Bischofskonferenz. Vega sieht eine „Nebelwand, die die Wirklichkeit verschleiern soll". Die Wahlen sollten ursprünglich im nächsten Jahr stattfinden. Sie sind vorverlegt worden, vermutlich im Zusammenhang mit einem anderen Ereignis dieser Art: Am 6. November schreiten die Amerikaner zu den Urnen. „Am 4. November werden wir Reagan eine Niederlage bereiten", verkündete Innenminister Tomas Borge, für den ebenfalls ein sandinistischer Sieg feststeht. Allerdings: Zwei Tage später kann sich Ronald Reagan revanchieren.

Der Kanzler setzt in Washington europäische Akzente

„Ich denke, es bewegt sich was", sagte Helmut Kohl zu einer Kernfrage bei seinem Besuch in Washington: Ob es nämlich zu einem Gipfel Reagan-Tschernenko kommen könne.

Von MANFRED SCHELL

Helmut Kohl kann auf einen gelungenen Besuch in Washington zurückblicken. Selten zuvor ist ein deutscher Bundeskanzler im Weißen Haus mit so viel Wärme und Zuvorkommenheit empfangen worden wie er. Kohl und Reagan halten augenscheinlich viel voneinander und scheuen sich nicht, dies auch öffentlich zu sagen.

Der Präsident sagte nach dem zweistündigen Gespräch, Kohl stehe nach nur 17 Monaten im Amt „in der ersten Reihe der Führer der westlichen Welt. Es gibt kaum eine Frage von internationaler Bedeutung, in der Ihre Ansichten nicht gesucht werden oder Ihr Einfluß nicht fühlbar wäre".

Nur Höflichkeiten? Natürlich setzt die Politik andere Prioritäten. Aber wer an die persönliche Abneigung zurückdenkt, mit der sich Ex-Präsident Jimmy Carter und Ex-Kanzler Helmut Schmidt begegnet sind, hat einen Begriff davon, wie sehr Politik von Sympathie und Antipathie beeinflußt werden kann.

Der Bundeskanzler ist nach Amerika gereist, um, in seinem Sinne, europäische und deutsche Interessen vorzutragen. Der Ost-West-Dialog, so lautete ein Petitum, dürfe nicht steckenbleiben. Kohl hat die Sorge, daß sich der Blick der US-Führung im Wahlkampf auf die innenpolitische Szenerie und die Hauptkrisengebiete Libanon und Irak-Iran fixiert. Auch in anderer Hinsicht ist Helmut Kohl in Washington deutlich geworden. Seine Kritik an der amerikanischen Haushaltspolitik vor der versammelten Presse dürfte so ziemlich einmalig gewesen sein.

Hinter verschlossenen Türen plädierte Kohl mit großer Eindringlichkeit für ein baldiges Gipfeltreffen zwischen Reagan und dem neuen sowjetischen Parteichef Tschernenko. Im August oder September – so schätzt der Kanzler – müßte dies zu realisieren sein. Kohl sagte in seiner Erklärung, er habe Reagan als einen Mann kennengelernt, „der seine Verantwortung für den Frieden in der Welt spürt" und „in diesem Geiste" habe er ihm „den Rat gegeben, gut vorbereitet, nicht als Propagandacoup geplant oder gedacht", ein Gespräch mit Tschernenko anzustreben. Um Mißverständnisse über seine eigene Rolle auszuschließen, sagte Kohl, die Bundesregierung verstehe sich in keiner Weise als Vermittler.

Bei Präsident Reagan muß man auf die Semantik achten. Er ist zwar grundsätzlich zu einem Gipfeltreffen bereit, aber er verknüpft damit nach manchen schlechten Erfahrungen amerikanischer Präsidenten – Kennedy in Wien 1960 – konkrete Erwartungen: Es müßten „fruchtbare Ergebnisse" zu erwarten sein. Kohl hat dazu nicht Stellung genommen, aber er würde es wohl schon als einen Erfolg betrachten, wenn bei einem solchen Treffen ein Datum für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über Mittelstrecken-Raketen oder über chemische Waffen vereinbart werden könnte. Reagan ist nach Kohls Eindruck jederzeit bereit, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Ausgewogenheit im konventionellen und nuklearen Bereich müßte dabei jedoch gesichert bleiben.

Der Kanzler mahnte Rüstungskontrollvorschläge des Westens an: „Wir sind uns einig, daß der Westen in den Verhandlungen über gegenseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen in Wien und in den Verhandlungen über ein weltweites Verbot von chemischen Waffen entsprechende Vorschläge aktiv vorantreiben sollte." Etwas verbrämt meint Kohl damit, Washington solle alsbald seine Vorschläge auf den Tisch legen.


Harmonie am Kamin: Ronald Reagan und Helmut Kohl im Oval Office des Weißen Hauses FOTO: AP

Entschieden setzte er sich gegen alle protektionistischen Tendenzen in den USA zur Wehr. Er fand bei Außenminister Shultz Verständnis. Fast zum Schluß seiner Erklärung schnitt Kohl dann noch ein heißes Eisen an. Ronald Reagan hatte, wie sein Gesichtsausdruck verriet, schon vor der Übersetzung verstanden, um was es ging. Kohl: „Ein Europäer, der im Weißen Haus ist, muß natürlich von den hohen Zinssätzen sprechen, die sich auf die europäischen Volkswirtschaften auswirken. Es ist ganz deutlich ein europäisches Problem."

Hinter den Kulissen hat Kohl ausführlich seine Ziele in Europa geschildert, wobei er hervorhob, daß „unsere Regierungen fest zu der bewährten und ausgewogenen Konzeption des Bündnisses stehen". Das war zugleich auch eine Absage an die Vorschläge des früheren amerikanischen Außenministes Henry Kissinger, der einen Umbau der NATO empfohlen hatte. Später, im Gespräch mit Kongreßabgeordneten, wird Kohl präziser. „Die Verdünnung amerikanischer Truppenpräsenz wäre ein falsches Signal." Die Sowjets müßten es mißverstehen. Im allgemeinen Gelächter ging die Anmerkung Kohls unter, er könne sich nicht vorstellen, daß es mehrheitsfähig wäre, etwa einen Deutschen zum NATO-Oberbefehlshaber in Europa zu benennen. Die Allianz habe ihre „politische Standfestigkeit" bewiesen. Allein der Zeitpunkt, zu dem Kissinger seine Überlegungen publiziert habe, werde dieser Situation „nicht gerecht".

Ein Kongreßabgeordneter fragte Kohl nach der Zweckmäßigkeit, jetzt bei all den Raketen ein Moratorium einzulegen. Die Antwort Kohls ist eindeutig ablehnend: „Ein Moratorium wäre politisch das Falscheste, was man machen kann", denn Moskau wäre dann „sachlich und verhandlungstaktisch von jedem Druck befreit."

Schon im Weißen Haus hatte man – wie auch danach im Kongreß – darauf verzichtet, Kohl nach der beabsichtigten Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien auf dem Gebiet der Verteidigung zu fragen. Die Bereitschaft Bonns, Waffen an die Saudis zu liefern, hat in den USA enorme Wellen geschlagen. Mehrspaltige Anzeigen in den großen Zeitungen des Landes, in denen an den Holocaust, an die Verpflichtung gegenüber Israel erinnert wurde, haben Resonanz gefunden. Zeitweilig war deshalb sogar mit kleineren Demonstrationen gegen Kohl gerechnet worden, die es allerdings dann nicht gegeben hat.

Mit einem festlichen Abendessen in der Residenz des deutschen Botschafters, zu dem sich einflußreiche amerikanische Gäste versammelten, klang Kohls Besuch in den USA aus. Unter den Gästen waren US-Vizepräsident Bush, Außenminister Shultz, Sicherheitsberater McFarlain und Henry Kissinger. Der frühere Außenminister hat – was seine Vorschläge angeht – an diesem Abend abgewiegelt: Die Deutschen habe er nicht in erster Linie gemeint.

Dreh- und Angelpunkt bleibt nach dem Besuch die Frage, ob es zum Gipfeltreffen zwischen Reagan und Tschernenko kommt oder nicht. Helmut Kohl ist da recht zuversichtlich: „Ich denke, es bewegt sich was."

Dem Fiskus geht es nicht um Moral, sondern um Geld

Die Zwiespältigkeit des Steuerrechts vermag kein Normalgehirn mehr zu erfassen. Es ist undurchsichtig, widerspruchsvoll, weithin willkürlich und alles andere als bürgerfreundlich. Eines ist es aber sicher nicht: ein Gesinnungsrecht.

Von GÜNTHER FELIX

Jüngst haben Urteile der höchsten Finanzrichter über die Abzugsfähigkeit von Geldbußen den Zorn der Medien erregt – zu Unrecht, denn unser geltendes (schlechtes) Steuerrecht ist wertneutral. Der Fiskus besteuert alle Einkommen, die „moralischen" wie die „unmoralischen", die des seriösen Geschäftsmannes, aber auch die des Hehlers, Betrügers oder der Dirne.

Der Bundesfinanzhof (BFH) hatte vorige Woche die Zwangsanleihe als „höchstwahrscheinlich" verfassungswidrig bezeichnet, die Zahlungspflicht jedoch gleichwohl bejaht. Ein politischer Urteilsspruch – man erinnere sich an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts „Volkszählung? Nein danke!", dem jetzt der BFH „Zwangsanleihe? Ja, bitte!" anfügt.

Kurz darauf entschied der BFH, daß Geldbußen, die in Betrieben anfallen, steuerlich absetzbar sind. Obwohl dies steurzahlungsfreundlich ist, gab die Öffentlichkeit kein Pardon. Wo verläuft die Grenze zwischen gefühlsgeleiteter Mehrheit und steuerlicher Logik?

Ungerecht sei es, so wird behauptet, wenn ein Taxifahrer für seine Geldbuße einen Steuerrabatt erhält, die falsch parkende Ministerialratsgattin dagegen den Verkehsfrevel voll aus eigener Tasche zahlen muß. Aber das Steuerrecht wertet anders: Der Taxifahrer muß den Gewinn aus seinem Mehrumsatz voll versteuern, mithin ist die Geldbuße absetzbar. Denn die Verkehrsübertretung beging er nicht zum privaten Vergnügen, sondern um seine Steuerkraft zu steigern. Der Abzug bei ihm ist logisch, bei der Frau Ministerialrat nicht. Aber in der Diskussion darüber majorisieren leider Gefühle die Weisheit.

Ist es gerecht, wenn ein Handelsvertreter seine betrieblich genutzte Eigentumswohnung verkauft und den Gewinn mit 65 Prozent versteuert, sein Kollege jedoch, der dieses Geschäft im Haus seiner Frau abwickelt, den ganzen Gewinn in die Familientasche stecken kann? Das Rechtsgefühl ist ein launischer Kompaß bei der Rechtsfindung.

Unser Steuerrecht ist kein Gesinnungsrecht und keine Anstalt zur Erziehung zur Lauterkeit. Rechtsverstöße sind zuhauf steuererheblich. Wer Schadenersatz leisten oder eine Vertragsstrafe zahlen muß – steuerlich abzugsfähig. Wer seine Steuern verspätet zahlt und einen Säumniszuschlag entrichten muß – abzugsfähig.

Für die Besteuerung ist es unerheblich, ob ein Verhalten gegen gute Sitten oder Gesetz verstößt. Gewinne aus Hehlerei, Honorare für „Engelmacher" oder Spione sind ebenso steuerpflichtig wie für Drogenhändler oder das älteste Gewerbe der Welt. Spiegelbildlich ergibt sich: Der Haschisch-Händler darf seine Einkaufskosten als Betriebsausgaben absetzen, der Hehler seine Taxifahrt zum Diebeslager, die gefällige Dame ihre Werbungskosten, der rasende Reporter sein „Knöllchen".

Ist die Spende eines Bundesligaspielers, dem die Lizenz wegen „Beeinflussung" des Fußballspiels entzogen wurde und der sie per Spende zurückgewinnen will, abzugsfähig? Ja, sagt das FG Münster (2. 7. 1981).

Kann ein deutscher Seemann, dem in Polen wegen Beleidigung eines Hafenbeamten eine überhöhte Geldstrafe aufgebrummt wurde, diese steuermindernd geltend machen? Er darf, sprach das FG Nürnberg (12. 2. 1981).

Darf ein Unternehmer, der wegen verbotener Kartellabsprache zwei Prozent seines Mehrerlöses abführen muß, diesen Betrag von seiner Steuer abziehen? Ja, antwortete das FG Hamburg (30. 1. 1980).

Ist ein Lehrer, dem bei extremer Provokation durch einen Schüler die Hand zu einer Maulschelle ausrutschte, berechtigt, die Kosten für seinen Strafverteidiger abzusetzen? Er ist es, meint das FG Berlin (9. 3. 1982).

Gilt für den Ingenieur, den ein Gericht wegen einer von ihm verschuldeten Explosion zu Haft gegen Bewährung verurteilte, weil mehrere Arbeiter getötet wurden, das Gleiche? Ja, er darf die Kosten seiner Verteidigung geltend machen, entschied der BFH am 19. 2. 1982.

Die jüngst kritisierte Entscheidung, ob eine Chemie-Firma eine zivilprozessuale Geldstrafe oder eine Sparkasse eine Buße wegen verbotener Wertpapierverkäufe an Ausländer absetzen dürfen, hat also eine längere Vorgeschichte.

Spätestens seit dem 28. 11. 1977 ist diese Linie erkennbar. Damals entschied der BFH, daß Arbeitnehmer die Kosten eines Autounfalls auf dem Weg zur Arbeitsstelle absetzen dürfen. Dies auch dann, wenn bewußt und leichtfertig gegen Verkehrsregeln verstoßen wurde. Nur sportliche und Fahrten unter Alkoholeinfluß seien nicht mehr berufsbedingt.

Wie man sieht: Das Steuerrecht ist von besonderer Art. Dies verwundert nicht, wenn man bedenkt, daß aus dem biblischen Zehnt längst der moderne „Hälft" geworden ist. Der Steuerzahler muß alles offenlegen, sich restlos bezichtigen, alles Material gegen sich selbst liefern.

Als Gegengabe erhielt er das Steuergeheimnis, dessen Brüchigkeit an Stammtischen bewitzelt wird. Dem Fiskus geht Geld vor Strafe für Unrecht. So ist das Steuerrecht wertneutral, was über seinen Nachholbedarf an Gerechtigkeit nichts aussagt. Der Feldzug gegen ungerechte Steuern sollte aber zunächst bei der Entlastung des Bürgers beginnen, bevor rechtsgefühlige, aber logische Ungerechtigkeiten zu Lasten der Steuerbürger begradigt werden.

Der Verfasser ist Fachanwalt für Steuerrecht in Köln

Neue Sterne zieren den Himmel der Feinschmecker

In Frankreich, einem Land von Feinschmeckern, ist der „Guide Michelin" als Wegweiser zu den Gipfeln der Gastronomie eine nationale Institution und Autorität. Und immer wenn er neu erscheint, gehen Sterne auf, andere verblassen.

Von A. GRAF KAGENECK

Der neue „Michelin" ist da. Und auch im Jahre 1984 bringt er das übliche Gefolge an Tränen der Trauer und der Rührung mit sich. Mächtige stürzten von jahrzehntealten Sockeln, schon Bekannte rückten vom Fegefeuer in den Himmel auf, wieder andere, bisher im anonymen Magma der rund 30 000 Restaurants des Landes schwimmend, sahen sich über Nacht mit einem begehrten ersten Stern versehen.

Nach wie vor ist der dickbäuchige rote Reiseführer, gegründet im Jahre 1900, im Vorjahr in 780 000 Exemplaren verteilt, Jahr für Jahr an die 11 000 Restaurants in nahezu 5000 Ortschaften aufführend, die größte Autorität auf dem Gebiet der Gaumenfreuden in Frankreich und Europa.

Auch in diesem Jahr fehlt es nicht an grausam anmutenden Entscheidungen der geheimnisvollen Prüfer des gefürchteten „Guide". Zu den bedeutendsten Opfern gehörte das Pariser „Lasserre", das von drei auf zwei Sterne zurückgestuft wurde. Wie immer gibt es nicht die geringste Erklärung dafür.

Das noble, eher unauffällige Etablissement für Feinschmecker gleich neben der Bonner Botschaft in der Avenue Franklin Roosevelt, in dem sich unter anderem die Topmanager von Daimler-Benz ein jährliches Rendezvous mit der Presse gaben, Salvador Dali zu speisen beliebt und Raymond Barre Stammgast ist, wird den Schlag nur schwer verwinden können, denn es gehörte 22 Jahre lang der Elite der französischen Restaurants an. Ähnlich ging es vor Jahren dem „Maxim's", das aus Wut über die Degradierung eine schlichte Tilgung aus dem „Michelin" beantragte.

Auch einen zweiten Dreisterner hat es erwischt. Die „Bonne Auberge" in Antibes, deren Küche als ein Ereignis von nationalem Rang entlang der ganzen Mittelmeerküste galt. Henri Viard, der Gastronomie-Korrespondent des „Quotidien de Paris" konstatiert dagegen nur trocken wie Henkell-Sekt: „Ich bin nicht überrascht." Ein vernichtendes Wort aus dem Munde eines Gourmet-Papstes.

Um so begeisterter begrüßt Viard den Neuankömmling unter den Dreisternern, Robuchon, genauer Jamin-Joelle Robuchon (nach dem Namen der neuen Besitzerin) in der Rue de Longchamp im 16. Pariser Bezirk, den er „für den feinsten, den größten unter den Neuen" hält und dem er schon lange einen dritten Stern gegönnt hatte. Selten hat in der Tat ein Restaurant so schnell die steile Leiter zum Olymp erklommen, in nur vier Jahren von Null zum dritten Stern.

Paris verfügt damit nach wie vor über vier der 12 Restaurants des Landes, deren Menü „eine Reise wert ist" und zu denen auch im neuen Jahr die „alten" „Taillevant-Tour d'Argent" und „Archestrate" zählen. Unter den 27 Zwei-Sterne-Tempeln der Hauptstadt sollte man das Restaurant des Hotels Bristol erwähnen, dessen Management vor einigen Jahren in den deutschen Oetker-Konzern überging und in dem immer noch deutsche Bundeskanzler auf dem Weg zum Elysée-Palast absteigen.

Unbarmherzig ging der Reiseführer mit vielen gut beleumundeten Ein-Sterne-Lokalen um, in denen auch der weniger betuchte Bürger sich wie Krösus fühlen konnte. 14 unter ihnen stürzten in Paris, 35 in der Provinz ins Bodenlose. Ewiges auf und ab des Ruhms, den man nicht mit dem Säbel, sondern mit dem Kochlöffel erschwingen kann, der aber in einem Volk von 50 Millionen Feinschmeckern schwerer wiegt als alle Orden und Ehrenzeichen.

Mit „Bürgernähe“ tritt die SED die Flucht nach vorn an

Honecker sucht das Gespräch mit den Blockparteien / „Wir sind eine große Familie“

WERNER KAHL, Bonn

Wenn SED-Chef und Staatsratsvorsitzender Erich Honecker neuerdings häufiger die Vorsitzenden der „befreundeten Parteien“ zu einem vertraulichen Gespräch und Arbeitsessen empfängt, zeigt das zugleich die Erwartungen der Sozialistischen Einheitspartei. Bei der Vorbereitung zu der kürzlich stattgefundenen großen Krisen-Konferenz der SED-Führung mit den Ratsvorsitzenden aus den mitteldeutschen Kreisen traten die Politbüromitglieder Willi Stoph und Egon Krenz mit westlichen Modewörtern wie „bürgernah“ und „Bürgerinitiative“ die Flucht nach vorn an. Die Parteien des SED-Blockes sollen jetzt die Politik der Einheitspartei „von oben nach unten“ verstärkt auf neuen Wegen durchsetzen helfen. Es geht Honekker darum, das kritische Potential der Bevölkerung an der Basis aufzufangen und zu neutralisieren.

Stränge zu den Sowjets

Neben der alles beherrschenden 2,2 Millionen Mitglieder zählenden SED vertritt der CDU-Vorsitzende Gerald Götting 125 103 Mitglieder; sein Kollege Ernst Mecklenburg (Demokratische Bauernpartei) hat 103 000 Mitglieder registriert. NDPD-Chef Professor Heinrich Homann steht 91 000 Nationaldemokraten – darunter ehemalige Offiziere der Wehrmacht und Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) des Dritten Reiches – vor. Manfred Gerlach führt die 82 000 „Liberaldemokraten“ an.

Mit dem Antrag auf Aufnahme in eine dieser Parteien müssen sich Kandidaten jedoch zugleich einer Kontrolle durch die Einheitspartei unterziehen. Denn die SED hat sich nach wie vor die Entscheidung über die Mitgliederzahl und einen eventuellen Zuwachs, wie er jetzt erlaubt wurde, vorbehalten. Ein Privileg, das selbst in Bonner Behörden nicht überall bekannt ist. Bewerber der letzten Monate begründeten den Wunsch nach einem Eintritt in eine der sogenannten bürgerlichen Parteien unter anderem auch mit einer erhofften neuen Schutzfunktion – vor allem Handwerker, kleine Gewerbetreibende und andere von der SED wieder befürworteter Selbständige.

Von den Chefetagen der Block-Parteien laufen direkte Stränge zu den Sowjets. Gerald Götting, CDU-Vorsitzender, wurde nach Berichten aus der damaligen Sowjetischen Besatzungszone zu Beginn seiner Karriere von Kreml-Funktionären gefördert. Ihm wird eine Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst KGB zugeschrieben. Die Vertrauensposition, die der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach einnimmt – er ist zugleich Mitglied des „DDR“-Verteidigungsrates – beruht nach Berichten aus Ost-Berlin ebenfalls auf einen seit seiner Leipziger Studienzeit bestehenden Kooperation mit dem Geheimdienst. Und die Bindung des „Nationaldemokraten“ Homann an die Sowjets ist ebenfalls nichts Neues. Der vierte Spitzenfunktionär im Block, Ernst Mecklenburg – im Vorjahr an die Spitze der Bauernpartei berufen – gilt schon durch seine Heirat in zweiter Ehe mit einer Alt-Kommunistin als linientreu „eingebunden“.

Die Sozialistische Einheitspartei selbst präsentiert sich in diesem Frühjahr nach außen als scheinbar geschlossene Formation. Auf diese Demonstration der Festigkeit entgegen der Mißstimmung auch unter den Mitgliedern legte das SED-Politbüro bei den kürzlichen Parteiwahlen besonderen Wert. Das machten die Ergebnisse deutlich. Von den 90 hauptamtlichen SED-Bezirkssekretären wurden lediglich sechs ausgewechselt. Zu diesem Sextett gehörten wiederum vier aus den besonders sensiblen Bereichen für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur. In den für die Masse der Bevölkerung relevanten Bereichen wurde praktisch kein Funktionär ausgewechselt.

Rolle der Bürgermeister

Die SED gab vielmehr die Parole aus, nicht über das System zu diskutieren, sondern die „DDR“-Bewohner selbst beim Portepee zu packen. Als Kontaktfigur anstelle des gescheiterten SED-Parteiaktivs tritt wieder der Bürgermeister. Die Einheitspartei räumt damit ein, daß sie derzeit nicht „bürgernah“ ist. So hörten sich die 7500 Bürgermeister zwischen Harz und Oder am vergangenen Wochenende plötzlich von höchster Stelle über den grünen Klee gelobt. „Bürgermeister üben eine wichtige Funktion aus“ erkannte Ministerratsvorsitzender Willi Stoph; „Bürgermeister tragen eine hohe Verantwortung“ setzte ZK-Sekretär Egon Krenz nach. Die Bürgermeister sollten jetzt die zerfallenen grauen Häusermeere Mitteldeutschlands zur „Visitenkarte“ (Egon Krenz) des Sozialismus in Deutschland aufputzen: „Ein schönes Dorf ist eine gute Heimstatt.“ Und im Programm für die Einheitskommunalwahlen am 6. Mai ließ nun die SED-Führung auf der Frontseite ihres Parteiorgans „Neues Deutschland“ den an Ausreise und Freizügigkeit gehinderten „DDR“-Bewohnern verkünden: „Wir sind eine glückliche Familie.“

Trifft Strauß in Leipzig Honecker?

dpa, München

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß wird am Sonntag nach Leipzig zur Eröffnung der Frühjahrsmesse fliegen. Wie gestern in München bekannt wurde, folgt er einer offiziellen Einladung der „DDR“-Regierung. Ein Zusammentreffen mit SED-Chef Erich Honecker bei dieser Gelegenheit „ist nicht auszuschließen“, hieß es aus der Umgebung von Strauß, der mit einem Privatflugzeug fliegen und wahrscheinlich auch seine Frau mitnehmen wird.

Strauß hatte im Juli vergangenen Jahres Mitteldeutschland bereist und war auch mit Honecker zusammengetroffen. Diese Reise und der von Strauß zuvor eingefädelte Milliardenkredit für die „DDR“ hatten in der Bundesrepublik Deutschland leidenschaftliche innenpolitische Diskussionen ausgelöst. Strauß hatte sich bei seinem Besuch in der „DDR“ auch erfolgreich für die Ausreise von „DDR“-Bewohnern eingesetzt.

Forderungen des Steuerzahlerbundes

rtr, Bonn

Der Bund der Steuerzahler fordert eine Reform der Organisation des Bundesrechnungshofes mit dem Ziel von mehr Leistungsfähigkeit und Durchsetzungskraft. Der gestern erläuterte Vorschlag sieht unter anderem vor, daß der Präsident und der Vizepräsident künftig nicht mehr von der Bundesregierung bestimmt, sondern mit einer Zweidrittelmehrheit vom Bundestag gewählt werden.

Zur Begründung heißt es, es sei ein Unding, daß die Regierung ihre Chefkontrolleure bestimme. Die Zweidrittelmehrheit des Bundestages sichere auch der Opposition den nötigen Einfluß. Dieses Verfahren habe sich bereits bei der Auswahl der Richter am Bundesverfassungsgericht bewährt. Zudem soll die Unabhängigkeit der Mitglieder des Rechnungshofes dadurch vergrößert werden, daß sie oder ein zu wählendes Kollegialorgan künftig ihre Geschäftsverteilung und die Zuteilung von Prüfbeamten selbst bestimmen.

„Mehr Engagement der Geheimdienste“

dpa, Bonn

Für eine Ausweitung der Auslandsaufklärung Ostblock durch die Nachrichtendienste der Bundesrepublik Deutschland hat sich der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Bundestages, Willy Wimmer, ausgesprochen. Im Pressedienst seiner Fraktion schrieb Wimmer, durch ein deutlicheres deutsches Engagement in diesem Bereich könne Bonn dem NATO-Bündnis einen größeren Dienst erweisen als durch manches neue Waffensystem.

Im eigenen Interesse der Bundesregierung Deutschland liege es, soweit es gehe, Aufschluß über die Staaten des Warschauer Paktes und ihr gesamtes Umfeld zu erhalten. Die Auslandsaufklärung durch britische und amerikanische Geheimdienste könne die Bundesrepublik „vor Neid erblassen“ lassen, schrieb Wimmer. Ein stärkerer Einsatz deutscher Geheimdienste könne daher die Arbeit der Verbündeten ergänzen.

Selbstbewußt sucht Berlins neuer „Regierender“ seinen Stil

Politische Anleihen bei Späth und Weizsäcker / FDP kann sich nicht beklagen

Von H. R. KARUTZ

Auf der Sitzbank einer nagelneuen weiß-blauen BMW-Maschine im Windschatten des Kanzlers, als geladener Gast-Jeck im Mainzer Karneval – dem neuen „Regierenden“ Eberhard Diepgen mangelt es in seinen ersten Amtswochen nicht an Auftritten. Dabei vermeidet er es, als „Sozius“ von Helmut Kohl zu erscheinen oder ein „Tandem“ mit seiner früheren Herausforderin Hanna-Renate Laurien zu bilden. Diepgen will Stil und Image „auf seine Weise“ (Diepgen) finden.

Er mischt, erkennbar, die innenpolitischen Farben von Lothar Späth (Anstöße für Bonn) und Heiner Geißler (soziale Fragen) mit den deutschlandpolitischen Ideen Richard von Weizsäckers. In der morgigen Aussprache über seine Regierungserklärung muß der 42jährige CDU-Politiker nun beweisen, daß er Elemente dieser drei Politik-Felder eigenständig verarbeiten und vertreten kann.

Wie sich manche Bilder gleichen: Als 1977 Dietrich Stobbe nach Klaus Schütz den zu Boden gleitenden Mantel der SPD-Macht in Berlin ergriff, hielt fortan Helmut Schmidt seine Hand über den „jungen Mann“ und förderte ihn nach Kräften. Auch Diepgens Fundament im Kanzleramt ist solide, zumal mit Finanzsenator Gerhard Kunz und Bundessenator Rupert Scholz kundige Thebaner für Berlin am Werk sind.

„Anstöße, die man vorher mit Bonn abspricht, sind keine mehr“, lautet Diepgens selbstbewußtes Motto für eigenständiges Handeln. Er muß dabei darauf achten, nicht zu fest an den Bonner Geduldsfäden zu ziehen. Denn für 1985 müssen beispielsweise erstmals mehr als 11 Milliarden Mark an Bundeshilfe am Rhein beschafft werden. Der Bonn-Anteil im Berlin-Etat wächst auf etwa 55 Prozent. Extratouren bezüglich neuer Millionen-Geschäfte mit der „DDR“ oder ein immer schnelleres Tempo bei der S-Bahn-Renaissance sind zwar aus Berliner Sicht wohlfeil, aber hier wird Diepgen sein Ungestüm bremsen müssen. So sehr ihm der Erfolgszwang, unter dem der Weizsäcker-Nachfolger steht, auch angesichts der ersten Landtagswahlen von 1985 (10. März) im Nacken sitzt.

Die politischen Anleihen bei Premier Späth, Geißler und von Weizsäcker lassen sich leicht nachweisen: Wie Wahlkämpfer Späth setzt Diepgen auf die „HighTech“, die Technologie der Zukunft für Berlin. Der zweite Berlin-Gipfel der deutschen Wirtschaft am 20. Juni soll ein weiterer Meilenstein sein.

Landesbericht Berlin

Diepgens Ankündigung, sich intensiv der sozial Schwachen in der Stadt anzunehmen, beruht auf der – in Bonn auch im Bundesmaßstab vorhandenen – Erkenntnis, daß die SPD-Opposition 1985 auf diesen Problemfeldern Berlins am ehesten ernten könnte. Witwen, Kleinrentner, junge Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Behinderte, alleinerziehende Mütter und Väter – selbst geringfügige Bonner Korrekturen im Leistungskatalog beschneiden hier fühlbar den Lebensstandard.

In ausgiebigen Gesprächen mit von Weizsäcker reiften die deutschlandpolitischen Passagen der Regierungserklärung. Mit dem Wort von den „etwas größeren Schritten“ auf Ost-Berlin zu trat Diepgen eine Lawine von Spekulationen los, die er bisher nicht aufhalten konnte. Für seine Äußerung von den spezifischen Interessen Ost-Berlins, die „auch deutsche Interessen“ seien, gibt es noch Erklärungsbedarf. Früher als erwartet nimmt Diepgen auch mit seiner geplanten Reise zur Leipziger Messe den Wettlauf um „DDR“-Gesprächstermine auf hoher Ebene mit seinem SPD-Konkurrenten Harry Ristock auf. Weder die „Treuhandstelle für Industrie und Handel“ noch die Ständige Vertretung sehen Diepgens Aktivitäten jedoch mit Entzücken.

Nach dem Auszug Richard von Weizsäckers aus dem Rathaus Schöneberg ist nach der ruhigen Geborgenheit, die er vermittelte, eine gewisse „Leere“ zu spüren. Diepgen betreibt die Senatsgeschäfte pflichteifrig und – bei aller für ihn typischen Kompromißbereitschaft – entscheidungsfreudig. Am Senatstisch nahm die Eigenständigkeit der Ressortchefs zu – ganz im Sinne der Berliner Verfassung, die keine Richtlinienkompetenz des „Regierenden“ kennt. Während von Weizsäcker die Meinungen auf seine Weise bündelte, läßt Diepgen ausgiebiger debattieren.

Die Liberalen können sich über Diepgen, der mit FDP-Stimmen leben muß, nicht beklagen. Er beläßt ihnen Profilierungs-Reviere wie die Privatisierung von Senatsbetrieben, achtet aber selbst auf Ruhe an der Gewerkschaftsfront. Rund 200 000 Staatsbedienstete sollen nicht vor den Kopf gestoßen werden.

Bremer Schulstreit spitzt sich zu

Inzwischen sind sieben Schulen besetzt / CDU spricht von „chaotischer Politik“

W. WESSENDORF, Bremen

An den Bremer Schulen spitzt sich die Lage zu. Sieben Schulen werden inzwischen besetzt gehalten. Der Protest richtet sich gegen die angekündigte Schließung von 37 der 194 Schulen in der Hansestadt. Die drastische Reduzierung der Schulgebäude ergebe sich aus dem Rückgang der Schülerzahlen, erklärte der Bremer Senator für Bildung, Horst-Werner Franke (SPD). Franke sicherte zu die Klassenfrequenzen beizubehalten und Lehrer im Angestelltenverhältnis nicht zu entlassen.

Franke rechnete vor, daß die Schülerzahl seit 1976 in Höhe von 90 000 um die Hälfte bis 1992 absinken wird. Den Schließungsvorschlag will Franke noch mit den betroffenen Schülern, Eltern und Lehrern diskutieren. Der Senator: „Ich vergebe mir nichts dabei“. Dennoch machte er klar: „Wer alle Schulen erhalten will, der zerstört alle!“ Bis Ende April sollen Kritik und Gegenvorschläge in ein endgültiges Konzept eingearbeitet sein.

Einige der leeren Schulen sollen künftig von Behörden genutzt werden; andere werden verkauft. So sieht es der Sparplan des Senats vor. Bei einem Haushalt von 4,7 Mrd. DM müssen rund 1,2 Mrd. DM in den nächsten 3 ½ Jahren eingespart werden. Dabei sollen für gut 600 Mill. DM Grundstücke und andere Vermögenswerte in Bremen aus Staatseigentum verkauft werden.

Niemand weiß genau wie viele Schulen zur Zeit in Bremen besetzt sind. Der Schulsenator meinte lakonisch dazu: „So lange der Unterricht gewährleistet ist will ich nicht dagegen einschreiten“. Es wird damit gerechnet, daß außer den seit gestern sieben besetzten Schulen noch weitere von Schülern besetzt werden. Schüler und Schülerinnen an der Schule an der Parsevalstraße beispielsweise haben seit über einer Woche ihre Schlafsäcke mit in die Penne gebracht und nächtigen im Audimax.

Protest meldete auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) an. Ihre Bremer Vorsitzende Helga Ziegert sagte: „Pädagogisch haben diese Schließungen jedenfalls absurde Folgen“. So fügte die GEW-Vorsitzende hinzu: „Beispielsweise ist die Schule am Vorkampsweg erst vor zehn Jahren für 40 Mill. DM gebaut worden und jetzt soll sie verkauft werden. Damit werden Werte verschleudert um den Haushalt zu sanieren“.

Der Bremer CDU-Chef Bernd Neumann bezeichnete die Pläne der allein regierenden SPD als „chaotische Politik“. Neumann sieht in den Vorschlägen des Bildungssenators „einen Offenbarungseid sowohl der Bildungs- als auch der Finanzpolitik“. Der bildungspolitische Sprecher der CDU, Hans Lucks, sagte: „Das ist Wahlbetrug. In der Regierungserklärung von Hans Koschnick im Dezember 1983 steht nichts über Schließungen von Schulen“.

Schon 1977 sei der SPD laut Lucks klar gewesen, daß die Schülerzahlen im Laufe der achtziger Jahre abnehmen werde. Das gehe aus einem Papier „Fraktionsausschuß Zentrale Planung SPD“ hervor. Darin steht, daß 1985 genau 1046 Schulräume weniger benötigt würden. „Dennoch“, so betont Neumann, „sind noch rund 200 Mill. DM in den Ausbau von Schulen gesteckt worden“.

Die Bremer CDU setzt sich nach wie vor für den Erhalt des gegliederten Schulsystems – vor allem der durchgängigen Gymnasien so wie Haupt- und Realschulen – ein. Das Ende der Gymnasien in Bremen ist allerdings bereits gesetzlich beschlossen.

Eine Attacke gegen Echternach

Ausgeschiedener Abgeordneter Rohr spricht von „verkrusteter Führungsstruktur“

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Zerrissenheit hinter „intellektuellen Nebelkerzen“ – so beschrieb CDU-Landesvorsitzender Jürgen Echternach die Position des Hamburger Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi und seines SPD-Landesverbandes. Das war vor elf Tagen beim Hamburger CDU-Parteitag. Gestern nun stand Echternach selbst im Feuer von Vorwürfen und dann noch aus den eigenen Reihen: Vorwürfen, die auf den ersten Blick Zerrissenheit bei den hanseatischen Christdemokraten signalisieren.

Der ausgeschiedene Bürgerschaftsabgeordnete Hans Christoph von Rohr führte in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung die Abwanderung qualifizierter CDU-Politiker in Hamburg unter anderem auf eine „verkrustete Führungsstruktur“ zurück, die einem „personellen Neuanfang“ kaum Chancen gebe. Eine der Ursachen für die „gewisse Aussichtslosigkeit“, mit der viele CDU-Mitglieder die Hamburger Politik betrachteten, sei die Führung durch Landeschef Jürgen Echternach. Er sei zwar intellektuell qualifiziert, „aber in der Öffentlichkeit nicht verkäuflich“. Von Rohr diagnostizierte bei der Hamburger CDU eine „Führung, die von Echternach so bestimmend beherrscht werde, daß ohne ihn nichts läuft“.

Was der Attacke des neuen Vorstandsmitgliedes von Klöckner & Co. in Duisburg ein wenig von ihrem Schneid nimmt und die vermeintlich scharfe Munition eher als intellektuelle Nebelkerzen entlarvt, ist der Termin: Der 45jährige Jurist hatte in der Bürgerschaft fast sechs Jahre Zeit, seinem Landesvorsitzenden Kontra zu geben. Hans Christoph von Rohr gab erst Laut, nachdem er sein Mandat niedergelegt hatte. Und seine Kritik zielte auf einen Mann ab, der erst vor elf Tagen mit 86,2 Prozent der Stimmen von den Delegierten des CDU-Landesparteitages zum Landesvorsitzenden wiedergewählt worden ist. In geheimer Wahl. Ohne eine einzige Wortmeldung.

Mit seiner Diagnose von einer „gewissen Aussichtslosigkeit“ hat von Rohr recht: Wenn die Union es in Hamburg am 19. Dezember 1982 unter Walter Leisler Kiep nicht schaffte – welcher CDU-Politiker mit hohem Bekanntheitsgrad (und dazu noch dem Geburtsort Hamburg) sollte es besser machen? Doch bis zur nächsten Bürgerschaftswahl sind noch zweieinhalb Jahre Zeit. Echternach hat sich als Landesvorsitzender an das Muster des Parteivorsitzenden der seit 1957 regierenden SPD gehalten: Keiner von ihnen hat je gleichzeitig für das Bürgermeisteramt kandidiert. Wenn es um den Versuch ging, das Rathaus für die Union zu erobern, blieb der Parteivorsitzende im Hintergrund. „Ein hohes Maß an Selbstverleugnung“, erkannte gestern Hans-Georg Kuhn vom CDU-Landesvorstand in dieser Haltung: „Ihm fehlt der Goldstaub auf den Flügeln, aber starke Flügel hat er.“

Nein, das goldene Lächeln, die vom „Playboy“ aufmerksam notierte Flanke über einen Zaun, wie Kiep sie lässig vorführte, gehören nicht zu Echternachs Rollenverständnis. Gewiß – er zieht Fäden, er ist ein Meister der Personalpolitik – die Riege der erklärten Nichtsympathisanten reicht von seinem Vorgänger im Landesvorsitz, „Didi“ Rollmann, bis zu den ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Gerhard Orgaß und Stephan Reimers. Doch Echternach konzipiert auch Programme und hat einen ausgesprochenen Blick für politische Perspektiven. Wolfgang Peiner, stellvertretender Fraktionschef, wies gestern die Angriffe von Rohrs zurück: „Mit dem Kern seiner Kritik, es gebe bei uns keine neuen Leute, widerlegt er sich selbst. Denn auch Hans Christoph von Rohr war ein Seiteneinsteiger.“

Trotz unserer schnellen Verbindungen über den großen Teich bleibt Ihnen genügend Zeit, den Flug zu genießen.

Lufthansa fliegt direkt oder nonstop nach Amerika. Zu insgesamt 16 Zielen – von Anchorage bis Mexico, von San Francisco bis Vancouver. Wohin Sie auch wollen, Lufthansa erspart Ihnen das Umsteigen. Und macht damit das Reisen bequemer. Das liegt auch am Service. Sie fliegen mit einer der modernsten Flotten der Welt, ausschließlich in Lufthansa Boeing 747 und DC 10 Großraumjets. Sie haben als Geschäftsreisender die Wahl zwischen First und Business Class. Wenn Sie also demnächst den Nordatlantik bequem überfliegen wollen, dann tun Sie es ohne Umsteigen: mit Lufthansa.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Swapo verschärfte ihren Kampf in Namibia

rtr, Johannesburg

Das südafrikanische Verteidigungshauptquartier in Windhuk hat eine starke Zunahme der Guerrilla-Aktivitäten im Norden Namibias gemeldet. In einer Erklärung hieß es, die Zahl der Untergrundkämpfer der „Südwestafrikanischen Volksorganisation" (Swapo) in dem an Angola grenzenden Gebiet habe sich seit Mitte Februar auf 800 erhöht und damit verzehnfacht. Im vergangenen Monat habe es 58 „terroristische" Vorfälle gegeben, dreimal soviel wie im Dezember 1983. Unter anderen seien 13 Swapo-Kämpfer getötet und zwei Grenzposten mit Granaten und Raketen angegriffen worden.

Außenminister Roelof Botha hatte kürzlich erklärt, die Untergrundkämpfer könnten mit ihren Angriffen das zwischen Südafrika und Angola im Februar abgeschlossene Waffenstillstandsabkommen gefährden, das den völligen Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Südangola vorsieht. Nach Angaben Bothas hat sich Angola verpflichtet, die Aktivitäten der Swapo-Kämpfer zu unterbinden.

„Charta"-Sprecher wieder frei

AP, Wien

Der Sprecher der tschechoslowakischen Menschenrechtsgruppe „Charta 77", Ladislav Lis, ist nach Angaben tschechoslowakischer Exilkreise in Wien nach 14 Monaten Haft aus dem Gefängnis entlassen worden. Wie es heißt, mußte der 58jährige Lis seine Strafe trotz seines schlechten Gesundheitszustandes bis auf den letzten Tag verbüßen.

Lis war Anfang 1983 wegen „Aufhetzung gegen den Staat" verhaftet worden, nachdem bei einer Hausdurchsuchung angeblich „unerlaubte" Literatur gefunden worden war. Lis war zu dieser Zeit Sprecher der Menschenrechtsgruppe „Charta 77".

Im Jahre 1968 zählte er zu den führenden Vertretern des „Prager Frühlings" und war Sekretär der Prager Parteileitung.

Staatsbürgerschaft ja, Integration nein

Repräsentative Umfrage unter Berliner Türken

F. DIEDERICHS, Berlin

Die rund 117 000 Türken in Berlin streben zwar stärker als bisher nach Kommunikation mit der deutschen Bevölkerung und zeigen großes Interesse an Integrationsprojekten, stehen jedoch einer formellen Eingliederung in die deutsche Gesellschaft skeptisch gegenüber: Nur jeder zehnte Türke über 40 Jahre würde gern die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen, bei den unter 40jährigen ist es aber immerhin jeder fünfte.

Die im Auftrag der Berliner Ausländerbeauftragten Barbara John (CDU) gestartete Repräsentativ-Umfrage des Bielefelder Emnid-Institutes, die jetzt in Berlin veröffentlicht wurde, belegt vor allem die Motive für die große Ablehnung eines deutschen Passes: Nahezu die Hälfte (45 Prozent) der Befragten befürchtet, bei Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft von Verwandten in der Türkei mißverstanden und kritisiert zu werden. Ein großer Teil der stärksten Ausländergruppe an der Spree verspricht sich zudem durch die deutsche Staatsbürgerschaft keine Verbesserung ihrer jetzigen Situation.

Der ersten Umfrage von derartiger Größe und Aussagefähigkeit in Deutschland, der eine kleine Pilotstudie im Frühjahr 1983 vorausgegangen war, liegen Interviews mit 1000 männlichen Türken über 18 Jahren zugrunde, von denen 70 Prozent schon länger als zehn Jahre in Berlin oder dem übrigen Bundesgebiet leben. 80 Prozent der Befragten standen zum Zeitpunkt der Befragung in regelmäßigem Lohn und Brot, während nur 11 Prozent arbeitslos waren und neun Prozent einer Teilzeitarbeit nachgingen. „Der größte Teil der türkischen Arbeitnehmerfamilien wird auf Dauer in Berlin bleiben", resümierte die Ausländerbeauftragte des Senats die Ergebnisse der Interviews, die sich mit der Frage der Aufenthaltsabsicht und -dauer beschäftigten.

Die Frage: „Wie lange möchten Sie noch in Deutschland bleiben?" wurde von 83 Prozent der Türken unklar beantwortet. 70 Prozent erklärten, sie würden noch bleiben, äußerten aber den Wunsch, langfristig in ihre Heimat zurückzukehren. Die restlichen 13 Prozent stellten es als „völlig offen" hin, ob sie Deutschland verlassen würden.

Als Hauptgründe für eine eventuelle Rückkehr erklärten 35 Prozent der Türken, sie müßten sich in der Heimat selbständig machen können. Die zweithäufigste Begründung (33 Prozent) lautete: „Wenn ich genug gespart habe." Die Ausbildung ihrer Kinder in Deutschland abwarten wollen 19 Prozent der Befragten, während politische Verhältnisse in der Türkei (acht Prozent) oder die Rückkehr der gesamten Familie (sieben Prozent) nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Dem Wunsch einer volljährigen Tochter, bei einer Rückkehr der Familie in Deutschland bleiben zu wollen, würde lediglich ein Drittel aller interviewten Familienväter nachkommen. Beim volljährigen Sohn zeigte sich hingegen eine Auflockerung der traditionellen türkischen Moralvorstellungen: Obwohl die Altersgruppe der über 40jährigen zu 51 Prozent die Entscheidungsfreiheit des Sohnes noch ablehnt, sprach sich aus der Gruppe der Befragten zwischen 18 und 24 Jahren eine Mehrheit von 60 Prozent dafür aus, dem Sohn die alleinige Entscheidung zuzubilligen.

Eine skeptische oder ausländerfeindliche Haltung der Deutschen hinterläßt zwar bei einem Teil der Türken Eindrücke – 21 Prozent nannten diesen Aspekt bei der Frage nach negativen Eindrücken von der Bevölkerung, immerhin glauben jedoch 52 Prozent der Befragten, daß nur ein kleiner Teil der Deutschen wirklich ausländerfeindlich ist.

„Berlin keine Konkurrenz machen"

D. GURATZSCH, Frankfurt

Frankfurts Baustadtrat Erhard Haverkampf (SPD) mußte beschwichtigen: Die Metropole am Main wolle „keinesfalls Berlin Konkurrenz machen", sagte er bei der Eröffnung einer Architekturausstellung auf 1800 Quadratmetern Fläche in der Airport Galery des Frankfurter Flughafens. Das Verhältnis zwischen den beiden Städten sei das eines gegenseitigen Gebens und Nehmens, also ein „symbiotisches Verhältnis".

Anlaß für die Worte des engagierten Baudezernenten waren Presse-Berichte gewesen, nach denen die „Internationale Bauausstellung Berlin 1984" verschlafen worden sei und Frankfurt mit seiner spektakulären Bautätigkeit nun „die bessere Internationale Bauausstellung" mache.

In der Tat beweist die Ausstellung, daß die Stadt dem Ziel des CDU-Oberbürgermeisters Walter Wallmann, „Frankfurt wieder zu einer liebens- und sehenswerten Stadt" zu machen, ein gutes Stück nähergekommen ist. Gezeigt werden Großprojekte des Innenstadtausbaus, die international Aufsehen erregt haben: von der wiedererstandenen Alten Oper und der mittelalterlichen Häuserzeile auf dem Römerberg bis zum neuen Messehochhaus, vom Museumsufer mit sechs neuen Museen beiderseits des Mains bis zur Eissport- und zur geplanten Leichtathletikhalle, vom Kunst- und Kommunikationszentrum „Kulturschirn" bis zum Rebstockbad und zahlreichen neuen Geschäftsbauten in der City.

Das Besondere an dieser Bautätigkeit nach Haverkampf: Sie geht schneller voran als in anderen Städten, bedient sich raffinierter „postmoderner" Stilformen. Der wirtschaftliche Hintergrund des neuen Baubooms wird seltener hervorgehoben: Frankfurt benutzt Architektur als Werbemittel und sieht darin sogar eine Lebens- und Überlebensfrage.

Caritas: Lage im Osten ist bedrückend

Hilfeleistungen in Höhe von 40 Millionen Mark

XING-HU KUO, Freiburg

Die wirtschaftliche Lage in den kommunistischen Staaten Osteuropas ist weiterhin „bedrückend". Dies hat der Deutsche Caritasverband in Freiburg/Breisgau in einer Bilanz seiner Osteuropa-Hilfe festgestellt. Deshalb sei die finanzielle und materielle Hilfe für die vielen Bedürftigen in diesen Ländern in den letzten 30 Jahren ständig gestiegen. Im vergangenen Jahr betrug sie 40,4 Millionen DM. Vor allem Polen wurde von der katholischen Hilfsorganisation mit 27,7 Millionen Mark unterstützt. Rumänien, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und andere Ostblockstaaten teilen sich den Rest dieser Millionenbeträge.

Die Caritas verweist in ihrem Bericht darauf, daß in Polen Lebensmittel erneut rationiert und die Preise steigen würden. Die Armut wachse dort weiter. In Rumänien seien die Versorgungslücken sogar noch gravierender als in Polen. Von den übrigen Ostblockländern sei „der Öffentlichkeit weniger bekannt wie sehr die Menschen unter vielfältiger Not zu leiden" hätten. Der Caritasverband verweist jedoch darauf, daß „zu der leiblichen noch die geistige Not" hinzukomme. Deshalb seien „unsere Anteilnahme, unser Gebet und unsere Hilfen in dieser Lage ein Zeichen unserer Verbundenheit", wird in dem Bericht betont. An Hand konkreter Beispiele wird verdeutlicht, wer die Empfänger dieser Hilfsmaßnahmen sind.

Eine Deutsche aus dem Banat (Rumänien), die ihre 91jährige Mutter versorgt, schrieb nach dem Erhalt eines Paketes: „Wir waren so gerührt, beim Auspacken konnten wir die Tränen kaum zurückhalten." Denn, so die Rumänien-Deutsche weiter: „Oft fehlt es am Allernotwendigsten ... der Winter hat früh begonnen. Immer wieder fällt der Strom bei uns aus. Holz und Kohlen sind kaum zu erhalten, ebenso fehlt es an Heizöl." Bei vielen Rumänien-Deutschen handelt es sich um alte Leute, deren Hab und Gut verstaatlicht worden ist, erklärt die Caritas. Nach dem Krieg wurden sie als Kollektivarbeiter beschäftigt. Ihre Rente betrage heute umgerechnet zwischen 35 bis 106 DM. Auch viele Witwen sind unter ihnen, die Männer wurden in die Sowjetunion deportiert und sind dort gestorben.

Aus Polen erreichte die Caritas ein Hilferuf: ein 48jähriger Herzkranker brauchte dringend eine Operation. Der Verband übernahm alle Kosten für einen dreimonatigen Aufenthalt in deutschen Krankenhäusern. Dafür waren 50 000 DM notwendig.

Zwei polnische Familien mit je acht Kindern erhielten ebenfalls von der Caritas Spenden. Denn das Nettoeinkommen betrug in beiden Fällen umgerechnet 714 bzw. 857 DM im Monat für jeweils zehn Personen. Vor allem Kinderkleidung war hier dringend nötig, da das Einkommen für einen solchen „Luxus" nicht reichte.

Die 82jährige Frau H. in der Tschechoslowakei bewohnt ein Zimmer in einem „äußerst baufälligen Haus", in dem das Wasser bis zur vorletzten Stufe der Kellertreppe steht. Rund 220 DM stehen ihr zur Verfügung, das Haus ihres Vaters wurde konfisziert. Hier halfen Devisen-Bons für „Tuzex-Läden", die ähnlich wie „Intershops" in der „DDR" gegen westliche Währungen Mangelwaren verkaufen. Die alte Dame schrieb: „Ich kann Ihnen nicht sagen, wie froh ich bin. Es ist nicht leicht, daß man jetzt so ganz auf die Hilfe anderer angewiesen ist, auch wenn man versuchte, das ganze Leben zu sparen und glaubte, auf die alten Tage versorgt zu sein."

Ein Lkw-Fahrer, der auf beschwerlichem Wege endlich Polen mit Hilfsgütern erreichte, berichtete von einer bewegenden Begegnung mit einem polnischen Ordensbruder, der in einem deutschen KZ Deutsch gelernt hatte. Er habe sich eigentlich vorgenommen, die Sprache seiner Peiniger nie mehr zu sprechen.

Brauchitsch nennt NRW-Justiz „leichtfertig"

dpa, München

Schwere Vorwürfe gegen die Justizbehörden in Nordrhein-Westfalen hat der frühere geschäftsführende Gesellschafter des Flick-Konzerns, Eberhard von Brauchitsch, im Zusammenhang mit der Spendenaffäre erhoben. „Ich sehe kein anderes Land der Bundesrepublik, in dem so leichtfertig wie in Nordrhein-Westfalen gearbeitet worden ist, und damit Vorverurteilungen Vorschub geleistet wurde", erklärte von Brauchitsch der Illustrierten „Quick". Er sage zwar nicht, daß die Staatsanwaltschaft Akten an den „Spiegel" oder den „Stern" herausgegeben habe, meinte von Brauchitsch, der von der Staatsanwaltschaft der Bestechung angeklagt ist. Vielmehr seien Umwege beschritten worden. Es sei aber interessant, daß „immer nur das aus der Staatsanwaltschaft an die Öffentlichkeit herausgeht, was den Beschuldigten zur Last gelegt wird". Entlastendes hat nach seiner Auffassung dagegen ungeheuren Verschlußcharakter, „da kommt keiner ran".

Nasa-Wünsche an Bonn

Bä. Bonn

Der Chef der amerikanischen Weltraumbehörde, James Beggs, hat die Bundesrepublik Deutschland aufgerufen, die Führung bei der europäischen Beteiligung am Bau einer permanenten und bemannten Erdaußenstation zu übernehmen. Die USA hoffen, daß sich die Europäer mit rund 25 Prozent an der von Präsident Reagan angekündigten Station beteiligen. Bei Gesamtbaukosten von zehn Milliarden Dollar über einen Zeitraum von rund zehn Jahren müßten die Europäer rund 2,5 Milliarden Dollar tragen. Beggs sicherte den Europäern gestern vor der Presse in Bonn volle Partnerschaft bei einer Beteiligung zu. Er gestand ihnen auch Zugang und Benutzungsrechte zu. Der Nasa-Chef rief besonders die Deutschen auf, noch vor Jahresende zu einer Entscheidung zu kommen.

In den Abendstunden des 4. März ist mein geliebter Mann, unser guter Vater, Großvater und Bruder

Dr.-Ing. E. h., Dipl.-Ing.

Erhard Müller

nach langer, geduldig ertragener Krankheit in seinem 76. Lebensjahr sanft entschlafen.

In Liebe und Dankbarkeit:

Melita Müller geb. Bohlen
Karin und Peter Eisenmann
Birgit und Ulrich Hahn-Woernle
Fritz Müller
Almut und Anni Müller-Halawani
Dagmar und Roland Link
mit 6 Enkelkindern
Lore Wacker
Elsbeth und Jochen Lindner

Die Beerdigung findet am Freitag, 9. März 1984, um 15.00 Uhr auf dem Ebershalden-Friedhof in Esslingen statt.

Wir trauern um Herrn

Senator
Dr.-Ing. E. h., Dipl.-Ing.

Erhard Müller

Für uns unerwartet, wurde er nach einem reichen und erfüllten Leben im Alter von 75 Jahren aus unserer Mitte genommen.

Wir verlieren mit ihm den Gestalter unseres Unternehmens, unseren Ratgeber und Freund. Als schwäbischer Unternehmer war er eine große Persönlichkeit und verband in selten harmonischer Weise Fleiß, Zielstrebigkeit und Geschick mit menschlicher Wärme. Sein ausgewogenes Urteil, seinen unternehmerischen Weitblick in Verbindung mit seinen außerordentlich profunden Kenntnissen und Erfahrungen werden wir sehr vermissen.

Es ist uns Verpflichtung, sein Lebenswerk in seinem Sinne weiterzuführen. Wir schulden ihm unseren Dank.

Aufsichtsrat
Vorstand
Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Maschinenfabrik Müller-Weingarten AG

Die Beerdigung findet am Freitag, 9. März 1984, um 15 Uhr auf dem Ebershalden-Friedhof in Esslingen statt.

Unser langjähriger Chef

Dr. med. Hans-Rudolf Feindt

ehem. Lt. Arzt am Albers-Schönberg-Institut
Abt. f. Strahlendiagnostik des Allg. Krankenhauses
St. Georg

ist am 9. Februar 1984 verstorben.

Die menschlichen und fachlichen Kontakte zwischen uns verdanken wir ihm.

Seine ehemaligen ärztlichen Mitarbeiter

„Ich bin bei dir,
spricht der Herr,
daß ich dir helfe."
Losung vom 5. März 1984

Prof. Dr. Dr. h. c.

Hubert-Hugo Hilf

* 11. April 1893 † 5. März 1984

In Dankbarkeit
Familie Hilf

2057 Reinbek, Kückallee 40

Die Trauerfeier findet am Samstag, dem 10. März 1984, 14 Uhr in der Maria-Magdalenen-Kirche in Reinbek statt.



Südafrika und Moçambique wollen einander schonen

Nichtangriffspakt in Vorbereitung / Positive Ausstrahlung auf die Region erhofft

M. GERMANI, Johannesburg

Die bevorstehende Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes Südafrika-Moçambique durch Premierminister Pieter Botha und Präsident Samora Machel sind das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen beider Länder. Beim Besuch der mosambikanischen Delegation in Kapstadt, unter Führung des weißen mosambikanischen Wirtschaftsministers General Jacinto Veloso, kamen beide Regierungen überein, daß künftig „keines der beiden Länder als Stützpunkt für Aggressionen oder Gewalt gegen den anderen wirken und daß beide Länder kein drittes für diese Zwecke nutzen werde". Gemeint ist die Unterstützung, die Moçambique der südafrikanischen Untergrundbewegung African National Council (ANC; sie unternahm ihre Sabotageakte in Südafrika zum größten Teil von Moçambique aus) gewährte, und die von südafrikanischer Seite niemals zugestandene Hilfe an die mosambikanische antikommunistische Widerstandsbewegung Renamo, die weite Teile Moçambiques kontrolliert.

Erfolgreich verhandelt

In einem Interview mit dem südafrikanischen Fernsehen nahm Außenminister Pik Botha Stellung zu den Verhandlungen. Zum ersten Mal werde „trotz der ideologischen und politischen Differenzen" deutlich, „wie wichtig Frieden und Stabilität in dieser Region sind", sagte Botha. Er hoffe, daß das Ergebnis der Gespräche zwischen beiden Ländern auch einen Einfluß auf die Entwicklung in Angola und Namibia (Südwestafrika) haben werde, ebenso wie auf die benachbarten Länder und die „Front"-Staaten. Allerdings sei die Lösung der Probleme in Angola und Namibia durch das Engagement der Sowjets und die Präsenz der Kubaner wesentlich komplizierter.

Botha mußte zugeben, daß weitere Hunderte von Mitgliedern der Südwestafrikanischen Volksbefreiungsorganisation (Swapo) in der Zwischenzeit nach Namibia eingedrungen sind, die trotz guten Willens von den Angolanern nicht kontrolliert werden könnten. Sollte die Swapo weiterhin in großer Anzahl die Grenze überschreiten, sähen sich die südafrikanischen Streitkräfte gezwungen, wieder direkt Präventivschläge nach Angola hinein vorzunehmen.

Damit gab Südafrika erstmalig zu, daß die Friedensinitiative, die, so Botha, das Ergebnis langjähriger Kontakte mit den betreffenden Regierungen sei, immer noch äußerst gefährdet ist. Er gab auch zu verstehen, daß sowohl ANC als auch Renamo die Friedensbemühungen torpedieren könnten. Südafrika habe aber seinen Teil zur Erreichung des Friedens getan.

Verblüffung hat die Entlassung des Mitgründers der Swapo, Toivo Ya Toivo, hervorgerufen, der 1968 auf Grund von Terrorismus zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Politische Beobachter sehen darin einen möglichen Schachzug, die nicht unumstrittene Führung Sam Nujomas zu unterminieren. Gelingt es Toivo bei dem geplanten Treffen mit Nujoma, diesen auszubooten, könnte er praktisch als „Vater des schwarzen Nationalismus" die führende Rolle in der Organisation übernehmen, während die Vorbereitungen zur Unabhängigkeit nach der UNO-Resolution 435 getroffen werden. Es dürfte Toivo auch nicht schwerfallen, die geringe Anhängerschaft der internen Swapo unter Andreas Schipanga auf seine Seite zu ziehen. Damit würde er als einigender Faktor und Führer des Mehrheitsvolkes der Ovambo in Namibia (mehr als 52 Prozent) in die derzeit stattfindende Vielparteienkonferenz (MPC) in Windhuk einziehen können. Somit dürften sich aber auch die Führungsansprüche des früheren Ovambo-Präsidenten der Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA), Peter Kalangula, zerschlagen haben. Die derzeit sechs Parteien der MPC hatten die Freilassung Toivos gefordert.

Gefühl der Unsicherheit

Ein DTA-Politiker sagte gegenüber der WELT: „Wir fahren in einem Expreßzug in die Unabhängigkeit. Wer jetzt nicht aufsteigt, ist so schnell weg vom Fenster, wie er gar nicht sehen kann." Ein Großteil der weißen Bevölkerung in Südwest verfolgt die gesamte Entwicklung mit einem Gefühl der Unsicherheit. Durch das Eindringen der Swapo, die bereits das weiße Farmgebiet der Minenstadt Tsumeb erreicht hat, erwartet man innerhalb kürzester Zeit Überfälle auf Farmer und Zivilisten. Entweder habe Nujoma seine eigenen Truppen nicht mehr fest unter Kontrolle, oder aber er mache weiter auf Befehl aus Moskau, glaubt man in Windhuk.

Ein animistisch geprägter Islam schürt Unruhe in Nigeria: 1000 Tote

Die Yen-Izala-Sekte gilt als grausam und militant / Ein Vehikel der Revolution?

ACHIM REMDE, Bonn

Mehr als 1000 Tote und 2000 Verletzte haben religiöse Unruhen gefordert, die in Yola, der Hauptstadt des nigerianischen Bundesstaates Borno, von der islamischen Sekte Yen Izala ausgelöst wurden.

Als Sektengründer Muhammad Marwa nach wiederholten Unruhen in Kano in den Jahren 1980/81 von der nigerianischen Polizei getötet wurde, glaubte man dem Treiben der Sekte ein Ende bereitet zu haben. Doch nach Kano und Maiduguri – weiter nördlich als Yola – wo es 1982 zu Zusammenstößen kam, ist nun die Provinzhauptstadt Yola zum Schauplatz fanatischer Gewalt geworden.

Grausamkeit und Militanz gegen Andersdenkende sind die wesentlichen Kennzeichen der Sekte. Vom orthodoxen Islam ist sie weit entfernt. Es heißt, daß ihre Anhänger Mohammed nicht als Propheten anerkennen und sich beim Gebet demonstrativ von Mekka abwenden. Darüber hinaus wenden sie sich gegen jede Art des Fortschritts, wozu sie schon Rundfunk, Fernsehen, Fahrräder, Autos und Armbanduhren zählen.

Gold und Sklaven

Die Kombination von Islam und Animismus hat in Westafrika Tradition und ebenso die Verbindung von religiösen, sozialen und wirtschaftlichen Motiven beim Entstehen islamischer Bewegungen. Gold und Sklaven waren einst der Anreiz für islamische Händler und Militärs in Nordafrika, Expeditionen über die Transsahara-Touren nach Westafrika zu unternehmen und dabei den Islam mitzubringen. Später war es eine islamische Erneuerungsbewegung – al murâbitûn, die Almoraviden –, die sich in einem „heiligen Krieg" engagierte. Auch Usman Dan Fodio überzog erfolgreich Anfang des 19. Jahrhunderts Nordnigeria mit einem solchen Krieg. Ausgelöst durch starke soziale Gegensätze zwischen Land- und Stadtfulani, setzte er eine vollkommene politische Neuordnung durch, deren Strukturen in der Region noch heute existent sind.

Neuer Reichtum, mit unlauteren Mitteln schnell errungen, ein plötzlicher Einbruch der westlichen Konsumgesellschaft scheinen auch in Nigeria dem religiösen Fanatismus den Weg bereitet zu haben. Mit dem – inzwischen verklungenen – Ölboom entwickelte sich ein Manchesterkapitalismus, der soziale Gegensätze verschärfte und zur Bildung eines städtischen Proletariats führte, das der traditionellen afrikanischen Gesellschaft unbekannt ist. Sozialrevolutionäres Gedankengut macht sich seit geraumer Zeit in Kreisen nigerianischer Intellektueller breit. Doch radikalpolitische Artikulation blieb immer in den Anfängen stecken, weil das kapitalistische System letztlich doch ein offenes System war. Die Mehrheit zog es vor, die Chancen zu nutzen, die das System bot, anstatt zu versuchen, dieses zu verändern.

Es war kein Rawlings wie in Ghana, kein Sankara wie in Obervolta, beides Systemveränderer, der der Korruption der Regierung Shagari in Lagos mit einem Putsch ein Ende setzte. Es waren konservative Offiziere, die das System nicht verändern, sondern von häßlichen Wucherungen befreien wollen. Aber der Gedanke, daß ihr Coup einem Staatsstreich mit radikal-egalitärer Zielsetzung zuvorkam, ist nicht von der Hand zu weisen.

Staatstragendes Element

Während sie solcherart einer Revolution zuvorkamen, mögen sie übersehen haben, daß der Islam sich im nahezu rein islamischen Norden des Landes bereits zum Vehikel revolutionären Gedankenguts entwickelt hatte. Es scheint, daß es gerade die Ärmsten der Armen sind, darunter viele illegale Einwanderer aus den Nachbarländern, die der Sekte Yen Izala anhängen.

Islamische Sekten spielen besonders im Senegal eine große Rolle. Dort sind sie jedoch ein staatstragendes Element. Fanatiker wie Khomeini und Khadhafi versuchen hier, mit Hilfe des Islam soziale Unruhen zu schüren. Nicht ohne Grund hat die Regierung des Senegal vor kurzem die Schließung der iranischen Botschaft angeordnet.

Nichts deutet darauf hin, daß Khadhafi oder Khomeini hinter den Unruhen in Nordnigeria stecken. Das heißt nicht, daß es ihnen nicht zuzutrauen wäre. Wichtiger als Unruhen mit Gewalt zu ersticken ist es jedoch, zu verhindern, daß ein Boden entsteht, auf dem die Saat von Fanatikern aufgehen kann.

Seoul lockert innenpolitische Zügel

Präsident Chun will vor dem Papst-Besuch Menschenrechtsfrage entschärfen

FRED de LA TROBE, Tokio

Kleine politische Freiheiten und eine behutsame Lockerung der politischen Kontrollen kennzeichnen die Lage in Südkorea nach vierjähriger strenger Herrschaft. Präsident Chun Doo Hwan hat vom scharfen Konfrontationskurs gegen seine Gegner in den alten Parteien und unter den Akademikern auf eine mildere Gangart umgeschaltet.

Einige Amnestiewellen der letzten Tage und Wochen signalisieren den neuen Stil: 1017 politische Häftlinge und 159 Studenten wurden entlassen. Darunter waren auch Teilnehmer an der Revolte von Kwangju, die 1980 blutig niedergeschlagen wurde. Unter 567 ehemaligen Politikern, denen öffentliche Aktivität verboten war, stehen jetzt nur noch 99 auf der „schwarzen Liste". Darunter befinden sich allerdings noch der Oppositionsführer Kim Young Sam und der in den Vereinigten Staaten im Exil lebende Dissident Kim Dae Jung.

Die freigelassenen Studenten dürfen seit dem am Montag begonnenen Sommersemester wieder am Studienprogramm teilnehmen. Die Regierung hat auch die auf dem Gelände der Universitäten stationierten Polizeieinheiten abgezogen und will künftig nur dann eingreifen, wenn die Verwaltungen der Hochschulen Unterstützung anfordern. Mit diesen Schritten wird zwar nicht ein völliges Abflauen der Unruhen erwartet, aber doch zumindest eine vorläufige Entspannung der Lage unter den Studenten. Das bisherige strenge Vorgehen der Regierung hatte sie eher zu verschärftem Widerstand angestachelt.

Der neue mildere Kurs der Regierung zielt auf die von Präsident Chun anvisierte nationale Aussöhnung und Harmonie hin. Dahinter steht der sehr handfeste Vorsatz, vor dem Korea-Besuch des Papstes und den zwischen Ende dieses und Anfang nächsten Jahres anstehenden Wahlen zur Nationalversammlung die Frage der Menschenrechte zu entschärfen und das Image der Regierung im In- und Ausland aufzupolieren.

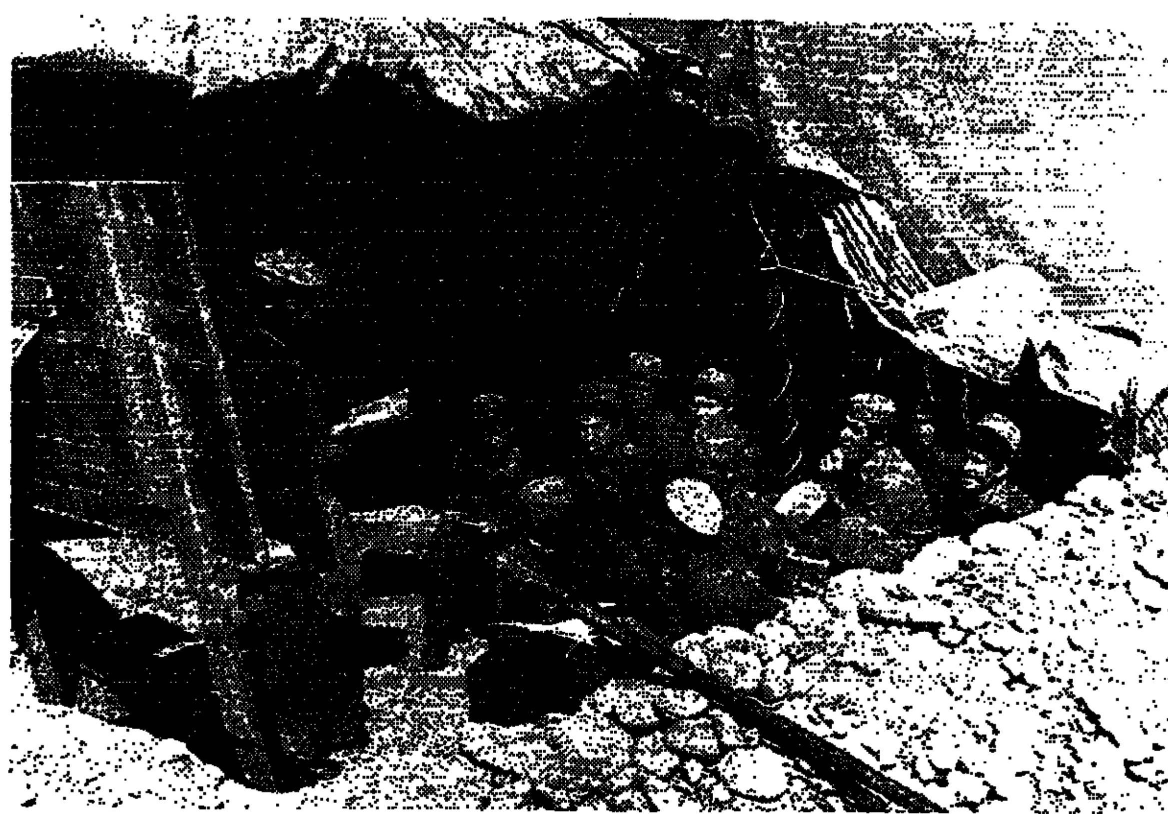
Der Besuch von Johannes Paul II. im Mai aus Anlaß der 200-Jahresfeier der Ankunft der ersten Katholiken im „Land der Morgenstille" ist die erste Visite eines Papstes in Korea. Während seines Aufenthalts in Seoul sind ein Treffen mit Präsident Chun und Messen des Papstes vorgesehen, bei denen er sich gegen die Unterdrückung des Christentums in Nordkorea wenden wird. Im Süden der geteilten Halbinsel zählt ein Viertel der Gesamtbevölkerung von 40 Millionen zur christlichen Minderheit. Davon sind knapp zwei Millionen Katholiken.

Zur katholischen Glaubensgemeinschaft gehört auch Oppositionspolitiker Kim Dae Jung, der im Exil in Amerika lebt und unter den Begnadigten der letzten Zeit nicht erwähnt worden ist. Er war unter Präsident Chun zunächst zum Tode, dann zu lebenslanger Haft verurteilt und schließlich in die USA entlassen worden. Kim, der eine Lektorenstelle an der Harvard Universität innehat, erklärte kürzlich, er wolle in absehbarer Zeit nach Korea zurückkehren und sich dort wieder politisch betätigen. Dort müßte er jedoch mit einer neuerlichen Haftstrafe rechnen. Sollte er sich aber entschließen, während des Papst-Besuches nach Seoul zurückzukehren, würde er das Regime vor peinliche Gewissensfragen stellen.

Die südkoreanischen Oppositionellen fordern freie und direkte Wahlen, demokratische Reformen und politische Liberalisierung einschließlich der Pressefreiheit. Die Regierung hat das bisher verweigert, Präsident Chun betont aber, daß er nach Ablauf seiner Amtszeit 1988 eine verfassungsmäßige Übergabe der Regierungsgewalt garantieren werde. Dies Datum fällt mit den Olympischen Sommerspielen in Seoul zusammen, für die sich Südkorea neues weltweites Ansehen erhofft.

Präsident Chun, der als Fallschirmjäger-General 1980 durch einen Putsch an die Macht kam, erfreut sich bei den Südkoreanern keiner allzugroßen Popularität. Kritiker lasten ihm in letzter Zeit Finanzskandale an, in die Mitglieder seiner Familie verwickelt waren. (SAD)





Unter freiem Himmel, in steiniger Landschaft: Offiziersschule für Afghanen FOTO: WALTER H. RUEB

Den Mudschahedin fehlt es an Waffen und Militär-Führern

In einem Lager bei Peshawar werden 600 Afghanen zu Offizieren ausgebildet

Von WALTER H. RUEB

Rund 300 000 Guerrillas stehen den 135 000 Sowjetarmisten in Afghanistan gegenüber. Nach übereinstimmenden Angaben von Guerrillaführern sowie Schätzungen westlicher Geheimdienste sind jedoch höchstens die Hälfte davon bewaffnet.

Doch nicht nur die krasse Unterlegenheit in der Bewaffnung – nach wie vor fehlt es dem Widerstand an panzerbrechenden Waffen, an Boden-Luft-Raketen und anderen Abwehrmitteln gegen Hubschrauber und Flugzeuge – macht es den Widerstandskämpfern schwer, sich der Angriffe der Roten Armee zu erwehren. Das fast völlige Fehlen ausgebildeter militärischer Führer steigert diese Unterlegenheit noch.

Bedrohung zu groß

Seit einiger Zeit werden Versuche unternommen, den Mangel an militärischen Führern zu beheben. Da und dort wurden Ausbildungslager für Offiziere eingerichtet. An Geld fehlt es dabei weniger als an Möglichkeiten, die Lager sicher vor sowjetischen Angriffen anzulegen. Im Innern Afghanistans ist die Bedrohung durch den Feind fast überall zu groß, auf pakistanischem Territorium verwehren den Mudschahedin die Behörden des Landes aus einleuchtenden Gründen die Ausbildung von militärischem Führungsnachwuchs. Was bleibt, ist die Abgelegenheit des Grenzgebietes oder das Stammesgebiet, in dem Islamabad nichts, die Stammesführer alles zu bestimmen haben.

Nur ungern öffnen die Guerrillas Fremden die Tore ihrer Ausbildungslager. Der afghanische Geheimdienst Khad ist hier besonders aktiv; im Solde des KGB sollen in Pakistan mehr als 6000 Agenten stehen. Nach Angaben von Fachleuten arbeitet der sowjetische Staatssicherheitsdienst mit hohen Geld- und brutalen Druckmitteln, um an Informationen heranzukommen.

Im Gebiet von Kobat südwestlich von Peshawar zieht eine Ansammlung von Zelten mitten in der Verlorenheit steiniger Landschaft, von Sand, Staub und Trockenheit die Aufmerksamkeit auf sich. 600 Männer werden hier zu Offizieren ausgebildet. Ein 14jähriger ist der Benjamin, einige über 50jährige Männer sind ebenfalls dabei.

Am Eingang flattert vom Flaggenmast das Grün-Weiß des afghanischen Widerstandes, Kieswege verbinden die wichtigsten Punkte des Lagers, Stromkabel deuten auf Fortschrittlichkeit mitten im grenznahen Niemandsland. Sogar ein kleines Hospital mit zwölf Betten wird unterhalten.

Im Lager herrscht ein gewisser Komfort: Schränke und Betten, Dekken und Waffen in den Mannschaftsräumen, in den Büros stehen Schreibtische und metallene Aktenschränke. Das Wasser wird in erbeuteten sowjetischen Tankwagen herangebracht, gekocht wird an zentraler Stelle.

Die Ausbilder sind zumeist ehemalige Offiziere der regulären afghanischen Armee. Der Chef des Lagers wurde von Türken ausgebildet, die ihr Handwerk vorher bei Deutschen gelernt hatten. Deutsche Kriegskunst wird hochgeschätzt, Grundlage der militärischen Erfolge der Mudjahedin aber sind unbestritten Religion und Glaube.

Die Offiziersausbildung beschränkt sich nicht allein auf das rein Militärische. In den „Klassenräumen" in Zelten und unter freiem Himmel wird auch in Sprache, Geographie, Religion und Allgemeinwissen unterrichtet. Die Ausbildung dauert im Normalfall vier Jahre und wird alljährlich von einem dreimonatigen Urlaub unterbrochen. Den „Urlaub" verbringen die Offiziersschüler regelmäßig jenseits der Grenze beim Kampf gegen die sowjetischen Aggressoren.

Geringer Sold

Es wird Uniform getragen und Sold gezahlt. Er beträgt 600 bis 900 Rupien im Monat. Zum Vergleich: Ein pakistanischer Lehrer verdient im Monat rund 400, ein Taxifahrer etwa 300 Rupien. Mit dem Sold muß in den meisten Fällen eine mehrköpfige Familie unterhalten werden. Spenden, Zuschüsse von moslemischen Organisationen arabischer Länder sowie Steuern aus den in Afghanistan befreiten Gebieten gewährleisten den Unterhalt des Ausbildungslagers.

Im Lager gibt es einen Mullah, doch keine Moschee. Moralische Aufrüstung braucht nicht betrieben zu werden. Zwar fürchten die Mudjahedin auch nach vierjährigem Krieg noch immer Napalm, chemische Waffen und vor allem die allgegenwärtigen und schier unverwundbaren sowjetischen Helikopter, doch vor den sowjetischen Soldaten haben sie keine Angst. Umgekehrt liegen die Dinge anders: Die Rotarmisten haben vor ihren Gegnern einen derartigen Schrecken, daß sie auch dach dem Einsatz von Bomben, Raketen und chemischen Waffen den letzten kampfunfähigen Mudjahedin töten. Ihre Devise heißt: „Sicher ist sicher."

Wende auch beim Bundesgrenzschutz? Zimmermann gibt neue Richtlinien

Bonn hat Anregungen der Kommandeure beim neuen Ausbildungskonzept berücksichtigt

ROLF TOPHOVEN, Bonn

Im Bundesgrenzschutz bewegt sich etwas! So sehen es jedenfalls Innenminister Friedrich Zimmermann und die Spitze des BGS unter Inspekteur Karl-Heinz Amft. Trotz latent schwelender Probleme des Bundesgrenzschutzes im personellen Bereich (Überalterung, Absinken der Stärke) geht Zimmermann behutsam daran, den unter seinen Vorgängern herabgesetzten Einsatzwert der Polizei des Bundes wieder „Schritt für Schritt", so Inspekteur Amft gegenüber der WELT, anzuheben und zu verbessern.

Verschiedene Maßnahmen der früheren Regierung (zum Beispiel Auflösung von Führungsstäben und Verbänden) hatten die BGS-originäre Verbandsstruktur zum Teil erheblich ausgehöhlt. Zimmermanns Konzept zur sinnvollen Umstrukturierung und Neurorientierung des Bundesgrenzsschutzes setzt nun da an, wo die Politik seiner Vorgänger die Polizeitruppe am empfindlichsten getroffen hatte: beim Verbandscharakter.

Um diesen substantiellen Wesenszug des BGS wieder hervorzukehren, haben die „Richtlinien für die Aus- und Fortbildung" beim BGS für das Jahr 1984 deutliche Akzente gesetzt. In der von Amft abgezeichneten Anordnung heißt es unter anderem: „Der Verbandscharakter des BGS muß zunehmend wiederhergestellt werden." Zweifelsohne der markanteste Satz der neuen Richtlinien. Gibt er doch vielen BGS-Kommandeuren die Gewißheit, daß ihre Anregungen im Innenministerium erkannt und ihre Vorschläge verarbeitet wurden. Der Minister trägt also den Forderungen der „Basis" Rechnung. Praxisbezogene Ausbildung zur Steigerung der Einsatzführung will der Minister sehen.

Wer die neuen Ausbildungsvorschriften des Innenministeriums aufmerksam studiert, erkennt recht bald: Deutliche Signale wurden bereits gesetzt, um dem BGS zur Erfüllung seiner verfassungsrechtlichen Aufgaben polizeitaktisch wieder einsatzfähige Einheiten und Verbände zu sichern.

Die neuen Richtlinien fordern von den BGS-Verbänden entgegen der früheren Praxis wieder „vorrangig Übungen der Verbände einschließlich der Spezialeinheiten an praxisorientierten Lagen". Eine Polizeitruppe wie der BGS verlangt von ihrer Struktur her auch andere Erziehungsziele als die einzelpolizeiliche Verwendung. Der geschlossene Einsatz im Verband setzt ein disziplinierte Zusammenwirken aller Kräfte voraus. Der einzelne Beamte muß fähig, bereit und dazu ausgebildet sein, sein eigenes Handeln einem zugrunde liegenden taktischen Auftrag unterzuordnen.

Auch in diesem Bereich will Zimmermann Impulse geben. Die Ausbildungsrichtlinien für 1984 legen fest: „Ausbildung und Erziehung sind untrennbar; durch sie sind Disziplin und Leistungswille zu fördern." Die „innere Haltung und Stabilität" der BGS-Männer sei „durch erzieherischen Einfluß zu festigen". In kritischen Situationen müssen sie sich voll mit ihren Aufgaben identifizieren.

Auch die Behandlung politischer Tagesfragen wird nunmehr fest in die Wochendienstpläne beim BGS aufgenommen. Den Unterricht erteilen die Hundertschaftsführer. Das bisherige Ausbildungskonzept des BGS krankte daran, daß Theorie und „Schulklassenatmosphäre" nach der Grundausbildung dominierten. Das Bewußtsein, Angehöriger einer taktischen Einheit zu sein, fehlte manchen in den Reihen der Grenzschützer. Rückführung auf die spezifisch truppenpolizeilichen Aufgaben des BGS lautete daher schon seit längerem die Forderung vieler Kommandeure. Zimmermann will die BGS-Dienstanfänger verstärkt mit der Praxis konfrontieren, unter Verzicht auf theoretische Ausbildungsinhalte. Da das Personalstrukturgesetz von 1976 den BGS-Beamten auf einen späteren Übergang in die Polizeien der Länder „programmierte", also die Verwendung im polizeilichen Einzeldienst favorisierte, standen bisher Unterricht im Maschinenschreiben oder über die Schornsteinfegerverordnung ebenso im Mittelpunkt der Ausbildung wie Verkehrslehre und Kriminalistik.

Die Vorbereitung auf den Dienst bei den Länderpolizeien soll nun in die Zeit unmittelbar vor der Übernahme in den Polizeidienst einzelner Bundesländer verlegt werden. BGS-Inspekteur Amft zur WELT: „Was der Beamte bei uns mit 18 Jahren lernt, ist zum Teil schon wieder vergessen, wenn er es beispielsweise mit 26 Jahren bei der Polizei dann wieder anwenden muß." Für das zweite Dienstjahr im Bundesgrenzschutz schreibt die neue Ausbildungskonzeption des Ministers den geschlossenen Einsatz weiter fest: „In der Ausbildung für den geschlossenen Einsatz im zweiten Dienstjahr sollen die Standardübungen für Gruppe und Zug zur Vereinheitlichung des Ausbildungsstandes beitragen."

Neben neuen Ausbildungsrichtlinien hat Zimmermamn noch ein weiteres, allerdings optisch jedermann sichtbares Zeichen gesetzt. Seit ein paar Wochen tragen bereits einige BGS-Verbände im Bonner Raum eine neue Kopfbedeckung: ein grünes Barett mit dem Polizeistern. Zug um Zug soll jetzt der gesamte BGS damit ausgestattet werden.

Verändertes Ausbildungskonzept und neue Kopfbedeckung: Symbole für die Wende auch im BGS?

Personalien

BUNDESPRÄSIDENT

Bundespräsident **Karl Carstens** und Ehefrau **Veronica** sind in einen zweiwöchigen Urlaub geflogen. Carstens, den Ende Februar der letzte Staatsbesuch in seiner Amtszeit nach Indonesien und Thailand führte, will sich zwei Wochen auf Gran Canaria erholen. Am 19. März ist der Bundespräsident wieder in Bonn zurück und wird seine Amtsgeschäfte aufnehmen.

ERNENNUNGEN

Die Bundesregierung schickt einen neuen Botschafter nach Zimbabwe, das frühere Rhodesien. In der dortigen Hauptstadt Harare wird in Kürze Botschafter **Franz Freiherr von Mentzingen** seine Tätigkeit aufnehmen. Der Diplomat, Jahrgang 1932, Jurist, trat 1957 in das Auswärtige Amt ein. Zu seinen Auslandsposten gehörten Kolumbien, Indien und Genf, wo er an der Ständigen Vertretung bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen tätig war. 1972 besuchte Freiherr von Mentzingen für ein Jahr das „Royal College of Defense Studies" in London. Nach einer weiteren Verwendung in der Zentrale des AA ging er 1980 als Botschafter nach Sudan.

*

Bundespräsident **Karl Carstens** hat dem neuen Botschafter des Golfstaates Bahrein, **Karim Ebrahim Al Shakahar**, das Agrément erteilt. Der Diplomat, Jahrgang 1945, war bei der Vertretung seines Landes bei den Vereinten Nationen in New York tätig und gehört seit 1982 als Botschafter der Ständigen Vertretung seines Landes beim Büro der Vereinten Nationen in Genf an.

LANDESREGIERUNG

Berlins Protokollchef **Bill von Bredow** hat sich jetzt endgültig in Berlin etabliert. Von Bredow, der in Bonn stellvertretender Protokollchef der Bundesregierung war, kam vor einem dreiviertel Jahr auf Bitten des früheren Regierenden Bürgermeisters **Richard von Weizsäcker** an die Spree. Bis jetzt wohnte er bescheiden in einem Appartement im Berliner „Arbeiterwohnheim", das dem Senat gehört. Die von Bredows



Bill von Bredow FOTO: ULLSTEIN

sind inzwischen in eine Villa nach Berlin Dahlem gezogen. Unmittelbarer Nachbar ist die Amerikanische Mission. **Marie Eleonore von Bredow** geborene **von Schwarzenberg** hat ihre drei Kinder inzwischen in Berliner Gymnasien eingeschult. Tochter **Vendeline** (13) und Sohn **Felix** (10) besuchen das Steglitzer Gymnasium. **Leopold** (12) geht auf die Ernst-Moritz-Arndt-Oberschule. Von Bredow ist von seinem Amt als Protokollchef in der alten Reichshauptstadt begeistert. „Ich glaube, daß ich hier in Berlin eine wichtige Aufgabe habe", sagt er. Berlin, die Stadt mit Besuchern aus der ganzen Welt, fasziniert ihn. Grundsätzlich aber gilt auch für Bill von Bredow, Karrierediplomat des Auswärtigen Amtes: „Ich gehe dorthin, wo das Amt mich hinschickt."

EHRUNGEN

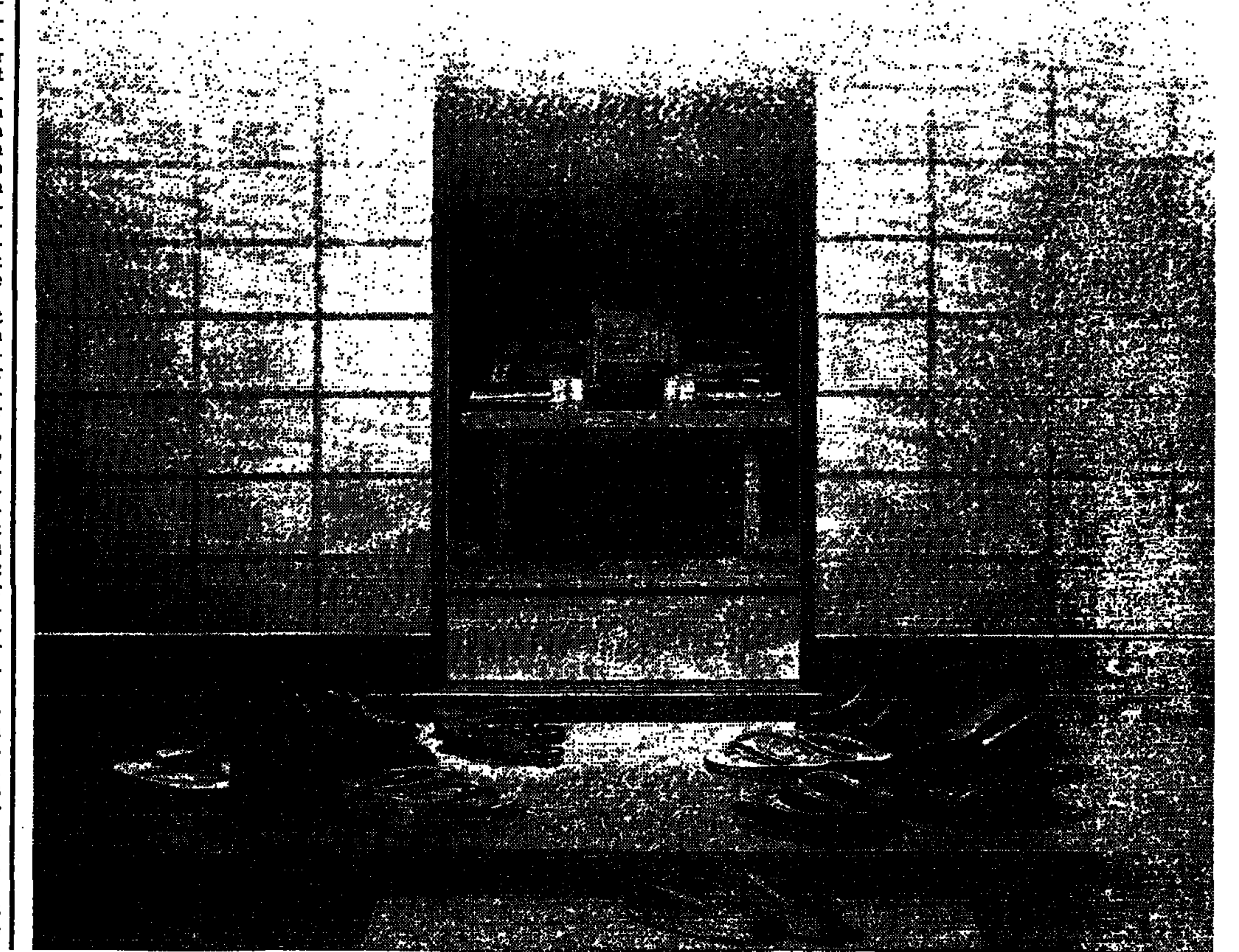
Das Land Nordrhein-Westfalen hat gestern **Thea Leymann** ausgezeichnet. Wissenschaftsminister **Rolf Krumsiek** überreichte der Künstlerin, die heute noch an der Folkwangschule Essen lehrt, den vom Land vergebenen Ehrentitel eines Professors. Die Interpretin und Sprecherzieherin aus der Schule von **Erich Ponto** und **Ernst Deutsch** gehörte mehr als fünf Jahrzehnte zu den hervorragenden Interpreten vor allem der klassischen Dichtung.

*

Hans Friedrich Sutter, der Präsident des Bundesverbandes Druck e. V., Wiesbaden, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet. Bundespräsident **Karl Carstens** würdigte damit nicht nur die verlegerischen Verdienste Sutters, der Geschäftsführer der A. Sutter GmbH in Essen ist, sondern vor allem auch dessen soziales Engagement.

VERANSTALTUNG

FDP-Parteichef **Hans Dietrich Genscher**, der zu Bonns Politikern gehört, die am ausgiebigsten Karneval feierten, wird auch den politischen Aschermittwoch in diesem Jahr nicht auslassen. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte treffen sich die Liberalen in Bayern zu einer Aschermittwochskundgebung. Ziel der FDP und ihrer Anhängerschaft ist das Haus „Weinzierl" in Bayerbach. Hier hat **Dietrich Freiherr von Gumpenberg**, von seinen Freunden „Gumpi" genannt, seinen Wahlkreis. Der Freiherr erreichte bei den Bundestagswahlen am 6. März 1983 ein Wahlergebnis, wie es anderswo in Bayern nur CSU-Politikern gelingt. Er holte für die FDP 49 Prozent der Stimmen. Die Liberalen rechnen mit einem so großen Interesse der Journalisten, daß in dem kleinen niederbayerischen Dorf zahlreiche Sondertelefonleitungen geschaltet werden mußten. In Bayerbach wird auch der bayerische FDP-Landeschef **Manfred Brunner** erwartet. Genscher landet, von seinem Arbeitsbesuch in der Türkei kommend, heute gegen 15 Uhr auf dem Militärflugplatz der Bundeswehr in Erding, rund 30 Kilometer von München entfernt. Mit 7000 Zuhörern rechnet die CSU und Parteichef **Franz Josef Strauß** auf ihrem Aschermittwochstreffen in der Passauer Nibelungenhalle. Die SPD tagt gleich an verschiedenen Orten: In Vilshofen, wo Strauß einst den politischen Aschermittwoch begründete, und wo die CSU-Anhängerschaft inzwischen wegen Platzmangels auszog, wird SPD-Landesvorsitzender **Helmut Rothemund** auf seine Anhängerschaft warten. SPD-Fraktionschef **Hans-Jochen Vogel** reist nach Landshut, wo er sich nach einer Kundgebung auch mit Journalisten zu einem Fischessen treffen will. Am Abend wird er in Augsburg erwartet. Dort feiert die SPD ihr 120jähriges Bestehen. Die Strauß-Gegner **Franz Handlos** und **Ekkehard Voigt**, die nach ihrem Austritt aus der CSU die Partei der Republikaner gründeten, versammeln sich in Cham in der Operpfalz. Im Wolferstätter Keller in Vilshofen übernehmen nach der SPD am Abend die Grünen das Regiment, um ihre Anhängerschaft um sich zu versammeln. Hauptredner sind **Josef Fischer** und **Hannelore Saibold**.



Washington stützt Vorwurf Teherans

AFP/AP, **Washington**

Die USA haben den Vorwurf des Iran gestützt, Irak setze im Krieg am Golf chemische Waffen ein. Der Sprecher des Außenministeriums in Washington, John Hughes, erklärte, die amerikanische Regierung sei zu dem Schluß gekommen, daß die Truppen Bagdads bei der Abwehr der Ende Februar von den Iranern an der Südfront eingeleiteten Offensive „tödliche" C-Waffen eingesetzt hätten. Die Vereinigten Staaten verurteilten jede Verwendung dieser durch das Genfer Abkommen verbotenen Waffen „energisch".

Dazu sagte ein Beamter aus dem State Departement vor Journalisten, Washington habe sich seine Äußerung sorgfältig überlegt, denn es bemühe sich um eine Verbesserung seiner Beziehungen zu Irak und wolle seine „neutrale Haltung" im Golf-Krieg nicht aufgeben. Die US-Geheimdienste hätten jedoch in den vergangenen Tagen „zahlreiche Hinweise von unabhängiger Seite" erhalten. Diese machten es „wahrscheinlich", daß Bagdad gegen die Iraner mehrere Arten chemischer Waffen, darunter auch Senfgas oder Lost, eingesetzt habe. Dieser Kampfstoff wirkt als Haut- und Keimgift. Er wurde im Ersten Weltkrieg bekannt, als er zum ersten Mal auf deutscher Seite eingesetzt wurde.

Sowjetunion der Lüge bezichtigt

dpa, **Stockholm**

Die Sowjetunion ist nach Ansicht des früheren schwedischen Außenministers Olaf Ullsten wieder für seit mehr als drei Wochen beobachteten Verletzungen der schwedischen Hoheitsgewässer vor der Marinebasis Karlskrona verantwortlich. Wenn nicht alle sicherheitspolitischen Analysen trügen, handele es sich wie schon bei den anderen Zwischenfällen nach der Strandung des sowjetischen U-Bootes 137 im Oktober 1981 wieder um ein Eindringen der Sowjetunion, schrieb Ullsten in der Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter".

Wenn dies zuträfe, lüge die sowjetische Führung bei ihren Gesprächen mit der schwedischen Regierung „offen und unverblümt", meinte Ullsten, der zur Zeit der U-Boot-Affäre Außenminister seines Landes war. Ullsten bezog sich bei seiner Kritik auf Aussagen des sowjetischen Außenministers Gromyko. Dieser hatte vor zwei Monaten dem schwedischen Ministerpräsidenten Olaf Palme in Stockholm versichert, daß seit dem Unglücksfall vor Karlskrona sowjetische Unterseeboote nie wieder schwedische Territorialgewässer verletzt hätten.

Skepsis bei Grünen in Hessen

dpa, **Wiesbaden**

Mit „Ernüchterung und zunehmender Skepsis" beurteilt die Landtagsgruppe der hessischen Grünen die Möglichkeiten einer längerfristigen Zusammenarbeit mit der SPD. Chris Boppel, Mitglied der Landtagsgruppe, sagte gestern in Wiesbaden, die jüngsten Verhandlungen der beiden Parteien über den diesjährigen Landeshaushalt hätten gezeigt, daß wegen knapper finanzieller Mittel längst nicht alle Vereinbarungen von Sozialdemokraten und Grünen im Etat umzusetzen seien.

Nach wie vor seien „zahlreiche wichtige Fragen ungeklärt". Dazu zählten vor allem der Bau großer Mülldeponien, die Pläne für neue Gefängnisse sowie „eine Reihe von Straßenbauprojekten". Auch in der Friedenspolitik sowie bei Fragen der inneren Sicherheit sei die SPD den Grünen „in keiner Weise entgegengekommen", sondern habe die Forderungen der Umweltpartei „einfach für nicht verhandlungsfähig erklärt", kritisierte Boppel.

Boppel rügte auch die Basis der eigenen Partei, die an die Verhandlungsdelegation der Grünen vielfach „überzogene Erwartungen" stelle und keine Rücksicht auf die Machtverhältnisse nehme.

NH verkauft 50 000 Wohnungen

AP, **Bremerhaven**

Der gewerkschaftseigene Baukonzern Neue Heimat (NH) will in den kommenden fünf bis sechs Jahren weitere rund 50 000 seiner Mietwohnungen verkaufen. Mit diesen Angaben wandte sich Vorstandsvorsitzender Diether Hoffmann gestern in Bremerhaven gegen Berichte, die Wohnungen, die in erster Linie den Mietern angeboten werden sollen, würden vom Unternehmen „aus zwingenden ökonomischen Gründen" veräußert. Von einem „Notverkauf" zu sprechen sei aber „völlig unangebracht", sagte Hoffmann.

Das Unternehmen hatte im vergangenen Jahr 12 500 Wohnungen für rund eine Milliarde Mark verkauft und nach Angaben Hoffmanns dabei einen Gewinn von 376 Millionen Mark erzielt. Der Konzern hatte 1983 rund 150 Millionen Mark Verlust verbuchen müssen.

WELT-Gespräch mit dem Wirtschaftstheoretiker Professor Ota Šik

„Noch sehe ich nirgends einen wirklich neuen Weg"

JOHNNY ERLING, **Bonn**

„Ich weiß nicht, ob ich das, was mir als Modell einer humanen Wirtschaftsdemokratie vorschwebt, noch als Sozialismus bezeichnen kann. Ich glaube nicht, daß sich eine Wirtschaft aufbauen läßt, die ohne Marktimpulse, Marktdruck und Marktkriterien auskommt."

Fünfzehn Jahre nach dem gewaltsamen Ende des Prager Frühlings versucht Ota Šik seinen Standort zu bestimmen. Der Vordenker der ökonomischen Konzeptionen der Prager Reformer, von April bis August 1968 Vizepremierminister unter Dubcek, hat sich die Hälfte seines Lebens mit den Geheimnissen des Marktes beschäftigt, dessen Organisation und Wirkungsweise er in Ost und West erforschte. „Die Krisenanlässe sind heute umgekehrt, als Marx sie analysiert hat." Während die sozialistischen Systeme an dem Grundmangel der marxistischen Theorie, „an seiner Nichtbeachtung der Rolle ökonomischer Motivationen für die Betriebe", dahinsiechen, kurieren sich die bestehenden Marktwirtschaften mit Methoden, die „ich heute nicht mehr für effektiv, ja nicht einmal mehr für realisierbar halte". Nirgends, so Šik, sehe er einen wirklich neuen Weg, wie „wir ihn in Prag wollten".

Eine Koppelung von Markt und Plan hatte die Reformbewegung angestrebt, bevor das Experiment 1968 unterbunden wurde. Die sowjetischen Panzer brachten den Prager Wirtschaftspolitiker, der seit Anfang der 60er Jahre für die ökonomischen Reformen verantwortlich zeichnete, um mehr als nur seine Position. Sie beraubten die Reformer einer historischen Gelegenheit, den praktischen Nachweis über die Lebensfähigkeit der Reformkonzepte zu führen. Nur so läßt sich die Rastlosigkeit des heute 64jährigen Wirtschaftsfachmannes verstehen, mit der er sich seitdem in der Forschung vergrub, um den theoretischen Beweis für die wirtschaftspolitisch pragmatischen Leitsätze des Prager Frühlings zu erbringen.

1972 erschien sein „Dritter Weg", das weitergedachte Plan-Markt-Modell Prags, einige Jahre später die endgültige Abrechnung mit dem „kommunistischen Machtsystem", Vorarbeiten seines 1979 veröffentlichten Hauptwerkes „Die humane Wirtschaftsdemokratie". Auf 800 Seiten habe er endlich das Modell einer „modernen Verbindung des Marktmechanismus mit einer Rahmenplanung, an die eine regulierte Einkommensentwicklung geknüpft ist", entwickeln können.

Grundvoraussetzungen dieses neuen „Dritten Weges" sind bei Šik ausgebaute demokratische Verfahrensprozesse, die über eine Verteilungsplanung die langfristigen Entwicklungsziele der Gesellschaft (auch solche des Umweltschutzes und der Energieplanung) im voraus festlegen. Unternehmensverfassungen garantieren die betriebliche Selbstverwaltung in Mitarbeitergesellschaften bzw. die Kapital- und Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter in Mischunternehmen. Einsicht und Interesse des einzelnen an der aktiven Teilnahme soll mit der besseren Befriedigung seines ökonomischen Interesses geweckt und belohnt werden. Mehr Transparenz der Märkte, Eindämmung von Monopolen und anderen Fehlentwicklungen kennzeichnen eine Wirtschaftsdemokratie, die die Bezeichnung human verdiene und dennoch langfristig die höchste Effektivität aufweise.

Gewinn als Kriterium der Effektivität des Marktes

Denn, so argumentiert Šik, die Feinsteuerung bliebe dem Markt überlassen, der Gewinn, dessen Optimierung angestrebt wird, Kriterium der Effektivität. „Ich kann mich nicht einmal mehr mit Vorstellungen aussöhnen, daß man die Investitionstätigkeit irgendwie zentral lenken sollte. Wo bleibt denn da noch meine Gemeinsamkeit mit den allgemein verbreiteten sozialistischen Vorstellungen, auch wenn sie dem sowjetischen Bürokratismus ablehnend gegenüberstehen?"

Die ökonomischen Interessen des Menschen im Sozialismus seien eben kein Überbleibsel des Kapitalismus. Dies ist eine der grundlegenden theoretischen Erkenntnisse Šiks. Marx' Wert- und Mehrwerttheorien ignorierten die Motivation des Menschen, führten zu „unrealistischen Vereinfachungen". Aus ihnen wurde in den sozialistischen Staaten der katastrophale Schluß gezogen, den Marktmechanismus zu beseitigen. Aber, sagt Šik, „eine Wirtschaft läßt sich nicht kommandieren".

1969, als Šik noch einmal in Prag war, hielt er diese Erkenntnis den neuen Herren auf dem Hradschin vor. Vor seinem Ausschluß aus dem Zentralkomitee erhielt er zum letzten Mal das Wort: „In der Politik sind die verschiedensten Purzelbäume denkbar, aber die Wirtschaft hat ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten, die man nicht ohne schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft ignorieren kann."

Praktisch muß der Wirtschaftsfachmann heute zugestehen, daß sich mit der Ausnahme Ungarns, das er bewundert, noch nirgends ein neuer Weg abzeichne. „Die Ungarn haben ein Jahr nach uns begonnen und sind bei einer einsichtigen politischen Führung zu ähnlichen Ergebnissen gelangt." In Europa habe Frankreich den Zeitpunkt verpaßt. „Was da an Chancen vertan wurde", ärgert sich Šik heute. „Wenn statt der Verstaatlichungen in einer wesentlich größeren Anzahl von französischen Betrieben eine Kapitalneutralisierung mit Gewinnbeteiligung gefördert worden wäre, dann hätte das den Staat nicht nur viel weniger gekostet, sondern wäre auch bedeutend effektiver gewesen."



Der Wirtschaftstheoretiker Ota Šik, im Prager Frühling stellvertretender Ministerpräsident der Tschechoslowakei, lehrt heute an der renommierten Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in St. Gallen. Dem 64jährigen, in Pilsen geborenen Professor, bekannt für seine Thesen eines „dritten Weges", wurde 1970 von Prag die Staatsbürgerschaft aberkannt. Šik fand Exil in der Schweiz, deren Bürger er im vergangenen Jahr wurde. 1979 veröffentlichte er sein Hauptwerk „Die humane Wirtschaftsdemokratie". Interesse an seinen Reformplänen zeigte unter anderem die Volksrepublik China. Šik wurde 1981 zu Vorträgen vor hohen Funktionären eingeladen. FOTO: KEYSTONE

Die Vorstellung eines neutralisierten Kapitals und damit auch die Versöhnung zwischen Lohn- und Gewinninteressen ist das faszinierendste und umstrittenste Element in Šiks Konzeption. Gemeint ist die Entwicklung der Betriebe, zuallererst der großen Aktiengesellschaften, zu einer Art von Mitarbeitergesellschaften, die sich bilden, wenn bestimmte Teile des ständig neu erwirtschafteten Gewinns (durch geplante Verteilungsschlüssel, die auch die Anteile für die unternehmerischen Neuinvestitionen absichern) allmählich in der Gestalt eines unteilbaren Kollektivbesitzes zum Vermögen der beteiligten Mitarbeiter werden.

Theoretisch haben Marktwirtschaftler, die zugleich sein Buch mit hohem Lob bedachten, Šik entgegengehalten, daß mehr als die Dividende, die heute an die Aktionäre ausgeschüttet wird, kaum über die Gewinnbeteiligung an die Mitarbeiter fließen könnte. Damit würde die Motivation – ihr ökonomisches Interesse – wohl kaum geweckt werden. Ebenso fraglich sei, wie sich die erwünschte Entwicklung der Lebensqualität durch die Verteilungsplanung in demokratischer Weise vorherbestimmen und durchsetzen läßt, ohne daß wieder riesige Bürokratien entstehen.

Šik erwiderte den Kritikern, daß die „regulierte Lohnentwicklung" ein schnelleres Wachstum der Gewinne absichere, wie es Investition und Motivation erforderten. Ebenso könnte die Rahmenplanung helfen, die aufgeblähten Wirtschaftsapparate, wie sie die „unkoordinierte Ressortpolitik im Westen" hervorrief, zu verkleinern.

Entsprechende Kenntnisse über den Westen hat er sich in der Schweiz erarbeitet, wo Šik Vorlesungen über Systemvergleiche an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in St. Gallen hält. Der Lehrstuhlinhaber, der im vergangenen Jahr eine Studie über die Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik Deutschland beendete, kommt überraschend zu deckungsgleichen Ergebnissen mit konservativen Wirtschaftsforschern: Nicht Überproduktion sei der auslösende Faktor, sondern der Konsum wäre langfristig zu hoch. Eine zu dünne Eigenkapitaldecke sowie eine sinkende Investitionsrentabilität hätten in die Krise geführt. Šik als Prophet der „Wende"?

Die Vorstellung amüsiert ihn, gibt sie ihm doch Gelegenheit, die Notwendigkeit seines „Dritten Weges" auch für den Westen zu unterstreichen.

Dabei ist Šik zu sehr Ökonom, um zu bestreiten, daß die Krise überwunden und wieder ein Aufschwung eingeleitet worden ist. Aber die neuaufgelegte monetaristische oder die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik bedeuteten für ihn „keine echte Wende". Sie verursachten „riesige Verluste, da eine Menge durchschnittlich effektiver Unternehmen unnötig aufgeben müssen". Zugleich schließe sich hier kurz oder lang der alte Teufelskreis: Angesichts der Stärke der Gewerkschaften könne die Lohnentwicklung weder so einschneidend gedämpft noch die Sozialausgaben in dem Maße abgebaut und dadurch die Steuern so weit gesenkt werden, wie es „rein ökonomisch gesehen" für die erwünschte Gewinnerhöhung nötig wäre. Im Gegenteil, die Sozialisten „werden auf den Plan gerufen, die gegen die Umverteilung kämpfen. Die politische Gegenbewegung bremst dann wieder die Konservativen."

Europa sei aber heute in seiner Entwicklung – mit deutlichem Gefälle von West nach Ost – im Weltvergleich zurückgefallen. Weder sei politisch der Moment erfaßt worden, als sich grundlegende Änderungen der Produktionstechnologie anbahnten, noch habe die Wirtschaft selbst genügend Mittel und Impulse aufgebracht.

„Keynes' Wirtschaftspolitik hat sich überlebt"

Die Gründe schiebt Šik der sozialistisch oder sozialdemokratisch geprägten keynesianischen Wirtschaftspolitik zu. Sie habe sich überlebt. Immer wieder versuche die Fiskalpolitik auf Kosten der Gewinne den Konsum zu fördern. Die „Netto-Gewinnquoten" seien in den meisten europäischen Ländern gesunken, und dabei nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Zinsentwicklung. Folgerichtig wurde das Geld statt für Neuinvestitionen in Wertpapieren oder auf Bankkonten angelegt.

Japan hätte dagegen in den 60er Jahren die relativ größten Mittel für seine Forschung und Modernisierung der Produktion aufbringen können. Auch die USA seien noch rechtzeitig dazugekommen. „Beide sind Länder mit fast keiner sozialistischen Tradition."

Während Europa nur wieder gesunden kann, wenn es umstrukturiert und große Investitionen in Richtung Modernisierung durchführt, ziehen die USA und Japan dagegen unbehelligt auf ihrem alten „kapitalistischen Weg" voran, und er „floriert, ja, er wird durch seine starke Produktivitätsentwicklung schließlich sogar auch etwas mehr für den Lebensstandard bieten". Zwischen diesen beiden grundlegenden Tendenzen „fehlt es oft an genügender Argumentation", muß der Ökonom heute einräumen. Mit anderen Worten: Die USA und Japan können gut ohne den dritten Weg Šiks auskommen.

Šik verhehlt nicht, daß starke Wertvorstellungen seine Ökonomie prägen. „Ich wünsche mir keine japanische oder amerikanische Entwicklung. Sie wäre in Europa auch nicht durchsetzbar. Ich gebe Mitteln den Vorzug, die nicht auf Kosten der Arbeit und auf Kosten der Lohnempfänger zu einer Effektivitätssteigerung führen." In der Absicht, den Gegensatz von Kapital- und Lohninteressen zu überwinden, sowie eine demokratische Interessendurchsetzung mit der volkswirtschaftlichen Rahmenplanung zu erreichen, „vielleicht nur in diesem Sinne, bin ich ein noch sozialistisch fühlender Mensch geblieben".

Die eigentlichen Verlierer angesichts des technologischen Abstandes zwischen Europa und den USA aber seien die Staaten Osteuropas. „Entweder nimmt der Druck zu, und die Erkenntnis setzt sich in Osteuropa durch, daß es nicht geht ohne dezentrale Initiative und Interessen, oder die Stalinisten werden aus Angst vor einer solchen Entwicklung Konflikte provozieren, um sich zu legitimieren, um ihre militärische Entwicklung zu begründen. Das kann nur zu einer Katastrophe führen."

USA verweigern Paß für Politiker aus El Salvador

War Parteiführer D'Aubuisson Chef der „Todesschwadronen"?

W. THOMAS, **Washington/San Salvador**

Die US-Regierung hat dem salvadorianischen Präsidentschaftskandidaten Roberto D'Aubuisson zum zweiten Mal innerhalb von vier Monaten die Einreise in die Vereinigten Staaten verweigert. Der State-Department-Sprecher John Hughes nannte „technische Gründe". Die meisten Beobachter sahen jedoch politische Motive hinter dieser Entscheidung.

Der Führer der rechtsgerichteten Partei „Alianza Republicana" (Arena) ist der kontroverseste Politiker in dem mittelamerikanischen Staat. Er wird verdächtigt, einer der Kommandeure der berüchtigten Todesschwadrone zu sein. Sein Name war am vergangenen Wochenende in einem „New York Times"-Interview mit einem früheren Polizeibeamten genannt worden, der nicht identifiziert wurde. Der Interviewte bezeichnete D'Aubuisson als „anarchistischen Psychopathen" und erklärte, ein Wahlsieg des Arena-Kandidaten am 25. März würde zu einer „unkontrollierbaren Gewalttätigkeit" führen.

Regierung gewarnt

D'Aubuisson (40), der bereits im November 1983 die USA besuchen wollte, plante Auftritte vor konservativen Gruppen in Washington, um seine politische Position zu erläutern. Seit Wochen schon haben liberale Kongreßabgeordnete die Regierung gewarnt, ihm diesmal die Einreise zu gewähren. Die Ablehnung des Visum-Antrages ist mit „einem ungültigen Diplomatenpaß" begründet worden, den D'Aubuisson vorgelegt hatte. Der Paß stammt aus der Zeit, als er Präsident der verfassunggebenden Versammlung war.

Die Veröffentlichungen in der „New York Times" veranlaßten die salvadorianischen Christdemokraten, von der Wahlbehörde den Entzug der Kandidaturerlaubnis D'Aubuissons zu verlangen. D'Aubuisson, so argumentierten sie, fehlten die ethischen und moralischen Voraussetzungen für das Präsidentenamt. José Napoleon Duarte, der christdemokratische Bewerber, gilt als D'Aubuissons schärfster Rivale.

„Pathologischer Killer"

Roberto D'Aubuisson hat alle gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zurückgewiesen. Er vermutet hinter dem „New York Times"-Interview den früheren amerikanischen Salvador-Botschafter Robert White, der ihn einmal einen „pathologischen Killer" genannt hat. Am vergangenen Wochenende reagierte er verärgert auf Reporterfragen zum Thema Todesschwadrone: „Wißt ihr nicht, daß ich zwei Jahre in der verfassunggebenden Versammlung tätig war? Warum fragt ihr mich nicht über diese Arbeit?" Er zeigte auf eine Gruppe von Anhängern: „Glaubt ihr, daß diese Leute einen Mörder wählen würden?"

Amerikanische Diplomaten in San Salvador registrierten in den Reden des Arena-Kandidaten einen antiamerikanischen Tenor. Er spricht von einer „Bevormundung" und von einem „Mangel an Verständnis für die salvadorianische Situation". Die US-Diplomaten befürchten, daß D'Aubuisson nach diesem neuen Affront die Vereinigten Staaten härter kritisieren wird. (SAD)

Jaruzelski: Lage der Wirtschaft „sehr schlecht"

Lobende Worte für das Verhalten Glemps

DW. **Warschau/Bonn**

Partei- und Regierungschef General Jaruzelski hat sich während eines vertraulichen Treffens mit polnischen Chefredakteuren wohlwollend über den Primas der katholischen Kirche, Kardinal Jozef Glemp, geäußert. Nach Informationen der von der „Solidarität" im Untergrund herausgegebenen Wochenzeitung „Tygodnik Mazowsze" bezeichnet der General den Primas als „hervorragenden Intellektuellen, Patrioten, und Menschen, mit dem man reden kann".

Das Blatt des „Untergrunds" zitiert Jaruzelski ferner mit den Worten, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche verbesserten sich, „obwohl in manchen Kirchen weiterhin eine oppositionelle Tätigkeit praktiziert wird". Der Kardinal habe ihm, Jaruzelski, zugesagt, daß das Absingen der nationalen Kirchenhymne („Ein freies Polen, gib uns, o Herr, zurück") unterbunden werden solle.

„Solidarnosc" sehr rege

Ähnlich wie auf der jüngsten Sitzung des Zentralkomitees der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PVAP) räumte Jaruzelski auch in dem Gespräch mit den Chefredakteuren ein, daß die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" nach wie vor sehr rege ist. „Die Regierungsseite", so heißt es im „Tygodnik Mazowsze" über die entsprechende Passage des Generals, „ist leider nicht im Stande, sie (die Gewerkschaft) erfolgreich zu bekämpfen."

Die wirtschaftliche Situation Polens wurde während des vertraulichen Gesprächs von General Jaruzelski als „sehr schlecht" beschrieben. Der Parteichef fügte hinzu, sie könne „noch schlechter werden". Die Regierung benötige dringend vier Milliarden Dollar, um dringende Probleme im Lande zu lösen. Jaruzelski beklagte – nach dem Text, den das Oppositionsblatt veröffentlichte –, daß seine Landsleute ein gebrochenes Verhältnis zur Arbeit hätten. Es organisiere sich ein „Leben abseits des Staates".

Pessimistisch über die wirtschaftliche Situation in seiner Heimat äußerte sich auch Kardinal Glemp während seines Aufenthalts in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires. „Polen macht derzeit eine schwere Krise durch, die es verhindert, daß die Arbeiter zufriedengestellt werden", sagte Glemp. Er sprach sogar von einem „Klima der Spannung" zwischen der Kirche und dem Staat in Polen.

Glemp: Unterstütze Walesa

Nach einer Messe für die polnische Gemeinde hatte der Kardinal am vergangenen Sonntag vor Journalisten versichert, daß er immer öffentlich die inzwischen verbotene Gewerkschaft „Solidarität" und ihren Führer Lech Walesa unterstützt habe. Die brasilianische Tageszeitung „O Estado de Sao Paulo" hatte demgegenüber Glemp in der vergangenen Woche mit der Bemerkung zitiert, Arbeiterführer Lech Walesa sei von marxistischen und trotzkistischen Mitgliedern der „Solidarität" manipuliert worden.

Unzufrieden mit dem Stand der wirtschaftlichen Erholung in Polen zeigte sich am vergangenen Montag die sowjetische Parteizeitung „Prawda". Die „Prawda" kommentierte: „Es bleibt noch viel zu tun, um die polnische Wirtschaft endgültig aus dem Krisenzustand zu führen." Diese Bemerkung der Parteizeitung wurde als eine Kritik des Kreml an General Jaruzelski bewertet.

Das Organ der KPdSU berichtete über die Unterzeichnung eines neuen sowjetisch-polnischen Handelsprotokolls, das mit einem Umfang von 10,7 Milliarden Rubel um zehn Prozent über dem des Vorjahres liegt.

Kardinal Meisner geißelt den Atheismus

Hirtenbrief des in Ost-Berlin residierenden Bischofs

KNA/DW. **Berlin/Bonn**

Den Atheismus aller Schattierungen hat der im Ostsektor residierende katholische Bischof von Berlin, Kardinal Joachim Meisner, in seinem Fastenhirtenbrief scharf angegriffen. „Der Tod Gottes führt zum Tod des Menschen", schrieb Meisner in dem Hirtenwort, das am vergangenen Sonntag in den Gemeinden des Bistums verlesen wurde. Mit dem Atheismus habe der Mensch die Erde unter seinen Füßen verloren. Der Schlüssel für die Lösung vieler Weltprobleme liege aber im Glauben an Gott.

Viele politische und soziale Fragen seien letztlich theologische Fragen. Es sei töricht, die Botschaft der Kirche als Opium für das Volk zu bezeichnen. Weder sei der Mensch nur „Material der Zukunft", noch gebe er vollkommen in den Verhältnissen auf. „Gerade wer die Unterwürfigkeit gegenüber dem Druck und Zwang des Zeitgeistes abgelegt hat, der wird frei, reif und fruchtbar", schrieb der Kardinal.

Die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche in der „DDR" und dem SED-Staat sind seit dem Hirtenbrief vom Januar 1983 zum Thema Friedensfragen gespannt. Damals hatten die katholischen Bischöfe sich scharf gegen die Militarisierung der Erziehung und Berufsausbildung in der „DDR" gewandt. Dieser Hirtenbrief, der in der „DDR" nicht veröffentlicht wurde, rief scharfe Attacken der amtlichen Nachrichtenagentur ADN hervor. Sie richteten sich auch gegen den Heiligen Stuhl, indem sie die bischöfliche Aktion als „vatikanisch gesteuert" bezeichneten. Die Beziehungen zwischen den katholischen Bischöfen und dem Staat hatten sich auch durch das Gespräch Kardinal Meisners mit dem „DDR"-Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, Ende November vergangenen Jahres nicht verbessert.

Schon wieder Bummelstreik an Italiens Grenzen

dpa, **Rom**

Ein Bummelstreik der leitenden Grenzbeamten Italiens hat gestern – eine Woche nach Beendigung der Brenner-Blockaden durch Lastwagen – den Lkw-Verkehr von und nach Italien erneut bedroht. Am Nachmittag war noch unklar, wieviel Zöllner dem Aufruf von zwei autonomen Gewerkschaftsverbänden zur Arbeitsniederlegung gefolgt sind. Die beiden Verbände vertreten zwischen zehn und 20 Prozent der Grenzbeamten.

Sie wollen den „Dienst nach Vorschrift" mit der Verweigerung von Überstunden bis Freitag jeweils von 14 Uhr bis 8 Uhr des nächsten Tages fortsetzen und am Samstag den ganzen Tag streiken. Damit soll nach ihren Angaben verhindert werden, daß die Zusagen der Regierung nach der Protestaktion vor zwei Wochen bei den Beratungen in Kabinett und Parlament in Rom verwässert werden.

Der Bummelstreik betrifft auch den Güterverkehr der Flug- und Seehäfen Italiens. Dort war die Lage ebenfalls unübersichtlich. Die Regierung in Rom nahm zu den neuen Protesten an den Grenzen offiziell zunächst eine abwartende Haltung ein. Ob der Einsatz von Finanzpolizisten geplant sei, wurde zunächst nicht bestätigt.

„Friedenstheater" an der Mauer

AP, **Berlin**

„DDR"-Grenzsoldaten haben gestern eine Aktion von Mitgliedern unabhängiger Friedensinitiativen am Ausländerübergang „Checkpoint Charlie" in Berlin-Kreuzberg beendet. Die 20 zum Teil bewaffneten Soldaten schritten ein, als die rund zwanzigköpfige Truppe mit einer Straßentheater-Aufführung die Genfer Abrüstungsverhandlungen parodierte. Die Gruppe hatte sich unmittelbar vor der Mauer, bereits auf Ostberliner Gebiet, postiert. Auf einem Tapeziertisch wurden mehrere Pappraketen zwischen den „Verhandlungsdelegationen" hin und her geschoben.

Nachdem die Grenzsoldaten per Megaphon vergeblich zur Räumung aufgefordert und zehn Minuten gewartet hatten, drängten sie die Akteure unsanft auf Westberliner Gebiet zurück. Westliche Grenzbeamte schritten nicht ein. Ein Sprecher der Friedensgruppe kommentierte die Aktion: „Wir machen hier das, was andere zuvor in Genf, Wien und anderswo gemacht haben: Theater!"

Ausreise aus der UdSSR rückläufig

AP/dpa, **Bonn**

Klage über die rückläufige Tendenz der Ausreisen aus der Sowjetunion hat das Deutsche Rote Kreuz (DRK) geführt. Wie der DRK-Suchdienst bekanntgab, sind im Monat Februar nur 64 Personen aus der UdSSR in die Bundesrepublik Deutschland eingereist. Damit ist der niedrigste Stand seit 15 Jahren erreicht. Im Januar betrug die Zahl noch 99. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vertriebenenpolitiker Herbert Hupka nannte die jüngsten Ausreisezahlen aus der Sowjetunion „katastrophal". Ein gutes deutsch-sowjetisches Verhältnis hänge auch davon ab, in welcher Weise die Sowjetunion ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen gegenüber ihren Bürgern deutscher Vokszugehörigkeit nachkomme, erklärte Hupka in Bonn.

Ebenfalls stark rückläufig ist die Familienzusammenführung aus dem polnischen Machtbereich. Die Zahl der Ausreisenden sank gegenüber Januar um 250 auf 1142. In den vergangenen acht Jahren lag diese Zahl fast immer über 2500. Die Zahl der Ausreisenden aus Rumänien erreichte im Februar den höchsten Stand seit fünf Jahren: 1221 Personen.

Vatikan-Stiftung für Sahel-Zone

AP, **Rom**

Papst Johannes Paul II. hat nach Angaben des Vatikans eine Stiftung zur Bekämpfung des Hungers in der dürregeplagten Sahelzone ins Leben gerufen. Die Stiftung soll Experten von acht Sahel-Staaten für kleine ländliche Entwicklungsprojekte ausbilden und neben den bestehenden katholischen Hungerhilfen arbeiten. Der Papst dankte der deutschen katholischen Kirche, die mit einem Beitrag von 30,5 Millionen Mark den Grundstein für die Stiftung gelegt hatte. 23,6 Millionen Mark flossen in das Stiftungskapital, der Restbetrag wurde für Einzelprojekte in Afrika verwendet.

Der Weihbischof von Trier, Leo Schwarz, erklärte, die Stiftung werde nur die Zinserträge des Grundkapitals verwenden. Der weitere Bedarf an Finanzmitteln sei daher beträchtlich. Über die Verwendung der Mittel werde auch eine Kommission der Bischofskonferenzen der acht betroffenen Sahel-Staaten entscheiden. Die Staaten sind Mauretanien, Senegal, Gambia, Obervolta, Niger, Mali, Tschad und die Kapverdischen Inseln.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Risiko des blauen Dunstes

„Die Gefahr liegt in der Luft"; WELT vom 24. Februar

Die WELT berichtete am 24. 2. über das Hearing des Bundestages zum Thema Luftverschmutzung, in dem erfreulicherweise die zentrale Rolle des Rauchens als Lungenkrebsursache klar herausgestellt wurde. Das Hearing bestätigte demnach die von uns seit langem vertretene These, daß Tabakrauch die wichtigste Umweltverschmutzung in Innenräumen darstellt, in denen sich die meisten von uns den größten Teil des Tages aufhalten müssen.

Damit sind wir beim Schildbürgerstreich Nr. 1: Ausgerechnet Innenräume wurden aus dem Immissionsschutzgesetz ausgeklammert, obwohl unzweifelhaft feststeht, daß Umweltschutz unteilbar ist. Für die zu erwartenden Schäden spielt es demnach nicht die geringste Rolle, ob Schadstoffe in Innenräumen oder im Freien eingeatmet werden. Auf diese Weise wurde den Rauchern ein Freibrief erteilt, den passivrauchenden Nichtrauchern auch weiterhin ihren giftigen Tabakrauch mit seinen zahlreichen Schadstoffen aufzuzwingen, obwohl sich die Gesundheitsschädlichkeit des Passivrauchens heute mit wissenschaftlichen Argumenten nicht mehr bestreiten läßt; mindestens vier Studien liegen inzwischen vor, wonach die Lungenkrebsrate von Nichtraucherinnen, die mit Rauchern verheiratet sind, wesentlich höher liegt als bei nichtrauchenden Ehefrauen, deren Männer ebenfalls Nichtraucher waren.

In Schweden wurde kürzlich sogar der Lungenkrebs einer 55jährigen Nichtraucherin als Berufskrebs anerkannt, weil sie jahrelang mit 6 starken Rauchern in einem Zeichensaal zusammenarbeiten mußte.

Schildbürgerstreich Nr. 2: In dem Hearing wurde erneut herausgestellt, daß Tabakrauch zusammen mit Asbest nicht nur eine Summationswirkung, sondern sogar einen Potenzierungseffekt im Hinblick auf die Krebsentstehung entfaltet. Dementsprechend erkranken Nichtraucher an asbestgefährdeten Arbeitsplätzen nur sehr selten an Asbestkrebs. Da die Asbestgefährdung an bestimmten Arbeitsplätzen nur mit einem untertretbar hohen Aufwand völlig eliminiert werden könnte, fordern wir seit langem, an asbestgefährdeten Arbeitsplätzen künftig nur noch Nichtraucher zu beschäftigen, d. h. freiwerdende Arbeitsplätze in Asbestbetrieben in Zukunft nur noch mit Nichtrauchern zu besetzen.

Obwohl eine solche Empfehlung des Bundesarbeitsministeriums – im Gegensatz zu allen anderen Vorbeugungsmaßnahmen – keinen Pfennig kosten würde, stellt sich das Bundesarbeitsministerium in dieser Hinsicht bisher völlig taub. Das muß ebenso scharf angeprangert werden wie das Verhalten des Bundesarbeitsministers in Sachen Nichtraucherschutz am Arbeitsplatz.

Offenbar unter dem Druck der Lobby der Zigarettenindustrie hat man den bereits vorliegenden Referentenwurf für eine neue Arbeitsschutzverordnung, die einen Nichtraucherschutz am Arbeitsplatz vorsah, wieder in der Versenkung verschwinden lassen, obwohl das Privatvergnügen des Rauchens am Arbeitsplatz ebenso ohne Rechtsgrundlage ist wie Trompeteblasen.

Prof. Dr. med. F. Schmidt
Universität Heidelberg
Mitglied des Sachverständigenbeirates Smoking and Health der WHO

*

Seit Jahren fordert der Ärztliche Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit vermehrten Nichtraucherschutz in Flugzeugen – wobei außer den z. T. nicht unerheblichen psychosomatischen Belästigungen der Nichtraucher auch bewußt an das extreme Risiko aller Fluggäste im Brandfall gedacht ist. Nachdem am 24. 1. 84 wiederum ein Jumbo der kanadischen Airlines notlanden mußte, da eine weggeworfene Zigarette im Cockpit zu einem Schwelbrand mit intensiver Rauchentwicklung führte, sollte das weltweite Problem Rauchen in Flugzeugen konsequent angegangen werden.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß ein Großteil der rauchenden Passagiere aus Gewohnheit und Langeweile sich infolge alkoholischer Sorglosigkeit und Kritiklosigkeit mit glimmender Zigarette zum Sicherheitsrisiko wird. Weggeworfene Zigaretten in die mit feinstem Papier und Kosmetikdampf angereicherten Papierboxen der Toiletten haben nachweislich zu schwersten Bränden und angeblich auch zu Flugzeugabstürzen geführt.

In einem so hohen Sicherheitsbereich ist Nichtraucherschutz unabdingbar!

Dr. med. F. Portheine,
Facharzt f. Laboratoriumsmedizin
Nordhorn

Verständnislos

Sehr geehrte Damen und Herren,

nun hat sich auch Heinrich Windelen zur Flucht von Deutschen aus der DDR über die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Berlin (Ost) dahingehend geäußert, daß ein solches Vorgehen die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gefährde. Ich halte eine solche Stellungnahme den Deutschen in der DDR gegenüber für verständnislos und in ihrer Konsequenz für verhängnisvoll.

Gerade ein Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen müßte doch die Verhältnisse in der DDR kennen, die die Menschen dazu treiben, auf jede nur denkbare Idee einzugehen, um unter (meistens lebensgefährlichen Bedingungen die Flucht zu wagen. Oder kennt er sie nicht? Herr Windelen müßte doch wissen, welchem Druck die ausreisewilligen Deutschen in der DDR ausgesetzt sind.

Anstatt nun aber diese zum äußersten getriebenen Deutschen noch mit Vorhaltungen zu versehen, hätte Herr Windelen die Ursache für solche Versuche deutlich aufzeigen müssen, nämlich die menschenrechtswidrige und verachtenswerte Praxis des DDR-Regimes, seine Bewohner wie Gefangene hinter Mauer und Stacheldraht zu halten und sie an der Ausreise in den freien Teil der Welt zu hindern.

Uns allen sollte doch unmißverständlich klar sein, daß es nicht diejenigen sind, die einer Diktatur entgehen wollen, die die innerdeutschen Beziehungen gefährden, sondern die DDR selbst ist, die durch Mauer, Schießbefehl und sonstige Menschenrechtsverletzungen guten Beziehungen jeglicher Grundlage beraubt.

Bei aller Sorge um das zarte Pflänzchen „Entspannung" muß es doch auch einem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen gestattet sein, die Wahrheit beim Namen zu nennen.

Es grüßt freundlich
Michael Krause
Berlin

Umstrittener Stadtsender

„Der Wunsch nach der längeren Leine"; WELT vom 28. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem o. a. Artikel über die Regionalisierung des Rundfunks berichten Sie von einer Einlassung des Herrn Will Teichert vom Hans-Bredow-Institut, der auf eine angebliche „negative Erfahrung mit dem Hamburger Stadtrundfunk des NDR und seine geringe Einschaltquote" verwies. Woher der Wissenschaftler Teichert diese negative Erfahrung bezieht, ist unerfindlich.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse sprechen hier jedenfalls eine ganz andere Sprache: Gerade die Hamburg-Welle des NDR hat aufgrund der jüngsten Umfrage des Kehrmann-Instituts vom November 1983 (auf der Basis von 2000 befragten Hörern!) eine Stammhörerschaft von gut 21 Prozent. Dies ist für einen Stadtsender, der programmgemäß regional orientiert sein soll, ein phantastisches Ergebnis. Mit dem vollständigen Ausbau im Herbst könnte die Hamburg-Welle nach dem Urteil von Fachleuten sogar an den „Sättigungsgrad" für Landesprogramme kommen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Giso Deussen
Sprecher der Intendanz des NDR

*

In der Diskussion in Marl zur Regionalisierung des Rundfunks habe ich keine Aussage über „negative Erfahrungen mit dem Hamburger Stadtrundfunk des NDR" gemacht, sondern generell darauf verwiesen, daß Regionalität an sich noch keine Gewähr ist für publikumsattraktive Programme. Vielmehr ist es so, daß gerade in städtischen Gebieten der regionale Rundfunk Chancen hat.

So geht z. B. aus einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage in Hamburg hervor, daß immerhin 33,4 Prozent der Hansestädter innerhalb der letzten 14 Tage Sendungen der Hamburg-Welle gehört haben. In einer Studie des Bredow-Instituts wurde zudem festgestellt, daß Hörer dieses Programms in ihrem Einschaltverhalten besonders flexibel sind und erheblich häufiger als der Durchschnitt zwischen den Hörfunk-Programmen wechseln.

Es bleibt allerdings festzuhalten, daß „Regionales" nach wie vor ein Problem des Inhalts und nicht des Umfangs (schlichte Vervielfachung des Vorhandenen) ist. Hier erlaubt gerade die zwangsläufige Hektik der tagesaktuellen Berichterstattung namentlich im Fernsehen kaum die zeitfordernde dialogische Kommunikation, die mit der Zielsetzung „Bürgernähe" so häufig propagiert wird.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Will Teichert,
Hans-Bredow-Institut,
Universität Hamburg

Widerspruch

„Frauschaftsgeist"; WELT vom 28. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Jugendbericht betr. „Chancengleichheit" wird schon die Erkundigung „wieviel Mann passen in das Boot?" als allgemeine Diffamierung der Frau beklagt.

Warum wird nicht das Wort „Mann" durch „Mensch" ersetzt? Es heißt ja allgemein auch der „gesunde Menschenverstand" – nicht der „gesunde Mannesverstand"!

Eine „Gleichstellung" von Mann und Frau in Ehe und Familie ist ein Widerspruch in sich und widerspricht dem „gesunden" Menschenverstand!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Winkler
Hamburg 55

Motivierung

„Ost-Berlin nimmt jetzt auch Bismarck in Anspruch"; WELT vom 29. Februar

Sehr geehrte Redaktion,

das Regime in der „DDR" hat schnell erkannt, daß das Selbstbewußtsein der Jugend und damit die Leistungswilligkeit durch Geschichtsbewußtsein gestärkt wird. Das Regime im anderen Teil unseres Vaterlandes versucht jetzt um so mehr nach außen hin sich als den wahren Nachfolger des echten Deutschland zu zeigen.

Wir, die immer nur pekuniär bewiesen haben, daß wir die echten Nachfolger sind, vergaßen ganz, daß 12 Jahre Geschichte nicht 1000 Jahre aufarbeiten können. Die „DDR" besinnt sich auf die wahren Werte. Wir im freien Teil dieses Vaterlandes beschäftigen uns nur mit der Vergangenheit und züchten immer mehr Schuldkomplexe in der Jugend. Die Jugend hat keine Motivierung mehr, auf unser „Vaterland" stolz zu sein.

Noch ist es Zeit, das Steuer herumzureißen und eine geschichtsbewußtere, leistungsoriente Bildungspolitik zu betreiben.

Mit freundlichen Grüßen
Christoph A. Weidlich,
Berlin 53

Im Programm

„Suchen nach einem neuen Leitbild der Familie"; WELT vom 29. Februar

Bevor mein Fraktionskollege Hermann Kroll-Schlüter sich über angeblich fehlende Leitbilder in der Familie beklagt, hätte er meines Erachtens mal in das Grundsatzprogramm der CDU schauen sollen. Dort steht: „Unsere Familienpolitik geht von der Ehe als einer Gemeinschaft aus, die auf Lebenszeit und Partnerschaft angelegt ist. Partnerschaft in der Ehe bedeutet, daß Mann und Frau sich gegenseitig in ihrem Eigenwert anerkennen, füreinander verantwortlich sind und ihre Aufgaben in Familie, Beruf, Gesellschaft und Freizeit gleichberechtigt vereinbaren. Als Eltern tragen sie gemeinsam und in gleichem Maße die Verantwortung für ihre Kinder".

Dies und nichts anderes wollen wir in der CDU. Wir wollen, daß Mann und Frau gleichberechtigt und partnerschaftlich ihre Aufgaben in Familie und Beruf wahrnehmen. Diese Entwicklung gilt es zu fördern, anstatt Leitbilder für den Mann und die Frau zu propagieren, die so schon vermutlich die Großmutter meines Bundestagskollegen nicht mehr akzeptiert hätte.

Mit freundlichen Grüßen
Irmgard Karwatzi, MdB,
Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Unvorstellbar

„Die FDP plädiert für mehr Selbstbeteiligung"; WELT vom 1. März

„Durch die Selbstbeteiligung wird das Kranksein etwas, was den Patienten selbst betrifft." Um Gottes Willen, ist hier Professor Häussler, der diesen Ausspruch auf der FDP-Tagung getan haben soll, richtig zitiert worden? Eine Krankheit, eine Verletzung, eine seelische Störung soll erst dann einen Patienten selbst betreffen, wenn er sich dabei die zu bezahlende Rechnung vergegenwärtigt?

Das kann Professor Häussler nicht gesagt haben, das würde allen Intentionen ärztlichen Handelns, so wie sie uns gelehrt werden, widersprechen. Und seit der Einführung der Krankenversicherung 1883 hätte kein Patient sein Kranksein als etwas erlebt, was ihn selbst betreffe. Unvorstellbar!

Christoph Lanzendörfer,
cand. med.,
Bonn

Olympia-Lob

Ein Lob Ihrer Sport-Olympia-Redaktion für die guten Olympiaberichte! Die Berichterstattung und Kommentierung der Winter-Olympiade war sehr sachkundig, auf einem sehr hohen Niveau und interessant. Negativ ist mir nur einmal etwas aufgefallen: Die Situation bezüglich der Fernsehkommentierung des Erhard Keller sehe ich völlig anders, als Ihr Mitarbeiter Walter H. Rueb im Artikel „Gold nur für Mehl und Moravetz" vom 16. 2. 1984 – S. 8 – DIE WELT.

Der überharten Abrechnung mit Erhard Keller kann ich mich nicht anschließen. Von allen Fernsehgastkommentatoren war Erhard Keller mit weitem Abstand der Allerbeste. Die Ausführungen des Erhard Keller über verwandte Hintergrundgebiete wie u. a. Sportmedizin, Biochemie, Übersäuerungsprobleme, Biomechanik, Doping, Eis-Physik und das eigentliche Eisschnellaufen: Ich freue mich schon jetzt darauf, wenn Erhard Keller in den kommenden Olympiaden wieder die Fernsehgastkommentierung übernimmt.

Ganz besonders hervorragend waren Ihre täglichen „Olympia-Tip-Voraussagen"! Diese Prognosen waren meistens zutreffend, von sehr großer Sachkenntnis und schon wegen der Wagnis hergesehen hoch interessant. Alles im Zusammenhang gesehen waren Ihre Olympia-Berichte weit mehr als nur eine Ergänzung zur Fernsehberichterstattung.

Mit freundlichen Grüßen
Rainer von Ehrenwall
Wildberg 4

Wort des Tages

„Halte ich nichts von dem Alter, das mit dem Alter renommiert, so halte ich ebensowenig von Jugend, die mit Jugend renommiert. Ist es ein häßliches Schauspiel, wenn sich verknöchertes Alter gegen blühende Jugend kehrt, so ist es ebensowenig schön, wenn junge Jahre vergessen, daß sie Wunsch und Beruf haben, neue Jahre aus sich zu bilden, eine Kette, die nur im hohen Alter enden soll."

Gerhart Hauptmann, dt. Autor (1862–1946)

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,00 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 3 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



NACHRICHTEN

Tischtennis-Verhandlungen

Saarbrücken (dpa) – Der deutsche Tischtennis-Meister ATSV Saarbrükken möchte sich für die Saison 1984/85 mit Peter Stellwag (Reutlingen) und dem schwedischen Vize-Europameister Jan Ove Waldner verstärken. Verhandlungsgespräche mit Waldner finden am Freitag in Stockholm statt.

Wettkämpfe mit China

Frankfurt (dpa) – Das Austauschprogramm des Deutschen Sportbundes (DSB) für 1984 sieht folgendes vor: 17 Treffen mit China, 81 mit der UdSSR, 71 mit Polen, 27 mit Bulgarien, 42 mit Rumänien und 76 mit der „DDR".

Carstens: Auszeichnungen

Frankfurt (dpa) – Beim Bundestag des Deutschen Sportbundes (DSB) wird erstmals die von Bundespräsident Karl Carstens gestiftete „Sportplakette des Bundespräsidenten" an 100jährige und ältere Vereine verliehen. Ältester Turnverein der Welt ist die Hamburger Turnerschaft von 1816.

40 Millionen Dollar Gehalt

Los Angeles (dpa) – Der Amerikaner Steve Young unterzeichnete einen 43-Jahres-Vertrag beim Football-Club Los Angeles für ein Gehalt von 40 Millionen Dollar. Die bisher höchste Gage im Profisport wurde dem amerikanischen Footballspieler Earvin Johnson gezahlt. Er bekam für einen 25-Jahres-Vertrag bei den Los Angeles Lakers 25 Millionen Dollar.

Pokalspiel am 14. März

Berlin (sid) – Die Begegnung im Viertelfinale des DFB-Pokals Hertha BSC Berlin gegen FC Schalke 04 wird am 14. März (20 Uhr) nachgeholt. Das Spiel mußte am letzten Samstag wegen Unbespielbarkeit des Platzes abgesagt werden.

Boxen: Absage

Johannesburg (sid) – Der südafrikanische Box-Weltmeister Gerrie Coetzee hat seine für den 5. Mai in Johannesburg vorgesehene Titelverteidigung im Schwergewicht (WBA-Version) gegen den Spanier Alfredo Evangelista abgesagt. Coetzee will vor dem Kampf gegen den Amerikaner Larry Holmes kein Risiko eingehen.

Olympia-Bewerbungen

Den Haag (sid) – Amsterdam und Rotterdam haben sich beim Nationalen Olympischen Komitee von Holland offiziell um die Ausrichtung der Sommerspiele 1992 beworben. Bisher haben sich beim IOC beworben: Barcelona, Nizza/Paris, Melbourne, Neu-Delhi und London.

Paderborn Bundesstützpunkt

Paderborn (dpa) – Das Bundesinnenministerium hat Paderborn als Bundesstützpunkt für Leichtathletik offiziell anerkannt. Die auf acht Millionen Mark an Baukosten berechnete Leichtathletik-Sporthalle wird nun auch mit öffentlichen Mitteln gefördert.

ZAHLEN

ALPINER SKISPORT

Weltcup-Slalom der Herren in Aspen/USA: Zurbriggen (Schweiz) 2:32,40, 2. Girardelli (Luxemburg) 2:33,28, 3. Phil Mahre (USA) 2:33,33, 4. Hangl (Schweiz) 2:34,00, 5. Bürgler (Schweiz) 2:34,19, 6. Giorgi (Italien) 2:34,87, 7. Gruber (Österreich) 2:35,06, 8. Mader (Österreich) 2:35,73, 9. Pramotton (Italien) 2:36,33, 10. Shaw (USA) 2:36,65, 11. Gaspoz (Schweiz) 2:36,76, 12. Krizaj (Jugoslawien) 2:36,81, 13. Steve Mahre (USA) 2:37,03, 14. Luethi (Schweiz) 2:37,23, 15. Walner (Schweden) 2:37,99, 20. Dürr (Deutschland) 2:38,81.

TENNIS

Belgische Hallen-Meisterschaften in Brüssel, (250 000 Dollar), 1. Runde: Pfister (USA) – Teacher (USA) 6:2, 7:5, Günthardt (Schweiz) – Purcell (USA) 6:0, 0:6, 6:1, Sundström (Schweden) – Scanlon (USA) 7:6, 2:6, 7:6, Van't Hof (USA) – Demuynck (Belgien) 4:6, 6:1, 6:4.

Wer hat den Traum der Eisprinzessin zerstört?

Nun stehen sie alle vor einem Rätsel. Die Funktionäre, der Trainer, der von seinem Schützling so gelobt wurde: „Ich schätze seine Härte. Er verlangt von mir immer Hochleistungen. Das ist gut so." Und die Sportmediziner und die wissenschaftlich angehauchten Mitarbeiter des Bundesinstitutes für Leistungssport (BaL) auch. Die Läuferin selbst, die alle vor die Aufgabe stellt, etwas erklären zu müssen, was sie nicht begreifen, sitzt jetzt jeden Morgen ab 7.30 Uhr in einem Büro der Mannheimer Stadtverwaltung und versucht durch Arbeit die Träume zu verdrängen, denen sie sich noch vor einem Jahr hingeben durfte: Eisprinzessin zu sein, sich Märchen von Flitter, Glanz und Geld selbst schreiben zu können. Nur, der Körper von Claudia Leistner spielt nicht mehr mit. Er bestimmt jetzt die Zukunft.

Was Claudia Leistner jetzt widerfährt, ist zweifellos, so etwas wie ein ganz persönlicher Kummer, sie mag sogar selbst von einem Schicksalsschlag reden. Und doch ist es kein Einzelfall, es ist viel eher Beispiel dafür, wie sich ganze Gruppen von Menschen um einen Athleten scharen, mit ihm eigene ehrgeizige Pläne verfolgen und Warnzeichen einfach deshalb übersehen, weil sich in diesem einen Menschen die eigenen Ziele verwirklichen sollen.

Bandscheibenvorfall wird das genannt, was Claudia Leistner plagt. Ihr fünfter Rückenwirbel ist verschoben. Die Ursachen dafür sind einleuchtend, sie liegen in der Schwerstarbeit, die im Eiskunstlauf auch ein schmächtiges Mädchen von 18 Jahren leisten muß: täglich 60 Trainingssprünge, doppelt und dreifach gedreht, und bei jeder Landung wirkt das vierfache Körpergewicht auf Gelenke, Sehnen, Wirbel. Claudia Leistner wiegt 56 kg, das macht pro Tag 60mal 224 kg, die sie abfangen muß.

Selbstverständlich, das ist bekannt, so etwas berechnen Sportstudenten im ersten Semester, damit sie später, als Lehrer oder Trainer, auch

STAND PUNKT

wissen, was sie von ihren Schülern verlangen. An dieser Stelle in pauschale Urteile von der Güte einzuschwenken, Leistungssport beginne eben dort, wo die Gesundheit aufhöre, ist trotzdem unsinnig. Ein gut trainierter Körper schafft das.

Hier aber beginnen die Fragen. Warum ist die Bauch- und Rückenmuskulatur von Claudia Leistner so schwach? Wo sind die Experten vom BaL, von der Trainerakademie und unter den Sportmedizinern, die ein gezieltes Training vorschreiben? Jeder Hochspringer weiß, wie wichtig eine starke Rückenmuskulatur ist, weil sie der empfindlichen, unter hohem Druck ständig gestauchten Wirbelsäule als Korsett dienen muß. Legen Trainer im Eiskunstlauf nur Wert auf die richtige Kür-Pose, nicht aber auf die athletische Grundausbildung, für die im Sommer Platz sein muß?

Eugen Romminger, Schatzmeister und mächtiger Mann im Deutschen Eiskunstlauf-Verband, energischer Förderer der Karriere von Claudia Leistner, machte sich im Sommer aber weit eher darüber Sorgen, daß das junge Mädchen plötzlich zum Tanzen ging. Und als der BaL vor den Spielen in Sarajevo von Claudia Leistner noch eine gesundheitliche „Unbedenklichkeitserklärung" verlangte, wurde die beigebracht, ein Sportmediziner aus Heidelberg stellte sie aus. Vor dem Kurzprogramm gab es dann eine Spritze, fertig aus. Mannschaftsarzt und Funktionäre glaubten ohnehin nicht an Schmerzen, sondern eher an eine „besondere psychische Belastung". Aber von einem eingeklemmten Nerv in der Wirbelsäule von Claudia Leistner wußten sie alle.

Was ist das? Fahrlässigkeit, übertriebener Ehrgeiz, Gedankenlosigkeit, Unkenntnis auch der Psyche der betreuten und umsorgten Athletin, von der Trainingspartner Rudi Cerne einmal sagte: „Dem Weib mußt du ins Knie schießen, bevor die aufhört zu trainieren." Es wird wohl das Ende einer Karriere sein und das Ende ganz persönlicher Träume eines jungen Mädchens.

MARCUS BERG

TISCHTENNIS / Lieck (38) schockt die Stars

„Die armen Kerle können doch nichts dafür, daß ich so gut bin . . ."

DANIEL HAUSER, **Altena**

„Ich gebe keine Interviews mehr." Das sagte der deutsche Tischtennis-Meister Georg Böhm aus Saarbrükken vor den Titelkämpfen am Wochenende in Hannover. Ob diese Entscheidung etwas mit seiner Niederlage gegen den schon 38 Jahre alten Wilfried Lieck aus Altena zu tun habe? Böhm, 21 Jahre alt: „Dazu sage ich nichts." Ob er denn am nächsten Montag, nach einer eventuell erfolgreichen Titelverteidigung, wieder Interviews geben würde? „Dazu sage ich auch nichts."

Wilfried Lieck hatte Böhm in der Bundesliga überraschend bezwungen, und danach freimütig geäußert: „Georg war der Stärkste von denen, die ich in der Bundesliga besiegt habe. Was ihm noch fehlt, ist ein besserer Aufschlag." Als Böhm davon hörte, durchbrach er doch noch einmal seine selbst auferlegte Interview-Abstinenz, „aber nur, wenn dabei die Person Georg Böhm ausgeklammert wird".

133 Mal hat Lieck bisher für Deutschland gespielt, und am Wochenende tritt er zum 20. Mal hintereinander bei einer deutschen Meisterschaft an. Tischtennis ist zwar das schnellste Ballspiel der Welt, doch nachlassende Reaktionsfähigkeit können ältere Spieler durchaus durch Erfahrung wettmachen. Böhm: „Solchen Leuten wie Lieck ist so gut wie keine Spielsituation unbekannt, deshalb reagieren sie auch auf ungewöhnliche Bälle gut." Macht sich aber nicht zumindest ein Mangel an Kondition bemerkbar? Böhm zum Fall Lieck: „Lieck ist ein Blockspieler, was man vielleicht als aggressive Abwehr definieren kann. Er steht ziemlich dicht an der Tischplatte, läuft deshalb relativ wenig und bringt die Bälle des Gegners sicher zurück. Lieck lebt von der Schnelligkeit des Gegners. Ein Abwehrspieler muß ungefähr das Dreifache von dem laufen, was Lieck während eines Spiels als Pensum erledigt. Wohl deshalb gibt es keinen Abwehrspieler in der Weltspitze, der älter als 30 Jahre ist."

Was sicher stimmt. Nur hat Wilfried Lieck mit dieser Spielweise in letzter Zeit die Stars der Tischtennis-Bundesliga geschockt, er ist zum Angstgegner der eigentlichen deutschen Spitzenspieler geworden. Der Engländer Desmond Douglas, der Schwede Ulf Carlsson, der deutsche Meister Georg Böhm, die Spitzenspieler Engelbert Hüging, Peter Stellwag und Ralf Wosik wurden allesamt von Lieck besiegt. „Die armen Kerle können doch nichts dafür, wenn ich so gut bin", sagt Lieck.

Bei den internationalen deutschen Tischtennis-Meisterschaften vor vier Wochen in Duisburg überraschte der 38 Jahre alte Lehrer Lieck mit dem dritten Platz im Herren-Einzel. Denn damit war er immerhin der beste deutsche Teilnehmer. Bundestrainer Charles Roesch deutete schon damals an, daß er Lieck eventuell bei den Europameisterschaften Mitte April in Moskau eine Chance geben wird. Nun sagt der 62 Jahre alte Trainer aus dem Elsaß: „Schon wenn Lieck bei den nationalen deutschen Meisterschaften in Hannover unter die letzten acht kommt, muß man seine Nominierung überlegen. Denn für Moskau kommt in Frage, wer die besten Resultate übers ganze Jahr aufweist."

Lieck spukt die mögliche Moskau-Reise schon seit vier Wochen im Kopf herum: „Spiele ich in Hannover vorn mit, möchte ich schon gern noch einmal zu den Europameisterschaften. Aber wenn ich verlieren sollte, sterbe ich deshalb nicht gleich. Dann lege ich mich nämlich in der zweiten April-Hälfte auf die faule Haut und mache Urlaub an der Nordsee."

16 Mal (fünfmal im Einzel, sechsmal im Herren-Doppel, fünfmal im Mixed ab 1966) ist Wilfried Lieck bisher deutscher Meister gewesen. 1978 war er sogar Europameister im Mixed, 1969 Vize-Weltmeister mit der deutschen Mannschaft. 1975 sprach er von Rücktritt, neun Jahre später bereitet er sich erneut auf europäische Titelkämpfe vor. Woher rührt seine Rückkehr in die nationale Spitze? „Vor der Bundesliga-Saison haben uns etliche Experten als Absteiger bezeichnet. Das war für mich Motivation und Stimulans zugleich", sagt Lieck. Begreiflich, denn Lieck ist nicht nur Spitzenspieler seines Klubs TTC Altena, er ist auch zugleich dessen Manager.

In Hannover hat Lieck übrigens schon zweimal gewonnen, 1975 und 1982. Wie wird es diesmal?

Am Freitag muß Lieck in der Hauptschule von Nachrodt bei Lüdenscheid noch bis mittags Unterricht geben. Deshalb wird er in Hannover erst kurz vor Beginn der Veranstaltung eintreffen. „Aber ich bin auf alle Fälle rechtzeitig da", warnte er bereits seine Kontrahenten. In der ersten Runde wird sich ihm der Bremer Hans-Jürgen Herold in den Weg stellen, danach entweder der Reutlinger Rudi Stumper oder der 17jährige Frankfurter Thomas Roßkopf. Lieck kann auch ihn besiegen, obwohl er sein Vater sein könnte . . .



Stenmark: Weltcup ade. Bahn frei für Pirmin Zurbriggen

Weltcup, ade? „Ich glaube nicht mehr daran, ihn gewinnen zu können", sagte der Schwede Ingemar Stenmark (Foto oben), nachdem er im zweiten Durchgang des Riesenslaloms von Aspen (US-Bundesstaat Colorado) ausgestiegen war. Sieger wurde der Schweizer Pirmin Zurbriggen (Foto rechts), der wohl nun den Gesamt-Weltcup der alpinen Ski-Rennläufer gewinnen wird. Der Zweikampf Zurbriggen gegen Stenmark steht derzeit auf 231:201 Punkte für den 21 Jahre alten Schweizer. Noch fühlt sich Pirmin Zurbriggen, ein gelernter Koch, aber nicht als Sieger: „Ich brauche 250 Punkte, bevor ich mich als Gewinner fühlen kann. Es wäre allerdings eine Befriedigung ganz besonderer Art, Ingemar Stenmark zu schlagen, der schon große Rennen gewonnen hat, als ich noch ein kleiner Junge war."

FOTOS: AP/UPI

EUROPAPOKAL

Spitzenspiele heute im Fernsehen

DW. **Bonn**

Aschermittwoch im Spitzenfußball der Bundesrepublik Deutschland, das Fernseh-Programm zeigt es an. Auch wenn die Katerstimmung in ihren Ursprüngen schon etwas zurückliegt, heute abend kommt sie wieder hoch. Ab 22.30 Uhr sendet das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) 90 Minuten lang Ausschnitte aus drei Spielen des Viertelfinales in den drei europäischen Pokalwettbewerben. Ein Bundesligaverein ist nicht dabei, zum ersten Mal seit 18 Jahren ist die vermeintlich „stärkste Liga der Welt" in dieser Runde nicht mehr vertreten.

Die eigenen Lieblinge aus Hamburg, Köln, München, Stuttgart, Bremen oder Kaiserslautern – sie alle haben ihre Chance nicht genutzt – werden verdrängt von der ausländischen Konkurrenz. Die ARD berichtet aus Italien (AS Rom – Dynamo Ost-Berlin) und England (Liverpool – Benfica Lissabon und Tottenham Hotspur – Austria Wien).

Nur noch ein Profi aus der Bundesrepublik ist heute im Einsatz: Bernd Schuster, der mit dem FC Barcelona zu einem Heimspiel gegen Manchester United antritt. Der spanische Klub hat das Polizeiaufgebot vorsorglich verdreifacht. Rene Eberle, der zuständige Abteilungsleiter des europäischen Verbandes, sagt: „Das Spiel in Barcelona ist unsere größte Sorge. Ich hoffe nur, daß sich die Vorfälle vom letzten Mittwoch nicht wiederholen. Was da beim Länderspiel Frankreich gegen England in Paris geschah, war schrecklich. Der harte Kern der englischen Rowdies griff die Polizei vorsätzlich an."

Das sind die Hinspiele des Viertelfinales auf einen Blick:

Europapokal der Landesmeister
Rapid Wien – Dundee United
AS Rom – Dynamo Ost-Berlin
Dynamo Minsk – Dynamo Bukarest
FC Liverpool – Benfica Lissabon

Europapokal der Pokalsieger
FC Barcelona – Manchester United
FC Porto – Schachtjor Donezk
Haka Valkeakosken – Juventus Turin
Ujpest Dosza Budapest – Aberdeen

UEFA-Pokal
Tottenham Hotspur – Austria Wien
Sparta Prag – Hajduk Split
RSC Anderlecht – Spartak Moskau
Nottingham Forest – Sturm Graz

FUSSBALL / Jetzt auch noch Inter Mailand und Juventus Turin an Rummenigge interessiert

Neue Gerüchte im italienischen Verwirrspiel

DIETER SCHULZ, **Mailand/Bonn**

Dichtung und Wahrheit, Spekulation und Tatsachen sind kaum noch auseinanderzuhalten. Es scheint, als begänne der „Fall Rummenigge" ein Eigenleben zu führen, auf das die Beteiligten keinen Einfluß mehr haben. Das Bild könnte passen: Da sitzt Bayern Münchens Manager Uli Hoeneß auf einer Wiese und zupft an den Blütenblättern einer Gänseblume: „Die Angebote sind echt, sie sind es nicht, sind echt, sind es nicht . . ." Und daneben sitzt Karl-Heinz Rummenigge bei der gleichen Beschäftigung: „Ich gehe nach Italien, ich gehe nicht, ich gehe, ich gehe nicht." Ratlosigkeit, die jeden Tag aufs neue gesteigert wird. Tanz der Zeitungs-Enten oder Tanz um das Goldene Kalb?

Die „Bild-Zeitung" hatte als erste Zeitung vor einer Woche von italienischen Angeboten für den 28 Jahre alten, 73maligen Fußball-Nationalspieler berichtet. Kurz danach wurden auch Summen verbreitet, die der Klub AC Florenz angeblich bereit sei für Rummenigge zu bezahlen: 1,2 Millionen Mark plus 780 000 Mark von einem Sponsor pro Saison, 7,6 Millionen Mark Ablöse für Bayern München. Manager Hoeneß bestätigte zwar, Anfang des Jahres ein Angebot in Höhe von sechs Millionen Mark für Rummenigge erhalten zu haben, erklärte aber zugleich, seither nichts mehr gehört zu haben. Ein Kontaktmann, Volker Schmidt, der im Tessin wohnt, hat inzwischen etwas Abstand von seinen ursprünglich großen Worten genommen: Er habe keine konkreten Angaben über Transfergelder und Gehaltsangebote gemacht.

Dennoch: In Italien beherrscht das Thema die Sportseiten der Zeitungen. Die Fachzeitung „Gazzetta dello Sport" aus Mailand veröffentlichte gestern ein Interview mit Rummenigge. Die Überschrift: „Hört, was uns der viel umworbene Rummenigge gesagt hat: Juventus, Florenz, Inter. In 14 Tagen werde ich einen Entschluß fassen." Im Text wird Rummenigge dann so zitiert: „Ich dachte immer schon daran, nach Italien zu kommen, verschob diese Entscheidung aber immer wieder. Diesmal muß ich mich entschließen, entweder jetzt oder nie. In zwei Jahren werde ich zu alt sein. Diese Entscheidung ist die wichtigste in meinem Leben, und ich muß sie in aller Ruhe treffen."

Das klingt also so, als mache sich Rummenigge tatsächlich ernsthafte Gedanken, seinen noch bis 1987 laufenden Vertrag mit Bayern München vorzeitig zu lösen. Aber in dem Interview mit der italienischen Zeitung sagt der Nationalspieler auch: „Im Augenblick liegt kein offizielles Angebot vor." Eine Version, die auch zu den Worten paßt, die Manager Hoeneß noch am Montag gebraucht hatte. „Ich habe von Anfang an gewarnt. An der Sache ist nichts dran." Dem gegenüber steht wiederum die Aussage der Mailänder Sportzeitung in ihrer gestrigen Ausgabe, nicht nur Florenz, auch Juventus Turin und Inter Mailand seien an Rummenigge interessiert. Belegt wird das sogleich mit einer geradezu abenteuerlichen Variante eines möglichen Wechsels des Münchners zu Juventus Turin. Der Verein wolle seinen polnischen Nationalspieler Boniek, der nur durch Fürsprache des Papstes nach Italien ziehen durfte, an den FC Bayern München abgeben. Außerdem bemühe sich Juventus Turin, den ehemaligen Stuttgarter Hansi Müller aus seinem Vertrag mit Inter Mailand freizukaufen, um ihn dann den Münchnern zusätzlich noch zu schenken . . .

Diese Gerüchte haben zum Teil ihren Ursprung darin, daß bei den italienischen Klubs große Hektik ausgebrochen ist. Der Verband hat beschlossen, ab 30. Juni für mindestens zwei Jahre alle Einkäufe ausländischer Spieler zu verbieten. Bis zu diesem Tag müssen alle noch möglichen Verpflichtungen ausländischer Spieler abgeschlossen sein. Eine Situation, die Spekulationen und Gerüchte nur noch fördert.

Zu den immer neuen Meldungen aus Italien sagt Rummenigge das, was er in letzter Zeit schon immer wiederholt hat: „Mein Standpunkt hat sich nicht geändert. Jetzt oder nie mehr. Die Entscheidung fällt spätestens im April. Jetzt will ich meine Ruhe haben. Ich will mich auf die Spiele mit meinem Verein Bayern München konzentrieren, auf Meisterschaft und Pokal, das bin ich der Mannschaft schuldig." Sein Bruder Michael hat sich dagegen schon entschieden. Er unterschrieb gestern einen neuen Vertrag, der bis 1986 läuft und der ihm ein Jahresgehalt von 200 000 Mark garantiert. Aber nur dann, wenn er in einer Saison an mindestens 21 Pflichtspielen teilnimmt.

Kohl warnt in Washington vor Gefahren der Hochzinspolitik

● Fortsetzung von Seite 1

penstärke (die sogenannte „Daten-Frage") umgangen werden durch eine Aufteilung der zu behandelnden Einheiten in „logistische" Truppen und Kampftruppen. Auch scheint sich eine innerwestliche Einigung über den von Moskau vorgeschlagenen Erstabzug von 17 000 Mann auf beiden Seiten anzubahnen sowie über die ersten dazu nötigen Verifikationsmaßnahmen.

Starkes Interesse zeigte der Kanzler auch an Fortschritten bei den Abrüstungsgesprächen in Genf über einen weltweiten Bann aller chemischen Waffen. „Ich dränge bei den C-Waffen", sagte Kohl, wobei er die Hoffnung äußerte, daß Außenminister Shultz schon bald in Genf mit einem amerikanischen Vertragsentwurf aufwarten könne.

Zurückhaltend dagegen fielen die Kanzlei-Äußerungen zum Stand der INF-Verhandlungen aus. Hier lägen, so sagte er mehrfach, überarbeitete Bündnisvorschläge auf dem Tisch, und es seien die Sowjets, die von den Verhandlungen weggelaufen seien. Es gäbe also keinen Anlaß, Moskau mit neuen Konzessionen zurückzulocken. Das könne Erwartungen auf Verhandlungsdurchbrüche erst recht frustrieren.

Auch auf die Frage eines Kongreßabgeordneten, ob nach dem Beginn der Raketen-Stationierung jetzt ein Moratorium angebracht sei, reagierte der Kanzler negativ. Es sei „sachlich und verhandlungstaktisch völlig falsch" referierte Regierungssprecher Jürgen Sudhoff die Bemerkungen Kohls, „nach dem sowjetischen Auszug aus den Verhandlungen nun noch ein Moratorium nachzuschieben".

Immer wieder kamen in den Gesprächen der Zustand der Allianz und die Äußerungen Kissingers zu diesem Thema (im „Time"-Magazin) zur Sprache. Kohl, der sich bei einem Dinner in der Residenz des deutschen Botschafters am Montagabend mit Kissinger traf, stimmte mit Präsident Reagan und dessen Beratern überein, daß die Allianz 1984 in einer so guten Verfassung wie lange nicht mehr sei. Kissingers „Deduktionen" klängen daher eher – wie Sprecher Sudhoff es von Kohl referierte – „wie die Stimme der Vergangenheit".

Anderseits konzedierte der deutsche Gast, daß es in den Vereinigten Staaten eine Meinungsströmung gebe, die stärkere Verteidigungsleistungen und Einigungsanstrengungen der Europäer erwarte, ja, verlange. Damit stimme er, Kohl, völlig überein, es entspräche seinen eigenen „Intentionen". Europa müsse mehr sein als „die Filiale eines Bankhauses, in das man möglichst wenig hinträgt, aber dann möglichst viel bekommt".

Trotzdem warnte der Kanzler seine amerikanischen Gesprächspartner eindringlich vor allem, was die Präsenz und Garantie der USA in und für Europa schmälern und in Zweifel ziehen könne. Kissingers Anspielung auf mögliche amerikanische Truppenreduzierungen sende „ein gefährliches Signal, das die Sowjets falsch verstehen müssen".

Wie die WELT aus zuverlässiger Quelle erfuhr, hat Kissinger bereits am vergangenen Donnerstag im Weißen Haus angerufen und in der Sache seines „Time"-Magazin-Aufsatzes abzuwiegeln versucht. Der Beitrag war genau in jener Woche erschienen, in der der ehemalige Außenminister zum Mitglied eines ehrenamtlichen Beratergremiums für Außenpolitik, des „Foreign Policy Advisory Board", ernannt worden war.

Ausführlich begründete Kohl seinen Ruf nach einem Gipfeltreffen der sowjetischen und amerikanischen Führung. „Auch Gegner müssen berechenbar bleiben", sagte der Kanzler. Es nütze nichts, „wenn jeder seine Feindbilder vor sich herträgt". Ein Gipfel müsse sorgfältig vorbereitet werden – in diesem Postulat trifft sich die Bundesregierung mit dem Weißen Haus. Präsident Reagan allerdings ging einen Schritt weiter, indem er auch „fruchtbare Resultate" eines Gipfels als greifbaren Anreiz, ihn abzuhalten, sehen möchte.

Kohl, dazu befragt, deutete die Reagan-Bemerkung dahingehend, daß ein Gipfel „nicht unbedingt Verträge nach sich ziehen" müsse. Fruchtbar sei auch, wenn man beispielsweise ein bestimmtes Feld abstecke, etwa das Gespräch über den Bann der C-Waffen, und darüber einen lohnenden Austausch pflegt. Ob ein Zeitpunkt für einen sowjetisch-amerikanischen Gipfel noch in diesem Jahr eintreten könne, wollte Kohl nicht ausschließen. Er skizzierte als mögliche Terminspanne den Zeitraum „bis Ende des Frühjahrs" oder dann wieder bald nach dem amerikanischen November-Wahltermin.

Der Präsident zeigte weiterhin „Neugier und Verständnis" für die deutschlandpolitischen Schritte der Bundesregierung. An den menschlichen Fragen dieser Thematik habe Reagan schon immer regen Anteil genommen, rekapitulierte der Kanzler, der sich „hoch befriedigt" zeigte über alles, was er zur Frage der praktischen Entspannung in Europa vom Weißen Haus zu hören bekam. Auf amerikanischer Seite ist in der Tat seit Wochen eine größere aktive Hinwendung zur Entspannungsdiplomatie mit einzelnen Ostblockstaaten zu spüren. Dies muß den Kanzler weiter in seiner Auffassung bestärkt haben, daß sich zwischen Ost und West „eine Menge Entwicklungen" anbahnen.

Wie Bahr über Kissingers Vorschläge denkt

PETER PHILIPPS, Bonn

Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger hat nach Ansicht des SPD-Bundestagsabgeordneten Egon Bahr mit seinen Überlegungen zur Neuorganisation der NATO die „politische Armut Europas aufgedeckt mit der Genauigkeit eines chirurgischen Schnitts". Die Analyse Kissingers über die derzeitige Lage der NATO „stimmt", schreibt Bahr im Parteiblatt „Vorwärts". Die „Diagnosen" Kissingers und des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt „differieren nicht sehr", merkt das SPD-Präsidiumsmitglied an, nicht ohne fortzufahren: „Kissinger gibt eine Therapie."

Die „Schwäche" in den Überlegungen des amerikanischen Politikers bestehe im wesentlichen darin, „daß er ein Europa voraussetzt, das es nicht gibt". Wenn heute in Washington entschieden würde, in einer Reihe von Jahren die Masse der US-Truppen aus Europa abzuziehen, „dann würde sich Europa zusammenzittern, aber es darf bezweifelt werden, ob die Einsicht so stark ist, wie die Angst wäre". Bahr in harscher Kritik an den Europäern: „Es lebt sich sehr angenehm in der Provinzialität begrenzter europäischer Verantwortung, die ihre Kritik an Amerika aus der Weisheit der Machtlosigkeit bezieht."

Westeuropa sei 40 Jahre nach Kriegsende „wirtschaftlich zu einem Konkurrenten der USA geworden, militärisch ein Kostgänger geblieben und politisch unfähig, seine Einheit zu organisieren". Doch, so Bahr, es sollte „mit der Selbstachtung der Europäer nicht vereinbar sein, sich bis zum Jahre 2000 an eine Perspektive festzuklammern, die dann noch immer die gleiche amerikanische Truppenstärke wie heute vorsieht".

Ostblock spricht wieder von „Einfrieren" der Rüstungsausgaben

NATO-Kreise sehen in erster Linie einen propagandistischen Vorstoß / Memorandum

rtr/DW. Bonn/Moskau

Ein von den Staaten des Warschauer Pakts unterbreiteter neuer Abrüstungsvorschlag mit dem „Einfrieren" der Rüstungshaushalte als erster Stufe ist gestern von NATO-Kreisen abwartend aufgenommen worden. NATO-Beamte in Brüssel, aber auch westliche Diplomaten in Moskau und Wien sagten in ersten Reaktionen, die Vorschläge enthielten wenig Neues oder Bedeutsames. Die offenbar auf eine rumänische Initiative zurückgehenden Vorschläge waren den Botschaften der NATO-Länder am Montag in Bukarest als Memorandum übermittelt worden.

NATO-Kreise in Brüssel schätzten den neuen Vorstoß des Warschauer Paktes als überwiegend propagandistisch ein. Ein Einfrieren der Rüstungsausgaben sei bereits im Januar vergangenen Jahres beim Gipfeltreffen des Warschauer Paktes in Prag vorgeschlagen worden, hieß es. Auch der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko habe diesen Punkt Anfang dieses Jahres bei der Eröffnung der Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Stockholm in den Katalog seiner Forderungen aufgenommen.

Dennoch, so hieß es in Brüssel, wolle die NATO nicht völlig ablehnend auf die Vorschläge reagieren. Man werde das Memorandum im Interesse eines Fortgangs des Ost-West-Dialogs sorgfältig prüfen.

In ihrem formell an die NATO gerichteten Vorschlag für das Einfrieren und die Reduzierung der Militärausgaben beider Seiten nennen die Staaten des Ostblocks – nach Angaben der „DDR"-Nachrichtenagentur ADN – „folgende möglichen Schritte":

– „Eine einmalige kleinere symbolische Reduzierung der Militärbudgets der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der Mitgliedstaaten der NATO auf der Grundlage des gegenseitigen Beispiels (jeder Staat sollte die Höhe der zu kürzenden Summe selbst festlegen) mit nachfolgendem Einfrieren dieser Budgets für einen Zeitraum von etwa drei Jahren. Dieser Vorschlag hat zum Ziel, den Übergang zu radikaleren Reduzierungen der Militärbudgets durch nachfolgende Verhandlungen zu erleichtern.

– Eine einmalige Reduzierung der Militärbudgets der kernwaffenbesitzenden Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der Mitgliedstaaten der NATO um eine vorher vereinbarte Gesamtsumme als ersten Schritt. Die konkrete Höhe der zu kürzenden Summe für jeden dieser Staaten wird als Anteil an der vereinbarten Summe nach dem Verhältnis der Bruttosozialprodukte zueinander festgelegt.

– Eine Reduzierung der Militärbudgets von Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der Mitgliedstaaten der NATO im Zusammenhang mit der Verwirklichung von in Verhandlungen auszuarbeitenden konkreten Abrüstungsmaßnahmen (jeder der Teilnehmer an derartigen Verhandlungen sollte nach Erziehung entsprechender Vereinbarungen eine Summe nennen, um die er sein Militärbudget reduzieren wird).

– Eine gegenseitig abgestimmte Festlegung von Höchstgrenzen für Militärbudgets, die unterhalb des bestehenden Niveaus liegen."

Ein westlicher Diplomat in Moskau meinte, der neue Vorschlag entspreche vor allem dem Wunsch Rumäniens nach einer Abrüstung der Atomwaffen. Es sei bezeichnend, daß der Vorschlag dem Westen durch Rumänien übermittelt worden sei. Gromyko sei bei seinem Besuch in Bukarest im Januar eindringlich aufgefordert worden, die abgebrochenen Genfer Abrüstungsverhandlungen wiederaufzunehmen. So weit, den Vorschlag des Warschauer Pakts als Besänftigung Rumäniens zu bezeichnen, wollte der Diplomat jedoch nicht gehen.

Kanzler verteidigt Waffengeschäft

■ Fortsetzung von Seite 1

und seinem tiefen Respekt für das jüdische Volk" erschüttern könne, wie Bronfman in einem kleinen Pressekreis referierte.

Kohl selber führte dazu später aus: „Mich bringt doch kein Inserat von meiner Pro-Haltung ab, was Israel angeht. Das ist meine grundsätzliche Überzeugung, meine persönliche Überzeugung. ... Wegen all dem, was im deutschen Namen geschehen ist, (gibt) es eine geschichtliche Pflicht (für uns). Aber unsere geschichtliche Pflicht ist halt eben auch, zu erkennen, was sich in der Golfregion an Gefährdungen für den Weltfrieden ergibt. Ich sehe nicht diese kriegerische Entwicklung von Saudi-Arabien ausgehend ..."

Offensichtlich hat weder der Kanzler seine Zuhörer, noch haben diese den Kanzler bekehrt. Aber darum sei es auch in erster Linie nicht gegangen, berichtete Bronfman. Vielmehr habe man ein persönliches Verhältnis zu diesem Bundeskanzler anknüpfen wollen, der für viele jüdische Bürger in den USA noch unbekannt sei. Unbekannt waren im übrigen auch einige Details des geplanten Waffenverkaufs. In verschiedenen Zeitungsanzeigen war zum Beispiel unter anderem vom Verkauf des Leo-2-Panzers an Saudi-Arabien die Rede – eine Fehlinformation, die Kohl leicht zerstreuen konnte.

Keiner der Teilnehmer, so sagte Edgar Bronfman nach der Begegnung, „konnte im unklaren geblieben sein über die tiefe Verpflichtung des Kanzlers für Israel". Guido Goldman, Sohn des früheren Präsidenten des jüdischen Weltkongresses Nahum Goldman und namhafter Politologe an der Harvard-Universität, äußerte der WELT gegenüber seine Hochachtung für die Art der Kohlschen Darstellung.

„Er ließ keinen Zweifel über das deutsche historische Erbe aufkommen", sagte Goldman, und im Hinblick auf das Waffengeschäft mit Saudi-Arabien stelle sich dadurch die Alternative: „Entweder verneint man sich diesen Verkauf gerade wegen der historischen Schuld, oder man betreibt eine unabhängige Politik bei vollem Blick auf die Historie." Darüber, so sagte Goldman, „gibt es ehrliche Meinungsunterschiede unter ehrlichen Menschen".

Wie nicht anders zu erwarten, gab die Reagan-Regierung dem Kanzler in dieser Frage keine Schützenhilfe. Das Thema kam bei der Reagan-Kohl-Unterredung im Weißen Haus auf, aber „wir sagten dem Kanzler, das sei eine Sache der deutschen Regierung", so erläuterte später ein hoher Beamter des State Department, „und wir wiesen nur auf unsere Verpflichtung für Israels Sicherheit hin." Die Formulierung ist ein Standardtext für jeden amerikanischen Politiker, der im Wahlkampf keinen Ärger mit den amerikanisch-jüdischen Gruppen bekommen möchte.

Bundeskanzler Kohl ließ in einem Pressegespräch durchblicken, daß er im übrigen auch keine Belehrungen seitens der offiziellen amerikanischen Politik zu befürchten habe, denn wenn es so etwas wie ein Waffengleichgewicht im Nahen Osten zwischen Israel und den moderaten arabischen Staaten gäbe, dann „wird dieses Gleichgewicht in der Region gerade durch die USA gewährleistet".

Kohl: Von mir nicht autorisiert

kie. Washington

Entschieden wies der Kanzler Berichte „aus Bonner Regierungskreisen" zurück (vgl. WELT vom 5. 5.), wonach die Bundesregierung jetzt überlege, den Waffenverkauf an Saudi-Arabien durch ein westliches Koordinationspaket ablösen zu lassen – ein Schritt, der Zeitgewinn brächte und den Waffenverkauf Bonns in einen multilateralen Rahmen stellen würde. Diesen Gedanken hatte Staatsminister Alois Mertes bereits in der vorigen Woche im Deutschland-Dienst der Union anklingen lassen.

Kohl erläuterte, solche Überlegungen, falls sie sich auf Mertes beriefen, was er nicht glaube, seien von ihm, dem Kanzler, „nicht autorisiert". Erkundungen der WELT, ob dergleichen Pläne in amerikanischen Kreisen auf Gegenliebe stoßen, blieben ergebnislos. Statt dessen war nur zu hören, die amerikanische Rüstungsindustrie werde kaum in Verhandlungen mit anderen europäischen Partnern einwilligen, wo am Ende für sie ein geteiltes, das heißt geschmälertes Waffengeschäft herauskomme.

Vatikan ebnet Weg zum Dialog mit Peking

Werden die Beziehungen zu Taiwan abgebrochen?

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Der Papst bereitet offenbar einen weiteren Schritt zur Anbahnung der von ihm angestrebten, von Peking aber bisher verweigerten Normalisierung der Beziehungen zu China vor. Wie der römische „Tempo" meldet, „schickt sich der Heilige Stuhl an, die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan zu beenden". Die Nuntiatur in Taipeh soll angeblich in eine apostolische Delegation ohne diplomatischen Status umgewandelt werden.

Ein vielbeachtetes Anzeichen, das auf einen solchen Plan hindeutet, gab Ende Februar eine Papstaudienz für die sieben Vertreter der „regionalen Bischofskonferenz von China in Taiwan". Johannes Paul II. bezeichnete das chinesische Volk als „groß – nicht nur auf Grund seiner zahlenmäßigen Stärke, sondern vor allem wegen Kultur und seiner Werte".

Während Taiwans Bischöfe in Rom versammelt waren, hielt sich der nationalchinesische Botschafter beim Heiligen Stuhl zu Konsultationen in Taipeh auf.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Taiwan war im Juli vergangenen Jahres von einem Hauptrepräsentanten der regimetreuen, romunabhängigen „Patriotischen Vereinigung" chinesischer Katholiken als die zu lösende Hauptfrage bezeichnet worden. Der ohne päpstliche Zustimmung zum Bischof geweihte Bernardin Dong Guangquing erklärte in einem Interview: „Erst wenn dieses große Hindernis beseitigt ist, wird es möglich sein, die Gespräche bei größerem Manövrierraum zu vertiefen."

Für solche Gespräche hat der Vatikan bereits ein anderes Hindernis aus dem Weg geräumt. Er forderte im vergangenen Jahr die aus China ausgewiesenen nichtchinesischen Missionsbischöfe, die nominell immer noch Oberhirten ihrer Diözesen geblieben waren, diskret auf, um ihre Pensionierung zu bitten. Alle Angesprochenen kamen dieser Aufforderung nach, so daß im jetzt veröffentlichten Päpstlichen Jahrbuch 1984 die zwölf Bischöfe und neun apostolischen Präfekten als „emeritiert" ausgewiesen werden konnten.

Freilich stehen einer Normalisierung der Beziehungen zwischen China und dem Vatikan noch immer andere Hindernisse im Weg. Das größte davon ist sicherlich der Anspruch Roms auf Wiederherstellung des päpstlichen Lehr- und vor allem Jurisdiktionsprimats über die seit 1957 von Rom abgespaltene chinesische Nationalkirche. Weder die Schismatiker selbst noch die sie beherrschende Pekinger Regierung haben bisher auch nur die geringste Bereitschaft gezeigt, sich „dem autokratischen Imperium des Vatikans zu unterwerfen".

Umfrage in Firma: 95 Prozent gegen 35-Stunden-Woche

gil. Bonn

Mit einer Mehrheit von mehr als 95 Prozent (433 Mitarbeiter) hat die Belegschaft einer mittelständischen Firma in Lüdenscheid die 35-Stunden-Woche verworfen, sich zur 40-Stunden-Woche bekannt und statt dessen für Lohnerhöhungen und ein früheres Rentenalter plädiert.

Die Idee zu der Umfrage sei aus der Belegschaft gekommen, erklärte der Firmenchef des Unternehmens Hoffmeister-Leuchten GmbH & Co. KG, Lüdenscheid. Der Betriebsrat habe sie voll unterstützt und zu jeder Zeit überwacht. Die Unterschriften seien freiwillig und ohne Druck zustande gekommen.

Die Erklärung, von 433 Mitarbeitern unterschrieben, lautete: „Die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich schafft und sichert keine Arbeitsplätze. Der Grundsatz: 40-Stunden-Woche muß bleiben. Wir unterstützen die Angebote der Arbeitgeber, u. a. Vorruhestand und Lohnerhöhung."

Die Geschäftsleitungen von Hoffmeister-Leuchten und der mit ihr verbundenen Firma Schrauben-Betzer wollen keine Konfrontation mit den Gewerkschaften, sondern betrachten die ungewöhnliche Aktion als „Mahnung und Hinweis" an die Tarifpartner über die wirkliche Stimmung in Belegschaften mittelständischer Betriebe.



Ruf schlecht, Geschäft gut

gil. – Ein Thema ist derzeit für jede schlechte Nachricht gut: Europa. Windige Finanzpolitik, politische Entschlußlosigkeit, bürokratischer Übermut, lächerliche Kleinstaaterei an den Grenzen – solche oder ähnliche Schlagzeilen bestimmen die europäische Debatte.

Auch wenn beinahe alle diese Kennzeichnungen stimmen, Europa ist anders. Nicht nur bewegen sich seine Bürger mit einer Selbstverständlichkeit über die Grenzen hinweg, wie es den Vätern Europas noch als Vision erschien. Auch der Handel entwickelt sich mit der gleichen Unbekümmertheit. Im vergangenen Jahr wuchs der Warenaustausch zwischen den Zehn um neun Prozent gegenüber 1982, ihre Ausfuhren in Drittländer kletterten dagegen nur um rund vier Prozent.

Die EG, die Vielgeschmähte, wächst also zusammen. Ihre Arbeitsteilung im Inneren verzahnt sich weiter, ihr Gewicht als stärkster Wirtschaftsblock der Welt nimmt zu. Gewiß ist er von einer politischen Union noch Lichtjahre entfernt, aber die ökonomische Integration kommt trotz vieler selbstgeschaffener Hindernisse voran. Der Vorwurf, man erstrebe aber kein Europa der Krämer, ist gelassen zurückzuweisen, denn noch nie in der Geschichte wurde eine politische Integration festgestellt, der die wirtschaftliche Basis fehlte. So entwickelt sich die EG – nein, nicht wegen, sondern trotz der Sonntagsreden über ihre Vorzüge. Folgt nun der Handel der Flagge oder umgekehrt? In der EG jedenfalls eilt der Handel der Flagge voraus – der Europa-Flagge.

Späte Einsicht

J. Sch. (Paris) – Frankreich steckt in der Krise, räumt auch die Regierung ein. Deshalb forderte Premierminister Mauroy die Franzosen erneut auf, diese Krise zu begreifen und zu überwinden. Worauf sie zurückzuführen ist, hat er ihnen noch nicht offen gesagt. Immerhin deutete er erstmals an, daß dazu die erste Phase der sozialistischen Regentschaft beigetragen hat. Tatsächlich ist die französische Wirtschaftskrise vor allem hausgemacht. Befinden sich doch inzwischen fast alle Industriestaaten in einer Wiederaufschwungphase. Dagegen muß Frankreich, das besonders spät mit den notwendig gewordenen Anpassungen begonnen hatte, außerdem die Hypothek der sozialistischen Experimente tilgen. Laut Mauroy mußte die Regierung zunächst einmal ihre Wahlversprechen einlösen. Dafür müssen die Franzosen jetzt den Gürtel enger schnallen. Heute will Mauroy das „Gesetz der Defizite" nicht mehr akzeptieren. Denn eine andere Politik als die der „Strenge" – sprich Austerity – sei nicht möglich. Sie wäre allerdings dann möglich gewesen, wenn die Sozialisten von der Wirtschaft mehr verstanden hätten.

STEUERBEREINIGUNGSGESETZ / Massive Kritik der Wirtschaft

Erleichterungen für Steuerpflichtige im Entwurf noch nicht vorgesehen

HEINZ HECK, Bonn

Die Wirtschaft übt zum Teil massive Kritik am Referentenentwurf des Finanzministeriums für ein Steuerbereinigungsgesetz 1985. Die Arbeit der Finanzverwaltung werde durch das Gesetz „spürbar erleichtert", während für die Steuerpflichtigen entsprechende Erleichterungen „noch nicht vorgesehen sind", heißt es in einer Stellungnahme von acht Spitzenverbänden für die am Donnerstag geplante Anhörung.

Erklärtes Ziel des Entwurfs ist es, so das Finanzministerium, die Normenflut in der Steuergesetzgebung einzudämmen. Das Steuerbereinigungsgesetz 1985 faßt alle anstehenden Steuerrechtsänderungen in 30 Artikeln zusammen. Dadurch werden mehr als 100 steuerliche Vorschriften aufgehoben. Neben der Neuregelung der Besteuerung alleinerziehender Elternteile, die durch ein Urteil des Verfassungsgerichts zum 1. Januar 1985 erforderlich wird, gehören zu den Schwerpunkten das EG-Amtshilfegesetz und die Änderung der Abgabenordnung (AO).

Von letzterer fürchtet die Wirtschaft eine „Verschärfung und Verschlechterung des Klimas im Verhältnis zwischen Finanzbehörden und Steuerpflichtigen". Die Stellungnahme der acht Verbände – neben dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) die Spitzenverbände der Industrie, der Banken, des Einzelhandels, des Groß- und Außenhandels, des Handwerks, der Versicherungswirtschaft sowie die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmen (ASU) – knüpft dabei an die Neufassung von Paragraph 88 Abs. 1 AO an. Diese ermächtigt die Finanzbehörden, dem Steuerpflichtigen „insbesondere zur Erfüllung von Mitwirkungspflichten angemessene Fristen (zu) setzen", deren Versäumnis von vornherein mit Sanktionen belegt werden kann. Diese Ermächtigung geht der Wirtschaft zu weit. Sie erscheint ihr „weder notwendig noch sachlich gerechtfertigt". In der Praxis berge sie „die Gefahr einer mißbräuchlichen Anwendung in sich".

Begrüßt wird die geplante Erhöhung der Umsatzgrenze für die Buchführungspflicht von 360 000 (diese Grenze gilt seit 1972) auf 500 000 Mark (Paragraph 141 Abs. 1). Kritisiert wird dagegen die Neuregelung der Verspätungszuschläge bei nicht fristgerecht abgegebener Steueranmeldung. Nach Paragraph 152 Abs. 2 darf dieser Zuschlag bis zu zehn Prozent der festgesetzten Steuer oder des festgesetzten Meßbetrages ausmachen, mindestens 20 und höchstens 10 000 Mark.

Durch eine verbindliche EG-Richtlinie wird die Amts- und Rechtshilfe gegenüber Steuerbehörden der übrigen Mitgliedsstaaten bei der Festsetzung der Steuern von Einkommen, Ertrag und Vermögen sowie der Umsatzsteuer gesetzlich geregelt. Die Richtlinie wird durch den Entwurf eines EG-Amtshilfegesetzes in deutsches Recht umgesetzt. Insoweit begrüßt die deutsche Wirtschaft die Bonner Maßnahme, weist aber zugleich auf „erhebliche Mängel" hin.

So enthalte der Entwurf „keine Bestimmungen zum Schutz des von einem Auskunftsaustausch Betroffenen". Nach Meinung der Verbände ist es „dringend erforderlich", im Entwurf klarzustellen, „daß dem betroffenen inländischen Steuerpflichtigen wie anderen inländischen Beteiligten alle Rechte der AO wie im deutschen Besteuerungsverfahren zustehen". Vor allem sollte eine „zwingende vorherige Anhörung des Steuerpflichtigen sichergestellt werden" (Paragraph 17 AO). Der Anhörung sei vor allem deshalb große Bedeutung beizumessen, weil beim Auskunftsverkehr über die Grenze die Beachtung des Geheimnisschutzes nicht so gewährleistet sei, wie zwischen deutschen Behörden zu erwarten. Durch den Informationsaustausch mit ausländischen Finanzbehörden würden zudem Geschäftsbeziehungen tangiert, „die in aller Regel störanfälliger sind als innerdeutsche Geschäftsbeziehungen".

Der Bundesverband der Selbständigen (BDS) hat in seiner Eingabe an den Finanzminister sogar vorgeschlagen, „den Gesetzentwurf zu den Akten zu legen", da er negative Auswirkungen auf die wirtschaftlich Aktiven, vor allem die Selbständigen, befürchtet.

EG-AGRARPOLITIK

Eine Verwässerung des Reformkonzepts droht

WILHELM HADLER, Brüssel

Deutlich zurückschrauben muß die Bundesregierung die Hoffnung auf Einsparungen in der europäischen Agrarpolitik. Nach dem gegenwärtigen Stand der Brüsseler Verhandlungen dürfte den Staats- und Regierungschefs in zwei Wochen sogar die Forderung nach einer zusätzlichen Finanzspritze für die EG präsentiert werden.

Die Konsultationen des französischen Ratspräsidenten Michel Rocard mit den einzelnen Delegationen – im Gemeinschaftsjargon „Beichtstuhlverfahren" genannt – haben gezeigt, daß ein Kompromiß nur um den Preis wesentlicher Abstriche vom Reformenkonzept der EG-Kommission möglich ist. Mit Sicherheit werden die sich abzeichnenden Einsparungen nicht ausreichen, um die Zeitspanne bis zur Aufstockung der Eigeneinnahmen (voraussichtlich 1986) zu überbrücken.

Wie Rocard gestern vor dem Rat berichtete, gehen die Auffassungen über ein Quotensystem bei Milch noch weit auseinander. Umstritten sind nicht nur die Modalitäten dieses Systems, sondern auch die Höchstmenge, für die die EG künftig eine Preisgarantie geben soll. Jede Million Tonnen, die über die von der Kommission vorgeschlagene Garantieschwelle von 97,2 Millionen Tonnen hinausgeht, bedeutet für das EG-Budget Mehrausgaben von über 600 Millionen Mark.

Da die geplante Fettsteuer nicht konsensfähig ist (und damit als Einnahmequelle für die EG ausscheidet), müßte der Rat in seinen Bemühungen um Einsparungen eigentlich sogar über die Reformvorschläge der Kommission hinausgehen. Auch die Abkehr von dem ursprünglichen Modell zum Abbau der Währungsausgleichsbeträge führt zu erheblichen Mehrkosten. Der Brüsseler Agrarkommissar Poul Dalsager meldete deshalb ernste Zweifel an, ob die Funktionsfähigkeit der Agrarpolitik noch bis zum Jahresende gesichert werden könne.

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle ließ seine Kollegen wissen, daß Bonn weder über die Fettsteuer noch über eine Zwischenfinanzierung durch nationale Beiträge mit sich reden lassen will. Ebenso lehnt es die Bundesregierung ab, der EG das Recht zur Aufnahme von Krediten für den Haushaltsausgleich einzuräumen.

Persönlich schwebt Kiechle eine „Vorfinanzierung" der nicht im Haushalt gedeckten Ausgaben durch die Mitgliedsregierungen vor. Diese Beträge müßten nach der Aufstockung der Eigeneinnahmen zurückerstattet werden. Der Minister hat über diesen Ausweg bisher allerdings weder mit dem Kanzler noch mit dem Finanzminister gesprochen. Stoltenberg muß ohnehin mit bis zu zwei Milliarden Mark aus dem deutschen Haushalt einspringen, falls das Bonner Drei-Stufen-Modell zum Abbau des Währungsausgleichs verwirklicht wird.

Spanische Kontraste

Von ROLF GÖRTZ, Madrid

Schwer überschaubare Kontraste belasten seit Jahren die spanische Wirtschaft und erschweren der Weg aus der Rezession. Als positiv konnte Finanz- und Wirtschaftsminister Miguel Boyer nach einem Jahr monetärer Politik verbuchen: den höchsten Zuwachs des Nationaleinkommens seit fünf Jahren, eine Exportsteigerung von 5,5 Prozent bei einem geringeren Importzuwachs von 1,8 Prozent, die niedrigste Inflationsrate seit zehn Jahren und einen Verlust an Devisenreserven, der statt den erwarteten 1,5 Milliarden Dollar nur 500 Milliarden Dollar betrug. Daß die Peseta sich gegenüber dem Dollar in den letzten Wochen wesentlich erholt hat, ist nicht ausschließlich dem Wertverlust des Dollars zuzurechnen. Auch gegenüber der D-Mark hält die Peseta sich erstaunlich gut.

Sehr relativ jedoch muß die letzte Erfolgsziffer gewertet werden; nämlich daß die Arbeitslosigkeit den geringsten Zuwachs seit 13 Jahren verzeichnete. Bei einem Arbeitslosenheer von bereits 2,5 Millionen, die etwa 19 Prozent der Beschäftigten ausmachen, ist aber schon ein Tiefstand erreicht, der nur mit Sorge betrachtet werden kann. Hier liegen die Grenzen des Sanierungsprogramms, mit dem die von Arbeitskräften übersättigte Industrie modernisiert werden soll.

Die Mittel, die die Regierung für dieses Programm zur Verfügung stellt, werden jedoch in dem Augenblick verwässert, in dem der Industrieminister Carlos Solchaga unter dem massiven Druck der kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaften kostspielige Zugeständnisse machen muß. Kern des Restriktionsplanes – denn darum handelt es sich – ist die Entlassung von etwa 50 000 bis 60 000 Arbeitskräften, vor allem in der Stahlindustrie und auf den Werften. Streikwellen, die ganze Industriezweige lahmlegen, die ersten Unruhen sowie die unglaubliche Zähigkeit, mit der beispielsweise die Arbeiter des Hochofenwerkes bei Sagunto sich weigern, einen Hochofen wie angeordnet auszublasen, lassen die Schwierigkeiten erkennen, mit denen die Regierung bei der Verwirklichung ihrer Wirtschaftspolitik zu kämpfen hat. Die widrigen Umstände veranlaßten den Industrieminister die Entlassungen teilweise in Suspendierungen umzuwandeln, was den Plan verteuert. So bei Acerinal, einem Stahlwerk im Baskenland und schon vorher bei Hunosa in Asturien. Die Beispiele werden Schule machen und so kann man bestenfalls von einem Aufschub des Problems reden.

Wie die industrielle, so muß auch die monetäre Restriktionspolitik gegen den ideologischen Strich einer sozialistischen Regierung gehen – und Widerstand in den eigenen Reihen erzeugen. Hier sind den an sich richtigen Bemühungen der Regierung Gonzalez Grenzen gesetzt. Und ganz offensichtlich hat die Regierung die Grenzen bereits erreicht.

Mit Gegenwind innerhalb der Regierungspartei läßt sich freilich schwer das Vertrauen festigen, das die Privatwirtschaft veranlassen könnte, wieder zu investieren. Der Präsident des Dachverbandes der spanischen Unternehmerorganisationen CEOE, Carlos Ferrer Salat, warf der Regierung vor, der monetären Restriktionspolitik das Gegenwicht im Staatshaushalt vorzuenthalten. Die Unternehmer vermissen die Senkung der Ausgaben der öffentlichen Hand. Ferrer Salat stellt fest: Wer die Politik der Inflation durch geringeren Geldumlauf bremsen will, der müsse im gleichen Maße die öffentlichen Ausgaben einschränken. Wo dies nicht geschieht, könne die Kreditpolitik die Wirtschaft „zu Tode stabilisieren". Genau dies sei die Situation der spanischen Unternehmen.

Die Zentralbank, die sich in den vergangenen Jahren gegenüber den Finanzministern unabhängig genug zeigte, um das schon in seiner Struktur anfällige Bankensystem zu stützen, sieht diese Gefahr natürlich auch, die aus den steigenden Kreditkosten für die wirtschaftliche Entwicklung erwächst. Nachdem einzelne kurzfristige Kredite – langfristig ist ohnehin nichts mehr zu haben – bereits mit einem Zinssatz von 27 Prozent belastet sind, legte Banco de Espana dieser Tage einen Stop ein. Sie zahlt nicht mehr als 23 Prozent für das Geld, das kurzfristig dem Finanzvolumen abgezogen werden soll.

Die Skepsis der Unternehmer aber richtet sich gegen den Zweck einer solchen Politik der Geldabschöpfung. Die Wirtschaft fürchtet, daß damit in erster Linie das Defizit des Staates finanziert und die Konkurrenz der Betriebe der staatlichen INI-Holding saniert werden soll.

AUF EIN WORT



„Die Realitäten richten sich nicht immer nach den Prognosen."

Dr. Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister. FOTO: PETER MITCHELL

„Industrie trägt die Hauptschuld"

dpa/VWD, Eschborn

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), Köln, gibt der Industrie die Hauptschuld an der zunehmenden Konzentration im Handel. Die „sachlich nicht gerechtfertigte unterschiedliche Behandlung verschiedener Abnehmer durch die Ernährungsindustrie" sei wichtigste Ursache, erklärte die HDE auf entsprechende Fragen der Monopolkommission, die in ihrem nächsten Hauptgutachten die Konzentration im Handel beleuchten wird. Eine Fusionskontrolle tut die HDE daher als „ein Kurieren an Symptomen" ab. Für schwerwiegend hält sie die Überkapazität von Verkaufsflächen an guten Standorten und in Ballungsgebieten. Hier führe der Wettbewerb zu „bedenklichen und gewaltsamen Methoden des Marktzutritts". Das „übermäßige Herausstellen des Preises" als mit Abstand wichtigstem Wettbewerbsmaßstab habe dazu geführt, daß wettbewerbswidrige Praktiken (Schleuderpreisstrategien, Irreführung, Verkauf unter Einstandspreis) stark zugenommen hätten.

INDUSTRIEPRODUKTION

Schon deutlich über dem Tiefstand von Ende 1982

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Industrieproduktion steigt weiter. Sowohl im produzierenden Gewerbe insgesamt als auch im verarbeitenden Gewerbe nahm die Erzeugung von Dezember auf Januar saisonbereinigt um knapp ein Prozent zu. Der Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe kletterte nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums sogar um 5,5 Prozent.

Auch der Zwei-Monats-Vergleich – Dezember/Januar gegenüber Oktober/November – zeigt deutlich nach oben. Die Ausbringung im produzierenden Gewerbe erhöhte sich um 1,5 Prozent; im verarbeitenden Gewerbe um gut ein Prozent. Damit lag die Industrieproduktion im verarbeitenden Gewerbe bereits um acht Prozent über dem im November/Dezember 1982 registrierten Tiefstand.

Zum Jahreswechsel melden die Hersteller von Investitionsgütern mit 3,5 Prozent das stärkste Produktionsplus. Dabei hat nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums auch eine Rolle gespielt, daß zur Inanspruchnahme der Investitionszulage die begünstigten Ausrüstungsgüter bis Jahresende 1983 ausgeliefert werden mußten. Die hiervon ausgelösten produktionssteigernden Effekte könnten sich statistisch auch noch in den Januar-Daten niedergeschlagen haben. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe stieg die Erzeugung ebenfalls weiter an (plus ein Prozent). Dagegen konnten die Hersteller von Verbrauchsgütern das Niveau des Herbstes nicht ganz halten (minus 0,5 Prozent). Bei Nahrungs- und Genußmitteln wurde ein Rückgang um 4,5 Prozent registriert. Die Bauproduktion nahm um drei Prozent zu.

DEVISENMARKT

Lambsdorff spekuliert über D-Mark-Aufwertung

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der seit Anfang Februar anhaltende Druck auf die US-Dollar hat sich gestern verstärkt. Der am Montag in Frankfurt mit 2,5709 DM amtlich notierte Dollarkurs sank in Fernost bis auf 2,5485 DM, erholte sich bis zum Frankfurter Fixing allerdings auf 2,5589 DM. Gleichzeitig befestigte sich die D-Mark gegenüber vielen anderen Währungen, vor allem auch im Europäischen Währungssystem. Neuen Auftrieb erhielt die D-Mark durch Äußerungen von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff, der auf einer Pressekonferenz in Chicago eine Wechselkursneuordnung im EWS als Folge des Drucks auf den Dollar nicht ausschloß.

Mit dieser Bemerkung griff der Minister freilich nur das auf, worüber im Devisenhandel schon seit einiger Zeit gesprochen wird. Allerdings sehen ernstzunehmende Devisenexperten vorerst noch keinen akuten Handlungsbedarf. Trotz ihrer Wiedererstarkung wird die D-Mark gegenüber den meisten EWS-Währungen in der Nähe der Paritätskurse gehandelt.

Problematisch ist allerdings die Schwäche des belgischen Franc, der am unteren Interventionspunkt gestützt werden muß. Auch der französische Franc wird nur mit teils massiven Eingriffen der Pariser Notenbank auf seinem derzeitigen Niveau gehalten, das mit 32,41 DM allerdings nur mäßig unter dem Leitkurs (32,6175 DM) und deutlich unter dem unteren Interventionspunkt (31,885 DM) liegt. Die Notwendigkeit einer EWS-Wechselkursneuordnung, aus der die D-Mark aufgewertet hervorginge, könne im Sommer oder Herbst eintreten, glauben viele Händler, nicht jedoch schon im Frühjahr.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Steuer-Gewerkschaft gegen Kinderfreibeträge

Bonn (DW.) – Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft fordert für den Familienlastenausgleich einen „einheitlichen, sozial gestaffelten Entlastungsbetrag", der von der Steuerschuld abzuziehen ist. Diese Lösung favorisiert sie gegenüber Kinderfreibeträgen, die sich je nach Höhe des Einkommens unterschiedlich steuerlich auswirken. Wegen ihres untrennbaren Sachzusammenhangs sollten nach Auffassung der Gewerkschaft die Neuordnung des Einkommensteuertarifs und der Familienlastenausgleich in eine Gesamtkonzeption einbezogen werden. Dabei müsse zugleich die Chance genutzt werden, die „komplizierten und undurchschaubaren" Vorschriften zu vereinfachen, heißt es in einer Mitteilung der Steuer-Gerwerkschaft.

Wuttke tritt zurück

Washington (Sbt.) – Hans A. Wuttke, viele Jahre Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, hat seinen Rücktritt als Chef der International Finance Corporation (IFC) zum 30. September bekanntgegeben. Wuttke (60) leitet die IFC, den privatwirtschaftliche Arm der Weltbank, seit Januar 1981. Gegenüber der WELT machte er persönliche Gründe geltend; er sei in einem Alter, in dem er sich dem Streß eines Executive Vice President nicht mehr aussetzen wolle.

Neuer Investmentfonds

München (sz.) – Einen neuen Investmentfonds mit internationalem Anlageprogramm will die Bayerische Kapitalanlagegesellschaft mbH, München, Anfang nächster Woche auflegen. Der Schwerpunkt des „Südinvest 4", der auf Wertzuwachs ausgerichtet ist und der in Aktien sowie festverzinsliche Wertpapiere anlegen kann, soll langfristig in Wachstumsbranchen liegen, die sich durch hohes Ertragswachstum auszeichnen.

Autoboom in USA

Washington (Sbt.) – In den USA hält der Autoboom trotz Eis und Schnee an. Im Februar stieg der Absatz, verglichen mit dem Vorjahresmonat, wieder um stolze 25 Prozent. General Motors verkaufte 373 900 (plus 37,2), Ford 165 170 (54,9), Chrysler 80 425 (35,4), American Motors 18 450 (19,6), Honda 10 415 (-) und Volkswagen of America 6650 Personenkraftwagen (15,6 Prozent). In den letzten zwölf Monaten steigerten die großen Drei – GM, Ford und Chrysler – ihren Absatz um 41,1 Prozent.

Auslandsanleihen

Frankfurt (AFP) – Der Unterausschuß des Zentralen Kapitalmarkt-Ausschusses hat für die nächsten vier Wochen für über zwei Mrd. Mark neue DM-Auslandsanleihen beschlossen. Nach der 200-Mill.-DM-Anleihe für Österreich kommen in dieser Woche 150 Mill. Mark für Finnland und 200 Mill. Mark für die Asiatische Entwicklungsbank. Zur Monatsmitte folgen 200 Mill. Mark für VW, 200 Mill. Mark für die Interamerikanische Entwicklungsbank und 150 Mill. Mark für die Südafrikanische Escom. In das letzte Monatsdrittel fallen dann Emissionen von Dänemark (300 Mill. Mark), Credit Foncier (200 Mill.) und 100 Mill. Mark für die Afrikanische Entwicklungsbank.

Erdgasexport forciert

Berlin (dpa/VWD) – Die UdSSR, die 1982 mit dem Export von Erdöl und anderen Brennstoffen in den Westen mehr als 22 Mrd. Dollar erlöste, will ihre Erdölexporte nicht erhöhen. Dies berichtete die sowjetische Nachrichtenagentur Nowosti unter Berufung auf Vertreter des sowjetischen Außenhandelsministeriums. Statt dessen versuche man, den Erdgasexport weiter zu steigern. In der UdSSR sollen im kommenden Jahr 630 Mill. Tonnen Erdöl gefördert werden gegenüber 603 Mill. Tonnen im Jahr 1980.

Wochenausweis

	29.2.	23.2.	31.1.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	70,7	69,9	63,7
Kredite an Banken	77,5	75,5	78,7
Wertpapiere	7,7	7,7	7,0
Bargeldumlauf	101,7	99,3	101,9
Einl. v. Banken	49,6	39,6	47,4
Einlagen v. öffentl. Haushalten	10,1	10,0	2,1

TOURISMUSBÖRSE / Reiseanalyse für 1984 erstmals wieder optimistisch

Die Urlaubslust der Deutschen steigt

GERD BRÜGGEMANN, Berlin

Die Reiselust der Deutschen, die in den vergangenen Jahren etwas gedämpft war, scheint mit der Erholung der Konjunktur wieder größer zu werden. Dies geht nicht nur aus den Gesprächen mit Tourismusmanagern auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin hervor, sondern auch aus der Reiseanalyse, die der Studienkreis für Tourismus traditionell während der Reisemesse in Berlin veröffentlichte. Die Reiseanalyse ist eine repräsentative Erhebung auf der relativ breiten Basis von 6000 Interviews, die im Januar 1984 stattfanden. Sie wird seit 1974 durchgeführt. Ihre Ergebnisse spiegeln das Urlaubsverhalten der erwachsenen deutschen Bevölkerung.

Die Reiseintensität, die 1980 mit 57,7 Prozent ihren Höhepunkt erreicht hatte, ist seither kontinuierlich gefallen. Sie betrug im vergangenen Jahr noch 54,4 Prozent, was etwa dem Niveau aus der Mitte der 70er Jahre entspricht. Die Reiseintensität bezeichnet den Teil der Bevölkerung, der mindestens eine Urlaubsreise von mehr als fünf Tagen Dauer pro Jahr gemacht hat. Es wird damit gerechnet, daß der Wert sich in diesem Jahr wieder spürbar erhöht, denn die Reiseabsichten waren im Januar 1984 deutlich größer als ein Jahr zuvor.

Zum Jahresbeginn 1983 waren erst 43,8 Prozent der Bevölkerung positiv zu einer Urlaubsreise eingestellt. In diesem Januar erhöhte sich die Zahl auf 44,9 Prozent. Auch wenn es sich dabei vorerst nur um Absichten handelt, so korrespondieren sie doch mit dem Buchungsverhalten. Die Veranstaltern berichten selbst, daß die Buchungseingänge erheblich höher sind als vor 12 Monaten.

Der positive Stimmungswandel der Bevölkerung ist aber nicht nur bei den Reiseabsichten erkennbar, sondern auch bei der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation. Nach den Werten, die bei der Reiseanalyse miterhoben werden, bezeichnen jetzt 29,1 Prozent der Bevölkerung ihre eigene wirtschaftliche Situation als sehr gut oder gut. Vor einem Jahr lag der betreffende Anteil erst bei 22,2 Prozent. Dagegen ist die Zahl der Buchungslisten deutlich, nämlich von 34,1 auf 24,5 Prozent, zurückgegangen.

Am Urlaubsverhalten selber hat sich im vergangenen Jahr nur wenig geändert, wenn man einmal davon absieht, daß der Drang, die Ferien im Ausland zu verbringen, noch größer geworden ist. 60 Prozent (Vorjahr 57,3 Prozent) aller Urlauber reisten in fremde Länder. Nur noch 37 (40,8) Prozent blieben in deutschen Landen. Spitzenreiter der Auslandsziele blieb Italien, gefolgt von Österreich und Spanien. Diese drei Länder ziehen mehr als die Hälfte aller deutschen Auslandsurlauber auf sich. Mit erheblichem Abstand folgen dann Frankreich, Jugoslawien, Schweiz, Dänemark, Griechenland. Nur sieben Prozent zog es in außereuropäische Länder. Unter den inländischen Zielgebieten führt Bayern, wohin jeder dritte Inlandsurlauber reist, unangefochten vor Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

An der Spitzenstellung des Automobils als wichtigsten Verkehrsmittels für die Urlaubsreise hat sich auch 1983 nichts geändert. 58,8 (58,9) Prozent erreichten ihr Ferienziel auf den eigenen vier Rädern. Dahinter hat das Flugzeug mit einem Anteil von 17 (14,3) Prozent die Bahn, die auf 12,8 (15) Prozent zurückfiel, eindeutig überholt. Bus und Schiff konnten ihre Anteile in etwa halten.

Auch in der Reiseorganisation hat es im vergangenen Jahr nur geringe Veränderungen gegeben. Nahezu drei Viertel aller Urlauber organisierten sich ihre Reise selber. Es gelang den Reiseveranstaltern trotz aller Mühe nicht, ihren Anteil, der bei einem guten Viertel liegt, zu erhöhen. Es fällt allerdings auf, daß die Vollpauschalreise, die in den vergangenen Jahren einige Federn zugunsten der von Teilarrangements lassen mußte, ihre Position wieder gefestigt zu haben scheint.

Die Tourismusbörse ist nach den Worten von Manfred Busche, dem Geschäftsführer der Berliner Ausstellungsgesellschaft, „die größte ITB, die es je gab". Die Zahl der teilnehmenden Länder ist auf 133 (118) gestiegen, die Zahl der Aussteller auf 2017 (1703), von denen 1431 aus dem Ausland kommen.

VOLCKER

Aufschwung ist „unausgewogen"

H.-A. SIEBERT, Washington

Trotz des flotten Wachstumstempos – in diesem Quartal beschleunigt sich die Zunahme des US-Bruttosozialprodukts vermutlich von real 4,9 auf sechs Prozent – mehren sich in Amerika die Zweifel an der Dauerhaftigkeit des nun 15 Monate alten Konjunkturaufschwungs. Äußerst besorgt ist der Vorsitzende des Federal Reserve Board, Paul A. Volcker, der auf die „Unausgewogenheit der wirtschaftlichen Erholung" hinweist. Er wird dabei vom Chefökonomen des Weißen Hauses, Martin Feldstein, unterstützt. Der Nationalverband der verarbeitenden Industrie befürchtet „Investitionsrückschläge, die langfristig großen Schaden anrichten".

Laut Volcker befindet sich die US-Wirtschaft in einer gefährlichen Schieflage, die sich zwar nicht in den kommenden Monaten, dafür aber in den nächsten Jahren um so negativer auswirken wird. Zahlreiche Branchen und Regionen Amerikas litten unter den immer noch extrem hohen Realzinsen, ausgelöst durch die Rekordhaushaltsdefizite.

Dazu gehört in erster Linie die Exportwirtschaft, die wegen des überstarken Dollar Auslandsaufträge im Wert von vielen Milliarden Dollar verloren hat. In der Krise stecken aber auch viele Firmen, die gegen die wechselkursbedingten billigen Einfuhren nicht ankämpfen können. Die Zahl der Konkurse steigt wieder, die Jobverluste reichen an zwei Millionen heran. Als „völlig tot" wird das langfristige Anlagengeschäft beschrieben.

Dazu Volcker: „Ganz schlecht ist es mit den Zukunftsinvestitionen bestellt, die erforderlich sind, um eine dauerhafte wirtschaftliche Expansion zu erreichen." Weil fragiler, sei ein nicht ausbalancierter Aufschwung eine riskante Sache. In diese Kerbe schlägt auch Feldstein, der die längerfristigen Konsequenzen der Budgetdefizite und der hohen Zinsen darin sieht, daß „US-Unternehmen ins Ausland abwandern".

Der Verband der verarbeitenden Industrie bestätigt zwar das jüngste Anziehen der Investitionen, weist aber auf die ebenfalls unausgewogene Vorteilung hin, die auf Kosten der Struktur gehe. Die Firmen investierten hauptsächlich in „billige" Computer und Lastkraftwagen, während betriebliche Erweiterungen und der Bau neuer Werke vernachlässigt würden.

AUSFUHRKONTROLLGESETZ / Importverbote für Lizenznehmer im Gespräch

US-Kongreß ist völlig zerstritten

H.-A. SIEBERT, Washington

Eine der heftigsten Auseinandersetzungen in der Geschichte des amerikanischen Kongresses beginnt in der kommenden Woche, wenn der Vermittlungsausschuß seine Beratungen über die endgültige Fassung des modifizierten Export Administration Act (EAA) aufnimmt. Für das Ausland das Gesetz besonders wichtig, weil es dem Präsidenten das Recht einräumt, die Ausfuhren zu kontrollieren und ausländische Lizenznehmer bei Zuwiderhandlung mit Importverboten zu bestrafen.

Im Streit um die westeuropäische Beteiligung am Bau der sibirischen Erdgaspipeline hat die Reagan-Administration mehrfach auf die Vorschriften des EAA zurückgegriffen. Dabei stellte sie ausländische Tochtergesellschaften amerikanischer Unternehmen praktisch unter Kuratel, verbot ausländischen Firmen die Auslieferung lizenzgefertigter Produkte und erließ einen Exportstopp. Gegen die exterritoriale Anwendung amerikanischen Rechts laufen die europäischen Regierungen Sturm. So hat Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff in Washington mit einem Gesetz gedroht, das nach britischem Vorbild deutschen Firmen verbieten würde, ausländischen Weisungen Folge zu leisten.

Für das Ausland stellt sich das Problem, daß die Version des Senats noch über die ohnehin verschärften Vorschläge des US-Handelsministeriums hinausgeht. Dabei liegt das Schwergewicht auf der Verhinderung illegaler Technologie-Exporte in den Ostblock – sei es über Drittländer oder durch Schmuggel. Um dieses Ziel zu erreichen, soll das US-Verteidigungsministerium per Gesetz in die Lage versetzt werden, auch die Ausfuhrlizenzen für die Lieferung strategischer Güter in befreundete und neutrale Staaten zu überprüfen. Bisher galt diese Regelung nur für Verschiffungen in die Sowjetunion und ihre Satelliten.

Auf den Barrikaden stehen nicht nur Amerikas Verbündete, sondern auch die US-Industrie. Die American Electronics Association hat schon protestiert; sie befürchtet lange Verzögerungen bei der Erteilung der Exportlizenzen. Angesichts des scharfen Wettbewerbs mit Japan werde diese umständliche Prozedur die US-Firmen viele Auslandsaufträge kosten, meint der Verband. Alle amerikanischen Hersteller von Computern, Mikroschaltungen, Lasergeräten und wissenschaftlichen Instrumenten ziehen die Version des Repräsentantenhauses vor, die das Handelsministerium zum „Oberaufseher" ernennt und die Kontrollen für Technologie-Exporte nach Westeuropa und Japan abbaut.

Um diesen Passus wird im Vermittlungsausschuß vermutlich am härtesten gerungen. Aber ein Kompromiß ist nicht in Sicht, die Gegensätze scheinen unüberbrückbar zu sein. Der von den Republikanern dominierte Senat traut den befreundeten Ländern nicht, die er als „Drehscheibe" für die illegale Versorgung Moskaus mit westlichen Spitzentechnologien ansieht. Es ist also sehr wahrscheinlich, daß der nun am 30. März auslaufende Export Administration Act noch ein viertes Mal verlängert werden muß.

Es besteht deshalb die Chance, daß Lambsdorffs Rechnung aufgeht. Dann nämlich, wenn der Vermittlungsausschuß mehr als vier Monate für eine Einigung benötigt, was nicht ungewöhnlich wäre. Der Kongreß, mit mindestens ebenso wichtigen Problemen wie die Reduzierung der Haushaltsdefizite beschäftigt, geht im Juli in die Wahlkampfferien. Die Legislaturperiode läuft Mitte Januar aus, in der neuen müßten die Entwürfe neu eingebracht und der gesamte Gesetzgebungsvorgang wiederholt werden.

Das Repräsentantenhaus tritt dafür ein, den Lizenzierungszwang für Ausfuhren 18 Monate nach der Feststellung aufzuheben, daß im Ausland ähnliche Erzeugnisse, sogenannte Substitute, verfügbar sind. Die Senatsversion kennt eine solche gesetzliche Frist nicht. Während die US-Industrie offensichtlich den Bestandsschutz für Lieferverträge für ausreichend hält, dringt das Ausland auf eine Konkretisierung so dehnbarer Begriffe wie „Aggression", „Terrorismus" oder „nationale Sicherheit" – Formeln, die dem Präsidenten die Auflösung von Kontrakten erlauben würden.

URAN / OECD setzt ihre Verbrauchsprognosen herab – Hoher Lagerbestand

Preise bleiben weiter unter Druck

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das geringer gewordene Interesse für die Kernenergie wirkt sich auch auf den Uranmarkt aus. Er ist von einem zunehmenden Überangebot gekennzeichnet. Obwohl die Uranlager aufgestockt wurden, standen im letzten Jahr die Preise weiter unter Druck. An dieser Situation dürfte sich vorerst nichts ändern, heißt es in dem neuesten Uranbericht der OECD. Darin werden die Verbrauchsprognosen stark nach unten revidiert.

Für das Jahr 1995 veranschlagt die OECD die Kernkraftwerkskapazität der Welt (ohne Planwirtschaftsstaaten) auf 412 Gigawatt. Dies würde einen Uranbedarf von rund 60 000 Tonnen im Jahr entstehen lassen. Gegenüber der vor einem Jahr unter verschiedenen Hypothesen gegebenen Prognose bedeutet das einen Abstrich von zehn bis 30 Prozent. Eine mögliche Kürzung der Kernkraftprojekte um fünf bis zehn Prozent ist dabei noch nicht berücksichtigt.

Demgegenüber war die Welturanproduktion, die 1980 und 1981 mit je 44 000 Tonnen ihren Höchststand erreicht hatte, bereits 1982 auf 41 000 Tonnen gedrosselt worden. Sie übertraf damit aber immer noch den Verbrauch erheblich. Demzufolge nahmen die Uranvorräte zu. Sie erreichen nach Angaben der OECD inzwischen ein Niveau, das dem Bedarf von vier bis fünf Jahren entspricht.

Auch die Erschließung von Uran-Erzvorkommen wurde wegen der verminderten Nachfrage stark zurückgenommen. Dies führte dazu, daß sich die zu Kosten von weniger als 80 Dollar je Kilogramm abbaufähigen Vorkommen seit einem Jahr um 16 Prozent auf 1,5 Millionen Tonnen vermindert haben, während die kostspieliger zu erschließenden Vorkommen um fünf Prozent auf 0,58 Mill. Tonnen zunahmen. Wegen des Preisverfalls wurden bereits einige Urangruben stillgelegt.

Die derzeitige und im Bau befindliche Uranproduktionskapazität reicht nach Ansicht der OECD aus, den Bedarf der Kernkraftwerke bis zum Ende der achtziger Jahre zu decken. Würden darüber hinaus sämtliche zur Zeit entdeckten Vorkommen ausgebeutet, dann ist die Versorgung bis zum Ende dieses Jahrhunderts gesichert, heißt es in dem Bericht.

EG / Exporte an Drittländer haben leicht zugenommen

Binnenhandel ausgeweitet

WILHELM HADLER, Brüssel

Trotz der aktuellen Schwierigkeiten der Gemeinschaft bewegen sich die Volkswirtschaften der EG-Staaten wieder stärker aufeinander zu. Der Handel zwischen den Zehn ist nach vorläufigen Schätzungen im vergangenen Jahr um neun Prozent höher gewesen als 1982, während die Ausfuhren der EG nach Drittländern nur um etwa vier Prozent wuchsen.

Nach der jüngsten Konjunkturanalyse des statistischen Amtes der EG hatten im innergemeinschaftlichen Handel vor allem die Produktionsbereiche Maschinen und Fahrzeuge sowie Brennstoffe hohe Zuwachsraten zu verzeichnen. Die stärkste Einfuhrzunahme aus anderen Mitgliedsländern registrierten Großbritannien (14 Prozent) und die Bundesrepublik (elf Prozent). Bei den Ausfuhren wiesen Griechenland, Irland und Dänemark zweistellige Zuwachsraten auf.

Die nach Handelspartnern gegliederten Ziffern für die ersten acht Monate zeigen, daß die EG eine beträchtliche Steigerung ihrer Ausfuhren in die USA (13 Prozent), in die Sowjetunion (41 Prozent), Saudi-Arabien (neun Prozent), Iran (95 Prozent), China (53 Prozent), Spanien (zehn Prozent) und Japan (neun Prozent) verzeichnen konnte. Andererseits gingen die EG-Exporte nach Südafrika um 20, nach Australien um 13, Nigeria um 38, Irak um 46, Brasilien um zwölf und Mexiko um 45 Prozent zurück. Die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten, dem größten Einzelkunden der Gemeinschaft, nahm aufgrund der Dollarstärke auch in den letzten vier Monaten des vergangenen Jahres beträchtlich zu. Dadurch dürfte sich der festgestellte Trend noch verstärkt haben.

Der Zahlungsbilanzsaldo aller Mitgliedsländer wies 1983 ein positives Ergebnis von etwa zwei Milliarden Ecu (4,5 Milliarden Mark) auf. Damit hat sich die Lage der EG gegenüber den Vorjahren wesentlich verbessert (1980: minus 26, 1981: minus 12,2 und 1982: minus 10,1 Milliarden Ecu).

SCHOTTLAND / Semiconductor investiert Millionen

Die Mikrochips im Visier

WILHELM FURLER, London

Das von der Pleite im Schiffbau und vom Niedergang bei Stahl und im Maschinenbau stark heimgesuchte Schottland baut seine Stellung als führende Region in Europa für die Herstellung hochtechnologischer Elektronik-Produkte immer stärker aus. So hat jetzt das auf dem Gebiet Elektronik und Computer-Ausrüstung bedeutende amerikanische Unternehmen National Semiconductor bekanntgegeben, daß es sein Werk in Schottland westlich von Glasgow erheblich erweitern wird.

National Semiconductor will in den kommenden vier Jahren nahezu 400 Millionen Mark investieren und damit etwa 1000 neue Arbeitsplätze schaffen. Gegenwärtig sind in dem Werk, wo seit Anfang der siebziger Jahre Mikrochips produziert werden, 1650 Mitarbeiter beschäftigt. Mit dieser Investition wird National Semiconductor, wie es selbst behauptet, „die fortschrittlichste Produktionsanlage für die Herstellung von Mikrochips in Europa" erhalten.

Durch die Expansion wird die dortige Herstellung von Mikrochips, die gegenwärtig etwa 25 Prozent des gesamten Mikrochip-Ausstoßes von National Semiconductor ausmacht, innerhalb der kommenden fünf Jahre mehr als verdreifacht. Die Chips sind nach Angaben der Geschäftsführung nicht nur für den europäischen Markt bestimmt, sondern werden weltweit vertrieben. Das schottische Werk wird als eines der ersten überhaupt Silikon-Scheiben mit einem Durchmesser von 15 Zentimetern herstellen. Jede dieser Scheiben nimmt rund 1000 Mikrochips auf und erreicht so gut das Doppelte der bisher üblichen Kapazität. Darüber hinaus: Nach Angaben von National Semiconductor gibt es in den USA noch keinen Mikrochip-Produzenten, der solche Scheiben am Band herstellt.

NAMEN

Dr. Günter Müller, Kammerdirektor der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Münster, wird am 8. März 60 Jahre alt.

Prof. Heinrich Schackmann, seit Ende 1971 Ehrenpräsident der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer, Duisburg, Wesel, Kleve, ist am 28. Februar im Alter von 75 Jahren gestorben.

Bernhard Hellmann ist zum Vorstandssprecher der Rewe, Dortmund, bestellt worden. Er ist Nachfolger von **Alexander Pidancet**, der aus Altersgründen in Pension gegangen ist. Gleichzeitig wurden die bisherigen Geschäftsführer **Rainer Paas** und **Manfred Krause** in den Vorstand berufen.

FRANKREICH / Den Staatsunternehmen werden Kapitalzuflüsse global gekürzt

Keine Priorität mehr für Stahl

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die im französischen Haushaltsgesetz für 1984 auf 12,85 Mrd. Franc festgesetzten Kapitalzuflüsse für die zur Privatwirtschaft in Konkurrenz stehenden Staatsunternehmen sind nach monatelangem Tauziehen zwischen den Beteiligten von der Regierung aufgeteilt worden. Sie hat dabei die zukunftsträchtigen Unternehmen (Auto und Elektronik) gegenüber der Eisen- und Stahlindustrie eindeutig bevorzugt.

Die beiden verstaatlichten Stahlkonzerne Usinor und Sacilor hatten noch im letzten Jahr mit 5,7 Mrd. Franc knapp die Hälfte aller Kapitaldotationen empfangen. Unter Berücksichtigung der ihnen aus dem Nachtragshaushalt für 1982 nachträglich zugeflossenen Mittel waren es sogar 6,45 Mrd. Franc. In diesem Jahr erhalten die beiden Konzerne „nur" noch 5,50 Mrd. Franc.

Demgegenüber hatten deren Verwaltungen zu Beginn dieses Jahres ihren Kapitalbedarf für 1984 auf 9,8 Mrd. Franc (6,2 Mrd. Usinor und 3,6 Mrd. Sacilor) veranschlagt. Inzwischen aber hat sich herausgestellt, daß das Geschäftsdefizit der beiden Stahlkonzerne für 1983 zusammen rund 10 Mrd. Franc erreicht, nach Verlusten von 8,67 Mrd. Franc in 1982. Dem stand eine Staatshilfe (Dotationen, Subventionen, Vorzugskredite) von insgesamt mehr als 10 Mrd. gegenüber.

Da sich die Ertragslage der Konzerne nicht verbessert, sondern eher noch verschlechtert hat, bedeutet die Dotationskürzung eine Verschärfung des Stahlsanierungsplans. Obwohl nähere Einzelheiten dazu noch nicht beschlossen wurden, glaubt die kommunistische CGT-Gewerkschaft zu wissen, daß die Stahlindustrie in den nächsten zwei bis drei Jahren 30 000 Arbeitsplätze aufgeben will.

Andererseits hat die Regierung die Kapitaldotationen an den staatlichen Renault-Konzern auf 1,2 (1,0) Mrd. Franc erhöht. Für die Entwicklung eines neuen Pkw-Modells erhält Renault außerdem einen Staatskredit von 750 Mill. Franc zu Vorzugszinsen. Nachdem sich der Konzern letztes Jahr 1 Mrd. Franc Kapital durch die Emission von Partizipationsscheinen beschafft hatte, will er jetzt eine Anleihe über die gleiche Höhe zur Finanzierung von Roboter-Investitionen auflegen.

Eine erstmalige Dotation von 0,7 Mrd. Franc erhält der Elektrokonzern CGE für die von ihm kontrollierte Thomson Telecom (Elektronik), während Thomson selbst mit 1 (0,55) Mrd. bedacht wird. Dagegen wurde die Dotation für Bull auf 1,0 (1,5) Mrd. Franc reduziert. Auch Pechiney muß sich mit weniger Staatskapital – 0,15 (0,70) Mrd. Franc – zufriedengeben. Im wesentlichen unverändert geblieben sind die Dotationen für Saint Gobain, Rhône-Poulenc und Snecma-Snias (Aerospatiale).

Überraschend stark angehoben wurde schließlich auf 1 (0,3) Mrd. Franc die Dotation an die CDF Chemie, der chemischen Tochtergesellschaft des staatlichen Steinkohlenbergbaus (CDF). Dieser selbst gehört aber wie die staatlichen Elektrizitäts- und Gaswerke zu den hier nicht erfaßten nichtkonkurrenziellen Staatsbetrieben. Für die Kohleförderung erhielt die CDF letztes Jahr 6, Mrd. Franc Subventionen. Sie werden dieses Jahr fortgeführt.

Kurse folgten dem Zufall

Geringe Aktienumsätze in den Karnevalstagen

DW. – Wie schon in den vergangenen Jahren, so litt die Geschäftstätigkeit am Aktienmarkt auch diesmal wieder unter der wegen der Karnevalsveranstaltungen vorgezogenen Börsenzeit. Große Teile der Kundschaft, aber auch der institutionellen Anleger waren auf Wertpapiergeschäfte nicht ansprechbar, so daß die Umsätze auf niedrigem Niveau verharrten. Von einer regulären Kursbildung konnte unter diesen Umständen keine Rede sein. Insgesamt zeigte die Tendenz jedoch abwärts, was wegen der fehlenden Käufer nicht überraschte.

Obwohl der Goldpreis nicht mehr weiter gestiegen ist, lagen Degussa fester. Bankaktien konnten immer noch nicht von der im Gange befindlichen Zinssenkung profitieren, sondern gaben mehr oder weniger deutlich nach. Auch Preussag gerieten unter Druck. Die in 1983 erzielte Ertragssteigerung vermochte daran nichts zu ändern. Anders dagegen bei Beiersdorf. Die Feststellung des Vorstandes, wonach der Ertrag stärker als der Umsatz gestiegen ist, hat zu Rückkäufen auf dem in den letzten Tagen ermäßigten Niveau ermuntert. Großchemie-Aktien bröckelten ab, auch Siemens konnten sich nur knapp behaupten. In diesem Bereich machte sich das Fehlen ausländischer Käufer am spürbarsten bemerkbar.

Düsseldorf: DAT stiegen um 6 DM auf 410 DM, Dyckerhoff St. verbesserten sich um 7 DM auf 280 DM und Kochs Adler befestigten sich um 5 DM auf 376 DM. Hochtief gaben um 10 DM auf 500 DM nach. Buckau fielen um 6 DM auf 119 DM und Rheag ermäßigten sich ebenfalls um 6 DM auf 442 DM.

Frankfurt: Bei kleinem Geschäft und fast völlig fehlender Auslandskundschaft waren die meisten Kurse knapp behauptet. Audi NSU ermäßigten sich um 7 DM auf 269 DM. Flachglas gaben um 8 DM auf 270 DM nach. Dagegen konnten sich Hindr. Auff. um 48 DM auf 300 DM befestigen. Kupferberg zogen um 30 DM auf 710 DM und MAB-Stämme um 10,50 DM auf 380 DM an.

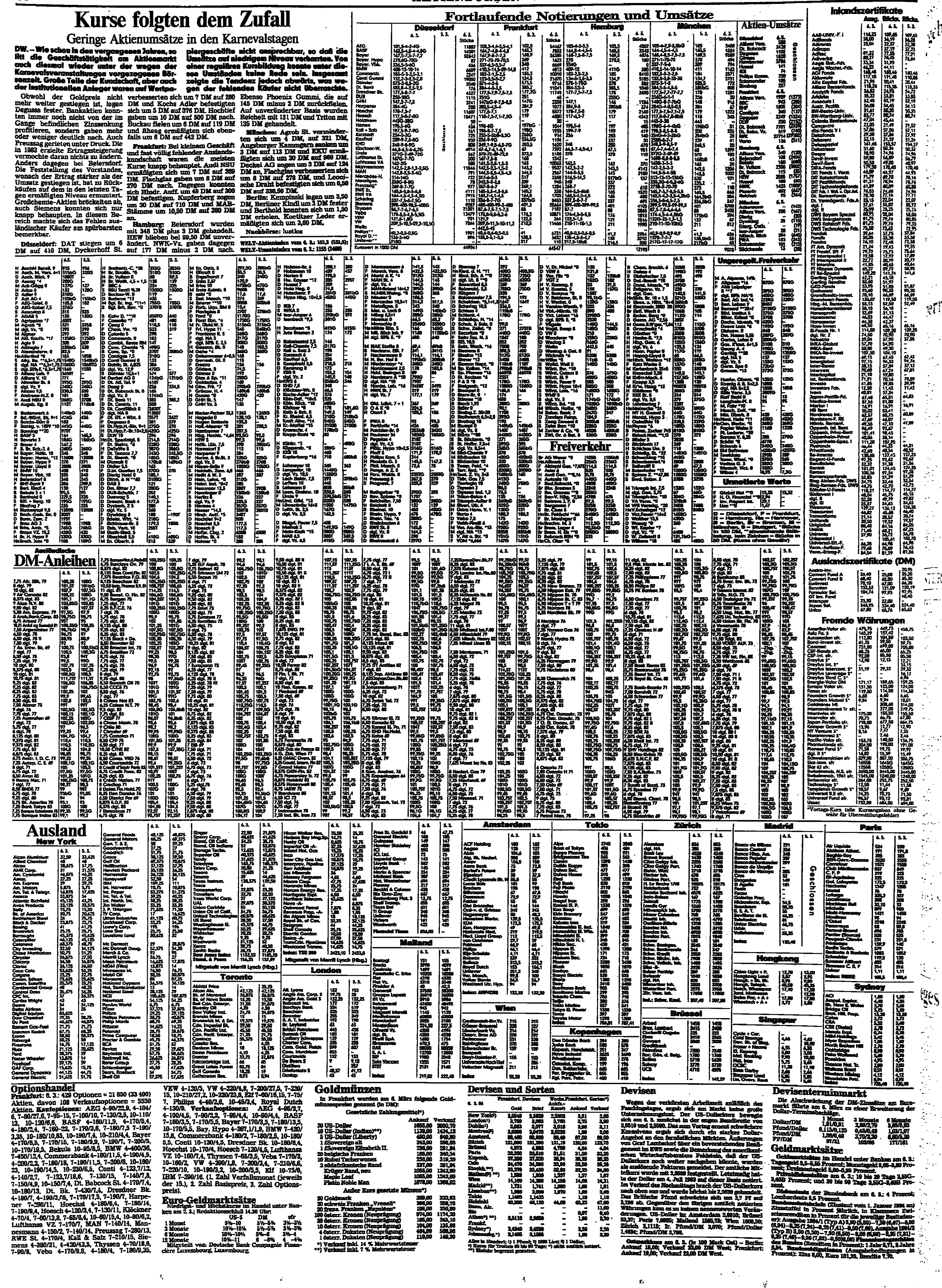
Hamburg: Beiersdorf wurden mit 348 DM plus 3 DM gehandelt. HEW blieben bei 99,50 DM unverändert. NWK-Vz. gaben dagegen auf 177 DM minus 2 DM nach. Ebenso Phoenix Gummi, die auf 145 DM minus 2 DM zurückfielen. Auf unveränderter Basis wurden Reichelt mit 131 DM und Triton mit 135 DM gehandelt.

München: Agrob St. verminderten sich um 4 DM, auf 321 DM, Augsburger Kammgarn sanken um 3 DM auf 113 DM und EKU ermäßigten sich um 30 DM auf 960 DM. Deckel AG zogen um 3 DM auf 124 DM an, Flachglas verbesserten sich um 8 DM auf 278 DM, und Leonische Draht befestigten sich um 0,50 DM auf 330,50 DM.

Berlin: Kempinski lagen um 3,50 DM, Berliner Kindl um 3 DM fester und Berthold konnten sich um 1,50 DM erholen. Koetitzer Leder ermäßigten sich um 3,60 DM.

Nachbörse: lustlos

WELT-Aktienindex vom 6. 3.: 151,3 (151,5); WELT-Umsatzindex vom 6. 3.: 1155 (1498)



Optionshandel

Frankfurt: 6. 3.: 429 Optionen = 21 850 (33 400) Aktien, davon 108 Verkaufsoptionen = 5550 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 4-90/22,9, 4-104/6, 7-80/27,6, 7-95-15, 7-100/10, 7-130/2,5, 10-110/13, 10-120/6,6, BASF 4-160/11,9, 4-170/5,4, 4-180/2,4, 7-160-22, 7-170/3,6, 7-180/7,5 7-190/3,35, 10-180/10,85, 10-190/7,4, 10-210/4,4, Bayer 4-170/8,5, 7-170/15, 7-180/9,9, 7-190/7, 7-200/5, 10-170/19,5, Bekula 10-95/8,5, BMW 4-400/36, 7-450/12,4, Commerzbank 4-180/11,5, 4-190/4,5, 4-200/2,2, 7-180/18, 7-190/11,5, 7-200/8, 10-180/23, 10-190/14,5, 10-230/6,5, Conti 4-123,7/12, 4-140/2,7, 7-123,7/18,6, 7-130/15, 7-140/7,8, 7-150/4,9, 10-150/7,4, Dt. Babcock St. 4-170/7,4, 10-180/13, Dt. Bk. 7-430/7,4, Dresdner Bk. 4-180/7, 4-190/3,05, 7-170/17,5, 7-190/7, Harpener 7-290/11, Hoechst 4-180/6,4, 7-180/14, 7-190/9,4, Hoesch 4-120/3,4, 7-130/11, Klöckner 4-70/4, 7-60/13,8, 7-65/8,4, 10-60/15,4, 10-80/6,2, Lufthansa VZ 7-170/7, MAN 7-140/14, Mannesmann 4-150/2, 7-140/14, Preussag 7-280/13, RWE St. 4-170/4, Kali & Salz 7-210/15, Siemens 4-380/21, 4-420/43,5, Thyssen 4-70/18,6, 7-90/8, Veba 4-170/9,8, 4-180/4, 7-180/9,35, VEW 4-120/5, VW 4-220/4,8, 7-200/27,5, 7-230/15, 10-210/27,2, 10-220/23,8, Elf 7-60/16,15, 7-75/7, Philips 4-40/2,6, 10-45/3,4, Royal Dutch 4-130/9. **Verkaufsoptionen:** AEG 4-95/2,7, 4-100/4,5, 7-90/2,2, 7-95/4,4, 10-90/4,4, BASF 7-160/3,5, 7-170/5,5, Bayer 7-170/3,5, 7-180/13,5, 10-170/5,5, Bay. Hypo 4-267,1/1,9, BMW 7-420/15,8, Commerzbank 4-180/2, 7-180/2,5, 10-180/5,5, Conti 10-130/4,5, Dresdner Bk. 10-180/6,4, Hoechst 10-170/4, Hoesch 7-120/4,5, Lufthansa VZ 10-160/7,4, Thyssen 7-85/3,5, Veba 7-170/3, 10-160/2, VW 4-200/1,8, 7-200/3,4, 7-210/6,6, 7-220/10, 10-190/3,2, 10-200/5,5, Elf 10-75/6, IBM 7-290/16. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 6. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅞–10	5½–5⅝	3¼–3½
3 Monate	10⅛–10¼	5½–5⅞	3½–3⅝
6 Monate	10⅜–10½	5⅞–6	3⅞–4
12 Monate	10⅞–11	6 –6⅛	4 –4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Devisen

Wegen der verkürzten Arbeitszeit anläßlich des Faschingstages, ergab sich am Markt keine große Unternehmungslust. Der US-Dollarkurs bewegte sich am 6. 3. zunächst in der engen Bandbreite von 2,5510 und 2,5590. Das zum Vortag erneut schwächere Kursniveau ergab sich durch ein starkes Dollar-Angebot an den fernöstlichen Märkten. Äußerungen von Graf Lambsdorf über ein bevorstehendes Realignment im EWS sowie die Bemerkung des amerikanischen Wirtschaftsberaters Feldstein, daß der US-Dollarkurs noch weiter nachgehen könnte, wurden als auslösende Faktoren gemeldet. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,5680 festgestellt. Letztmalig hatte der Dollar am 4. Juli 1983 auf dieser Basis notiert. Im Verlauf des Nachmittags brach der US-Dollarkurs nach oben aus und wurde höchst bis 2,5630 gehandelt. Das Britische Pfund schwächte sich um 2,7 Pf auf 3,796 ab. Gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen kam es zu keinen nennenswerten Veränderungen. US-Dollar in: Amsterdam 2,8910; Brüssel 52,37; Paris 7,8835; Mailand 1585,75; Wien 1808,50; Zürich 2,1118; Ir. Pfund/DM 3,070; Pfund/Dollar 1,4634; Pfund/DM 3,796.

Ostmarkkurs am 6. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Abschwächung der DM-Zinssätze am Euromarkt führte am 6. März zu einer Erweiterung der Dollar-Terminabschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,01/0,91	2,89/2,79	5,85/5,65
Pfund/Dollar	0,115/0,125	0,45/0,48	1,03/1,07
Pfund/DM	1,80/0,40	3,70/2,30	6,60/5,20
FF/DM	37/21	102/86	177/161

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 6. 3.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 5,80–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 6. 3.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 6. 3.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,25 (7,41)–9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,25 (7,49)–9,50 (7,83)–9,50 (8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,71, 2 Jahre 6,84. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,20, Rendite 7,70.

BEIERSDORF / Solides Wachstum im In- und Ausland

Ergebnis weiter verbessert

JAN BRECH, Hamburg

Bei der Hamburger Beiersdorf-Gruppe kündigt sich für das Jahr 1983 ein wieder glänzendes Ergebnis an. Wie es in einem Brief an die Aktionäre heißt, werde die Ertragsentwicklung die Umsatzsteigerung übertreffen. Damit dürfte sicher sein, daß Beiersdorf für 1983 mindestens bei einer Dividende von 16 Prozent oder 8 DM je 50-DM-Aktie bleibt. Die Rendite, die im Vorjahr 4,4 Prozent erreichte, wird sich weiter verbessern.

Der Umsatz für die weltweit tätige Gruppe wird mit 2,36 Mrd. DM angegeben. Das entspricht einer Zuwachsrate von 8,7 Prozent. Im Inland steigerte Beiersdorf den Umsatz um 9 Prozent auf rund 998 Mill. DM, im Ausland um 8,4 Prozent auf 1,36 Mrd. DM. Zu der Geschäftsausweitung im Inland haben, wie es in dem Aktionärsbrief heißt, alle Sparten beigetragen. Das stärkste Wachstum erzielte die Sparte cosmed.

Im Ausland nahmen die Umsätze vor allem im vierten Quartal zu. Die höchsten Zuwachsraten haben nach Angaben von Beiersdorf die Bereiche tesa und medical gebracht. Umsatzstärkster Programmteil blieb die cosmed-Sparte mit dem alles überragenden Markennamen Nivea, auf die fast die Hälfte des gesamten Auslandsgeschäfts entfällt. Die Beiersdorf AG weist bei einem Plus von 7,8 Prozent 1,24 Mrd. DM aus. Der Exportanteil betrug 21 Prozent.

Stark ausgeweitet hat Beiersdorf im Berichtsjahr die Investitionstätigkeit. Mit dem Schwerpunkt von Produktionserweiterungen im Inland sind 1983 zum ersten Mal mehr als 100 Mill. DM investiert worden. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Zuwachs von fast 24 Prozent. Die Zahl der weltweit bei Beiersdorf Beschäftigten stieg um 1,4 Prozent auf 13 600; davon waren im Inland 7214 tätig (plus 2,3 Prozent).

GULF OIL / Standard Oil zahlt 13 Milliarden Dollar

Überraschender Sieger

H.-A. SIEBERT, Washington

Im Rennen um Amerikas fünftgrößten Mineralölkonzern, die Gulf Oil mit Sitz in Pittsburgh, gibt es einen Überraschungssieger. Der Verwaltungsrat erteilte der Atlantic Richfield (Arco), Los Angeles, eine Absage und akzeptierte die Fusionsofferte der Standard Oil Co. of California (Socal), San Francisco. Socal zahlt 13 Milliarden Dollar; das sind 80 Dollar je Aktie. Das letzte Wort haben jetzt die Aktionäre beider Unternehmen.

Ein Zusammenschluß der Gulf Oil mit der viertgrößten US-Ölgesellschaft bedeutet die größte Öl-Ehe, die jemals geschlossen worden ist. Gulf und Socal setzten 1983 zusammen 53 Milliarden Dollar um; in der Rangliste der amerikanischen Unternehmen würden sie hinter Exxon, General Motors und der Mobil Corp. die vierte Position vor Texaco einnehmen, die dabei ist, für 10,1 Milliarden Dollar die Getty Oil Co. aufzukaufen. Auf Gulf/Socal würden etwa zehn Prozent des US-Benzinmarktes entfallen.

Durch die teuerste Fusion, die es je gab, würde Socal seine Ölreserven um 230 auf 450 Millionen Tonnen aufstocken. Hinzu kommen enorme Mengen Erdgas. Socal will demnächst in Chevron umfirmieren; die Kassenbestände werden auf 2,5, die ungenutzten Kreditlinien auf eine Milliarde Dollar veranschlagt. An der New York Stock Exchange stieg die Gulf-Aktie um 1,35 auf 70,75 Dollar, verglichen mit 57,25 Dollar vor einem Monat. Noch ist auch offen, ob Washingtons Antitrustbehörden dem Zusammenschluß zustimmen. Texaco muß sich beispielsweise von Gettys Tankstellennetz an der US-Ostküste trennen.

Wie bekannt wurde, hat sich Arco geweigert, 80 Dollar je Aktie zu zahlen. Durch die „freundliche" Fusion mit Socal ist Gulf dem Zugriff der sogenannten Mesa-Gruppe entronnen, die den Konzern aufsplittern wollte. Das Hochjubeln der Gulf-Aktien bringt der Mesa-Gruppe jedoch einen leichtverdienten Gewinn von 780 Millionen Dollar.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Geschäft mit „DDR"

Salzgitter (dos) – Zufrieden mit der Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zur „DDR" äußert sich der bundeseigene Salzgitter-Konzern. In den letzten drei Geschäftsjahren von 1980/81 bis 1982/83 (30. 9.) erreichten die Lieferungen einen Wert von knapp 400 Mill. DM; das gegenseitige Abschlußvolumen betrug rund 750 Mill. DM. Ein wesentlicher Anteil davon entfalle auf das Stahlgeschäft. Derzeit verhandele Salzgitter mit der „DDR" über mehrere interessante Projekte im Anlagenbereich.

Neue Gaskunden

Köln (VWD) – Die Rhenag Rheinische Energie AG, Köln, gewann im vergangenen Jahr 7500 neue Heizgaskunden. Wie es in einem Aktionärsbrief heißt, trug dies wesentlich zur Steigerung des Gasverkaufs und des Umsatzes bei. Das Ergebnis lasse für 1983 wieder die Ausschüttung einer angemessenen Dividende erwarten. 1982 waren 7 DM je Aktie ausgeschüttet worden. Der Gasverkauf der Rhenag-Gruppe nahm 1983 um 5,6 Prozent auf 20,05 Mrd. kWh zu. Der Gesamtumsatz stieg aber aufgrund von Gaspreissenkungen nur um 4 Prozent auf 325 Mill. DM. Die Rhenag investierte 52 Mill. DM.

Stollwerck-Neubauten

Düsseldorf (J. G.) – Trotz Preisdrucks hat der Kölner Süßwarenkonzern Stollwerck AG 1983 seinen Umsatz um gut 3 Prozent auf 533 Mill. DM verbessert und den Vorjahresgewinn (11 Mill. DM) leicht erhöht. Damit sei die Normaldividende des Vorjahres (6,50 DM) für nun 35 (30) Mill. DM AK sichergestellt, teilt Hauptaktionär und AR-Vorsitzender Hans Imhoff mit. Positiv schlossen 1983 auch die nicht im Konzernabschluß enthaltenen Gruppen Sprengel/Hannover und Hildebrand/Berlin mit 180 und 300 Mill. DM Umsatz ab. Noch in diesem Jahr will Stollwerck zwei Neubauten beginnen: Je eine neue Schokoladenfabrik in Eupen/Belgien für 15 Mill. DM und als 50:50-Joint Venture in Israel. Für eine Fabrik in Peking, gleichfalls als 50:50-Joint Venture, die spätestens 1985 gebaut wird, besteht bereits die Regierungsgenehmigung.

Kreditnachfrage belebt

Düsseldorf (Py.) – Die Sparkasse Krefeld hat 1983 ihre Bilanzsumme um 5,6 Prozent auf knapp 3,8 Mrd. DM erhöht. Dabei stiegen die Einlagen der Kunden um 3 Prozent auf 3,36 Mrd. DM, wobei die Ersparnisbildung stark von den angebotenen Sondersparformen getragen wurde. Die Gesamteinlagen erreichten 3,47 (3,27) Mrd. DM. Bei den um 3,1 (0,7) Prozent auf 2,14 Mrd. DM erhöhten Forderungen zeigte sich die erwartete Belebung des Kreditgeschäfts. Es läßt nach Ansicht des Vorstands auch für 1984 eine lebhafte Nachfrage erwarten. Die Zinsspanne, die sich um 7,6 Prozent verbesserte, hat den Jahresüberschuß um 5,7 Prozent auf 10,3 Mill. DM steigen lassen, die voll in die Rücklagen fließen.

UNILEVER / Marktstellung behauptet – Geschäftsbelebung im zweiten Halbjahr

Expansion vor allem in Nordamerika

JAN BRECH, Hamburg

Nach schwachem Start in den ersten Monaten des Jahres 1983 hat sich bei dem niederländisch-britischen Unilever-Konzern das Geschäft in der zweiten Jahreshälfte spürbar belebt. Wie die Verwaltung in einem ersten Überblick in Rotterdam mitteilte, habe der Lebensmittelkonzern seine Marktstellung behaupten und in vielen Fällen ausbauen können. Der Erfolg sei auf eine starke Markenartikelpolitik sowie auf die Einführung neuer Produkte oder Produktverbesserungen zurückzuführen.

Nach Angaben des Vorstands verbesserte Unilever sowohl den Umsatz als auch die Ergebnisse. Weltweit erhöhte sich das Geschäftsvolumen um 6 Prozent auf 59,4 Mrd. hfl, wobei besonders stark das Geschäft in Nordamerika expandierte. In Europa betrug der Zuwachs rund 5 Prozent. Demgegenüber ging er in Afrika um 14 Prozent zurück.

Als Betriebsgewinn weist Unilever 3,3 Mrd. hfl aus; das entspricht einer Verbesserung um 11 Prozent. Der Reingewinn stieg proportional zum Umsatz um rund 7 Prozent auf 1,69 Mrd. hfl, so daß die Rendite mit 2,8 Prozent unverändert blieb. Das Ergebnis ist dabei wieder von erheblichen Umstrukturierungsmaßnahmen beeinflußt worden. Die einmaligen Aufwendungen und Erträge belasteten das Ergebnis saldiert mit 211 (156) Mill. hfl. Vor allem für eine umfassende Reorganisation der Tiefkühlkost- und Speiseeisunternehmen in Großbritannien mußte Unilever Rückstellungen bilden. Drei veraltete Fabriken sollen geschlossen, zwei neue große Anlagen gebaut werden.

In Europa, so heißt es, seien die Gewinne gleichwohl um 13 Prozent gestiegen. Besonders gut hätten eßbare Fette, andere Lebensmittel und Getränke sowie Waschmittel abgeschnitten. Erholt zeigte sich ferner nach großen Verlusten im Jahr 1982 der Bereich Verpackungsmaterial, obwohl er noch immer rote Zahlen schreibt. Als unbefriedigend werden die Ergebnisse bei Tiefkühlerzeugnissen und im Tansportbereich bezeichnet.

Den kräftigsten Ertragssprung machte Unilever in Nordamerika. Hier stiegen die Gewinne um 46 Prozent auf 623 Mill. hfl; das sind 19 (14) Prozent des gesamten Unilever-Ergebnisses. Das Unternehmen Lever Brothers habe seit sieben Jahren zum ersten Mal wieder einen, wenn auch kleinen, Gewinn erzielt, heißt es. Ein Rekordjahr hätten Lipton und National Strach hinter sich. Bessere Ergebnisse erzielte Unilever außerdem in den Ländern außerhalb Europas und Nordamerikas. Ausnahme blieb allein die UAC International, die vor allem unter den anhaltenden Schwierigkeiten in Nigeria litt.

Vom insgesamt positiven Geschäftsverlauf profitieren auch die Aktionäre. Die Schlußdividende bei dem niederländischen Unilever-Teil steigt auf 8,58 (7,60) hfl je 20-hfl-Stammaktie, so daß sich die Gesamtdividende auf 13,02 (12,04) hfl erhöht. Für die britische Gesellschaft werden 20,29 (18,87) Pence je 25-P-Aktie vorgeschlagen. Die Gesamtdividende beträgt damit 30,86 (28,83) Pence.

Bei einer glänzenden finanziellen Ausstattung hielt Unilever die Investitionen auf hohem Niveau. In Sachanlagen wurden 2,2 Mrd. hfl investiert, für Forschung und Entwicklung 814 Mill. hfl aufgewendet. An neuen Beteiligungen erwarb Unilever die US-Margarine-Gruppe Shedd. Zur Finanzierung hat Unilever rund 2,3 Mrd. hfl in den Kassen. Für dieses Jahr erwartet das Unternehmen ein weiteres Wachstum von Umsatz und Ertrag.

Lebhafte Nachfrage nach Krediten

PETER WEERTZ, Berlin

Über eine günstige Entwicklung berichtet die Bank für Handel und Industrie, Berlin, eine Tochtergesellschaft der Dresdner Bank, für 1983. Sie konnte vor allem ihre Ertragslage weiter verbessern. „Vorrang hatten bei uns diesmal die Verbesserung der Bilanzstruktur und eine höhere Risikovorsorge vor dem Wachstum", sagte Vorstandsmitglied Rudi Puchta bei der Erläuterung des Gerschäftsergebnisses. Das Volumen stieg 1983 um 2,8 Prozent auf 9,4 Mrd. DM.

Gleichzeitig wuchsen die Kundeneinlagen und eigenen Schuldverschreibungen um 4,4 Prozent auf 5,5 Mrd. DM, darunter die Spareinlagen um 2,4 Prozent auf 2 Mrd. DM. Dabei haben sich die Spareinlagen deutlich langsamer ausgeweitet als in den Vorjahren. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ermäßigten sich um 1,1 Prozent auf 2,78 Mrd. DM.

Lebhafter als die Einlagen entwickelten sich die Ausleihungen. Bei den Kundenkrediten (Forderungen, Wechselkredite und Avale), die um 9,1 Prozent auf 5,5 Mrd. DM stiegen, lag das Schwergewicht im Privatbereich. Gleichfalls erhöhten sich die Kredite an inländische öffentliche Haushalte, während das Auslandsobligo deutlich reduziert wurde.

Aufgrund der besseren Zinsmarge, die im Jahresdurchschnitt von 2,54 auf 3,21 Prozent zunahm, nahm der Zinsüberschuß um 39,3 Prozent auf 268,1 Mill. DM zu. Zugleich stiegen auch die Erträge und Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft und anderen Dienstleistungen. Die Steuern stiegen um 8,8 auf 29 Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß von 37,5 (Vorjahr 22,5) Mill. DM wurden 15 Mill. DM den offenen Rücklagen überwiesen. Die Dresdner Bank als Muttergesellschaft erhielt für 1983 wieder eine Dividende von 18 Prozent auf das Aktienkapital von 125 Mill. DM.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Dortmund: August Grüning u. Sohn GmbH & Co.; Friedrich Grüning GmbH; **Düsseldorf:** Vogler & Co. GmbH; Pauleit Baustahlarmierung GmbH; **Kassel:** Clemens Bertrand, Kaufmann, Ahnatal-Weimar; **Neustadt/Wstr.:** HOBA-Holzhandels GmbH, Haßloch; **Oldenburg:** Peter Schreiner, Ges. f. d. Vertrieb v. Bauelementen mbH; **Osnabrück:** Isomat GmbH, Fabrik f. Schutzbekleidung; **Osterholz-Scharmbeck:** Anna Schürmann, Schwanewede.

Anschlußkonkurs eröffnet: Leer: Erna de Vries geb. Jonietz.

Blumen-Import seit 1972 verdoppelt

hdt. Münster

Für insgesamt 1,8 Mrd. DM wurden 1983 Blumen und Zierpflanzen in das Bundesgebiet eingeführt. Der Wert dieser Importe hat sich in nur einem Jahrzehnt verdoppelt. Damit ging der Marktanteil heimischer Gartenbaubetriebe am Gesamtmarktvolumen von 3,5 Mrd. DM auf nur noch 45 Prozent zurück.

Besonders hoch lag der Importanteil bei Schnittblumen, von denen nur noch ein Viertel aus eigener Produktion stammten. Mit 77 Prozent steuerten die Niederländer den Löwenanteil zu diesen Einfuhren bei.

Positiver sieht die Bilanz bei Topfpflanzen aus, bei denen immerhin noch 75 Prozent aus deutscher Produktion stammen. Einschließlich Beet- und Balkonpflanzen gab der bundesdeutsche Verbraucher 1983 pro Kopf 110 DM für Blumen und Zierpflanzen aus, bei nahezu stabilen Preisen bedeutet das seit 1972 eine Verdoppelung der Ausgaben.

Jubiläumsbonus bei Nürnberger Leben

dpa/VWD, Nürnberg

Die Nürnberger Lebensversicherung AG, Nürnberg, wird für 1983 neben einer unveränderten Dividende von 14 Prozent im Jahr des 100jährigen Bestehens einen Jubiläumsbonus von 3 Prozent ausschütten. Das „erfreuliche Jahresergebnis" gestatte auch eine um 17 Prozent höhere Dotierung der Rücklage für Beitragsrückerstattung, heißt es im Aktionärsbrief. Bedingt durch die gute Ertragslage wird die Überschuß-Ausschüttung 1984 mehr als 250 Mill. DM betragen. Der Versicherungsbestand konnte im Geschäftsjahr 1983 um 7,7 Prozent auf 20,2 Mrd. DM erhöht werden. Die Beitragseinnahmen stiegen um 11,2 Prozent auf 818 Mill. DM. Beim Neuzugang (plus 10,6 Prozent) wurde die Drei-Milliarden-DM-Marke knapp übersprungen. Bei mit 5,2 Mrd. DM um 11,3 Prozent höheren Kapitalanlagen nahmen die Erträge aus Kapitalanlagen um 13,5 Prozent auf 418 Mill. DM zu.

PREUSSAG / NE-Metallpreise stark erhöht

Positive Ertragsentwicklung

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Ein gegenüber dem Vorjahr verbessertes Ergebnis erzielte die Preussag AG, Hannover, im Geschäftsjahr 1983. Wie der Vorstand in einem ersten Überblick schreibt, hat die „zufriedenstellende Ertragsentwicklung" im Konzern sich im vierten Quartal fortgesetzt. Begünstigt wurde dieser Trend durch eine teilweise deutliche Erhöhung der NE-Metallpreise.

Ob und in welcher Form die Aktionäre an dem besseren Ergebnis partizipieren, läßt der Vorstand offen. Gesprochen wird lediglich von der Ausschüttung einer „angemessenen Dividende" und der weiteren Stärkung der Konzernsubstanz. Für 1982 hatte die Preussag aus dem Bilanzgewinn der AG von 56 (50,4) Mill. DM eine Dividende von 16 Prozent auf 350 (315) Mill. DM Grundkapital gezahlt. Die 50 Mill. DM jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung von Ende 1983 sind erst ab 1984 dividendenberechtigt.

Der Fremdumsatz des Konzerns wird für 1983 mit 4,26 (4,04) Mrd. DM ausgewiesen; das entspricht einem Anstieg um 5,5 Prozent. Umsatzstärkste Sparte blieb der Metallbereich mit 1,24 (1,11) Mrd. DM. Während die Durchschnittsnotierung für Zink an der Londoner Metallbörse im vierten Quartal erneut um 10,8 Prozent gegenüber dem Vorquartal anstiegen, blieb das Kursniveau für Blei trotz der befriedigenden Nachfrage weiter schwach. Die Produktion in den inländischen Zink- und Bleibetrieben verlief störungsfrei.

Günstig entwickelte sich das Geschäft der britischen Tochter Amalgamated Metal Corp. (AMC), die im internationalen Effektivhandel mit NE-Metallen in London, New York und Kanada tätig ist. Das Handelsvolumen sei beträchtlich ausgeweitet worden.

Kräftig gestiegen ist der Umsatz des Unternehmensbereichs Kohle, nämlich um 181 Mill. DM auf 1,06 Mrd. DM. Die Förderung in Ibbenbüren erhöhte sich um 3,1 Prozent auf 2,27 Mill. t Steinkohle. Die um 4,7 Prozent verringerte Erdölförderung ließ den Umsatz der Sparte Erdöl und Chemie auf 793 (830) Mill. sinken. Im Verkehrsbereich ging der Umsatz um 12,7 Prozent auf 556 (637) Mill. DM zurück. Demgegenüber hat die Sparte Bau die Leistung auf 612 (581) Mill. DM steigern können. Die Preussag investierte im Berichtsjahr in Sachanlagen 308 (374] Mill. DM.

JOCKEY / Bei Strickwaren am deutlichsten zugelegt

Umsatzplan übertroffen

INGE ADHAM, Frankfurt

Das rechtzeitige Erkennen der veränderten Lebensgewohnheiten der Verbraucher und ein schnelles Reagieren auf den Wechsel der Bekleidungsansprüche sieht die Volma Wirkwaren GmbH, Hechingen, (Marke: Jockey) als Basis für ihren anhaltenden Erfolg. Daß der Wechsel vom reinen Wäsche-Anbieter zur Mode-Marke richtig war, hat sich auch im abgelaufenen Jahr gezeigt, in dem Jockey am deutlichsten im Strickwarenbereich zulegte (plus 10 Prozent).

Insgesamt erzielte Volma im vergangenen Jahr 71 (68) Mill. DM Umsatz (davon knapp 24 Prozent mit Wäsche) und damit mehr als die Planung vorsah. Denn die Errichtung einer neuen Strickerei und Versandanlage (Investitionen insgesamt 9,2 Mill. DM) bremste vorübergehend die Aktivitäten. Nach endgültiger Fertigstellung hat Volma wieder auf stärkeres Wachstum geschaltet.

Bei um gut 12 Prozent höheren Vorbestellungen als im Vorjahr sieht Geschäftsführer Gerd Hauschild die Entwicklung „weiter positiv" und rechnet „vorsichtig" mit 75 Mill. DM Umsatz in diesem Jahr. Die 393 (380) Beschäftigten sind nach den zur Zeit vorliegenden Bestellungen bis über die Jahresmitte hinaus voll ausgelastet. Zum Ertrag macht das Unternehmen in Familienbesitz traditionell keine näheren Angaben, Hauschild verhehlt jedoch nicht, daß man trotz der hohen Investitionen des Jahres 1983 damit „zufrieden" sei.

Weniger zufrieden ist das Unternehmen mit der Entwicklung der Rohstoffpreise. Sie werde, heißt es, in diesem Jahr Preisanpassungen erzwingen, während man 1983 ohne Preiserhöhungen ausgekommen ist. Konsequent weiter festhalten will Jockey an der Fachhandelstreue und dabei auch den Kundenkreis (rund 2100 Einzelhändler) begrenzt halten.

DAMENOBERBEKLEIDUNG / Mit Frühjahrsmode bisher gut gestartet

Reges Geschäft zur Igedo erwartet

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der deutsche Einzelhandel mit Damenoberbekleidung (DOB), dem 1983 ein Umsatzplus von 3 (preisbereinigt null) Prozent gelungen war, hatte auch in den ersten beiden Monaten dieses Jahres gute Umsätze mit Frühjahrsmode. Wenn auch die beiden Monate nur ein Umsatzpari gebracht haben, sieht der Handel durchaus Bedarf bei seiner Kundschaft. Frühjahrs- und Sommerware seien bereits nach der Räumung der Winterwaren-Läger gut verkauft worden.

Auf der bevorstehenden 140. Igedo – Internationale Modemesse in Düsseldorf, die zusammen mit der Igedo Dessous vom 11. bis 14. März stattfindet, wird sowohl von Industrie und Handel mit intensiven Ordergeschäften gerechnet. Joro Hertwig, Geschäftsführer des Bundesverbandes des Deutschen Textil-Einzelhandels glaubt jedoch, daß eine zusätzliche Nachfrage nicht durch ein ständiges Vorziehen der Saisons geändert werden kann: „Mode wird eben nicht auf Vorrat gekauft, sondern zunehmend dann, wenn sie benötigt wird."

Trotz der erstmals auf unter 100 000, genau von 103 500 auf 97 900, gesunkenen Zahl von Beschäftigten in 1347 (1434) Betrieben hat sich 1983 der DOB-Umsatz um 2,1 (minus 0,7) Prozent auf 9,93 Mrd. DM gesteigert. Preisbereinigt blieb der Branchenumsatz jedoch um 0,6 Prozent hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Entscheidend für das leichte Umsatzplus war der um 11,2 (10,1) Prozent auf 2,91 Mrd. DM gewachsene Export, der seinen Anteil am Umsatz inzwischen auf 27 Prozent erhöht hat.

Erneut ist der Export auch erheblich stärker gestiegen als der Import, der nur um 6,3 (1,4) Prozent auf etwa 4,66 Mrd. DM zugelegt hat. Diese Entwicklungen haben auch den Importüberschuß der Branche positiv beeinflußt. Er verringerte sich leicht auf 1,75 Mrd. DM.

Im Export hatten vor allem die westeuropäischen Märkte zum Teil hohe Zuwachsraten, bei den Importen hatten die EG-Nachbarn das Nachsehen. Der Mittelmeerraum (vor allem Tunesien, Türkei, Malta und Marokko) hatte ein Plus von 26 Prozent auf 438 Mill. DM, wobei die passive Lohnveredelung einen Anteil von 80 Prozent erreicht hat. Auch die Ostblock-Einfuhren erhöhten sich auf 876 (735) Mill. DM, was auf die stark gestiegene Lohnveredelung zurückgeht.

Diese wird nach Meinung der Geschäftsführerin des DOB-Verbandes, Hildegard Panck, noch weiter zulasten der deutschen Beschäftigung zunehmen, wenn die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich Wirklichkeit würde. Bei einem durchschnittlichen Lohnkostenanteil im Bekleidungssektor von 50 bis 55 Prozent würde sich eine Inlandsproduktion immer weniger lohnen, eine verstärkte Fertigung in billiger produzierenden Ländern jedoch weitere Arbeitslosigkeit erzeugen.

Zur 140. Igedo werden weit über 2000 Aussteller aus 28 Staaten erwartet. Davon zeigen 1550 ihre Kollektionen für Herbst/Winter 1984/85 auf rund 115 000 qm Hallenfläche. Die 140. Igedo ist damit die größte seit ihrer Gründung 1949.

Bundesanleihen

Bundesbahn

		6. 3.	5. 3.
7½ dgl. 83 S.40	6/88	99,7	99,7
8 dgl. 83 S.41	6/88	101,3	101,25
8 dgl. 83 S.42	9/88	101,3	101,3
8 dgl. 83 S.43	12/88	101,35	101,2
8 ¼ dgl. 83 S. 44	12/88	102,4	102,35
F 4 Abl. 57*	4/84	100,1G	100,15G
8 Bdbahn 72	9/84	100,9G	100,9
8¼ dgl. 76	9/84	101	101
6 dgl. 78 III	11/84	100	100

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	6. 3.	5. 3.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	87G	86G
7 dgl. Pf 2	100,5G	100
F 7½ Bakola Pf 104	100,75G	100,75G
9 dgl. Pf 106	103G	103G
10 dgl. Pf 108	108,45G	108,45G
7 dgl. KS 132	95,85G	95,85G
8 dgl. KS 155	99,75G	99,75G
9 dgl. KS 168	102,85G	102,85G

Mittlere Laufzeiten gesucht

Zwar litt das Rentengeschäft unter dem karnevalsbedingten Ausfall der breiten Bankenkundschaft, doch blieb die Tendenz, von leichten Schwankungen abgesehen, insgesamt gut behauptet. Bei den öffentlichen Anleihen waren insbesondere Emissionen mit mittleren Laufzeiten gesucht, während die Nachfrage nach Langläufern ziemlich zum Erliegen kam. Die Pfandbriefkurse wurden dem gesunkenen Renditenniveau angepaßt. Im Handel unter Banken ergaben sich Sätze bei den Zehnjahrestiteln von 8,04 Prozent, bei den Fünfjährigen von von 7,67 bis 7,70 Prozent.

	6. 3.	5. 3.		6. 3.	2. 3.		6. 3.	5. 3.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	92,5G	92,5G	H 6 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117G	M 5 Verbank Hbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 20	82G	82G	6 dgl. 14	90,5G	90,5G	6 dgl. Pf 96	78TG	78G
6¾ dgl. Pf. 2	98G	98G	6 dgl. 47	79	79	7 dgl. Pf 100	100,1G	100,1G
7 dgl. Pf 3	96G	96bG	F 6 Helaba Pf 8	109G	109G	D 8 WestLB Pf 350	101,3G	101,3G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G	6 dgl. Pf 80	94,95G	94,9G	6¾ dgl. Pf 409	97,55G	97,55G
6¼ dgl. KS 14	98G	98G	8 dgl. Pf 73	101,4G	101,15G	9½ dgl. Pf 1007	106,75G	106,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG	4 dgl. KO 5	102,5	103G	8 dgl. Pf 1015	99,9G	99,9G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	125G	123,75G				7 dgl. KO 555	100,55G	100,55G
5½ dgl. Pf 11	131G	130G	H 5 Hyp.l.Hbg. Pf 98	82,25G	82,25G	6¼ dgl. KS 420	98G	98G
6 dgl. Pf 34	78,25G	78,25G	8½ dgl. Pf 80	90,65	90,65	9¼ dgl. KO 1301	105,85G	105,85G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G	8 dgl. Pf. 248	100,8	100,8G	8¼ dgl. KS 1278	101,85G	101,85G
6½ dgl. Pf 10	83,75G	83,75G	9 dgl. KO 125	100,15G	100,15G	8 dgl. IS 1512	100,55bG	100,55G
6 dgl. KS 1	99,8G	99,5G						

	6. 3.
5 Mannesmann 59	98,5G
6 NWK 61	99,3G
6 dgl. 62	97G
6 ObOm. Krwk. 64	94,75T
F 6 Rh.Bdw. 63	95G
6 dgl. 65	95,5G
6 RWE 63	-Zhg.
6 dgl. 65	85,15T
7½ dgl. 71	99,85
7 dgl. 72	98,6T
6 Rh.-M.-Don. 62	97,75G
6½ dgl. 68	99,5G
6 Schleswag 71	100G
5 STEAG 69	98,25G
7½ Thyssen 71	99,6T
8 dgl. 72	100T
7¼ dgl. 77	98,7G
5 Veba 59	99,5G
8 VEW 71	100,25T
6¾ dgl. 77	95,75T
7 VW 72	98,75G

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Mit leichten Verlusten schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Etwas schwächer ging Silber aus dem Markt. Zu kleinen Kursgewinnen kam es dagegen bei Kupfer. Mit Ausnahme der ersten beiden Sichten, die fester notierten, schloß Kaffee schwächer. Zu Verlusten in allen Sichten kam es bei Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	6. 3.	5. 3.
März	350,50	345,00
Mai	353,25	349,00
Juli	343,50	339,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	6. 3.	5. 3.
St. Lawrence 1 CW	251,40	251,40

Kakao New York ($/t)	6. 3.	5. 3.
Terminkontr. März	2465	2512
Mai	2380	2420
Juli	2345	2405
Umsatz	–	3856

Zucker New York (c/lb)	6. 3.	5. 3.
Kontrakt Nr. 11 März	6,75	6,93
Juli	7,23	7,39

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	6. 3.	5. 3.
März	152,20	151,30
Mai	147,15	146,75
Juli	140,35	140,50

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	6. 3.	5. 3.
schw. Sarawak spez.	380,00	380,00
weißer Sarawak	652,50	652,50
weißer Muntok	660,00	660,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Schweineschmalz Chicago (c/lb)	6. 3.	5. 3.
März	62,70	61,35
Mai	64,10	62,80
Juli	65,25	63,95

Kokosöl	6. 3.	5. 3.
Philippinen cif	1150,00	1140,00

Leinsaat	6. 3.	5. 3.
Rotterdam	306,00	308,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	6. 3.	5. 3.
März	13 900	13 900
April	13 726	13 749

Kautschuk London (p/kg)	6. 3.	5. 3.
Nr. 1 RSS loco	81,00-83,00	81,50-83,00
April	79,50-81,00	80,50-82,00
Mai	80,00-80,50	81,30-83,50
April/Juni	80,10-80,40	81,20-82,00
Tendenz: ruhig		

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	6. 3.	5. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	374-378	374-379
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	421	414-423
MS 63	412-417	413

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

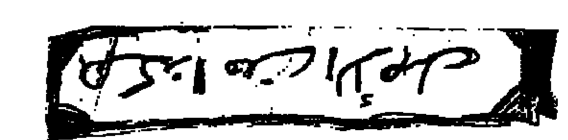
Internationale Edelmetalle

	6. 3.	5. 3.
Silber (p/Feinunze) London Kasse	676,45	679,70
3 Monate	691,30	694,40
6 Monate	705,50	710,00
12 Monate	737,55	741,00
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	275,55	276,35
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	108,20	109,00

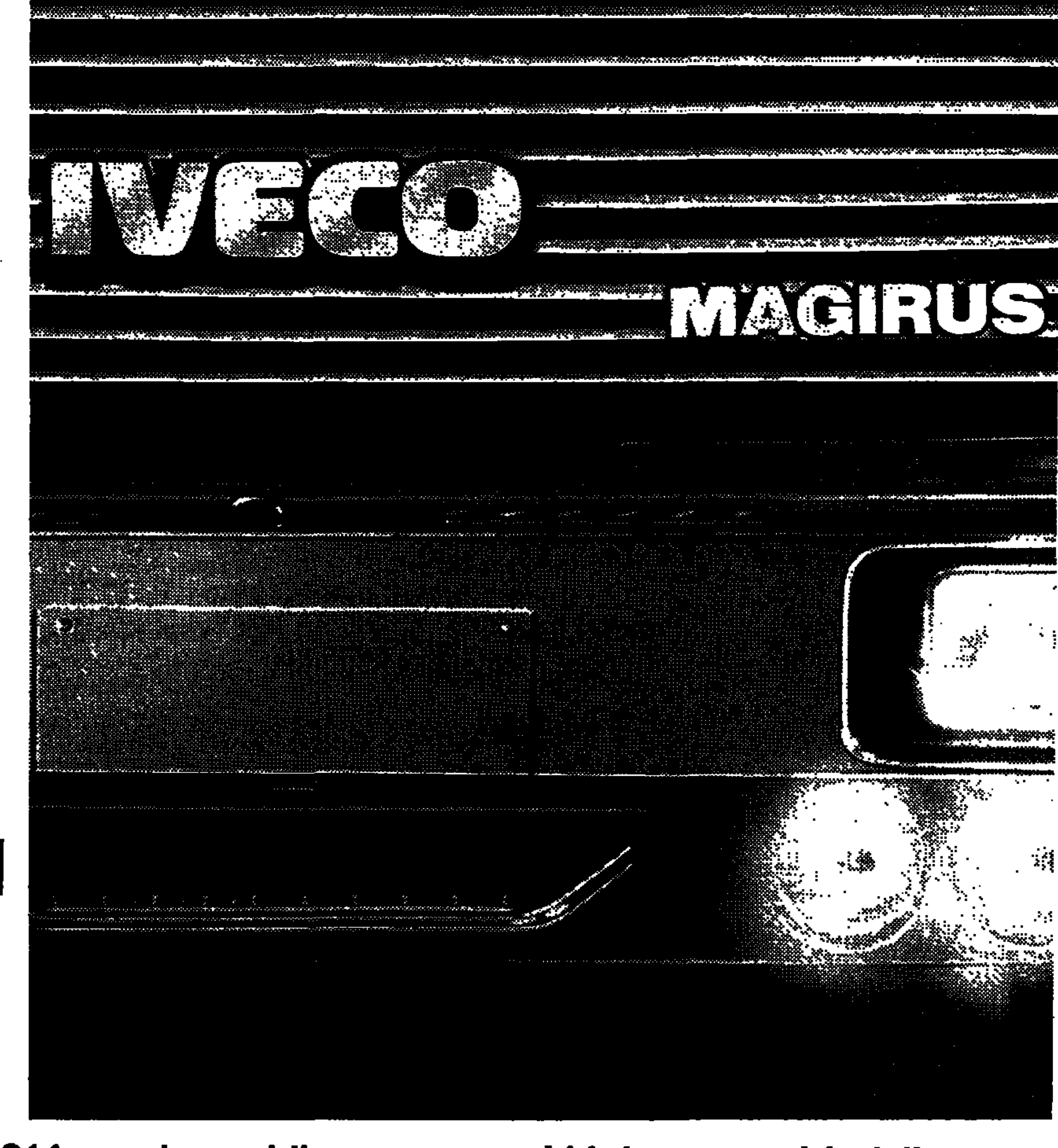
New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

	6. 3.	5. 3.
3 Monate	1016,5-1016,5	1010,0-1014,5
(Kupfer-Standard) Kasse	983,00-984,00	982,00-982,50
3 Monate	1003,0-1004,0	1002,0-1003,0
Zink (£/t) Kasse	667,00-669,00	678,00-680,00
3 Monate	670,00-671,00	666,0-667,00
Zinn (£/t) Kasse	8552-8565	8480-8485
3 Monate	8655-8658	8597-8598
Quecksilber ($/Fl.)	295-305	300-350
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	78-80	78-78



Iveco Magirus ist: 354 Varianten, 8 Klassen- eine Marke.



Seit 1916 werden in Ulm Nutzfahrzeuge entwickelt und gebaut. Durchdachte Konzepte und intelligente Technik führen zu speziellen Lösungen für individuelle Transportaufgaben.

Weil nur eine Modell-Variante für eine bestimmte Einsatzart optimal ist, sind alle anderen dafür weniger geeignet.

Iveco Magirus bietet darum 354 Varianten in 8 Fahrzeugklassen zwischen 2,8 und 38 t. Für den Verteiler- und Sammelverkehr, für den Bau- und Fernverkehr, für den Brandschutz und die Kommunalwirtschaft.

Ein Programm, das die Position der Iveco als Nr. 2 in Europa mitbegründet. Ein Erfolg, der Zukunft hat.

IVECO
MAGIRUS
Iveco Magirus AG, Ulm

STELLENANGEBOTE

Das Büro der Zukunft ist für Rank Xerox schon Gegenwart

Unser wegweisendes Kommunikationsnetzwerk Ethernet verändert die Informationsflüsse in der Büroorganisation. Durch elektronische Verbindung von Arbeitsfunktionen entsteht ein leistungsfähiges interfunktionales Kommunikationsnetz in der Büroorganisation.

Aufgabenorientierte Produkte wie Arbeitsplatzterminals, Textverarbeitungssysteme, dezentrale Speichereinheiten, elektronische Laserdrucksysteme ermöglichen eine wirtschaftliche und rationelle Anpassung an Organisationsabläufe.

Mit neuen Ideen und Realisierungsvorschlägen zur Bürokommunikation und einer ausgefeilten Produktpalette wird Rank Xerox weiter expandieren.

Wenn Sie an der Umsetzung dieser Zukunftsentwicklung teilhaben wollen und die erforderlichen Kenntnisse dieses Umfeldes besitzen, sollten Sie in unserem Geschäftsbereich Kommunikationssysteme mitarbeiten als

Systemberater/Anwendungen

Systemberater sollten über Programmiererfahrung mit problemorientierten Programmiersprachen verfügen und Erfahrung mit Betriebssystemen und Datenkommunikation haben.

Erfahrung in der Organisationsplanung und Betriebswirtschaft sind notwendig, um eine informative Brücke zum Kunden schlagen zu können.

Kenntnisse der Logik und des Inhalts von Kommunikations-Prozeduren sollten vorhanden sein.

Die Beherrschung der englischen Sprache ist ebenso Voraussetzung zur erfolgreichen Gestaltung der Aufgabe wie die Aufbereitung und Weitergabe der erarbeiteten Erkenntnisse an die Vertriebskollegen.

Ihre Mitarbeit in dieser Funktion schließt selbstverständlich ein, daß eine ausführliche Schulung erfolgt.

Ihren Aufstieg bei uns können Sie dann selbst bestimmen: durch Leistung.

Unser bekanntes umfangreiches Spektrum an sozialen Leistungen ist ein zusätzlicher Bonus für die Mitarbeit in einem Großunternehmen.

Wenn Sie sich für diese Position interessieren, dann rufen Sie bitte Herrn Larek an, Telefon 040/29184358, oder senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen an Rank Xerox GmbH, Personalabteilung der Region Nord, Hamburger Straße 205, 2000 Hamburg 76.

Kopieren · Vervielfältigen · Telekommunikation
Drucksysteme · Textverarbeitung · Qualitätspapiere

RANK XEROX

Wir sind eine namhafte und expandierende

Aluminium- und Zinkdruckgießerei

und suchen für den Verkauf unserer Erzeugnisse sowie für die Beratung und Betreuung unserer Kunden in den Küstenländern

Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen

einen freischaffenden

Außendienstmitarbeiter

Er sollte genügend Verkaufskapazität haben, Erfahrungen auf dem Gebiete der Metallhalbzeuge besitzen und in der einschlägigen Industrie eingeführt sein.

Unsererseits sind alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche und gute Zusammenarbeit innerhalb einer jungen Mannschaft gegeben. Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme.



Paul Feldhoff GmbH
Im Babenbecker Feld 62, 4900 Herford
Tel. 0 52 21 / 30 12 – 30 14

Generalunternehmen
sucht erfahrenen, flexiblen

Bauleiter

für schlüsselfertiges Bauen.

Unsere Baustellen sind über das gesamte Bundesgebiet verteilt.

Angebote an

A-T Plan + Bau GmbH
Postfach 13 27 · 4720 Beckum

Wir sind ein bedeutendes Verpackungswerk im rheinischen Raum mit Anschluß an eine internationale Verpackungsgruppe, erfolgreich tätig für die Markenartikel-Industrie in der BRD und im Export nach Benelux, Frankreich und Großbritannien.

Wegen Erreichung der Altersgrenze des bisherigen suchen wir zu einem Termin in 1985 mit vorhergehender Einarbeitungszeit den neuen, alleinigen

Geschäftsführer

der unser Unternehmen in die Zukunft führt und gestaltet.

Alter zwischen 35 und 45 Jahren, gute englische, möglichst auch französische Sprachkenntnisse Voraussetzung.

Der Bewerber muß Führungspersönlichkeit mit guter Kontaktfähigkeit sein sowie solide administrative und verkäuferische Fähigkeiten haben.

Die Aufgabe ist anspruchsvoll und herausfordernd. Dotierung (inkl. Tantieme) entsprechend der Verantwortung.

Bewerbungen erbeten in der üblichen und dem Bewerber richtig erscheinenden Form unter U 4767 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Anlageberater – Immobilienverkäufer
bei besten Verdienstmöglichkeiten gesucht.
Martinsohn Immobilien Service GmbH
Gr. Telegraphenstr. 6–8, 5 Köln 1,
Tel. 02 21 / 23 59 67

Hausdame für Rom
Perfekt Englisch, ca. 40–45 J., für Botschafter-Haushalt gesucht.
Bewerbungen erbeten unter PU 47 685 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Sie sind eine Vertriebspersönlichkeit

oder wollen eine werden; die Mitarbeiter selbständig motivieren und kontrollieren kann.

Sie wollen Ihr berufliches Arrangement um des Erfolges willen mit ganzer Kraft betreiben und stimmen einem leistungsabhängigen Einkommen voll zu.

Wir bauen und vertreiben ein Produkt für den Urlaub und die Freizeit, von dem viele träumen – zu unschlagbaren Konditionen.

Wir wollen unsere Kunden sorgfältig beraten und betreuen.

Wir vergeben feste Vertriebsgebiete zu seriösen Bedingungen.

Wir wollen kein Eigenkapital sondern Ihre Fähigkeiten.

Ihre Kurzbewerbung senden Sie bitte unter G 4361 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64 4300 Essen

---

Ihr Branchen-Know-how ist Geld wert.

Rank Xerox braucht gestandene Verkäufer, die etwas können. Aus der Büromaschinenbranche. Und junge Verkäufer, die noch etwas lernen wollen. Aus vielen Branchen.

Ob Sie nun **elektronische Schreibsysteme/Mikrocomputer, Drucksysteme, Kopierer** oder **Lichtpausgeräte** vermarkten – Sie wissen, wie man anspruchsvolle Kunden berät, überzeugt, gewinnt.

Daß Kunden heute kritischer sind, ist uns nur recht. Die weltweit führende Technik von Rank Xerox und der vorbildliche technische Service für Rank Xerox-Geräte können auch vor kritischen Kunden und scharfen Rechnern bestehen.

Aber auch unsere Verkaufsrepräsentanten müssen bestehen können. Deswegen suchen wir zur Erweiterung unserer Organisation **gestandene Profis und guten Nachwuchs.**

Selbstverständlich steigen Verkäufer mit Erfahrung und Erfolg auf einer finanziellen Stufe bei uns ein, die für jeden hochinteressant ist. Für jeden!

Wir können Ihnen aufgrund unserer Vertriebsstruktur spezielle Vertriebsaufgaben – je nach Erfahrung und Neigung – im Bereich unserer Geschäftsstelle **Hamburg** anbieten.

Wenn Sie für uns tätig sein wollen, dann rufen Sie bitte Herrn Larek an, Telefon 040/29184358, oder senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen an Rank Xerox GmbH, Personalabteilung der Region Nord, Hamburger Straße 205, 2000 Hamburg 76.

Kopieren · Vervielfältigen · Telekommunikation
Drucksysteme · Textverarbeitung · Qualitätspapiere

RANK XEROX

Führungsposition
in einem Dienstleistungsunternehmen
Handel – Spedition – Informationsverarbeitung

Wir sind Spezialisten in der Warenverteilung leicht verderblicher Lebensmittel und entwickeln hierfür Steuerungs- und Informationssysteme.

Wir erweitern unsere Führungsmannschaft im Rahmen unserer Unternehmensplanung und suchen einen dynamischen Kaufmann, der wie wir davon überzeugt ist, daß ein Dienstleistungsberufen die Zukunft gehört.

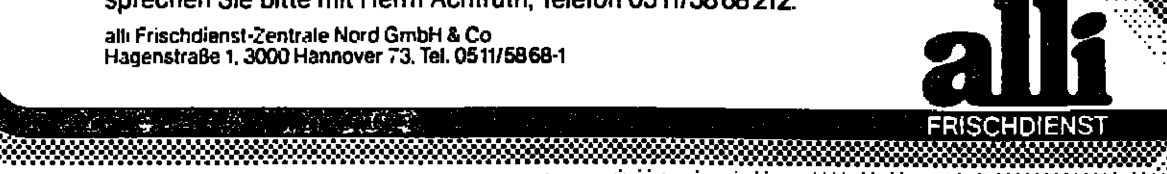
Unser neuer Mitarbeiter

- kennt und beherrscht die Zusammenhänge von Marketing, Organisation, Logistik und Informatik in der modernen Warenverteilung.
- hat als Praktiker mit fundiertem Basiswissen in einem Dienstleistungsunternehmen Erfahrungen gesammelt und Erfolge erzielt.
- ist begeisterungsfähig, kreativ und belastbar.
- kann Mitarbeiter führen und sich durchsetzen.
- will sich eine Führungsposition auf Geschäftsleitungsebene erarbeiten.

Spricht sie diese Herausforderung an?
Dann nehmen Sie bitte umgehend mit uns Verbindung auf.
Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung und das Gespräch mit Ihnen.

Wenn Sie vorab eine telefonische Kontaktaufnahme wünschen, sprechen Sie bitte mit Herrn Achtruth, Telefon 0511/5868212.

alli Frischdienst-Zentrale Nord GmbH & Co
Hagenstraße 1, 3000 Hannover 73, Tel. 0511/5868-1



STELLENGESUCHE

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte sucht Stellen für:
Bundesanstalt für Arbeit

Bankkaufmann

39, prakt. Betriebswirt, abgeschl. Seminar Bad Harzburg, fundierte Kenntnisse, Auslandsekretariat, Akquisition in Dienstleistungen, Wertpapier/Börse, BAV, Baufinanzierung/LA; sucht neuen Aufgabenbereich.

Auskünfte erteilt: Frau Krauel
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16, 2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2331, FS 2163213

Diplom-Physiker

36, Erfahrung in der Entwicklung elektr. Schaltungen auf dem Gebiet Bildsignalverarbeitung, Kenntnisse in Biophysik, Mikroprozess. und Datenverarbeitung; sucht Tätigkeit in Forschung, Entwicklung, EDV.

Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38, 2300 Kiel, ☎ 0431/907-342, FS 292673

Speditionskaufmann/Logistiker
40 J., verh., langjährige Erfahrung als Geschäftsführer, fundierte Kenntnisse auf allen Gebieten der Lkw-Spedition, Lagerei mit EDV-Anwendung, Import- und Exporterfahrung als Seehafenspediteur, Personalführung im kaufm. und gewerbl. Bereich, flexibel, belastbar, sucht ab 2. Hälfte 84 verantwortungsvolle, ausbaufähige Position.
Angeb. erb. u. N 4762 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bisheriger Finanzvorstand
(60) einer AG übernimmt Vermögensverwaltung, Finanzberatung, Organisationsaufgaben etc. Bin auch bereit, zeitlich begrenzte Aufgaben im In- und Ausland zu übernehmen. Auch zur Generationsüberbrückung. Vertrauliche Behandlung der Aufgaben ist selbstverständlich.
Zuschr. u. X 4638 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Kaufmännischer Leiter/Controller
Techn. Betriebswirt, REFA, 44 J., verh., ungekündigt, mit anzeigeüblichen Führungsqualitäten, z. Z. Verwaltungsleiter eines größeren Unternehmens (DM 200 Mio. Umsatz), langjährige Tätigkeit als leitender Angestellter i. d. Metall- u. Fleischwarenbranche mit den Erfahrungsschwerpunkten Bilanzierung, Budget u. Budgetkontrolle, Aufbau u. Leitung von Cost-Controlling-Systemen (Material- u. Zeitwirtschaft), verhandlungssicher, sucht neue, anspruchsvolle Tätigkeit im Raum Norddeutschland.
Ang. erb. u. PW 47 781 an WELT-Verlag, Postfach, 200 Hamburg 36

Steuerberater
Dipl.-Kfm., Mitte 30, Prüfung Feb. 1984, sucht ab 1. 7. 84 Anstellung gem. § 58 StBerG bei StB/WP (-Ges.) im Raum Hamburg; evtl. mit Aussicht auf spätere Praxisübern. od. Beteilig.
Angeb. erb. u. F 4756 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt, 35 J.
sucht langfr. interess. Tätigkeit i. Innen- od. Außendienst. Akquisitionserfahrung, ortsungebunden.
Zuschr. unt. X 4704 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing., Maschinenbau, m. russ. Sprachkenntnissen, sucht Anfangsstellung. Zuschr. unter L 4760 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Junge Frau
(36) sucht Tätigkeit mit flexibler Arbeitszeit. Gesellschafterin oder Sekretärin bei älterer Dame o. ä. Lebhaft, zuverlässig, gepflegt. Leichte Pflegeaufgaben möglich. Pkw, Telefon, SM. 0 41 22/31 21

Werbefachmann
Allroundpraktiker, 20jähr. Berufserfahrung, versiert in allen Bereichen der Werbung sowie im Umgang mit Werbe- und PR-Agenturen, sucht neue, dauerhafte Herausforderung in Industrie oder Handel.
Angeb. erb. u. W 4769 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bundeswehrsoldat
gelernter Kfz-Mechaniker, Führerschein Kl. 1, 2 und 3, sucht lohnende Nebenbeschäftigung. Auch am Wochenende.
Zuschriften unter W 4637 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chaffeur/Hausmeister
36 J., verh., langj. Berufserf., gute Referenzen, an Vertrauensstellung interessiert. Angeb. erb. u. PU 47761 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

Philippinen
Dipl.-Ing. (53) mit langjährigen Erfahrungen im Anlagen- und Apparate-Bau (auch Wärmepumpen und Solaranlagen), derartige Leitungen u. Dauerinteressenvertretung oder Generalvertretung für Ersatzteile usw.
Zuschriften an:
Dipl.-Ing. H. Graßmann
C/O Garcom-Baguio
PO Box 7691, Air Mail Distribution-Center, Mla, Pasay-City, Philippines

---

Erfahrener
EDV-Verkäufer
sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschriften unter Y 4798 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Regionalleiter
40 J., erfolgreich i. Foto-Audio-Video-Vertrieb einer Handelskette, sucht neuen Wirkungskreis m. selbst. Verantw. z. 1. 9. 84 od. später. Angebote erb. unter Z 4772 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Baustellenkaufmann
37 Jahre, ledig, Englisch in Wort und Schrift, franz. u. span. Kenntnisse, mehrjährige Erfahrung in der Abwicklung von Großbaustellen in Afrika u. Mittlerem Osten, sucht neuen kurz- od. langfr. Einsatz.
Zuschr. erb. u. G 4757 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Fachkosmetikerin
27 J., mit umfangreicher fachl. u. fundierter kfm. Ausbildung (Drogistin), Engl.-Kenntn., Erfahrung in div. Branchen in Einkauf, Verkauf und Sachbearbeitung, an verantwortungsvolle und selbständige Arbeit gewohnt, sucht interessanten Wirkungskreis im Raum Hannover.
Ang. erb. u. M 4761 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GESCHÄFTSFÜHRER
39 Jahre, verh., leitende Tätigkeit in Ein- und Verkauf, langjährige erfolgreiche Führung mehrerer Häuser in großen Warenhauskonzernen, umfassende kaufm. Ausbildung, Erfahrung in Sortimentsgestaltung, Werbung, Warenwirtschaft und Kostenkontrolle, Fähigkeit, Mitarbeiter zielorientiert zu führen,
möchte sich per Juli 1984 verändern und sucht neue verantwortungsvolle Führungsposition.
Zuschriften erbeten unter R 4764 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Chemiker, Dr. rer. nat.
42, Organiker und Analytiker, langjährige erfolgreiche Praxis als Laborleiter (Analytik) in der Pharmaindustrie, sucht neue Tätigkeit in der Industrie in Analytik, Qualitätskontrolle oder in der Dokumentation; Norddeutschland bevorzugt.
Angeb. erb. u. K 4759 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kreativer und leistungsstarker
Betriebswirt (grad.)
Industriekaufmann, 34 J., mit mehrjähriger Praxis in Verwaltung, Handel u. Industrie. Schwerpunktbereiche: Personalwesen, Beschaffung u. Vertrieb. Ausbaufähige Kenntnisse in Arbeits- u. Wirtschaftsrecht, techn. Verständnis, EKW-Mitglied, gut im Maschinenschreiben. Besonderes Interesse f. Kommunikation u. Design. Ich suche anbaufähiges Tätigkeitsfeld in Berlin. Kleines Büro (60 m²) kann eingerichtet werden.
Angeb. erb. u. X 4770 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wo fehlt
langjähriger erfahrener **GmbH-Geschäftsführer** aus norddeutschem Industriebetrieb mit 160 Beschäft., gegebenenfalls mit Kapitalanlage? Schwerpunkt Verkauf! Gute Fach- und Branchenkenntn. in Chemie u. Kunststoff, Sanitär- und Baustoffgroßhandel. Angebote erbeten unt. PB 47 746 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Dipl.-Betriebswirt, 34 J., außergewöhnliche
Führungspersönlichkeit
sucht Aufgabe als Geschäftsführer. Zur Zeit in mittelständischem Unternehmen verantwortlich für Marketing, Personal, Organisation, Controlling, EDV. Zuschriften bitte unter Y 4771 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger Tischler/Verkaufsberater
sucht Stellung mit guten Verdienstmöglichkeiten im Ausland.
Ang. erb. u. H 4758 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Physiker
31 J., Examen theoret. Physik, Gesamtnote sehr gut, sucht passenden Wirkungskreis.
Zuschriften unter Z 4794 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Jurastudent
Groß- u. Außenhandelskfm., 32 J., gepfl. Äußeres, Wirtschaftsabitur, 2. Bildungsweg, Span.- u. gute Englischkenntn., sucht adäquate Position mit Zukunftsperspektive im Raum HH. z. 1. 4. 84.
Ang. erb. u. E 4755 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Einkäufer
Verpackung / Display / Werbemittel, mit Hang zum Kreativen, 45 J., verh., 1 Kind, nicht ortsgebunden, sucht zum 1. 7. 84 neue Aufgabe.
Ang. u. PS 47 759 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Weibl. Bürokaufmann
(gepr. Sekretärin), 23, gute Referenzen, sucht Wirkungskreis ab 1. 7. 84 in Hongkong für mind. 1 Jahr.
Ang. u. PE 47 767 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Sanierungsexperte
Dipl.-Kaufmann, 45, langjährige Erfahrungen als Geschäftsführer und Controller, sucht neue Aufgabe. Kapitalbeteiligung möglich.
Angeb. erb. unter F 4624 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsingenieur
Investitonsgüter, Elektromechanik, Nachrichtentechnik, Elektronik, interessiert an selbständiger Tätigkeit (Vertretung, Außenbüro) im süddeutschen Raum.
Zuschr. erb. u. P 4763 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Beirut oder ruhigere Gegend!
auch wo geschossen wird, muß für die Märkte von heute und morgen seriös ge- und verhandelt werden. **BETRIEBSWIRT**, grad., i. ungekündigter Stellung, 39 J., ungeb., franz., span., engl. verhandlungssicher, langjähr. Auslandserfahrung, u. a. Schiffahrt, Lateinamerika, sucht Position, mögl. Food/Vertrieb.
Zuschr. u. Y 4639 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (TH)
Studium allgemeiner Maschinenbau. Langjährige Tätigkeit in Hannover als Gruppenleiter und Leiter im Bereich Entwicklung von Baumaschinen. Sucht situationsbedingt neue Tätigkeit im Fahrzeug- oder Maschinenbau.
Ang. u. A 4773 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Gerichtsvollzieher
mit kaufm. Ausbildung und langj. Berufserfahrung sucht gesicherte Anstellung mit entsprechender Dotierung. Akquisitorische Tätigkeit angenehm, z. B. Baufinanzierung.
Angebote unter E 4777 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rep. Irland
Speditions-Kfm., auch Großh., Industrie- u. Computer-Erfahrung, engl. Sprache, 28 J., led., sucht Stellung i. Nordosten der Rep. Irl.
Zuschriften unter B 4796 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fachhandelsberater
Mitte 40, aus dem Vertrieb/Außendienst im „Bürotechnischen Bereich", wünscht sich baldmöglichst zu verändern. Langjährige Erfahrungen im Einkauf, Verkauf, Werbung, Vertrieb. Auch Kaufhaus-Erfahrung als Abteilungsleiter/Einkäufer.
Angebote unter F 4778 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Baufinanzierung

Vorne die Friedrichstraße und hinten die Ostsee, wie einst Kurt Tucholsky des deutschen Eigenheimers Traum umschrieb – er wird weitergeträumt. Wohneigentum bleibt aufs höchste erstrebenswert. Dafür legt man sich über die Maßen krumm. Bauen überhaupt, die Gestaltung von Stadt, Landschaft oder Wohnviertel, durch Stein, Beton, Holz, Stahl oder Pflanzen, ist nicht mehr Bauwut, sondern eher Baulust.

Die Bundesrepublik hat die Hektik ihrer frühen Jahre abgelegt. Die „alte Bauherrn-Herrlichkeit", geprägt von Nachholberdarf, Kurzatmigkeit und der Jagd nach der schnellen Mark, ist in ein ruhiges Urstromtal gemündet. Gestaltung mit dem langen Atem hat die Hektik des aufregenden Betongoldes verdrängt.

Zu dieser Normalität haben konjunkturelle Zyklen gewiß beigetragen, mehr vielleicht aber noch, daß viele Bauherren – große mehr als kleine – manches Projekt in den Sand gesetzt haben. Falsche Standortwahl, unrealistische Gewinnerwartungen, schlechte Kalkulation, windige Finanzierung – der Ursachen gab und gibt es viele. Der marktwirtschaftliche Reinigungsprozeß mag für die Beteiligten teuer gewesen sein, für die Wettbewerbswirtschaft war er wohltuend desillusionierend. Es wird der Blick in die Realität gezwungen.

Gestalten durch Bauen ist stets ein Griff in die Lostrommel der Zukunft. Was jedoch in den Tageswirren unterzugehen droht: Die vielzitierten Rahmenbedingungen sind derzeit so aufmunternd wie selten. Der Markt ist groß, seine Entwicklung dynamisch, die Aufgaben riesig. Nur Flachdenker glauben daraus den Schluß ziehen zu müssen, jedes Projekt an jeder Stelle sei geeignet, seinem Eigentümer die Nase zu vergolden.

Dieses nun ganz gewiß nicht. Aber im Wohnungsbau und der Eigentumsbildung wird der Traum von den eigenen vier Wänden weitergeträumt – vor allem tagsüber. Die Generationen träumen etwas kühler als früher, aber sie träumen. Die Singles vom Wunschappartement, die jungen Paare von der Wohnung ihrer Wahl, die Aufsteiger von etwas mehr Komfort, die Senioren von ihrem Alterssitz.

Alle gemeinsam entwickeln auch mehr Feinnervigkeit für die lebenswerte Umwelt ihrer Städte, Landschaften und Wohnviertel. Allein dies schon ein riesiges Programm für Generationen.

Hinzu kommt der Zwang zur Versöhnung von Industrie und Gewerbe mit der lebenswerten Umwelt, Stichwort sauberes Kraftwerk. In allen diesen Bereichen gibt es Aufbruchstimmung. Konjunkturell sind die Signale eindeutig. Allein bei den zum Neubau genehmigten Wohnungen ist im vergangenen Jahr mit 420 000 Wohnungen das beste Ergebnis seit zehn Jahren verzeichnet worden. Die Erholung aus einem Tief ist offensichtlich, mag auch über die Initialzündung dieses Prozesses gestritten werden. Moderate Baupreise und Zinsen begünstigen den Bauentschluß.

Eine überaus leistungsfähige Kreditwirtschaft steht bereit, diesen Aufbruch zu finanzieren. Daß ein Bauherr nicht zu einem maßgeschneiderten Kapitalmantel kommen sollte, scheint fast ausgeschlossen. Natürlich darf und muß auch gerechnet werden – sehr scharf sogar.

PETER GILLIES

Trotz intensiver Beratungsarbeit von Banken und Bausparkassen machen Bauherren immer wieder die gleichen Fehler

Wie die Planung zum Bumerang werden kann

Von WERNER NEITZEL

Der Bau oder der Kauf eines Hauses oder einer Wohnung ist für die meisten Bürger ein einmaliges Ereignis. In den seltensten Fällen kann man voraussetzen, daß der potentielle Bauherr bereits Erfahrungen im Umgang mit Behörden, Architekten und Finanzierungsinstituten hat, wenn es um die Frage geht, sich eigene vier Wände zu schaffen.

Bauplanung und -finanzierung stellen sich vielfach als großes Abenteuer dar, von dem man nicht genau weiß, wie es ausgeht. Zuversicht in die eigene Leistungsfähigkeit und Vertrauen in ein stabiles wirtschaftliches und politisches Umfeld sind deshalb wichtige Faktoren beim Entschluß zum Bauen.

Die Steigerung der Preise für Bauland und Bauleistungen in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten, die in einem rasanten Tempo viele einmal gesteckte Planungsziele überrollte, hat teilweise Zufriedenheit über den einmal gefaßten Entschluß nach der Devise „Jetzt bauen – billiger wird es nicht mehr" hinterlassen. Andererseits sind aber auch Ernüchterung und Frust eingetreten.

Trotz (oder manchmal auch wegen) intensiver Beratungsarbeit beispielsweise der Bausparkassen und Banken, die zunächst einmal die Aquisition eines neuen Kunden im Auge haben, werden nicht selten immer wieder die gleichen Fehler gemacht: Die für die Realisierung des Wohneigentum-Erwerbs wichtige Bausparfinanzierung beispielsweise basiert auf einer häufig zunächst zu niedrig angesetzten Vertragssumme.

Dies hat zur Folge, daß der Bauinteressent auf irgendeine Art beginnen muß, aufgerissene Finanzierungslöcher zu stopfen. Entschließt er sich zu einer Vertragsaufstockung oder zum Abschluß eines Zusatzvertrags, so heißt dies kostbarer Zeitverlust. Währenddessen marschieren die Baukosten möglicherweise in neue, nicht vorhergesehene Höhen. Oder es wird versucht, zusätzlich andere – sicherlich kaum billigere – Fremdmittel aufzutun. Irgendwo sind aber für die monatliche Belastbarkeit des Haushaltsbudgets Grenzen gesetzt. Auch bei der Einplanung von Eigenarbeit als Finanzierungsfaktor lassen sich nicht unbegrenzt Reserven lokker machen.

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Schließlich bleibt oftmals nur der Ausweg, am Bau und an der Bauqualität Abstriche und Einsparungen vorzunehmen. Daß dies aber zum teuren Bumerang werden kann, zeigt sich dann, wenn zum Beispiel die Farbe der Fassade abzublättern beginnt, Türen oder Fenster zu früh erneuerungsbedürftig werden oder an der hohen Heizölrechnung, wenn man beispielsweise die Isolierung der Heizungsrohre auf später verschoben hat. Es wird also vielfach am falschen Ende gespart.

Diesem Ungemach kann man aber dadurch entgehen, daß man sich zu Beginn der Planungsphase realistischere Vorstellungen über Projektgröße und Finanzierungserfordernisse macht. Ansonsten winkt ein Wolkenkuckucksheim!

Dies ist zugegebenermaßen leichter gesagt denn getan. Wer hätte es vor zwanzig Jahren vorausgesagt, daß ein Einfamilienhaus heute einen Aufwand von einer halben Million Mark erfordert? In den großstädtischen Ballungsräumen sind die Preise nach oben geschnellt, wie es wohl vorher kaum jemand für möglich gehalten hätte. Und auch in diesen Tagen tut man sich schwer, wenn eine Prognose über die weitere Grundstücks- und Baupreisentwicklung abgegeben werden soll. Wahrscheinlich ist allerdings, daß die Zeiten derart drastischer Teuerung auf diesem Gebiet wie in den zurückliegenden Jahrzehnten vorbei sind. Die Grenzen in der allgemeinen Einkommensentwicklung gebieten dies von der Nachfrageseite her.

Es mag eine Binsenweisheit sein, aber sie kann nicht oft genug wiederholt werden: Gut planen heißt auch viel sparen. Von der Finanzierungsseite her führt praktisch kein Weg daran vorbei, auf ein angemessenes Eigenkapitalpolster hinzuarbeiten. Noch in frischer Erinnerung sind nämlich jene 100-Prozent-Fremdfinanzierungsmodelle, die als Idee in Jahren niedriger Kapitalmarkt-Zinsen geboren wurden, dann aber ihre Bewährungsprobe in der Hochzinsphase nicht bestanden und sehr rasch vom Markt wieder verschwanden.

Eine gesunde Relation zwischen Eigenkapital und den an der Einkommenslage ausgerichteten monatlichen Belastungen durch I. Hypothek, Bauspardarlehen und andere Fremdmittel muß vorhanden sein.

Häufig geistert die Vorstellung herum, daß Erwerb und Modernisierung eines Altbaues billiger kommt als ein Neubau. Diese Rechnung geht nur in den seltensten Fällen auf. Meistens wird eine ganze Reihe kostenträchtiger Maßnahmen fällig, über die vorher oft nur vage Vorstellungen bestanden: Außenfassade, Wärmedämmung, Fenster, sanitäre Anlagen, hohe Decken abhängen sind nur einige Stichworte.

Bei der Unausgeglichenheit in der Wohnungsversorgung – in ländlichen Gegenden stehen Wohnungen leer, in Ballungsräumen herrscht dagegen Mangel – ist es unabdingbar, das gesamte Spektrum des Wohnungsbaus im Blick zu behalten.

Nach wie vor ist es für größere Familien schwer, an angemessene Wohnungen zu kommen. Neben den Neubau-Aktivitäten muß sich das Augenmerk der Wohnungswirtschaft immer wieder darauf richten, wie der Bestand von Millionen modernisierungsbedürftiger Wohnungen mobilisiert werden kann.

STEUERN / Neuregelung von 1986 an vorgesehen

Dschungel wird gerodet

Von HEINZ HECK

Soviel steht heute schon fest: Teurer darf es nicht werden, und möglichst gerecht soll es zugehen. Die Rede ist von der künftigen Wohnungsbauförderung, die den Steuer- und sonstigen Dschungel der geltenden Regelung – möglichst ab 1986 – ablösen soll. Mehr als die auf jährlich rund 26 Milliarden Mark veranschlagten – direkten und indirekten – Wohnungsbausubventionen will Kassenwart Gerhard Stoltenberg (CDU) seinem Kollegen Wohnungsbauminister Oscar Schneider (CSU) nicht bewilligen. In der Fachsprache heißt das: Es soll eine aufkommensneutrale Lösung gefunden werden, zumal da voraussichtlich 1987 ein Steuerentlastungsprogramm, bestehend aus Tarifreform und verbessertem Familienlastenausgleich, mit einem Finanzvolumen von rund 25 Milliarden Mark für Mindereinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden sorgen wird.

Aber 26 Milliarden sind kein Pappenstiel, und mit diesem Betrag müßte Schneider in der Lage sein, dem Konjunkturpferd Wohnungsbau auf die Sprünge zu helfen. Wichtig ist, daß rechtzeitig Klarheit über die künftige Regelung geschaffen wird, damit Bauherren und solche, die es werden wollen, sowie Bauwirtschaft und Finanziers ihre Dispositionen treffen können. Nach dem Bonner Fahrplan soll das neue Konzept bis Jahresmitte als Referentenentwurf „stehen", im Sommer vom Kabinett gebilligt werden und bis Jahresende als endgültiger Gesetzentwurf vorliegen. Dann bliebe 1985 für die parlamentarische Verabschiedung und die nötigen Vorbereitungen in Wirtschaft und Verwaltung.

Schneider hat sich bei der Neugestaltung der Eigenheimbesteuerung für die Konsumgutlösung entschieden. Bei diesem Modell können für die eigengenutzte Wohnung weder Kosten noch fiktive Mieteinnahmen steuerlich geltend gemacht werden. Zugleich soll der gute alte Paragraph 7 b (Einkommensteuergesetz) in einen Freibetrag überführt werden, der einmal – je nach Höhe des Einkommens und damit nach Ausmaß der Steuerprogression – zu unterschiedlich hohen Steuerersparnissen für den Bauherren führt. Hinzukommen soll eine ausgeprägte Kinderkomponente, die als Festbetrag die Einkommensteuerschuld verringert und daher unabhängig von Einkommenshöhe und Steuerprogression gewährt wird. Nach dem derzeitigen Beratungsstand zwischen Schneider und Stoltenberg sollte sich der Staat den Bau jeder selbstgenutzten Wohnung 3000 bis 4000 Mark im Jahr kosten lassen.

Der Steuer- und Wohnungsexperte der FDP-Bundestagsfraktion, Hans H. Gattermann, zugleich Vorsitzender des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag, hat gegenüber der WELT einige interessante ergänzende Überlegungen in die Diskussion eingeführt. Zunächst plädiert er für eine steuerliche Gleichstellung aller selbstnutzenden Eigentümer, unabhängig von der offiziellen Deklaration des Wohnungsobjekts (also Einfamilien-, unechtes Zweifamilien- oder Mehrfamilienhaus). Für sie alle soll ab 1986 eine dregressiv gestaltete Sonderausgabenregelung gelten, die nach einem Zeitraum von acht bis zehn Jahren (also der Phase der stärksten finanziellen Belastung) ausläuft. In der Wirkung stünde sich der Bauherr nicht schlechter als bei der geltenden 7-b-Regelung, sondern besser, meint Gattermann. Sein Ziel ist zum einen sehr gesellschaftspolitisch: Die selbstgenutzte Wohnung geht den Staat ertragsteuerlich nichts an, und er soll sich folglich weitgehend heraushalten. Zugleich zielt er auf Steuervereinfachung. Mit dieser Regelung fielen nach seiner Schätzung fast eine Million Veranlagungsfälle mit einem marginalen Steuerertrag von vielleicht 100 Millionen Mark „auf einen Schlag weg".

Bei vermieteten Wohnungen soll sich auch künftig nichts ändern. Hier soll es bei der Investitionsgutlösung bleiben, so daß Einkünfte und Belastungen weiterhin steuerlich geltend gemacht werden können.

ÖFFENTLICHE HAND / Klassische Eigentumsbildung im Vordergrund

Das Füllhorn ist reich ausgestattet

Von ROBERT SCHOLL

In vielen Bereichen, in denen öffentliche Hilfen bislang kräftig flossen, hat der Staat in den vergangenen Monaten den Rotstift angesetzt. Ein Bereich blieb davon verschont: der Wohnungsbau. Dafür gibt es eine Reihe guter Gründe, konjunkturpolitische, familienpolitische, ordnungspolitische. Das Füllhorn staatlicher Förderung ist heute reich ausgestattet. Die Hilfe der Bundesregierung für die Eigentumsbildung liegt darin ganz oben an.

An erster Stelle zu nennen ist die klassische Förderdung über den „Bauherrn-Paragraphen" 7 b, der zu den bekanntesten und beliebtesten Paragraphen unseres Steuerrechts zählt. Den 7 b kann jeder in Anspruch nehmen, der ein Einfamilienhaus oder eine Eigentumswohnung baut oder kauft. Das Haus muß zu mehr als zwei Dritteln Wohnzwecken dienen. Herstellungs- oder Anschaffungskosten können in diesen Fällen steuermindernd mit jährlich fünf Prozent der auf das Gebäude entfallenden Kosten bis zu einem Höchstbetrag von 200 000 Mark abgeschrieben werden.

Zusätzliche Hilfe für kinderreiche Familien

Der 7 b macht es also möglich, jährlich bis zu 10 000 Mark von seinen zu versteuernden Einnahmen abzusetzen – und das acht Jahre lang. Die Höhe der Steuerersparnis im Einzelfall hängt von der Höhe des zu versteuernden Einkommens und damit vom Steuersatz ab. Sie liegt im Durchschnitt monatlich bei etwa 250 bis 300 Mark. Seit 1982 gibt es eine Regelung, die Familien mit mehreren Kindern zusätzliche Hilfe bietet. Ergänzend zum 7 b können Familien mit zwei und mehr Kindern für das zweite und jedes weitere Kind pro Jahr 600 Mark von ihrer Steuerschuld direkt abziehen.

Der 7 b kann zum ersten Mal im Jahr der Fertigstellung oder Anschaffung des Hauses in Anspruch genommen werden. Abschreiben kann grundsätzlich nur der Eigentümer. Jeder Steuerpflichtige kann dies einmal in seinem Leben tun. Zusammenlebende Ehegatten können insgesamt zwei Objekte abschreiben.

Bis zur Jahreswende 82/83 war Bauherren eines Eigenheims verwehrt, über den 7 b hinaus zusätzlich auch Schuldzinsen abzusetzen. Dies hat sich mit dem damals von der Bundesregierung aufgelegten Sofortprogramm zur Wiederbelebung des Wohnungsbaus geändert. Heute kann jeder, der ein neues Eigentum baut oder eine Eigentumswohnung erwirbt, Schuldzinsen bis zu einer Höhe von 10 000 Mark pro Jahr steuerlich neben dem 7 b geltend machen, allerdings nur drei Jahre lang. Stichtag war der 30.9.1982.

Viele Bauherren haben sich in den letzten Jahren für den Bau eines Zweifamilienhauses anstelle des klassischen Eigenheims entschieden. Dafür waren im wesentlichen steuerliche Gründe maßgebend. Als Zweifamilienhaus werden steuerlich nur Gebäude betrachtet, in denen tatsächlich mindestens eine Wohnung vermietet ist.

Wer ein solches „echtes" Zwei- oder Mehrfamilienhaus baut, der macht für die Steuer eine Gewinn- oder „Verlust"-Rechnung auf. Als Verluste berücksichtigt werden im Steuerverfahren die „Werbungskosten", als Gewinne die Mieteinnahmen aus der vermieteten Wohnung und der vom Finanzamt angesetzte Mietwert für die selbstgenutzte Wohnung. Der 7 b fällt hier unter die Rubrik „Werbungskosten". Der begünstigte Höchstbetrag liegt für das Zweifamilienhaus bei 250 000 Mark. Einiges mehr kommt noch hinzu: Im Gegensatz zum klassischen Eigenheimer kann der Eigentümer des Zweifamilienhauses Schuldzinsen in unbeschränkter Höhe, also über die 10 000 Mark hinaus, die gegenwärtig im Rahmen des Sofortprogramms gelten, absetzen. Hinzu kommen Aufwendungen für kleinere oder größere Instandhaltungsmaßnahmen, die man ebenfalls steuerlich geltend machen kann.

Steuerliche Vergünstigungen für das Bauen kann jeder in Anspruch nehmen, unabhängig von seinem Einkommen. Daneben hilft der Staat denen, die über geringe oder mittlere Einkommen verfügen, mit zusätzlichen direkten Förderprogrammen im sozialen Wohnungsbau. Für die Durchführung dieser Programme sind die Länder verantwortlich. Sie fördern unterschiedlich mit Baudarlehen zu günstigen Bedingungen oder mit Aufwendungshilfen zur Verringerung der laufenden Belastungen. Immer mehr ist in den letzten Jahren auch hier die Eigentumsförderung Schwerpunkt geworden.

Neues Fördermodell wird ausgearbeitet

Im Rahmen der Eigentumsprogramme ist der Kreis der Berechtigten weit gezogen. Gefördert werden können Haushalte, deren Jahreseinkommen die im Gesetz festgelegten Grenzen um nicht mehr als 40 Prozent übersteigt. So gehört beispielsweise eine vierköpfige Familie mit einem Jahreseinkommen von rund 60 000 Mark noch zum Kreis der Berechtigten.

Die Vermögensbildung im Wohnungsbau wird sicher auch künftig vom Staat begünstigt werden. Dabei wird die klassische Eigentumsbildung im Vordergrund stehen. Gegenwärtig wird in den zuständigen Ressorts an einem Fördermodell gearbeitet, das nahtlos an das Auslaufen des Sofortprogramms anschließen soll. Es geht nicht, wie verschiedentlich in den vergangenen Monaten zu hören war, um eine „Abschaffung" des 7 b, sondern darum, eine neugestaltete und für den einzelnen Haushalt günstigere Fördermöglichkeit zu schaffen. Sie soll durch eine kräftige familienpolitische Komponente ergänzt werden.

Hypotheken und 'Baufinanzierung aus einer Hand'

Von Zeiten und Zinsen

Von HARALD CHRISTIAN

Unter den Finanzierungsgruppen, die Baugeld für gewerbliche und private Bauvorhaben anbieten, gehören die Realkreditinstitute zu den Spezialisten. Neben dem Kommunalkreditgeschäft mit Bund, Ländern und Gemeinden gewähren sie gegen Grundpfandrechte gesicherte „Hypothekendarlehen". Die dafür notwendigen Mittel beschaffen sie sich über den Kapitalmarkt durch Ausgabe von Pfandbriefen und Kommunalschuldverschreibungen (Kommunalobligationen).

Der langfristigen Kreditvergabe steht stets eine ebenso langfristige Mittelbeschaffung gegenüber. So ist es auch in der Regel ziemlich gleichgültig, ob man sich ein Hypothekendarlehen bei einer öffentlich-rechtlichen oder privaten Hypothekenbank beschafft. Ihr Marktanteil liegt am gesamten Realkreditgeschäft bei etwa 30 Prozent. Die Wettbewerbsfähigkeit der meisten privaten Institute hat sich gebessert, seit sie im Mehrheitsbesitz der großen Geschäfts- und Filialbanken sind, die über ihre Bankschalter sogenannte „Baufinanzierungen aus einer Hand" anbieten.

Wer jetzt ans Bauen denkt, tut sicher gut daran. Der plakative Hinweis, daß es nicht billiger wird, ist aber nur die halbe Wahrheit. Vernünftiger wäre es, darauf hinzuweisen, daß der Hypothekenzins und die aus dem effektiven Zins stammende Belastung für den Bauherrn tendenziell eher steigt, oder zumindest in engen Grenzen einigen Schwankungen unterworfen ist.

Derzeit werden von Hypothekenbanken Nominalzinssätze für fünfjährige Festlaufzeit zwischen 6,5 und 8,5 Prozent angeboten, das sind bei Auszahlungskursen zwischen 90,75 und 98,5 Prozent Effektivzinssätze zwischen 8,8 und fast 9,9 Prozent. Bei 10 Jahre festgelegten Zinsen werden zur Zeit Zinssätze zwischen 7,75 und 8,5 Prozent sowie Auszahlungskurse zwischen 90 und 97 Prozent gehandelt. Das würde Effektivzinssätzen zwischen 9,2 und 9,8 Prozent entsprechen. Die Zinshöhe und die Höhe der tatsächlichen Belastung haben ihre Ursachen in den USA, bei den hohen Zinsen dort und dem immer noch recht hohen Dollarkurs gegenüber der DM. Der deutsche Kapitalmarkt hat kaum Möglichkeiten, sich diesem Zinstrend zu entziehen. Zu spekulieren, ob derzeit die Zinsen nachhaltig sinken werden oder – was wahrscheinlicher ist – der Zinstrend im Herbst wieder nach oben gerichtet ist, ist müßig. Zumal, wenn das Geld jetzt her muß.

Der Nominalzinssatz für die Hypothek ist nicht allein entscheidend über die Preiswürdigkeit des Angebots. Berücksichtigt werden muß einmal

- der Auszahlungsbetrag, also der um das Damnum gekürzte Nominalbetrag der Hypothek, der schließlich zurückgezahlt werden muß,
- der Tilgungssatz,
- die Verzinsung eines Tilgungsstreckungsdarlehens,
- die Laufzeit der Hypothek, schließlich auch
- der Rhythmus der Zins- und Tilgungszahlungen.

Leider lassen sich immer noch allzuviele Bauwillige von „niedrigen" Nominalzinsen blenden und handeln sich – vor allem wenn sie schlecht beraten werden – erhebliche Nachteile ein. Entscheidend ist bereits die Frage ob man sich, mit „harten Nerven" ausgestattet, für einen variablen Zins, entscheidet, der je nach Zinsschwankungen am Geld- und Kapitalmarkt alle drei Monate neu festgelegt werden kann.

Solche gleitenden Zinsen empfehlen sich aber nur in ausgesprochenen Hochzinszeiten. Der Schuldner wird dann bei sinkenden Zinsen Schritt für Schritt von seiner früheren Entscheidung profitieren. Wer in Niedrigzinszeiten einen günstigen Nominalzinssatz mit annehmbarem Auszahlungskurs für 10 Jahre erwischt hat, hat dagegen gut lachen, wenn die Zinsen unaufhaltsam nach oben ziehen. Freilich kann er nach zehn Jahren voll in einer Hochzinsphase landen …

BAUSPARKASSEN / 1983 wurden rund 2,3 Milionen Verträge über eine Summe von 75 Milliarden Mark neu abgeschlossen

Rutschpartie der Branche scheint beendet zu sein

Von WERNER NEITZEL

Nach harten Jahren der Talfahrt glaubt die deutsche Bausparwirtschaft, endlich wieder die linde Luft eines Bausparfrühlings zu spüren. Die 31 privaten und öffentlichen Bausparinstitute haben 1983 nach ersten Schätzungen rund 2,3 Millionen Verträge über eine Bausparsumme von insgesamt knapp 75 Milliarden Mark neu abgeschlossen. Dies bedeutet der Stückzahl nach eine Steigerung von 5,5 Prozent und den Summen nach ein Plus von 4,8 Prozent.

Trotz dieses sich abzeichnenden Aufschwungs des Neugeschäfts und – was für das Bausparkollektiv nicht minder wichtig ist – des Geldeingangs, reichen die Kassen noch längst nicht an das bisherige Spitzenjahr 1980 heran. In jenem Jahr hatten die Institute nicht weniger als 3,1 Millionen Verträge über insgesamt mehr als 107 Milliarden Mark Bausparsummen neu abgeschlossen. Seitdem ging es auf diesem Gebiet ziemlich rasant bergab. In 1981 rutschten die Neuabschlüsse summenmäßig um knapp 20 Prozent nach unten, um im darauffolgenden Jahr 1982 um weitere fast 18 Prozent nachzugeben. Mit dem recht ordentlichen Ergebnis des Jahres 1983 liegt die deutsche Bausparwirtschaft also immerhin noch etwa 30 Prozent unter dem 1980er Niveau.

Die Ursachen für diese Rutschpartie der Branche, die jetzt ihr Ende gefunden zu haben scheint, sind zuallererst in der seinerzeitigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu sehen. Sinkende Realeinkommen, steigende Arbeitslosigkeit und für den Durchschnittsverdiender in nur schwer erreichbare Höhen gekletterte Bau- und Grundstückspreise boten und bieten zusammengenommen nicht das Umfeld, das Bau- oder Kaufwillige zu größeren Taten schreiten läßt. Überdies trugen der hohe Kapitalmarktzins und die damit zusammenhängenden attraktiven Zinsen anderer Sparformen dazu bei, daß der sparwillige Bürger statt des Bausparkontos in zunehmendem Maße andere Anlageformen vorzuziehen begann.

Es fehlt eine wichtige Initialzündung

Die Sparleistungen der Bausparer haben seit 1979 ständig nachgelassen. Einen wesentlichen Auslöser für diese Abwärtsdrift sehen die Bausparkassen-Manager nicht zuletzt in der reduzierten Bausparprämie und den unzureichenden Einkommensgrenzen bei den staatlichen Fördermaßnahmen. Hier fehle ihrer Meinung nach der Branche immer stärker eine wichtige Initialzündung. Gleichwohl ist festzuhalten, daß der gesamte Geldeingang bei den Bausparkassen trotz des Einschnitts beim Neugeschäft und rückläufiger Sparleistungen – wenn auch nur leicht – ständig weiter gestiegen ist. Der Grund hierfür ist das wachsende Gewicht der Zins- und Tilgungszahlungen der Bausparer; denn der Bestand an zugeteilten Bausparern, die nach der Darlehensinanspruchnahme ihren Rückzahlungsverpflichtungen nachzukommen haben, nimmt stetig zu. Diese kompensierende Wirkung der Tilgungen im Zuteilungstopf reicht aber nicht aus, um die einstmals außerordentlich kurzen Zuteilungsfristen (für den eiligeren Bausparer) zu halten. Auch dies ist plausibel, denn es drängen ja immer mehr Verträge aus den abschlußstarken Jahren zur Zuteilung, die Mittel dafür halten indessen mit diesem Wachstumstempo nicht Schritt.

Der Ärger, den die Wartezeitverlängerung bei einem Teil der Bausparer auslöste, war deshalb besonders groß, weil in diesen Fällen gerade zur ungünstigsten Zeit hoher Kapitalmarktzinsen zu relativ teuren Zwischenfinanzierungen gegriffen werden mußte. Um hier negativen Ausstrahlungen auf das Neugeschäft vorzubeugen, haben die Bausparkassen Phantasie walten lassen: Eine ganze Reihe von neuen Tarifen, zugeschnitten auf besondere Wünsche, wurde aus der Taufe gehoben. Da gibt es beispielsweise neben den herkömmlichen Standardtarifen einen Schnellspartarif, der bei rascher Kontoauffüllung eine raschere Zuteilung möglich macht, ebenso wie einen Langläufertarif, der eventuell jüngeren Leuten eher gelegen kommt.

Sonderprogramme, ein günstigerer Kapitalmarktzins wie überhaupt günstigere konjunkturelle Perspektiven haben dem Wohnungsbaumarkt inzwischen wieder Leben eingehaucht.

Vertriebsapparate effektiver gestaltet

Nach wie vor rangiert der Wunsch nach eigenen vier Wänden hierzulande ganz weit vorn. Da die Bundesrepublik bei der Eigentumsquote (im Wohnungssektor) von 40 Prozent im internationalen Vergleich allenfalls mittelmäßig abschneidet, können sich die Bausparkassen, die mit ihrem hohen Finanzierungsanteil ein bestimmendes Gewicht für den Markt haben, durchaus noch gute Geschäftsmöglichkeiten ausrechnen. Dies gilt um so mehr, als der Modernisierungsbedarf ständig zunimmt. Nachfragestau, den es zu lösen gilt, und die Notwendigkeiten in Renovierung und Modernisierung bieten den Bausparinstituten den Boden für breite Betätigung.

Die Bausparkassen haben ihrerseits die angespannten Zeiten dazu genutzt, ihre „Vertriebsapparate" effektiver zu gestalten. Vielfältige Möglichkeiten der Kooperation werden genutzt. Die Landesbausparkassen bemühen sich stärker denn je darum, ihre Zugehörigkeit zur Sparkassen-Organisation deutlich zu machen, wie dies auch im genossenschaftlichen Bereich praktiziert wird.

„Finanzierung aus einer Hand", lautet die Devise.

'Selbsthilfe-Leistung' oder Die Muskelhypothek

Des Profis kurzer Frust

Von LILO BERGEL

Mit Argusaugen beobachten die Handwerkskammern und Baugewerblichen Verbände ein Phänomen. Sie argwöhnen, daß Laien ihnen einen Teil der Arbeit wegnehmen – Feierabendhandwerker sozusagen, die nicht nur ihre Hobby-Fähigkeiten am Objekt testen wollen, sondern auch die Kosten niedriger halten.

„Selbsthilfe-Leistung" heißt das offiziell und wird ganz ungeniert propagiert: Die Bau- und Wohnfibel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung widmet dem Stichwort immerhin 96 Zeilen.

Die Definition ist klar umrissen: In Selbsthilfe erbrachte Leistungen sind Arbeiten, die vom Bauherrn selbst, seinen Angehörigen und gegebenenfalls auch von anderen Personen – dann aber unentgeltlich oder auf Gegenseitigkeit – am Bau geleistet werden. Der Wert dieser Selbsthilfe-Leistungen wird dem Bauherrn gutgeschrieben – dadurch erhöht sich sein Eigenkapital, er braucht weniger Fremdmittel und vermindert somit seine monatliche Belastung.

Experten rechnen damit, daß Selbsthilfe im Rohbau und im Ausbau maximal 25 bis 30 Prozent der reinen Baukosten (und nur in wenigen Einzelfällen mehr) erarbeitet werden können. Viele Bauherrn vergessen allerdings dabei vor dem Einsatz des guten Willens, daß der Zeitaufwand immens hoch ist, der zusätzlich zum Berufsalltag geleistet werden muß. Auch die kleinsten Arbeiten verlangen mehr Stunden vom Laien, als sie der Fachmann dafür benötigt.

Spezielles auf dem Lande

Vor allem auf dem Land hat sich eine spezielle Art herausgebildet: die Gruppenselbsthilfe. Häufig von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen organisiert und betreut, wird ein bestimmtes Pensum festgelegt, das alle in einer Gruppe zusammengefaßten Bauherrn erarbeiten müssen. So wird ein Haus nach dem anderen fertiggestellt – der Bauherr muß aber auch an anderen Häusern mitarbeiten, wenn er seine Wohnung schon bezogen hat. Die Vorteile liegen auf der Hand: Bei der Gruppenselbsthilfe können sich die einzelnen Hausherren eher auf Tätigkeiten spezialisieren, die sie besonders gut können. Dadurch entstehen Rationalisierungsvorteile.

Bei der organisierten Gruppenselbsthilfe wurden inzwischen Durchschnittswerte festgestellt: 100 bis 120 Stunden im Monat – und das über zwei Jahre hinweg. Das bedeutet eine enorme psychische und physische Belastung für den Bauherrn und seine Familie.

Es empfiehlt sich, den Selbsthilfebeitrag niedriger anzusetzen – nach Erfahrungswerten können gut zehn Prozent im Rohbau und zehn Prozent im Ausbau an Eigenleistungen erbracht werden. Für die meisten rechnet sich allerdings nur die Innenausbau-Selbsthilfe, da die Arbeiten im Rohbau häufig körperlich zu anstrengend, zu ungewohnt und dazu witterungsabhängig sind.

Die Industrie zieht mit

Besonders geeignet sind dabei die Errichtung von Trennwänden (Leichtbauwände), Fußboden- und Fliesenlegearbeiten, Hilfsleistungen bei Tischarbeiten oder beim Anstreichen. Die Industrie hat sich darauf schon längst eingestellt – sie bietet sogar Fertig-Gartenmauern aus Betonteilen an, die wie Legosteine zusammengesetzt werden – ohne Mörtel, Putz oder Verfugungen. Vor allem die Anbieter von Fertighäusern und „Selbstausbau-Häusern" – sie heißen schon wirklich so – entdeckten diesen Markt und die Liebe der Deutschen zum Basteln und Tüfteln. Sie bieten zum Teil schon ganze Material-Pakete an – von Gipskartonplatten für Decken und Wände, Fliesen inclusive Kleber, sogar die Heizungsanlage zum Selbsteinbau komplett mit Tank und gesamten Zubehör einschließlich Verlegeplan, natürlich auch Teppichböden samt Sockelleisten, Zugtreppen bis hin zur Elektroinstallation mit Leistungen, Schaltern, Steckdosen und Etagensicherungskasten. Garantierte Kostenersparnis, wenn der Bauherr alle Material-Pakete zum Selbstausbau bestellt: 20 Prozent.

Kein Wunder also, wenn die Heimwerkermärkte eine Konjunkturblüte wie noch nie erleben und das Handwerk sich grämt. Das allerdings nur von kurzer Dauer – die meisten Selbstausbauer sind nach Fertigstellung so bedient, daß sie die nächsten zehn Jahre keinen Hammer und Bohrer mehr anfassen. Und auch häufig sind sie mit dem Selbstgebastelten nicht zufrieden. Dann ist Hoch-Zeit für die Profis.

Die Alternativen, die die deutschen Lebensversicherungen bieten

Bauen mit Altersversorgung

Von HARALD POSNY

Die Förderungsmaßnahmen des Bundes für den Wohnungsbau und das gegenüber früheren Jahren deutlich niedrigere Zinsniveau haben vielen Bundesbürgern neue Anreize zum Bauen gegeben, alte – zeitweise in die Schubläden zurückgelegte – Baupläne wieder aufleben zu lassen. Das gleiche gilt für den Erwerb von Ein- oder Zweifamilienhäusern oder Eigentumswohnungen. Dabei ist immer noch viel zu wenig bekannt, daß auch die deutschen Lebensversicherungsunternehmen eine interessante – und im Vergleich zu den Wettbewerbern von Sparkassen, Banken, Hypothekenbanken und Bausparkassen – meist eine günstigere Alternative bieten.

Hintergrund: bei geringerem Nettoaufwand wird das finanzierte Kapital nicht nur durch eine Lebensversicherung getilgt, sondern auch abgesichert und damit gleichzeitig die Sicherheit für die ganze Familie gewährleistet. Bei einer Kapitallebensversicherung werden nur Zinsen und Beiträge zur Versicherung gezahlt, während die Tilgung der Versicherungshypothek aus der Versicherungssumme am Ende der Laufzeit in einer Summe erfolgt. Und oftmals bleibt noch ein erkleckliches Sümmchen über die Tilgung hinaus für den Bauherrn übrig. Steuerfrei, versteht sich.

Höchstgrenzen beachten

Versicherungsbeiträge sind grundsätzlich als Vorsorgeaufwendungen (Paragraph 9 EStG) steuerlich begünstigt. Dabei sind jedoch Höchstgrenzen zu beachten, in deren Rahmen auch Beiträge für Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherungen gehören, außerdem Beiträge zu Bausparverträgen sowie Haftpflicht- und Unfallversicherungen, die ebenfalls steuerlich gefördert werden.

Praktisch wird eine Versicherungshypothek so abgewickelt: In Verbindung mit einem Hypothekendarlehen wird eine „Lebensversicherung auf den Todes- und Erlebensfall" (Kapitallebensversicherung) abgeschlossen. Dabei entspricht die Versicherungssumme der Höhe des gewünschten Darlehns. Zuvor wird das Bauobjekt geschätzt. Nach Abzug eines Risikoabschlags von rund 20 Prozent wird der Beleihungswert ermittelt, von dem die Hälfte die künftige Darlehnshöhe darstellt. Mit solchen Versicherungshypotheken, die stets ein Pfandrecht an erster Stelle im Grundbuch voraussetzen, werden meistens rund 40 Prozent der Gesamtbaukosten gedeckt.

Die Laufzeit der Versicherung richtet sich nach dem Zeitraum, der bei laufender Tilgung (Annuitätentilgung) zur Rückzahlung des gewährten Darlehns benötigt würde, also in der Regel 25 bis 30 Jahre. Vergeben wird das Darlehen als Festzinshypothek, die übliche Tilgung wird ausgesetzt und erst nach Ablauf der Versicherung oder im Todesfall des Versicherten auf einmal vorgenommen. Für die Laufzeit tritt der Darlehnsnehmer (Versicherungsnehmer) seine Ansprüche aus seinem Versicherungsvertrag an den Darlehensgeber, die Lebensversicherung, ab oder räumt ihr ein unwiderrufliches Bezugsrecht ein. Damit ist die Hypothek von der ersten Beitragszahlung an für den Todesfall abgesichert, die Angehörigen brauchen für alle Schuldverpflichtungen, Zinszahlungen und Versicherungsbeiträge nicht mehr aufzukommen.

Wie jede Lebensversicherung ist auch die Hypothekenversicherung an den Überschüssen des Unternehmens beteiligt. Sie kommen sowohl dem Versicherten als auch in dessen Todesfall den Hinterbliebenen zugute. Wer eine Hypothekenversicherung von 100 000 Mark mit einer Laufzeit von 30 Jahren abschließt, kann bei Vertragsende mit 200 000 Mark Versicherungssumme rechnen. Die Hälfte davon dient der Hypothekentilgung, die andere garantiert eine zusätzliche Altersversorgung. Eine Besonderheit: Es kann vereinbart werden, daß die Gewinnanteile aus der Versicherung zur Abkürzung der Laufzeit verwendet werden, so daß das Darlehen vorzeitig getilgt werden kann.

Die laufende Belastung einer Versicherungshypothek kann auch bewußt niedrig gehalten werden, wenn sie mit einer dynamischen Versicherung verbunden wird. Dabei kann die anfängliche Versicherungssumme deutlich unter der gewünschten Darlehnssumme liegen. Die Beiträge, zunächst erheblich niedriger als bei einer traditionellen Kapital-Lebensversicherung, wachsen mit der Dynamik langsam nach, freilich auch die später benötigte Versicherungssumme.

Wer ganz sicher gehen will, schließt zur Lebensversicherung eine Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung ab, die gegebenenfalls eine jährliche Rente bis zum 65. Lebensjahr zahlt. Vom Eintritt des Versicherungsfalls an werden dann für die gesamte Laufzeit von Haupt- und Zusatzversicherung keine Beiträge mehr fällig.

Mit einer Unfall-Zusatzversicherung wird bei Unfalltod des versicherten Darlehnsnehmers die doppelte Summe ausgezahlt. Die Hinterbliebenen können so auf einmal die Hypothek tilgen und sind darüber hinaus noch ausreichend versorgt. Statt einer gemischten Kapitallebensversicherung werden auch gelegentlich mehrere über kleinere Summen und jeweils längere Laufzeiten abgeschlossen.

Weitere Varianten

Aber die anfangs höhere laufende Belastung als bei der traditionellen Form nimmt im gleichen Rhythmus ab, da danach nicht nur weniger Beiträge zu zahlen sind, sondern auch die Schuldzinsen durch die teilweisen Tilgungen nach Ablauf der Verträge geringer werden.

Beim Vertrag mit verkürzter Laufzeit muß jedoch bedacht werden, daß hier immer nur die reine Versicherungssumme ausgezahlt wird, da die Gewinnteile ja bereits verbraucht sind.

Eine weitere Variante: das Policendarlehen, das eine Vorauszahlung auf den Versicherungsvertrag bis zur Höhe des Rückkaufwerts darstellt. Er liegt in den ersten Jahren erheblich unter der Summe der eingezahlten Beiträge. Nach Ablauf des Versicherungsvertrags wird die Vorauszahlung mit der Versicherungsleistung verrechnet. Die Überschußbeteiligung ist dvon nicht betroffen, wohl aber der Versicherungsschutz, der um die Höhe des Policendarlehens gekürzt wird.

Schließlich kann auch eine Risiko-Lebensversicherung über die Hypothekenhöhe die Hinterbliebenen vor hohen Schulden bewahren. Bausparkassen übrigens verlangen den Abschluß als Restschuldversicherung, mit laufender Tilgung sinkt hier die Versicherungssumme.

Versicherungshypotheken können, sofern sie in Hochzinszeiten abgeschlossen worden sind, im Gegensatz zu Banken nach Paragraph 247 BGB (Wucherparagraph) gekündigt werden.

Nebenkosten machen oft erkleckliche Summen aus

Tips, die Sparen helfen

Von MARTIN OSCHMANN

Wer ein Eigenheim baut oder eine Wohnung erwirbt, geht auch Risiken ein. Das erste ist das Wagnis der Kostendeckung, genauer: der Deckung aller Kosten, die bei dieser „Investition" anfallen. Vieles davon läuft unter der Rubrik „Nebenkosten", macht aber oft erkleckliche Summen aus.

Beim Grunderwerb fallen Notar- und Gerichtsgebühren an (soweit keine Befreiung eintritt), durchweg auch Maklerprovisionen, die Grunderwerbsteuer von jetzt zwei vom Hundert, Vermessungskosten, Gebühren für amtliche Genehmigungen, manchmal auch Kosten einer Bodenuntersuchung und für Wertgutachten. Der Umfang dieser Belastungen schwankt zwischen fünf und 20 vom Hundert des Bodenwerts.

Auch wenn der Bauherr schon Grundeigentümer ist, muß er damit rechnen, daß die „Baureife" des Grundstücks – das Vorliegen eines Bebauungsplans bereits vorausgesetzt – zusätzliche Kosten verursacht, etwa die einer (öffentlichen oder privaten) Umlegung oder Grenzregelung, von dem Zeitaufwand dieser Maßnahmen ganz zu schweigen.

Wer ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung erwirbt, muß sich klar darüber sein, daß auch die Nebenkosten deren Fertigstellung in einen etwa vereinbarten Abrechnungspreis mit eingehen.

Was nicht absetzbar ist

Hat der Erwerber mit dem Bauträger dagegen einen Festpreis vereinbart, so sollte er prüfen, ob und inwieweit durch diesen Erwerb (des fertiggestellten Objekts) noch für ihn Nebenkosten anfallen, hier vor allem die Notar- und Gerichtsgebühren und die Grunderwerbsteuer. Bei der Einkommensteuer fallen diese Erwerbsnebenkosten durchweg in den Bodenwert, sind also nicht „absetzbar".

Zur Bebaubarkeit gehören die baurechtliche Zulässigkeit und daneben die Sicherung der Erschließung. Im weitesten Sinne umfaßt diese auch die technische Herrichtung des Grundstücks (durch Abräumen, Abholzen, Bodenbewegungen, Abbrüche) und die Abfindung etwaiger Pächter und Mieter.

Wichtiger ist jedoch durchweg der Anschluß des Grundstücks an den Verkehr (Anbindung); er schlägt sich in den entsprechenden Straßenbaukosten oder in den Erschließungsbeiträgen nach dem Bundesbaugesetz nieder. Hinzu kommen vergleichbare Beiträge nach den landesrechtlichen Kommunalabgabengesetzen für Kanalisation und Wasserversorgung sowie die Beiträge für den Strom- oder Gasanschluß. Auch Baukostenzuschüsse für eine etwaige Fernheizung oder Ablösungsbeträge für Garagen dürfen nicht vergessen werden. Manchmal kommen noch besondere „Ansiedlungsleistungen" auf den Bauherrn zu.

Das Unangenehme an diesen Kosten, die häufig die Höhe des Bodenwerts einschließlich der Erwerbsnebenkosten erreichen, liegt darin, daß die Beiträge an die Gemeinden und Versorgungsträger häufig erst spät anfallen, manchmal längst nach Fertigstellung des Gebäudes, und daß sie sich meist gegen den dann im Grundbuch eingetragenen Eigentümer (oder Erbauberechtigten) richten.

Verträge eindeutig regeln

Darum sollte bei jedem Erwerb – also sowohl des Baulandes durch den Bauherrn als auch des fertiggestellten Objekts durch den Ersterwerber – vertraglich eindeutig geregelt werden, wer diese Leistungen zu tragen hat.

Besondere Probleme ergeben sich daraus, daß die hier erwähnten Kosten im Steuerrecht höchst unterschiedlich behandelt werden: Meist sind sie Anschaffungs-Nebenkosten des Grundstücks; manchmal gehören sie zu den Herstellkosten des Gebäudes; (sofort absetzbare) Werbungskosten sind sie in der Regel nicht.

Den größten Brocken der Gesamtkosten bilden die Kosten der Gebäude, also des Rohbaues und des Ausbaues; sie fallen durchweg als Wert der Bauleistungen an, die von den Unternehmern erbracht werden. Hinzu tritt der Wert der baulichen Selbsthilfe des Bauherrn, des Erwerbers oder seiner Nachbarn. Vergessen wird jedoch häufig, daß zu jedem Gebäude auch Außenanlagen gehören, die ebenfalls auf Rechnung des Bauherrn fertiggestellt werden müssen, etwa die Hausanschlüsse an die Entwässerung und die Wasser- und Energieversorgung (soweit sie nicht Teil der Erschließung sind) sowie die Gartenbauleistungen.

„Die Schwarzen Brüder": Eine Serie nach dem Roman von Lisa Tetzner

Als Kaminfegergehilfen in Mailand

Sie zwängten sich durch enge, verrußte Kamine, schliefen auf dem kahlen Boden nur bedeckt mit alten Säcken, hatten kaum zu essen, waren der Willkür ihrer Herren ausgesetzt und beinahe Freiwild: Kaminfegergehilfen im Mailand des vorigen Jahrhunderts. Vornehmlich aus den Bergen im Schweizer Tessin stammten die Kinder, die einem skrupellosen Sklavenhandel zum Opfer gefallen waren, fristeten so ihr trostloses Dasein. Erst spät begannen staatliche Behörden auf Schweizer und italienischer Seite gegen diese Mißstände vorzugehen. Historische Tatsachen, hinter denen sich viele Einzelschicksale, Geschichten von Leiden und Entbehrung verbergen. Einer davon mag der zwölfjährige Giorgio gewesen sein. Von ihm und seinen Freunden bis hin zur wundersamen Rettung erzählt eine neue Fernsehspielreihe:



Giorgio (Robert Bricker) verabschiedet sich von seiner Freundin Anita (Gaby Bachofen), bevor er nach Mailand geht FOTO: WWF

Gemeinsam mit dem WDR produzierte das Westdeutsche Werbefernsehen die sechsteilige Serie „Die Schwarzen Brüder", die in allen Vorabendprogrammen und von Herbst 1985 an im Hauptprogramm der ARD gesendet werden soll.

Dem Fernsehfilm liegt der Tatsachenroman von Lisa Tetzner zugrunde, den sie in den Jahren 1941/42 im Schweizer Exil veröffentlichte. Es

Die schwarzen Brüder – Regionalprogr. West, 19.00 Uhr

geht um die Geschichte des zwölfjährigen Giorgio, der als Kaminfegergehilfe von seinen armen Eltern nach Mailand verkauft wird. Dort gründet er zusammen mit seinen Leidensgenossen den Bund der „Schwarzen Brüder". Die Jungen versuchen, sich gegen Härte, Brutalität und Ungerechtigkeit zu schützen. Schließlich gelingt die Flucht mit Hilfe des Doktor Casella.

Lisa Tetzner lebte von 1894 bis 1963. In Sachsen beheimatet, floh sie 1933 in die Schweiz. Vor allem Jugendbücher mit zeitgenössischer Problemstellung brachten ihr große Anerkennung ein. Zu ihrem Werk gehört auch die literarische Auseinandersetzung mit den Ereignissen im nationalsozialistischen Deutschland. Und ganze Generationen junger Leser verschlangen ihren anrührenden Roman „Die Schwarzen Brüder". Sie fand den Stoff für ihre Geschichte in einer alten Chronik, in der merkwürdige Ereignisse vom November 1832 verzeichnet sind. Berichtet wird von einem Unglück, bei dem 16 junge Kaminkehrer auf dem Transport in einer alten Barke über den Lago Maggiore während eines Orkans ums Leben kamen. „Am 4. November ist ein großes Unglück geschehen", meldet in jenen Tagen der Bericht einer italienischen Zeitung, der die Authentizität der in Tetzners Buch geschilderten Ereignisse bestätigt.

Mit dem Seeunglück, das der kleine Giorgio zusammen mit seinem Freund Alfredo überlebt, nimmt auch der Fernsehfilm nach Schilderung der Vorgeschichte seinen dramatischen Verlauf. „Wir haben die epische Breite des Buches ein wenig gerafft, uns aber ansonsten an dessen Geist gehalten", erklärt Eva Miele, die zusammen mit Klaus Hubalek das Drehbuch schrieb. Die von Lisa Tetzner deutlich intendierte Sozialkritik taucht im Film nur schlaglichtartig auf. Folkloristische Elemente und die starke Gefühlsbetontheit verschleiern den schonungslosen Blick auf das Elend. Handlung und Erzählweise nähern sich bewußt dem kindlichen Empfinden an.

In Szene setzte das Ganze Regisseur Diethard Klante und bewies neben exakter Arbeitsweise einmal mehr ein untrügliches Gespür für Atmosphärisches. In stimmungsvollen Bildern mit vielschichtigen Licht- und Farbnuancen, gedreht an Originalschauplätzen um Locarno, erzählt Klante die Geschichte ganz aus der Perspektive des Jungen Giorgio.

„Primär wichtig war es für mich, die Erlebniswelt des Jungen nachzuvollziehen", erläutert er, was auch zu einer Überhöhung in Richtung Märchen führte. So stehen sich in den Figuren des Doktors und des „Kinderhändlers" Gut und Böse stark kontrastiert gegenüber. Der Händler etwa, in eindrucksvoller Maske von Kurt Raab gespielt, wird in Kinderaugen zur fratzenhaften Karikatur.

Besonders überzeugend wird der Film durch die Darstellung des Giorgio, alias Robert Bricker. „Hier gelang uns ein Glücksgriff", meint Klante, denn der 15jährige Robert Bricker ist kein Schauspieler, sondern kommt wie die anderen Jungen auch aus der ländlichen Umgebung des Tessin. Unter 200 Jungen wurde er ausgewählt und reifte in den 72 Drehtagen beinahe zu einem Profi. „Er stand den gestandenen Schauspielern ebenbürtig als Partner zur Seite." Die Jungen sind es schließlich auch, die der Serie soviel Lebhaftigkeit und Echtheit geben. Keine adretten Fernsehgesichter, sondern wie Klante sagt: „Urwüchsig und ursprünglich in der Mimik".

In weiteren Rollen spielen: Lisi Mangold, Peter Musäus, Johanna Neuhaus, Monica Bleibtreu, Dore de Rosa, Fritz Lichtenhahn, Herbert Fux u. v. a.

WOLFGANG WISCHMEYER

KRITIK

Verfehlte Hiebe gegen die „Emanzen"

Es ist schon ein Kreuz mit der weiblichen Selbstverwirklichung, wenn der Gatte ein erfolgreicher und umschwärmter Universitätslehrer ist, für den sich sogar der Gynäkologe mehr interessiert als für dessen Ehefrau, die ihn gerade konsultiert. Kein Wunder, daß Margaret Reynolds (Barbra Streisand) zwischen Kindererziehung und sorgender Ehefrau ihre „Selbstverwirklichung" gefährdet sieht. Deshalb flüchtet sie sich vor lauter Frust in Tagträume, um wenigstens in der Phantasie ihre Frau zu stehen.

Da legt sie sich beispielsweise mit Fidel Castro an, dem sie während eines Vortrages über das brachliegende Potential an Arbeitskräften für die Revolution (also die Frauen, die „nur" zu Hause tätig sind), dauernd ins Wort fällt. Beim anschließenden Tête à tête balzt der Revolutionär im Rumba-Rhythmus um die resolute Hausfrau und enthüllt ihr ein vor der Welt streng gehütetes Geheimnis: Nicht nur der Bart ist nicht echt, viel schlimmer, oder viel besser noch: der Revolutionär, der so große Töne spuckt, legt seine Joppe ab und zeigt einen formschönen Busen her: Da möchte man doch an der Weltrevolution verzweifeln!

Aber selbst die Sprengung der Freiheitsstatue, ein Besuch bei einem Indiostamm am Amazonas, wo Margaret die schmerzlose Geburt studieren will (schließlich ist sie zum dritten Mal schwanger), der Streit mit dem Ehemann und ihr Sturz aus dem Fenster – das alles sind ja nur **Sandkastenspiele (ARD)**. Aus ihrer Rolle als fürsorgliche Mutter, liebendes Weib und aufmüpfige Tochter will sie eigentlich auch gar nicht ausbrechen.

Eine etwas dürftige Quintessenz für einen Film, den Regisseur Irvin Kershner mit großem Aufwand in Szene gesetzt hat. Die Hiebe gegen die „Emanzen" verfehlten ihr Ziel ganz beträchtlich. Eine Komödie war angesagt, aber wer sich auf Vergnügen à la „Is' was, Doc?", der im gleichen Jahr entstand, eingestellt hatte, der wurde enttäuscht. Der Humor ging im Chaos unter, feinsinnigen Witz suchte man leider auch vergeblich. Selbst die pralle Komödiantin Streisand vermochte da nicht mehr viel zu retten. RAINER NOLDEN







ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Rambo Zambo
Fernsehkomödie
11.55 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Dreiflügler
Die Geschichte des Hubschraubers
16.55 Dirk von Haveskerke
Sechsteilige Abenteuerserie
1. Kampf um Flandern
Schon seit geraumer Zeit unterdrücken die Franzosen die Region Flandern, plündern Land und Leute aus. Deshalb kündigt der flämische Graf von Dampierre dem König von Frankreich das Lehen. Zur Verteidigung in dem zu erwartenden Krieg holt er sich den jungen Dirk von Haveskerke, der schnell merkt, mit welch harten Bandagen die Franzosen kämpfen …
17.40 Nudnik
Neue sechsteilige Zeichentrickserie von Gene Deitch
1. Flops pflastern seinen Weg
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Glücksritter (2)
8teilige Serie von Heinz Oskar Wuttig
Mit Christian Kohlund, Claudia Rieschel, Witta Pohl u. a.
In Deutschland, im kleinen Fürstentum Eichfeld, wird Robert Curwich freundschaftlich von seinem Vetter Ferdinand von Reppen und dessen Frau Bettina aufgenommen. Vom ersten Moment ihrer Begegnung mit Robert ist Bettina von Reppen fasziniert von diesem interessanten Mann.
21.15 Brennpunkt
Hunger – Afrika vor der Katastrophe
22.00 Tagesthemen
22.30 Fußball-Europapokal
Viertelfinale: Hinspiele
24.00 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Rappelkiste
Wenn Geschwister streiten
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Bären sind los
Die Sieger
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Daliah Lavi und die Gruppe Echo
17.50 Bret Maverick
Ein Pferd vom Präsidenten
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Na sowas!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
20.15 ZDF Magazin
Moderator: Fritz Schenk
Besuch im Exil bei A. Solschenizyn / Hilferuf für Andrej Sacharow / Andrang im Notaufnahmelager Gießen / Aussiedlerwelle von drüben / Fragen an Franz Josef Strauß
21.00 Der Denver-Clan
Spuren in Acapulco
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
22.10 Vielleicht kommen sie wieder und holen mich
Missionsarbeit im Kriegsgebiet von Namibia.
Film von Gernot Schley, Armina Frense
In dem Namibia-Report sprachen sich vor einiger Zeit katholische Bischöfe Südafrikas entschlossen gegen das Terror- und Gewaltsystem in Namibia aus – ohne Erfolg.
22.40 Die unbeugsame Stimme aus dem Exil
Alexander Solschenizyn im Gespräch mit Bernard Pivot, 2. Teil
24.00 heute



Bettina von Reppen (Claudia Rieschel) ist von Robert Curwich (Christian Kohlund) fasziniert. – „Der Glücksritter", um 20.15 Uhr in der ARD FOTO: DW

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
21.45 Hobbythek
Gartenteiche für jedermann
22.15 Reite auf dem rosa Pferd
Amerik. Spielfilm, 1947
Mit Robert Montgomery, Fred Clark u. a.
0.05 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Suche nach den Nasenaffen
19.00 Wie die Schwäne singen
19.15 Reisen in die DDR
19.30 Agrarland USA (3)
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Zeitenwende
Deutschland um 1500 gesehen von Albrecht Dürer
21.45 Die schrecklichen Kinder
Der Film-Club
Franz. Spielfilm, 1949
23.25 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Ludwig
19.00 Hobbythek
19.45 … und neben uns die Tiere
20.15 Was bringt die Schnellbahn?
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Ein Blatt Liebe
Fernsehfilm nach dem Roman von Emile Zola

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englische Übungen (10)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Drei Jahre und ein Tag
Mit jungen Handwerkern auf der Walz
20.15 Sammelsurium
21.00 Arizona
Amerik. Spielfilm, 1940
Mit Jean Arthur, William Holden u. a.
Regie: Wesley Ruggles
22.55 Aus dem Reisetagebuch des André Malraux
3. Florenz
Film von Jean-Marie Drot

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Unterhaltung am Mittwochabend
Show-Bühne
20.30 Axel vom Ambesser erzählt …
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Shackleton – der Mann im Schatten des Pols (3)
22.45 Durch Land und Zeit
22.50 Bankraub in Schwarzstadt
23.35 Rundschau
23.40 News of the Week

Londons Galerien entdecken die dekorativen Künste der Bloomsbury-Gruppe

Den Flügel füllt die schöne Nackte

„Es ist ja gut und schön, an einem ruhigen Londoner Platz zu leben und wie ein orthopädisches Institut auszusehen, aber du zahlst den Preis, daß dein Unternehmen das Geheimnis einer Clique bleibt." So schrieb George Bernard Shaw über die „Omega-Werkstätten". Der Meister der Ironie traf ins Schwarze. Denn das hochgestimmte Unternehmen, das dekorative Kunst unter möglichst viele Briten bringen wollte, blieb tatsächlich das Spiel einer einschlägigen – begabten oder betuchten – Clique. Kurzlebig war es obendrein: Nur von 1913 bis 1919 überdauerten die Werkstätten ihre notorischen finanziellen Nöte. Ab da gerieten sie in die hintersten Winkel der Depots, bis sie jetzt zu einer erstaunlichen Renaissance wieder auftauchten.

Gleich in zwei Londoner Galerien werden die bildenden Künstler des Bloomsbury-Zirkels zur Zeit vorgestellt: Zur Crafts Council Gallery und zur Galerie von Anthony d'Offay pilgern die Engländer zuhauf, um die Extravaganzen ihrer Väter oder Vorväter zu bestaunen. Die wiederum haben der historischen Verstaubung mit erstaunlicher Frische, Witz und einem überraschenden Spektrum an Stilen erfolgreich getrotzt.

Bloomsbury, dieser legendäre Zirkel von Poeten, Wissenschaftlern, Historikern und Künstlern, der sich um die beiden begabten Schwestern Virginia Woolf und Vanessa Bell scharte, blieb für die Briten ein nie ganz aus der Mode gekommener Begriff. Zur Zeit kulminiert die halb augenzwinkernde, halb neidische Rückschau auf Englands gebildete Bohème wieder mal in einer Reihe von Biographien, die mit Akribie neben den künstlerischen Produkten auch die komplizierten menschlichen Bande unter die Lupe nehmen. Die verschlingen sich zum Teil zu gordischen Knoten: Mal lebt man mit dem einen, mal mit dem anderen, liebt auch einen Dritten, und meistens bleibt man mit allen gut Freund.

Benannt nach ihrem Treffpunkt am Bloomsbury Square, dem Londoner Platz in der Nähe des Britischen Museums, lebten sie ihre Suche nach dem Guten, dem Wahren, dem Schönen in endlosen Diskussionen aus, aber auch in ebenso geist- wie alkoholreichen Kostümbällen und inzwischen legendären Orgien all'ongarese. Bloomsbury-Tiefsinn wurde meist mit Witz überpudert.

Nicht das Heil der Seele im Kunstgewerbe suchend, wie so manch andere strenger gestimmte Bewegung, sondern spontan und chaotisch wurde denn auch die Idee der „Omega-Werkstätten" in dieser Atmosphäre geboren und ausgelebt. Ihr Urheber Roger Frey galt als der einflußreichste englische Kunsthistoriker seiner Zeit, malte auch selbst und hatte im Jahre 1910 Englands Kunstwelt mit einem Trompetenstoß wachgerüttelt: Da zeigte er – von lautstarkem Protest der Ästheten begrüßt – zum ersten Mal Frankreichs Propheten des Postimpressionismus mit ihren wilden Farben und brutalen Linien wie Gauguin, van Gogh, Matisse und Picasso.

Deren Verve auf die Gegenstände des Alltags zu übertragen, war das Ziel seiner 1913 gegründeten Werkstätte. Obendrein hatten sie den praktischen Nebenzweck, den meist darbenden Künstlern wenigstens ihr Brot zu sichern. Für dreißig Schillinge die Woche kamen sie ins Atelier und arbeiteten dort an ihren anonymen Entwürfen: Dies war Frys Bedingung. Die erfolgreichen „Wiener Werkstätten" und das Pariser „Atelier Martine" des Modeschöpfers Paul Poiret vor Augen, ließ Roger Fry die Kreativität der unterschiedlichsten Talente ins Kraut schießen. Künstler kamen und gingen, man arbeitete zusammen und auch Hand in Hand mit Amateuren: Einen hauseigenen Stil gab es dabei nicht, und erst jetzt hat man versucht, einzelne Objekte ihren Meistern zuzuordnen.



Fast praktische Künste: „Water Carrier" von H. Gaudier-Brzeska FOTO: KATALOG

Den Kern der Gruppe bildeten Roger Fry selbst, Vanessa Bell und ihr Lebensgefährte Duncan Grant, der hier den stärksten Eindruck macht. Folklore, Kubismus, Matisse und Abstraktion mischen sie zu einem dekorativen Cocktail auf englische Art oder spielen sie dicht an dicht auf dem gleichen Möbelstück aus. Unter den heute noch bekannten Namen steuert der mit 24 Jahren im Krieg gefallene Franzose Henry Gaudier-Brzeska Skulpturen bei, der Maler Wyndham Lewis, der den Futurismus in England interpretierte, entwarf Lampenschirme.

Die „Omega"-Jünger dekorierten alles, was ihnen unter die Finger kam. Sie legten einen Schrank mit stilisierten Giraffen ein, bemalten eine Truhe mit einem Bauernstilleben oder füllten den gesamten Innenflügel eines Klaviers mit einer elegisch sich räkelnden bloßen Schönen. Abstrakte Muster schmückten Komoden und Zigarrenschachteln sind mit kubistischen Motiven geschmückt. Da ist Keramik mit Witz bemalt und Spiegelrahmen sind rührend bestickt – und meist auch von Tunika gewandeten höheren Töchtern in der Werkstatt ausgeführt. Man entwarf ganze Café-Interieurs bis zur Blumenvase und Einrichtungen für avantgardistisch gesonnene Mäzene, wie die Frau des belgischen Botschafters: Ihr üppig dekoriertes Schlafzimmer hat man jetzt aus den Tiefen des Victoria- und Albertmuseums ans Tageslicht geholt.

So bekannt waren die „Omega-Werkstätten" in einschlägigen Kreisen, daß ihnen folgende Kriegsepisode zugeschrieben wird: Die Deutschen sollen da ein Spion unter dem Deckmantel des norwegischen Kunstkenners Dr. Arne eingeschleust und ihn mit seinen Kameras auf die „Omega-Werkstätten" angesetzt haben …

Als die Werkstätten 1919 Pleite machten, überlebten sie in dem Paar Vanessa Bell und Duncan Grant, die in ihrem Bauernhaus Charleston in der Grafschaft Sussex ein liebenswürdiges Monument des eklektischen Bloomsbury-Stils hinterließen. In vierzig Jahren überwucherten sie alle Oberflächen mit Figuren und Ornamenten. Zur Zeit sammeln die Engländer, um dieses mittlerweile bröckelnde Denkmal für die Nation zu retten. Der Appetit dazu wird entschieden in den jetzigen Londoner Ausstellungen geweckt. (bis zum 19. März) HEIDI BÜRKLIN

Kalender-Geschichten

P.D. – Wer wird noch von Kalendern reden? Wir sind mitten im Jahr, und an die Bilder an der Wand hat man sich längst gewöhnt. Der Kalender, den die WestLB zum Jahresbeginn verschickte, bildet da allerdings eine Ausnahme. Auf den ersten Blick zeigt er die üblichen Motive: im Januar einen schmalen Bach, der sich durch eine schneebedeckte leicht hügelige Landschaft windet; im Februar einen noch kahlen Baum an einem nebelverhangenen Weiher. Später sind eine Flußlandschaft mit Schafen oder eine Autobahnbrücke, die im Abenddunst zu verschwinden scheint, zu betrachten. Das sind schöne Aufnahmen, durchaus kalenderüblich.

Doch jedesmal löst es Staunen aus, wenn die Leute nachschauen, wo diese Idyllen fotografiert wurden. Daß das mitten im Ruhrgebiet sein soll, löst Zweifel aus. Denn noch immer herrscht die Vorstellung, daß das Ruhrgebiet nur aus Rauch und Ruß, aus einer riesigen Industrieagglomeration und lieblosen Häusermeeren bestehe. Die Wirklichkeit, das lehrt das Kalenderbeispiel, hat es schwer, sich gegen die Vorurteile durchzusetzen.

Ein zweiter Kalender wirkt gegenüber dieser Ruhrgebiets-Fotopracht recht kümmerlich. Er zeigt alte Gebäude, ohne Aufwand fotografiert: eine Spinnerei in Bielefeld, eine Weberei in Gütersloh, ein Pumpenhaus in Münster. Der Titel des Kalenders signalisiert allerdings, daß es sich doch um etwas Besonderes handelt. „Nicht abgeräumt" heißt er. Nachdem der Landschaftsverband Westfalen-Lippe im vorigen Jahr mit seinem „Abreiß-Kalender" auf die Sünden wider den Denkmalsschutz aufmerksam gemacht hatte, singt er im geschmähten Jahr 1984 das Loblied von Phantasie, Hartnäckigkeit und Einfallsreichtum, die denkmalswürdige Gebäude der Industriekultur zu erhalten halfen.

Zwei Kalendergeschichten, die die Frage beantworten, wo denn das Positive bleibt.

Dokumentare auf der Suche nach ihrem Berufsbild

Kümmerdasein im Keller

Informationstechniken, Informationsbanken, Informationssysteme sind ein beliebtes Akademiethema. Denn da lassen sich so herrlich Zukunftsphantasien und Zukunftsängste in einem Jargon scheinbarer Fachkenntnis verpacken.

Besonders gern wird bei solchen Gesprächen auf jenes Gutachten des Bundesrechnungshofes zur Situation der Fachinformation in der Bundesrepublik und der Informationsförderung durch die Bundesregierung verwiesen, aus dem Brocken und Bröckchen je nach Gusto herausgepickt werden. An Warnungen, daß die Bundesrepublik ins falsche Fahrwasser gerate, fehlt es jedenfalls nicht.

Dem Mißtrauen der Alternativen und Grünen, die überall Datenmißbrauch wittern und deshalb zur Untätigkeit, wenn nicht Maschinenstürmerei neigen, steht das Memorandum einer Gruppe hochrangiger Wissenschaftler zur „Lage und Entwicklung von Forschung und Technologie auf dem Gebiet der Informationstechnik" gegenüber, das Ende vergangenen Jahres vorgelegt wurde. Darin wird angemerkt, daß die gegenwärtige Informationstechnik ein „erhebliches Gefahrenpotential für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft" birgt. Denn über dem vielen Reden wird das vernünftige Planen vergessen.

In Fachkreisen vergleicht man die heutige Situation auf dem Gebiet der Kommunikationstechniken gern mit den Anfängen der Automobilisierung. Auch damals wußte niemand, welche Auswirkung diese neue Technologie einmal haben würde. Zwar wurde bei uns das ebenso teure wie letzlich ineffektive „Informations- und Dokumentationsprogramm der Bundesregierung" ins Leben gerufen, aber in der Praxis werden wir immer abhängiger von ausländischen Datenbanken.

Es gibt heute durchaus die technischen und methodischen Möglichkeiten für ein effektives Informationsmanagement auf allen Ebenen, vom Bundeskanzleramt bis ins letzte Finanzamt, von den Firmenleitungen bis in die Produktion. Doch im behördlichen Bereich wird die Informationsspeicherung und -wiedergewinnung zumeist noch so betrieben wie vor 100 Jahren.

Zwar haben viele Behörden, Unternehmen und Zeitungsverlage eigene Dokumentationsstellen eingerichtet – die häufig, und nicht selten selbstverschuldet, ein Kümmerdasein im Keller oder unter dem Dach führen. Zugleich schwärmt man von direkt und für jedermann zugänglichen Datenbanken als *der* Lösung des Informationsproblems. Aber man vergißt bei dieser Maschineneuphorie, auch nur einen Gedanken an diejenigen zu wenden, die diese Systeme füttern, warten und arbeitsfähig halten sollen.

Es besteht kein Zweifel, daß sich die Berufsbilder des Informationspersonals schon entscheidend gewandelt haben und noch weiter verändern werden. Doch die Berufsbezeichnung „Dokumentar" stößt noch immer auf achselzuckende Unkenntnis. Das liegt nicht zuletzt an den Betroffenen selbst. Sie haben zwar Fachgesellschaften mit wissenschaftlichem oder berufsständischem Anspruch ins Leben gerufen, aber in der Praxis sind auch das nur Vereine zur Finanzierung von Vergnügungen und Dienstreisen ihrer Funktionäre. Allenfalls bemühen sie sich kostenaufwendig in ihren Dienststellen oder bei Tagungen mit laienhaften und damit untauglichen Versuchen, Berufsbilder im Dokumentationswesen tarifrechtlich abzusichern.

Dabei treten dieselben Informationsdefizite und dieselbe Unfähigkeit zum Informationsmanagement auf, die so gern anderen angekreidet werden. Einen Ausweg aus dieser Misere kann es nur geben, wenn einmal ohne Gruppenegoismus und ohne Berührungsängste untersucht wird, was im Dokumentationswesen geleistet werden muß, welche Kenntnisse, welche Fertigkeiten dazu notwendig sind und wie diese am besten vermittelt werden können. Erst dann besteht die Chance, daß statt der – jeweils nach eigenem Muster – handgestrickten Archivmenschen flexible und mobile Dokumentare mit einheitlicher Ausbildung die Herausforderung der auf uns alle einstürmenden Informationsflut bewältigen werden. LUDWIG ROSGART

Zum Tode Tito Gobbis

Hitchcock auf der Opernbühne

Er war der unvergleichliche Singschurke der Callas-Zeit, die man mit gleichem Fug und Recht auch eine Tito-Gobbi-Zeit hätte nennen können. Gobbi war der Bariton, dessen Kunst der Ihren voll standhielt: ein imposanter Sänger und Mime zugleich. Wo er hinsang, sprühte Feuer. Er konnte ganze Ensembles um sich herum hochreißen zu einer leidenschaftlichen gemeinsamen Kunstleistung, wie sie die Oper liebt und leider nur allzu häufig entbehrt. Oft schien es, als hätten Verdi und Puccini ihre Bariton-Glanzpartien Gobbi geradezu auf den Leib komponiert.

Gobbi gestaltete Musik. Er sang sie nicht nur wohlklingend heraus. Er verstand sich auf ihren Nerv, ihren dramatischen Sinn, ihre Seele. Nie sang er lau. Immer passierte etwas mit dieser Musik: Gobbi brachte neue psychologische Einsichten in sie ein. Er spürte das Vibrieren des Unheimlichen auf in ihren Noten. Opernmusik, von Gobbi gesungen, war immer volltönende Menschenmusik, die vom Leiden der Menschen sang, ihren Verstrickungen, Ängsten, Lüsten.

Dabei stellte Gobbi nie den Star heraus, der er sehr rasch wurde. Er fühlte sich als Mit- und Gegenspieler seiner Singkollegen. Er fügte sich den Ensembles ein, aber auf einem Niveau, das die wenigsten je erreichten.

Er war der erste Wozzeck der italienischen Oper: eine Aufführung, die


Wo er hinsang, sprühte Feuer: Tito Gobbi (1913-1984) FOTO: AP

erstaunlicherweise mitten im Krieg (Alban Berg war längst in Deutschland verboten) an der römischen Oper zustande kam. Im selben Jahr debütierte er an der Mailänder Scala. An die 100 Rollen nannte er am Ende sein eigen, darunter so gegensätzliche wie den Scarpia der „Tosca" und Verdis Falstaff, den listigen Gianni Schicchi Puccinis wie den Simone Boccanegra, den tragischen Dogen.

Gut zwei Dutzend Filme hat Gobbi gedreht. Er hat sich als Regisseur der Oper versucht. Er hat die Nachkriegs-Oper der Welt zwischen Rom, London, Paris, Wien, New York, San Francisco das bewundernde Schaudern gelehrt: ein Hitchcock der musikalischen Spannung im singenden Alleingang.

Sein Tod mit 68 wird von allen, die ihn je sahen oder hörten, betrauert werden. Gobbi wird unvergessen bleiben: das nennt man Unsterblichkeit. KLAUS GEITEL

Mit dem heiteren Ernst eines buddhistischen Mönches – Paris zeigt die Gemälde von Pierre Bonnard

Die Mimosen leuchten durchs Fenster

Er war Zeitgenosse von Edvard Munch, James Ensor, Paul Klee und Pablo Picasso. Aber er ist mit keinem dieser Maler zu vergleichen. Er scheint eher zu den Impressionisten zu gehören, obwohl er eine ganze Generation jünger ist. Seine Bilder huldigen denselben Themen, den farbtrunkenen südlichen Landschaften, den Akten im Bade, den Stilleben ländlicher Behaglichkeit. Wer die Ausstellung betritt, die das Pariser Centre Pompidou jetzt Pierre Bonnard eingerichtet hat, muß sich bewußt machen, daß dieser Maler erst nach dem Zweiten Weltkrieg, 1947, als fast Achtzigjähriger starb. Aber zugleich lehrt diese Auswahl erkennen, daß es nicht darauf ankommt, ob jemand „modern" oder „progressiv" malt, sondern ob er gut malt. Und wie gut Bonnard war, das wird hier auf eindrucksvolle Weise sichtbar.

Die Ausstellung beschränkt sich auf 63 Gemälde. Sie beginnt mit zwei schmalen hohen Tafeln, die noch ganz im Zeichen des Japonismus stehen, der nicht nur die Impressionisten beeindruckte, sondern auch bei den „Nabis", zu denen Bonnard gehörte, seine Wirkung nicht verloren hatte. Der Wandschirm, den das Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe von Bonnard besitzt, ist aus demselben Geist entstanden. Das graphische Werk und die Zeichnungen spart die Ausstellung allerdings aus. In einer Vitrine sind noch ein paar Skizzen und Bonnards Malkasten, in einer anderen frühe Kataloge und Publikationen zusammengetragen. Außerdem hängen in einem Durchgang die Photos, die Cartier-Bresson 1945 in Cannet, wo Bonnard seit 1940 wohnte, aufgenommen hat. Und schließlich ist – außer Katalog – ein einziges Aquarell zu sehen. Aber das Aquarellieren hat Bonnard nie sonderlich gelegen. Die Technik irritiere ihn, hat er einmal gesagt, weil es nach seinem Gefühl unlogisch sei, die Wirkung des Lichts durch das blanke Papier sichtbar zu machen. Er wollte mit dem Weiß arbeiten, die Lichter aufsetzen, eben malen.

In seinen Bildern sind jedoch selten große zusammenhängende weiße Flächen zu finden. Bonnard setzt die Nichtfarbe als Effekt ein, betont mit wenigen Pinselstrichen die Rückenlinie einer Frau, deutet mit einigen Tupfern Blüten an oder umschreibt so die Konturen einer Landschaft. Sonst aber ist Gelb für ihn die Farbe des Lichts. Besonders in dem „Atelier mit den Mimosen" (1939/46) strahlt das große gelbe Gebüsch voller Kraft durch das hohe Atelierfenster. Das Gelb ist bei Bonnard keine zwiespältige oder gar giftige Farbe. Bei ihm


Wie in einem Spiegel: „Frau in der Badewanne" (um 1924) von Pierre Bonnard, aus der Ausstellung im Centre Pompidou FOTO: KATALOG

drückt es die Unbeschwertheit eines sonnigen Tages aus, beispielsweise in dem „Interieur in Cannet" (1938/43) oder dem „Speisezimmer mit Gartenblick" (1931/32).

Einzig in seinen Selbstporträts, dem von 1930 oder dem „im Spiegel" von 1939, sieht man einen verschlossenen, introvertierten Mann vor einer gelben Wandfläche, die mit Weiß durchsetzt ist, das Gesicht mit der Nickelbrille angedeutet, aber nicht ausgemalt. Die Selbstbildnisse wirken wie eine Dokumentation des Selbstzweifels. Einzig ein Bild, das um 1920 entstand, erinnert in der Bildaufteilung und dem Blick, der auf den Betrachter gerichtet ist, an eine Selbstdarstellung Gauguins. Sonst aber ist nichts von dem energischen Selbstbewußtsein, mit dem sich ein Beckmann ins Bild setzte, zu erkennen. Bonnard erinnert in seiner Haltung und bei dem Selbstporträt von 1945 auch in der malerischen Ausdrucksform eher an die buddhistischen Mönche, wie sie in der japanischen Malerei zu finden sind. Da kehren im Alter die Anfänge, die Faszination des japanischen Farbholzschnitts und seine Reflexion in den frühen Gemälden und Graphiken, auf einer höheren Ebene zurück.

Die Ausstellung ist weitgehend chronologisch gehängt. Nur Bonnards Fensterbilder und vor allem seine Akte, die die Tradition, die Degas so extensiv gepflegt hat, auf eine eigenwillige malerische Weise aufnehmen und fortführen, sind jeweils in einem Raum vereint. Aus der Chronologie wird der Wandel der Palette bei Bonnard gut sichtbar. Zuerst bevorzugt er eine Grün-Blau-Skala. Am auffälligsten in dem „Blauen Akt" von 1899 (der allerdings nicht im Centre Pompidou zu sehen ist, für den aber ein Abstecher ins „Musée du Jeu de Paume" lohnt). Trotzdem sind das keine dumpfen Töne. Die Bilder Bonnards sind frei von allem Pessimismus. Selbst die dunklen Farben haben eine optimistische Ausstrahlung. Im Laufe seines Lebens hellt sich dann die Bildfläche auf. Das Orange wandelt sich zum Gelb; Rot, in frühen Werken nur sehr gedämpft verwendet, gewinnt Mitte der dreißiger Jahre satte Farbigkeit und Leuchtkraft (in der „Tischecke" von 1935 oder dem „Stilleben mit Früchten" von 1936). Bonnards Bilder leben aus der Farbe, sprechen mit der Farbe. Aber sie sind nicht geschwätzig. Sie üben sich in Diskretion, der indirekten Mitteilung. Das wird bei einer großen Werkgruppe deutlich, den Ausblicken und Spiegelungen.

Bonnard liebt gebrochene Darstellungen. Da sieht man Akte angeschnitten im Spiegel über einem Waschtisch. Und auch die Frauen in der Badewanne, ein Thema, dem er viele Variationen abgewann, wirken oft, als sähe man sie nur im Spiegel. Die Landschaften werden durch geöffnete Fenster oder Türen gerahmt oder im Vordergrund bündeln Bäume und Sträucher den Blick und lenken ihn auf die Bildmitte, die meist in leichter Aufsicht erfaßt ist. Oft auch läßt der Maler den Betrachter im Zweifel, was in dem Bild direkt gesehen, was nur Spiegelung ist. Bei dem „Café du Petit Poucet" (1928) entsteht aus diesem Spiel mit der doppelten Perspektive ein spannungsreiches Diptychon. Und bei dem „Großen blauen Akt" (1924) lassen Rahmenlinien links und unten die Frage offen, ob dieses Bild als Blick in den Spiegel oder durch die Tür in einen Raum zu verstehen ist.

Bonnard war kein Naturalist, nicht im Stil und nicht im Inhalt, obwohl er scheinbar nur die Wirklichkeit abmalte. „Man spricht immer von der Unterwerfung unter die Natur. Es gibt aber auch eine Unterwerfung unter das Bild", notierte er im Februar 1939. Dabei war ihm stets bewußt, daß ein „Gemälde der Wahrheit genauso nahe ist wie dem Irrtum". Und sich selbst verordnete er: „Zur Hygiene: meide amüsante, pittoreske und konventionelle Motive." Sein Werk bietet sich deshalb – das läßt die Pariser Auswahl spüren – in einer erstaunlichen Geschlossenheit dar. Es strahlt einen heiteren Ernst aus, der sich dem Betrachter mitteilt, ihn gefangennimmt und ihn, wenn er sich diesen Bildern aussetzt, zu Kontemplation und Ruhe führt. Kunst als Lebenshilfe? Warum nicht, wenn es Kunst ist. (Bis 21. Mai; Washington: 9.Juni bis 20. August; Dallas: 16. Sept. bis 20. Nov.; Katalog 170 FF.)

PETER DITTMAR

Heikler Fall für Sigmund Freud – Lukas B. Suters Stück „Schrebers Garten" in Zürich uraufgeführt

Denk-Würdigkeiten aus sächsischer Klapsmühle

Der Name Lukas B. Suter wird man sich merken müssen. Hier meldet sich, wenn nicht alles täuscht, ein wahrer Nachfolger der Dürrenmatt und Frisch an, wenn nicht *der* Nachfolger. Das Erstlingswerk des 26jährigen Studenten „Schrebers Garten", uraufgeführt in dem so viele Jahre lang glücklosen Kleinen Haus am Neumarkt in Zürich, wurde mit Recht zu einem rauschenden Erfolg.

Das „bürgerliche Drama", wie der Autor es nennt, handelt nicht vom durch die Erfindung seiner Kleingärten bekannt gewordenen Lehrer Schreber, sondern von den Ergebnissen der martialischen Erziehung seiner beiden Söhne, von denen der ältere sich Mitte dreißig erschoß. Der jüngere, Paul, eigentlicher „Held" des Stücks, machte Karriere, wurde Senatspräsident bei einem Gericht in Dresden, um dann zusammenzubrechen. Elf Jahre verbrachte er in verschiedenen psychiatrischen Anstalten. Als „ geheilt" entlassen, schrieb er Enthüllungen über die Therapien, denen er unterworfen war, betitelt „Denkwürdigkeiten eines Geisteskranken". Erscheinungsjahr: 1903. Der Zensor, den es damals in Deutschland noch gab, strich manches, aber das, was er stehen ließ, machte immer noch Sensation. Es beschäftigte vor allem die einschlägigen Kreise; kein geringerer als Sigmund Freud glaubte, der Grund von Schrebers Paranoia sei unterdrückte Homosexualität.

Die „Denkwürdigkeiten" und ihr damaliges Echo wurden für den jungen Suter zur Vorlage seines Dramas. Mag sein, daß dabei sein Wunsch, den er mit so vielen jungen Literaten teilt, Gesellschaftskritik zu üben, eine Rolle spielt. Warum nicht? Kann sein, daß vieles, was Paul Schreber seinerzeit enthüllte, im Stück von ihm wörtlich vorgebracht wird. Auch dagegen ist nichts zu sagen

Entscheidend ist, daß ein Stück herauskam, das einen packt. Dabei spielt es zu Dreivierteln in Irrenanstalten, wo der Held, fast immer halb- oder völlig nackt, verschiedenen schon damals überholten Behandlungen unterzogen wird und wo er zahllose Visionen hat, besser: sie erleidet. Da tritt immer wieder der Selbstmörder-Bruder auf, auch ein französischer Offizier, der Schreber sexuell mißbrauchen möchte. Auch ein sehr lockeres Mädchen und ein wohlgestalteter unbekleideter Junge treten immer wieder in Erscheinung. Oder hohe katholische Geistliche, die über die von Pauls behandelndem Arzt empfohlene Kastration verhandeln. Keine Vision ist Sigmund Freud, der den genesenden und wieder in Freiheit befindlichen Schreber besucht, um sich mit ihm über seine Krankheit zu unterhalten.

Die schwächste Stelle des Stücks. So billig kann man einen Freud nun doch nicht karikieren. Er flieht zuletzt von der Szene, aus Angst, von Schreber vergewaltigt zu werden. Peinlich! Auch sonst gibt es Schwächen. Der längst tote Bruder etwa erscheint zu oft und eigentlich immer nur, um sich abermals zu erschießen.

Was soll's? Es bleibt ein – wie gesagt – durchaus fesselndes Stück. Und der neueTheaterdirektor Peter Schweiger, der den Mut hatte, dieses Erstlingswerk anzunehmen, hat hervorragend inszeniert. Der junge, vielleicht zu junge Klaus-Henner Russius in der Hauptrolle des übrigens fast immer nackten Paul Schreber ist sehr beeindruckend. Eines stört vielleicht etwas: nämlich daß er stets den selben Ton draufhat. Er sowohl wie sein Regisseur werden aber im deutschsprachigen Raum bestimmt Karriere machen. Und noch einmal: Den Name des jungen Lukas B. Suter muß man sich merken. CURT RIESS

Grünt so grün wie ehedem: „My Fair Lady" im Münchner Gärtnerplatztheater

Eine Zillegöre becirct die High Society

Zehn Jahre Laufzeit prophezeite man dieser Aufführung, noch ehe sich der Vorhang des Münchner Gärtnerplatztheaters geöffnet hatte. Und jetzt, nach der Premiere, sieht es so aus, als würden die Propheten recht behalten: „My Fair Lady" hielt strahlenden Einzug in der bayerischen Metropole. Dieser Traum von Frederick Loewe aus Schmiß und Gefühl, voller Musikalität, rasant und salopp präsentiert, riß zu Zwischen-Ovationen hin und endete in Riesen-Applaus.

Die Aufführung ist aus einem Guß. Hier kommt alles zusammen, was zum Gerührt- und Vergnügtsein gehört, der Charme, der Witz, der Melodienreigen, der Stil, das Schauspieler-Ensemble. Vergessen sind alle Vorbilder vom Broadway und auf der Leinwand, wenn Cornelia Froboess und Helmut Griem – sie als massiv berlinernde Zillegöre und er als spleeniger, intellektueller englischer „Chauvi" – aufeinandertreffen. August Everding, der die Inszenierung besorgte, wäre nicht der vitale Theatermensch, wenn er bei diesem Paradestück nicht zu vollen Touren auflaufen würde, um ein gewaltiges theatralisches Pfauenrad zu schlagen.

In einem grandiosen Bühnenbild (Jörg Zimmermann) ersteht auf der vergleichsweise kleinen Drehbühne ein herrlicher Kulissenzauber,der noch durch gewaltige Spiegel vervielfacht wird. Covent-Garden, Ascot, Londoner Pubs, Salons und Higgins' getäfelte Bibliothek sausen vor den Augen vorüber. Und über allem thronen, in Hermelin gehüllt, die königlichen Häupter, aus Wachs geprägt und unvergänglich wie das britische Empire. Bühnenbild und Kleidung halten sich streng an den Stil der Jahrhundertwende.

Die Froboess spielt das Blumenmädchen Eliza stimmkräftig und akrobatisch zugleich. Nur als Debütantin auf dem Ball der High-Society hätte man sie sich noch eine Spur damenhafter gewünscht. Hier fehlte ihr jene Selbstverständlichkeit, die sie als Rinnsteingöre vorexerziert hat. Die Froboess wird trotzdem der „Darling" dieser Theatersaison bleiben.

Helmut Griem schien zu Beginn noch eine Spur zu steif, konnte erst peu à peu spielerisch aufglänzen. An seiner Darstellung wurde deutlich eine Akzentverschiebung gegenüber früheren Interpretationen sichtbar. Statt des einst „nur" schrulligen, aber liebenswürdigen Professors, wird hier ein ehrgeiziger Wissenschaftler gezeigt, der einen anderen Menschen zuerst nur als Versuchskaninchen benutzt. Herausragend als ein Typ von bärenhafter Lebenskraft bewies sich Lambert Hamel als Vater Doolittle. Er singt nicht nur passabel, er versteht es auch zu tanzen und zu stampfen, daß es eine rechte Lust war. Dabei läßt er nicht vergessen, welche Doppelbödigkeit in seinem Wesen steckt, wie jede Faser hinunterweist in die Verkommenheit der Gosse, aus der er stammt. Und auch Manfred Lichtenfeld weiß die Rolle des Oberst Pickering mit Würde auszufüllen.

Höhepunkt dieser Aufführung sind das Tableau von Ascot, wo die Damen und Herren der Gesellschaft in pointierter Blasiertheit und gespenstischer Marionettentechnik erstarren. Hier spürte man die Souveränität der Regie ebenso wie beim schäumenden Bierbacchanal der Müllkutscher, das mit stupender Virtuosität in Szene gesetzt wurde. Die musikalische Leitung oblag Peter Falk, der mit Schmiß und Drive die zündenden Melodien vorantrieb. Ganz mühelos kam das prominente Premierenpublikum in Schwung und Stimmung: die „Fair Lady" ist unverändert grün geblieben!

ROSE-MARIE BORNGÄSSER


Cornelia Froboess und Helmut Griem in der Münchner „My Fair Lady" FOTO: RABANUS

JOURNAL

Niemand von „draußen" für Peter Stein

dpa, Berlin

Als „undenkbar" hat es der Direktor der Berliner Schaubühne am Lehniner Platz, Jürgen Schitthelm, bezeichnet, daß nach dem Ausscheiden Peter Steins als künstlerischer Leiter zum Ende der nächsten Spielzeit eine „Person von draußen" diese Funktion übernehmen könnte. „Es werden bei uns keine Namen in diesem Zusammenhang genannt", sagte Schitthelm, „sondern es geht ausschließlich darum, sich Gedanken zu machen, in welcher Form die künstlerische Leitungsfunktion übernommen wird." Es sei für alle klar, auch für Stein, der als Regisseur an der Schaubühne nach Möglichkeit weiterarbeiten will, daß „an der bisherigen Arbeitsverfassung nichts geändert wird".

Erfolge beim „Deutschen Festival" in Tokio

SAD, Tokio

Im Rahmen des „Deutschen Festivals Japan '84" begann die größte Gesamtretrospektive des deutschen Films, die Japan je gesehen hat. Unter dem Motto „75 Jahre deutscher Film" zeigt das Goethe-Institut in Tokio 165 deutsche Filme von der Stummfilmzeit bis zu den neuesten Produktionen. Unter dem Motto „200 Jahre deutsche Operngeschichte" waren im Januar und Februar bereits 21 Opernfilme gezeigt worden. Das Interesse des japanischen Publikums war mit 12 000 Besuchern über Erwarten groß. Zu weiteren Glanzpunkten des Festivals werden der Besuch der Hamburgischen Staatsoper und des Stuttgarter Balletts sowie eine große Expressionismus-Ausstellung gehören.

Proteste gegen britische Rigoletto-Aufführung

SAD, New York

Führende Verbände der italienischen Bevölkerungsgruppe New Yorks haben Protest gegen eine geplante „Rigoletto"-Aufführung der English National Opera eingelegt, die im Mai an der Met eine „moderne" Fassung (wie es unlängst auch in Aachen geschah, s. WELT v. 1. 3.) auf die Bühne bringen will. Britische Kritikern haben diese Version enthusiastisch gefeiert. Darin ist die Renaissance-Kulisse Verdis durch das neuzeitliche Ambiente von Little Italy, New Yorks altem Italienerviertel, ersetzt. Der Herzog von Mantua wird einfach „Duke" und der Mörder Sparafucile „Hit Man" genannt, beides Ausdrücke aus dem New Yorker Gangster-Milieu. Die Met gab inzwischen bekannt, daß die Vorbereitungen für die Aufführungen wie geplant weitergehen.

Dahlemer Galerie erwirbt „Lady Sunderlin"

DW. Berlin

Die Gemäldegalerie Berlin-Dahlem hat aus britischem Privatbesitz das „Bildnis Lady Sunderlin" des englischen Malers Sir Joshua Reynolds (1723–1792) erworben. Mit diesem Werk, das 1786 entstand, sei ein weiterer Schritt zur Vervollständigung der Sammlung englischer Malerei getan worden, erklärte der Leiter der Berliner Galerie, Henning Bock. Das Bildnis der Lady sei typisch für die Repräsentationsporträts aus dem England des 18. Jahrhunderts.

Paolozzi-Mosaiken im Londoner U-Bahnhof

dpa, London

Mosaiken des britischen Bildhauers und Graphikers Eduardo Paolozzi sind im Londoner U-Bahnhof Tottenham Court Road rechtzeitig zum 60. Geburtstag des Künstlers am 7. März fertiggestellt worden. Im Auftrag der Stadt entwarf Paolozzi, der durch umfangreiche Lehrtätigkeit auch in der Bundesrepublik Anerkennung gefunden hat, für die Bahnsteige der „Central Line" bunte Mosaiken, die dem früher tristen Bahnhof einen Hauch von fröhlicher Pop-art verliehen haben. Skizzen des Künstlers zu den Mosaiken stehen im Mittelpunkt einer Ausstellung der Architectural Association, die in dieser Woche in London eröffnet wird. Ihr Titel „Private Vision – öffentliche Kunst" bezieht sich auf zahlreiche im öffentlichen Auftrag geschaffene Skulpturen wie „Hommage to Anton Bruckner" in Linz oder „Camera" (Europäisches Patentamt in München).

William Powell †

AFP, Palm Springs

Im Alter von 92 Jahren ist der amerikanische Filmschauspieler William Powell in Palm Springs gestorben. Er wurde vor allem durch seine Interpretation des charmant-eleganten Detektivs Nick Carter in Dashiell Hammets „The thin man" bekannt. Seine Partnerin in diesen Filmen war Myrna Loy. Seine Karriere hatte er auf den Bühnen des Broadway begonnen. Zu seinen größten Erfolgen gehören die Filme „The great Ziegfeld", „How to marry a millionaire", „One way passage" und „Life with father".

Neu-Englisch ist wenig „user-friendly"

H. J. STÜCK, New York

Es ist längst eine Binsenweisheit, daß das Amerikanische und besonders der New Yorker Slang nur sehr entfernt mit der englischen Sprache verwandt sind. In jüngster Zeit verstärkt sich dieser Trend zusehends. Verantwortlich dafür – so die „New York Times" in einem Bericht über die jüngsten Sprachschöpfungen – ist zum einen das Eindringen technischer Fachausdrücke in die Umgangssprache der Computer- und technikfaszinierten Metropole und zum anderen die sprachliche Erfindungsgabe ihrer Bewohner. So kommt es immer wieder zu neuen Kunstwörtern und Wortzwittern ohne Rücksicht auf linguistische Reinheitsgebote.

Manchmal entstehen sogar Wortgebilde, die auf ein deutsches Vorbild schließen lassen. Das ist jedoch reiner Zufall wie etwa bei „user-friendly" für „Verbraucher-freundlich". Es bedeutet gleichzeitig aber „leicht verständlich", ein Ausdruck, wie er in der Werbung der Computerbranche für die Geräte seit langem verwandt wird. Inzwischen wird man überall – nur nicht in England – verstanden, schwärmt man von seinem „user-friendly microwave-oven" (leicht zu bedienenden Mikrowellenherd).

Puristen werden böse

Zu den beliebten Wortzwittern, wie schon seit langem der „Brunch", aus Breakfast und Lunch, stieß jüngstens „oilitics" aus Öl und Politik, womit allumfassend das Weltreich Öl und keineswegs nur jemandes Ölpolitik gemeint ist. Für ständige Schwarzseher nicht nur auf dem Energiesektor kam das Kunstwort „gloomster", von „gloom" gleich „Finsternis" auf.

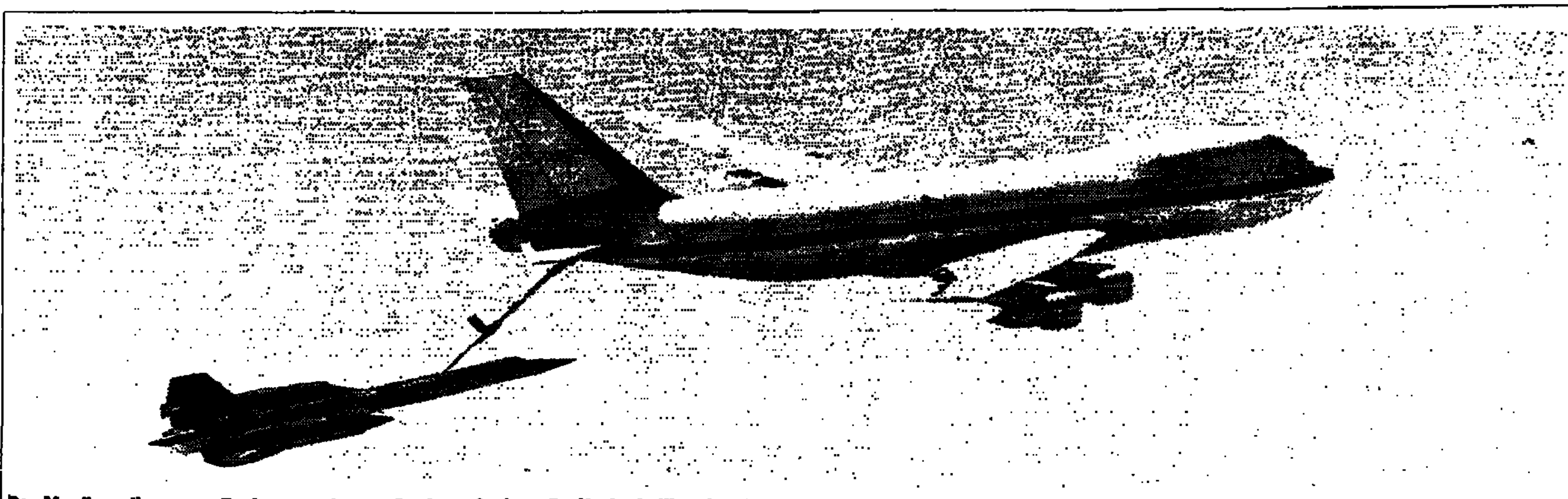
Andere Beispiele, deren Erwähnung Puristen und Sprachpäpste mit Ingrimm verfolgen, stammen aus vielen anderen Bereichen, wie etwa: „binuclear family". Die „zweikernige Familie" entsteht, wenn sich Vater und Mutter trennen und sich jeweils neue Partner suchen, wodurch sich aus abgespalteten Familienkernen zwei neue Bindungszentren ergeben.

„To fedex", heißt, etwas mit der privaten Schnellpost, der Federal Express Corporation, zu schicken, so daß es über Nacht am Ziel ist. Das kann sich dann so anhören: „He's real cute (er ist wirklich dufte), he fedexed me a teddy bear" (er schickte mir über Nacht einen Teddy Bär). Ein „fernbar" heißt wörtlich übersetzt einfach „Farn-Bar", will jedoch sagen, daß eine Disko mit einem besonders exotischen Pflanzendekor ausgestattet ist.

Noch regiert der Rotstift

„Goin' Hollywood", also nach Hollywood gehen, meint nicht anderes, als sich scheiden lassen – allein deshalb, weil Scheidungen in Hollywood, wie man weiß, ein besonders häufig vorkommendes Ereignis ist. „Putty" heißt wörtlich „Kitt". Es wurde aber in der besonders erfindungsreichen Werbesprache zu einem schicken Grauton, wie z. B. ein Prachtexemplar von Damenmantel in „framboise and putty" (himbeer und grau).

Wer „nur" das Englisch der Queen, das gehobene Standardenglisch beherrscht, kann jedoch trotz all dieses Sprachwildwuchses getröstet werden: Die „New York Times" und andere amerikanische Publikationen sind durchaus verständlich geblieben. Dort regiert nach wie vor ein strenger Rotstift. (SAD)



Das Manöver dieses zum Tanker umgebauten Jumbos mit einem Dreifachschallbomber der US-Air Force ist längst Routine. Zum Kunststück wird das Auftanken allerdings mit dem Shuttle-Transporter, das zur Zeit über dem kalifornischen Luftstützpunkt Edwards geprobt wird. FOTO: BOEING

Auch der Huckepack-Jumbo geht an die fliegende Tankstelle

A. BÄRWOLF, Hamburg

Die 61 Jahre alte aeronautische Kunst der Luftbetankung von Flugzeugen erhält eine neue Variante: Ein Boeing-Jumbo 747 wird künftig in der Lage sein, durch Treibstoffaufnahme an einer fliegenden Tankstelle ein notgelandetes Raumflugzeug Space Shuttle im Huckepack nonstop von der Notlandestelle zum Startort nach Florida zurückzubringen. Hätte beispielsweise das Raumflugzeug mit dem deutschen Astronauten Ulf Merbold an Bord seinerzeit auf dem vorgesehenen Notlandehafen Köln-Bonn runtergehen müssen, wären beim Rücktransport der antriebslosen Maschine auf dem Rücken der 747 mehrere Zwischenlandungen notwendig gewesen.

Die Luftbetankungsversuche mit dem Jumbo laufen gegenwärtig über dem kalifornischen Luftstützpunkt Edwards. Als Tanker wird der modernste Jet-Treibstoff-Transporter KC-10 eingesetzt. Dieser fliegende Tanker ist in der Lage, mehr als 5600 Liter Kerosin in der Minute an den Jumbo abzugeben, der den notgelandeten schweren Shuttle auf dem Rücken hat. Insgesamt kann die beflügelte Tankstelle 161 000 Kilogramm Flugtreibstoff laden. Mehr als 53 Tonnen des Treibstoffs lagern in sieben Tanks unter dem Hauptdeck der KC-10. Der Tanker ist eine veränderte Version der DC-10-Langstreckenausführung.

Für die Betankungsversuche, die vor dem nächsten Raumflug am 6. April abgeschlossen sein sollen, sind die als Träger eingesetzte 747 und das Raumflugzeug „Enterprise" besonders instrumentiert. Allein an der „Enterprise", mit der Mitte der 70er Jahre die ersten Shuttle-Landeversuche geflogen wurden, sind 31 Drucksensoren und 9 Beschleunigungsmesser angebracht worden. Andere Sensoren messen die Verunreinigungen, die bei dem engen Verbandsflug während der Betankung durch die Abgase der Tanker-Triebwerke am Shuttle verursacht werden. Die „Enterprise" simuliert durch Ballast das echte Gewicht eines Raumflugzeugs von 82 Tonnen.

Bei der Betankung der 747 durch die KC-10 ist wegen der aerodynamisch ungünstigen Huckepack-Konfiguration eine Menge Fingerspitzengefühl bei den Piloten erforderlich. Der Jumbo muß mit seiner unförmigen Last auf dem Buckel von hinten – unten ganz nah an den Tanker heranfliegen, damit der 17 Meter lange Tankstutzen aus dem Tanker in die Öffnung der 747 in der Nase der Maschine eingeführt werden kann. Dabei sitzt der „Tankwart" in der KC-10 vor einer elektronischen Konsole und „fliegt" den mit Steuerflächen versehenen Tankstutzen. Nach Einrasten des Tankarms fließt der Treibstoff automatisch.

Die erste Luftbetankung geht auf das Jahr 1923 zurück. 1953 führte die mit B-47 Stratojets ausgerüstete US-Bomberflotte alle 15 Minuten ein Luftbetankungsmanöver aus. 1957 schaffte das Strategische Bomberkommando (SAC) mit dem „Stratotanker" KC-135 die erste Luftbetankung zwischen reinen Düsenflugzeugen. Damit konnten die Interkontinentalbomber der USA Sprit aufnehmen, ohne Kurs, Geschwindigkeit und Höhe zu wechseln. Luftbetankung könnte auch bei „Concorde"-Nachfolgern Nonstop-Flüge auf Strecken wie Paris–Tokio oder London–Sydney ermöglichen.

Geldgeber für den Kanaltunnel gesucht

dpa, London

Ein Zwillingstunnel unter dem Ärmelkanal, in dem Auto-, Güter- und Personenzüge im Fünf-Minuten-Takt den Verkehr zwischen Nordwestfrankreich und England übernehmen, kann nach Auffassung eines neuen britischen Konsortiums ohne alle Staatsmittel und auch ohne jede staatliche Garantie gebaut werden. Fünf der größten britischen Baukonzerne haben sich in einer „Channel Tunnel Group" (CTG) zusammengeschlossen und versuchen gegenwärtig, Geldgeber für ihr Projekt zu finden. Es sieht einen 50 Kilometer langen Zwillingstunnel vor, der 40 Meter unter dem Meeresboden durch die Kalkschichten gebohrt werden soll.

Nach heutigen Preisen kalkulieren die Briten mit 1,9 Milliarden Pfund (7,35 Milliarden Mark) an Baukosten. In diesen Kosten wären die Anschlüsse an das britische und das französische Eisenbahnnetz sowie große Fracht- und Passagierbahnhöfe, zusätzlich auch die Autoverladeanlagen in der Nähe von Calais und von Folkestone enthalten. Die Regierung in London besteht darauf, daß der britische Anteil an den Kosten voll von privater Seite aufgebracht wird. Sie will auch keine finanziellen Garantien übernehmen, um die privaten Investoren bei langfristigen Bauverzögerungen oder gar bei einem Abbruch des Projekts zu schützen. Tony Gueterbock, der die CTG-Gruppe koordiniert, erklärte gestern in der „Financial Times", daß britische Banken und Investoren auch ohne solche Garantien zur Finanzierung des Projekts bereit seien, wenn „die übrigen Bedingungen vernünftig sind". Die wichtigste offene Frage ist seiner Meinung nach die, ob die Franzosen sich an dem Projekt beteiligen würden, wenn die britische Regierung sich völlig heraushält.

Urteile im Fall Brassel

dpa, Bonn

Im Entführungsfall des 62jährigen Fabrikanten Wilhelm Brassel aus Bad Honnef hat die Jugendkammer des Bonner Landgerichts gestern vier Angeklagte, zwei Türken, einen Kurden und einen Palästinenser, zu Freiheitsstrafen zwischen 27 Monaten und acht Jahren verurteilt. Der schwer zuckerkranke Unternehmer war unmittelbar nach der Entführung am 5. August 1982 an Herzversagen gestorben.

Tod im Kaukasus

rtr, Moskau

Sechs sowjetische Bergsteiger sind in der vergangenen Woche am Berg Uschba im Kaukasus bei Stürmen ums Leben gekommen. Die sechs waren am 27. Februar aufgebrochen und sechs Tage später von Suchmannschaften tot aufgefunden worden.

Aschenbecher verbannt

dpa, Abudhabi

Aus allen Büros der Ministerien in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) sind von sofort an im Zuge einer Kampagne gegen das Rauchen die Aschenbecher verbannt, berichtete gestern die „Emirates News". Ein Gesetz soll in Zukunft das Rauchen in allen Amtsstuben verbieten.

Zwillinge getrennt

AP, München

Nach einer Notoperation an siamesischen Zwillingen hat in einer Münchner Kinderklinik nur eines der beiden Mädchen überlebt. Die Babys waren bereits am 22. Februar zur Welt gekommen und an Brustbein und Bauch zusammengewachsen. Das eine Kind sei kurz nach der Operation an Herzversagen gestorben. Für das andere bestünden gute Überlebenschancen, erklärte ein Sprecher.

In Wohnviertel gestürzt

AFP, Santiago de Chile

Drei Menschen kamen ums Leben, als eine chilenische Militärmaschine über San Bernardo (20 km südlich von Santiago) abstürzte. Der Pilot rettete sich mit dem Fallschirm, während eine brennende Casa T-36 „Halcon" in ein Wohnviertel stürzte und drei Häuser in Brand steckte.

Feuer im Schnapslager

dpa, Hannover

Ein Feuer hat in der Nacht zum Dienstag in Hannover zwei Lagerhallen vernichtet und einen Schaden von rund vier Millionen Mark angerichtet. In den Hallen lagerten Spirituosen. Die Brandursache ist noch ungeklärt.

Die Erklärung für den Absturz kam mit der Post

Vater erstach Piloten, um die eigene Familie auszulöschen

dpa, Lübeck

Die zunächst rätselhafte Ursache des Absturzes eines Sportflugzeuges über Lübeck, bei dem am Sonntag eine vierköpfige Familie und der Pilot ums Leben gekommen sind, fand jetzt eine makabre Erklärung: Der Staatsanwalt geht von Mord aus. Die Behörde hatte sich in die Ermittlungen von Kriminalpolizei und Experten des Luftfahrtbundesamtes eingeschaltet, als in den Trümmern an der Absturzstelle ein Bundeswehrmesser gefunden worden war.

Leitender Oberstaatsanwalt Oswald Kleiner erklärte am Montagabend, daß der Familienvater vermutlich mit dem Bundeswehrmesser auf den Piloten eingestochen habe, um sich selbst, seine Frau und die beiden Kinder zu töten. Die Staatsanwaltschaft stützt sich bei ihrer Annahme vor allem auf eine Kassette, auf der der Täter, der 44 Jahre alte Fahrlehrer Werner Keil aus Lübeck, seinen Plan minuziös schildert. Diese Kassette sandte er dann seinem außerhalb Lübecks wohnenden Bruder. Der bekam das Tonband Montag morgen per Post. Er hatte von dem Absturz der Maschine noch nichts erfahren. Da Werner Keil und dessen Familie telefonisch nicht erreichbar waren, fuhr der Bruder nach Lübeck, wo er die Familie nicht antraf. Er meldete sich bei der Polizei und übergab die Kassette.

Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, daß die Motive des Familienvaters im persönlichen Bereich liegen. Dabei sollen auch finanzielle Sorgen eine Rolle spielen. Mit Werner Keil und dem Piloten Wedigo von Wedel starben die Ehefrau Ursula Keil (42), die 17jährige Tochter Susanne und der 15 Jahre alte Stephan. Zur Identifizierung sagte Kleiner, daß die Namen noch mit gewissem Vorbehalt behandelt werden müßten, da sie sich nur aus gefundenen Ausweisen und einem Fahrzeugschlüssel ergäben.

Die Ermittlungsbehörden nehmen an, daß Werner Keil beim Landeanflug auf den Piloten eingestochen hat. Dessen Leiche weise einen Einstich im vorderen Brustbereich auf. Alle Insassen seien jedoch erst durch den Aufprall und das anschließende Feuer ums Leben gekommen. Nach den Aussagen auf der Kassette könne man schließen, daß die Angehörigen nichts von dem Plan des Familienvaters gewußt hätten. Werner Keil kannte den Piloten der Maschine, einen Berufsflieger mit 30jähriger Flugpraxis, nicht privat.

Wedigo von Wedel hatte sich beim Tower am Flugplatz Blankensee zu einem einstündigen „local flight" abgemeldet. Während des Fluges schien auch alles normal zu verlaufen. Im Funkverkehr gibt es bis zum Absturz keine Besonderheiten.

Die „Cessna 172" war am Sonntag kurz vor 16 Uhr bereits im Landeanflug auf den Flughafen Lübeck-Blankensee. Sie befand sich nach Aussagen von Augenzeugen etwa 50 bis 80 Meter über dem Boden, als sie sich plötzlich aufbäumte, noch einmal in die Höhe schoß und dann „wie ein Stein" zu Boden fiel. Sie schlug neben einem Fußballplatz auf. Das dort angesetzte Spiel war kurze Zeit vorher wegen Unbespielbarkeit des Platzes abgesagt worden. In unmittelbarer Nähe befindet sich außerdem ein dicht bebautes Siedlungsgebiet.

Sachverständige des Luftfahrtbundesamtes setzten ihre Untersuchungen gestern fort. Das vorläufige Gutachten bestätigt jedoch ebenfalls, daß der Absturz nicht auf technisches Versagen zurückzuführen ist.

LEUTE HEUTE

Dritter Doktor

Mit 75 Jahren hat der in München lebende **Kurt Rabl** jetzt seinen Wissensdurst mit dem dritten Doktor gestillt: Nach dem Dr. phil und dem Dr. jur. legte er sich an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität München auch noch den Dr. rer. pol. zu. Thema seiner Arbeit war: „Verfassungsrecht und Staatskrise – Das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika vor und nach der zweiten Amtsperiode Richard M. Nixons (1972/74)".

Baby-Pause

„Denver Clan"-Star **Linda Evans** (41) will mehrere Monate lang aussteigen – um einen Mann fürs Leben zu suchen und ein Baby zu bekommen.



Das vertraute die zweimal geschiedene Crystle-Carrington-Darstellerin der englischen Zeitschrift „Revue" an. „Nichts auf der Welt wünsche ich mir mehr als ein Kind", sagte sie. „Aber dafür braucht man einen Mann und muß schwanger werden. Ich muß einen Mann finden, in den ich mich verlieben kann. Deshalb nehme ich Urlaub."

Kaiserlicher Entdecker

Japans Kaiser **Hirohito**, Biologe aus Passion, dürfte sich als Entdecker einer Krebsart rühmen, tut es aber nicht. Erst sein „Kollege" **Tsune Sakai**, Professor und Präsident der Gesellschaft für Schalentierforschung, enthüllte jetzt, daß der Forscher von adeligem Geblüt den Minikrebs schon 1978 im Meer nahe seinem Sommersitz in Shimoda fand. Das Tierchen ist allerdings nur gut einen Zentimeter groß.

Die Steuerfahnder kamen im Morgengrauen

Trieben österreichische Finanzbeamte Hotelier in den Selbstmord?

RICHARD KLEIN, Wien

Die österreichische Steuerfahndung ist ins Kreuzfeuer heftiger Kritik geraten. Mehrere Beamte wurden wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt angezeigt. Die österreichische Öffentlichkeit und in Kreisen der Wirtschaft und des Mittelstandes diskutiert man heftig über einen tragischen Vorfall, den Sachkenner lediglich als „Spitze eines Eisberges" sehen, ein Symptom für, wie es heißt mittelalterliche und obrigkeitsstaatliche" Zustände in der österreichischen Finanzverwaltung.

Es geht um den Fall des Hoteliers und Gastwirts Johann Böswarth aus Neulengbach unweit von Wien, der dort Besitzer eines mittleren Hotels mit Caféhaus und Restaurant war. Böswarth erfreute sich in seiner kleinen niederösterreichischen Gemeinde eines guten Rufes, vor allem wegen seiner, wie es heißt, sozialen Einstellung gegenüber seinen Angestellten.

Eines Tages erschien bei ihm wie es heißt „überfallartig im Morgengrauen" ein Trupp von acht Steuerfahndern, weil Böswarth verdächtigt wurde, Steuern in Höhe von umgerechnet 1,4 Millionen Mark aus Schwarzgeschäften mit Wein und nicht deklarierten Aufenthalten holländischer Reisegruppen hinterzogen zu haben.

Im Verlauf der Untersuchung, bei der sein ganzes Haus buchstäblich auf den Kopf gestellt worden sein soll, setzten ihm die Fahnder angeblich derart zu – Zeugen sprachen später von Wildwest-Methoden, ja sogar von körperlichen Mißhandlungen und Beschimpfungen übelster Art –, daß Böswarth ein Geständnis abgelegt haben soll. Möbel sollen von den Fahndern demoliert worden sein, einer der Fahnder – so wird jedenfalls behauptet – habe den auf dem Boden liegenden Gastwirt mit Fußtritten traktiert. Als Böswarth danach einen Aschenbecher in eine Glasvitrine schleuderte, soll einer der Fahndungsbeamten seiner vorgesetzten Dienststelle telefonisch eine Art Siegesmeldung erstattet haben: „Jetzt haben wir ihn so weit."

Die Ehefrau des Gastwirtes sowie seine Kinder seien während der Fahndungsaktion wie Gefangene behandelt worden. In einem unbewachten Moment wird es Böswarth gelungen sein, den Vernehmern zu entkommen. Er ging in ein Zimmer des zweiten Stocks, dort legte er Feuer und erhängte sich dann am Fensterkreuz.

Unabhängig von der Frage, wie weit und ob der Tote schuldig war, hat der Vorfall eine Welle der Empörung gegen die Methoden der Steuerfahndung in Österreich ausgelöst – wobei in der Diskussion immer wieder die Frage mitschwingt, ob diese Methoden nicht auch mit der Tatsache zusammenhängen, daß der österreichische Staatshaushalt ein bedrohliches Defizit aufweist und manche Finanzbeamten vielleicht glauben, durch stärkeren Druck auf die Steuerzahler zu mehr Geld zu kommen.

Das Begräbnis des Gastwirts wurde zu einer Massendemonstration – am Sarge wurde der Respekt des Staates vor der Menschenwürde gefordert. Prominente österreichische Politiker und Wirtschaftler warnten davor, den Steuerzahler zum Freiwild zu machen. Plötzlich würden immer mehr Fälle bekannt – meist gleichfalls aus dem Mittelstand –, in denen Bürger behaupteten, bei ihnen sei die Steuerfahndung auf ähnliche Weise aufgetreten.

Finanzminister Herbert Salcher, der zunächst behauptet hatte, die Beamten hätten sich pflichtgemäß verhalten, geriet unter heftigen Beschuß der österreichischen Medien und der Opposition. Der Fall soll in naher Zukunft auch das Parlament beschäftigen.

WETTER: Kälter und trocken

Wetterlage: Zwischen einem Hoch über den Britischen Inseln und einem zum Eismeer ziehenden Tief fließt Meeresluft polaren Urspungs nach Deutschland.

Deutscher Wetterdienst 4. März 1984, nachm.

Vorhersage für Mittwoch:

Gesamtes Bundesgebiet: Wechselnde, in der Osthälfte zeitweise auch starke Bewölkung und vereinzelt Schneeschauer. Im Westen weitgehend niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen 1 bis 5 Grad, nachts Frost zwischen minus 1 und 5 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nordwest.

Weitere Aussichten:

Nur geringe Niederschlagsneigung, weiterhin kalt.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	29°
Bonn	7°	Kopenh.	8°
Dresden	3°	Las Palmas	–
Essen	7°	London	10°
Frankfurt	8°	Madrid	5°
Hamburg	5°	Mailand	9°
List/Sylt	4°	Mallorca	11°
München	1°	Moskau	–1°
Stuttgart	4°	Nizza	14°
Algier	13°	Oslo	8°
Amsterdam	7°	Paris	7°
Athen	10°	Prag	5°
Barcelona	11°	Rom	10°
Brüssel	5°	Stockholm	2°
Budapest	7°	Tel Aviv	25°
Bukarest	3°	Tunis	14°
Helsinki	–3°	Wien	5°
Istanbul	12°	Zürich	3°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.52 Uhr, Untergang: 18.15 Uhr, Mondaufgang: 9.04 Uhr, Untergang –.– Uhr
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Seit Jahren hatte die Unterwelt Fenotti im Visier

Schon vor seiner Entführung wurden italienischer Industrieller und seine Familie von Verbrechern terrorisiert

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Italiens Entführungs-AG hat wieder einmal zugeschlagen. Das Opfer der professionellen Kidnapper und Lösegeld-Erpresser ist diesmal ein Industrieller aus Brescia, der an 4. Stelle auf der Liste der größten Steuerzahler des Landes steht: Pietro Fenotti, 71jähriger Selfmade-Man, der sich nach dem Krieg vom kleinen Sägewerksbesitzer zum Herrn über ein blühendes Eisenwerk, Anteilseigner von Großunternehmen und König über ein Immobilienimperium hochgearbeitet hat.

„Rino il nasone", wie ihn seine Jugendfreude wegen der riesigen Nase nennen, befand sich offenbar schon seit Jahren im Visier der Unterwelt. Im März 1980 explodierte auf seinem Grundstück eine Sprengstoffladung und zerstörte das Auto eines seiner drei Söhne. Ein Jahr später war Fenotti selbst vor seiner Villa überfallen worden. Er hatte sich energisch zur Wehr gesetzt, mußte den Banditen aber seine Brieftasche, seine Uhr und einen Ring überlassen.

Vor einigen Monaten dann gab es einen Erpressungsversuch, der jedoch für die Erpresser ins Auge ging, weil Fenottis Frau Angela, nicht weniger resolut als ihr Mann, zum vereinbarten Rendezvous mit den Gangstern nicht nur mit gefälschten Banknoten, sondern auch noch mit Carabinieri-Beschattung erschien.

Am Sonntagabend aber unterlag dann Fenotti in diesem jahrelangen Kampf mit den Verbrechern. Als „Rino il nasone" von einem Treff mit den alten Freunden nach Hause zurückkehrte und seinen metallicfarbenen BMW vor der Garage neben seiner Villa abstellte, wurde er von den Kidnappern überfallen, narkotisiert und entführt. Frau Angela, die in der Villa vor dem Fernseher auf ihn wartete, hatte das Auto kommen hören. Sie hatte, als ihr Mann nicht nach oben kam, aus dem Fenster gesehen, sich aber gedacht, daß er vielleicht noch einmal zu Fuß zu einem Freund gegangen sei. Erst nach mehreren Stunden bemerkte einer der heimkehrenden Söhne neben dem BMW des Vaters dessen Hut und Krawatte sowie Blutflecken. Als er sich weiter umsah, stellte er fest, daß der Drahtzaun zum benachbarten Hof eines Kindergartens durchschnitten war.

Am nächsten Morgen nahm Frau Angela sofort den Platz ihres Mannes im Eisenwerk ein. Ihre Begründung: „Wenn man nicht Tag und Nacht im Betrieb aufpaßt, kann man der Bilanz ade sagen." Was die Entführung angeht, meinte sie ganz sachlich: „Uns bleibt jetzt nichts anderes, als auf den Anruf (der Entführer mit der Lösegeldforderung) zu warten."



Lehnte Bewachung ab und lebte weiter wie der kleine Sägewerkbesitzer, als der er angefangen hatte: Pietro Fenotti. FOTO: AP

Pietro Fenotti hatte es stets abgelehnt, für sich und seine Familie besondere Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Er baute offensichtlich auf die Beliebtheit, derer er sich wegen der unverändert einfachen Art, in der er sich gab, allgemein erfreute. Und er argumentierte: „Einen Gorilla für mich anzustellen hat überhaupt keinen Sinn. Denn wer wirklich etwas im Schilde führt, wird sich dann irgendeinen aus der Familie vornehmen. Um die ganze Familie zu schützen, brauchte es aber mindestens zehn Gorillas."

Sein Aufstieg im „Gotha" der italienischen Industriellen hatte Fenotti nicht zu verändern vermocht. Er blieb bei seinem Lebensrhythmus wie in den alten Zeiten. Fünf Tage in der Woche harte Arbeit, am Wochenende Boccia- und Kartenspiele mit den alten Freunden. Der einzige „Luxus", den er sich leistete, war der BMW.

ZU GUTER LETZT

Die britische Vegetariergesellschaft hat zum Boykott einer neuen Briefmarkenserie zum 200jährigen Bestehen der britischen Hochland-Viehzuchtgesellschaft aufgerufen. Ein Sprecher erklärte, damit würden die Kinder „indokriniert" und zum Fleischessen verführt.